



# Landtag von Baden-Württemberg

59. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 12. Februar 2009 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr

Mittagspause: 13:27 bis 15:01 Uhr

Schluss: 18:05 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	4159	Abg. Dr. Frank Mentrup SPD . . . . .	4186
Umbesetzung im Finanzausschuss . . . . .	4159	Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . .	4189
Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 (Staatshaushaltsgesetz 2009 – StHG 2009)</b>		Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP . . . . .	4191, 4201
a) <b>Einzelplan 01: Landtag</b>		Abg. Elke Brunnemer CDU . . . . .	4193
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses – Drucksache 14/3601 . . . . .	4159	Abg. Sabine Kurtz CDU . . . . .	4194
Abg. Joachim Kößler CDU . . . . .	4159	Abg. Margot Queitsch SPD . . . . .	4194
Abg. Reinhold Gall SPD . . . . .	4160	Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE . . . . .	4196
Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . .	4162	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	4197
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	4163	Minister Helmut Rau . . . . .	4198
Beschluss . . . . .	4164	Beschluss . . . . .	4202
b) <b>Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst</b>		d) <b>Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium</b>	
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses – Drucksache 14/3614 . . . . .	4164	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses – Drucksache 14/3607 . . . . .	4204
Abg. Werner Pfisterer CDU . . . . .	4164, 4174	Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU . . . . .	4204
Abg. Martin Rivoir SPD . . . . .	4165	Abg. Dr. Rainer Prewo SPD . . . . .	4207
Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . .	4168	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . .	4211
Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP . . . . .	4169	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	4213
Minister Dr. Peter Frankenberg . . . . .	4171	Abg. Franz Untersteller GRÜNE . . . . .	4216
Abg. Helen Heberer SPD . . . . .	4175	Minister Ernst Pfister . . . . .	4217, 4223
Abg. Jürgen Walter GRÜNE . . . . .	4176	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE (Kurzintervention) . . . . .	4222
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	4178	Beschluss . . . . .	4223
Staatssekretär Dr. Dietrich Birk . . . . .	4179	e) <b>Einzelplan 05: Justizministerium</b>	
Beschluss . . . . .	4182	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses – Drucksache 14/3605 . . . . .	4225
c) <b>Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport</b>		Abg. Bernd Hitzler CDU . . . . .	4225
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses – Drucksache 14/3604 . . . . .	4184	Abg. Rainer Stickelberger SPD . . . . .	4227
Abg. Volker Schebesta CDU . . . . .	4184	Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE . . . . .	4229
		Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP . . . . .	4231
		Minister Dr. Ulrich Goll . . . . .	4233
		Beschluss . . . . .	4238
		Nächste Sitzung . . . . .	4239
		Anlage	
		Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzung im Finanzausschuss . . . . .	4240

## Protokoll

über die 59. Sitzung vom 12. Februar 2009

Beginn: 9:34 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 59. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Dienstlich verhindert sind heute die Herren Abg. Drexler, Kretschmann und Mack.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Palm und Reichardt, Frau Abg. Vogt sowie Herr Staatssekretär Wacker.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Ministerpräsident Oettinger, Herr Minister Professor Dr. Reinhart und – ab heute Nachmittag 15:30 Uhr – Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch entschuldigt.

Meine Damen und Herren, Sie finden auf Ihren Tischen einen Vorschlag der Fraktion der CDU für eine Umbesetzung im Finanzausschuss (*Anlage*). Ich stelle fest, dass Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen. – Es ist so beschlossen.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

**Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 (Staatshaushaltsgesetz 2009 – StHG 2009)**

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

**Einzelplan 01: Landtag**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3601**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler**

Für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Der Berichterstatter wünscht nicht das Wort. Er erhält es nun jedoch für die Fraktion der CDU in der Aussprache. Bitte schön, Herr Abg. Kößler.

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesamthaushalt des Landtags macht 49,3 Millionen € aus und ist damit mit einem Anteil von 1,5 Promille am Gesamthaushalt des Landes der zweitkleinste Haushalt.

Der Haushaltsansatz für 2009 ist um 4 Millionen € höher als der für das Jahr 2008. Ursache sind die Steigerungen, die wir mit dem Abgeordnetengesetz und dem Entschädigungsgesetz selbst beschlossen haben. Insgesamt erhöhen sich die von uns in Anspruch genommenen Leistungen um 3,7 Millionen €.

Die Erhöhung der Mitarbeiterentschädigung und die Altersversorgung, die wir auch beschlossen haben, machen rund 3 Millionen € aus. Das sind 70 % der Haushaltshebungen im Jahr 2009.

Wie im Zuge der Parlamentsreform festgelegt, müssen künftig alle Abgeordneten, die nach dem 31. Oktober 2003 eingetreten sind, für ihre Altersversorgung selbst sorgen. Von 53 Abgeordneten, die bereits jetzt den Zuschuss in Anspruch nehmen können, haben 35 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, in Zukunft den Zuschuss zu bekommen. Dafür müssen im Haushalt 2009 insgesamt 470 000 € aufgewendet werden. Die Umstellung dieser Altersversorgung für die neuen Abgeordneten wird natürlich zu Mehrausgaben in den Haushalten der kommenden Jahre führen, aber wir können damit rechnen, dass mittel- und insbesondere langfristig die Pensionszahlungen und damit die dafür erforderlichen Ansätze im Haushalt sinken.

Insgesamt wird der Haushalt des Landtags zu mehr als 70 % von den Personalausgaben bestimmt. Das sind 37,4 Millionen €. Gut die Hälfte davon nehmen die Abgeordneten, ihre Mitarbeiter, die ehemaligen Abgeordneten und die Hinterbliebenen der Abgeordneten in Anspruch.

Der andere Teil der Ausgabenerhöhung wird durch die Landtagsverwaltung einschließlich des Parlamentarischen Beratungsdienstes sowie der Versorgungsbezüge für die Beamten des Landtags bestimmt. Macht man Relationen zu den Aufwendungen für die ehemaligen Abgeordneten und die Hinterbliebenen von Abgeordneten auf, so stellt man fest, dass sie 70 % der Abgeordnetenbezüge und Abgeordnetenentschädigungen ausmachen. Das Verhältnis zwischen Aufwendungen zur Mitarbeiterentschädigung und Abgeordnetenentschädigung ist von 65 % auf inzwischen 90 % gestiegen.

Der Haushalt beinhaltet natürlich auch Steigerungen der Ausgaben für unsere Kolleginnen und Kollegen, die ausgeschieden sind, sowie die Hinterbliebenen. Das macht 160 000 € aus. Wir gönnen das den ehemaligen Abgeordneten und den Hinterbliebenen. Das zeigt auch, dass es um die Gesundheit unserer ehemaligen Kollegen bessersteht und deren Lebenserwartung gestiegen ist. Wir freuen uns natürlich darüber und wünschen ihnen noch viele gute Jahre.

(Zuruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU)

– Soll ich sie aufzählen?

(Joachim Kößler)

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Jeden Einzelnen aufzählen!)

Im Personalbereich der Landtagsverwaltung ergibt sich so gut wie keine Änderung. Insgesamt hat die Landtagsverwaltung 172 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zur eigentlichen Landtagsverwaltung gehören davon 133 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Sachausgaben haben sich insgesamt um 1,2 Millionen € auf 11,9 Millionen € erhöht. Davon entfallen allein rund 7 Millionen € auf die Fraktionszuschüsse und die Leistungen an die Landesverbände der Parteien nach dem Parteiengesetz. Die Erhöhung der Fraktionszuschüsse ist meines Erachtens gerechtfertigt. Sie ist Ausfluss höherer Anforderungen an Abgeordnete und Fraktionen, und ich denke, wir sollten gut aufgestellt sein, um unsere Aufgaben in der Legislative wahrzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD sowie des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Trotz aller Sparsamkeit und Ausgabezurückhaltung, die insbesondere in Zeiten der Haushaltskonsolidierung notwendig sind, brauchen wir natürlich eine vernünftige Arbeitsatmosphäre und vernünftige Arbeitsbedingungen.

In diesem Zusammenhang danke ich dem Präsidenten und dem Präsidium, der Landtagsverwaltung, dass sie meine Anregung im Hinblick auf die „Sauna“ im Haus der Abgeordneten, die ich bei der letzten Haushaltsrede angebracht habe, aufgenommen und Klimaanlage installiert haben. Mein Hinweis auf mehr „Erleuchtung“ im Plenarsaal sollte allerdings nicht in Vergessenheit geraten.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ursula Haußmann: Das hilft aber nicht bei allen!)

– Warten Sie ab, ich sage noch etwas dazu.

Bei aller Zurückhaltung in dieser Angelegenheit sollten wir nicht nur für ein besseres Klima, sondern auch für mehr räumliche Transparenz sorgen. Ein Blick von draußen auf unsere Arbeit könnte nicht schaden, und ein Blick nach draußen – nicht auf die Grünen, sondern ins Grüne – würde unserer Arbeit guttun. Das viele Holz hier mag zwar nicht unangenehm sein; lebendiges Holz, grüne Bäume und auch der Wechsel der Jahreszeiten helfen aber manchmal,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig! Ja!)

dass man die Themen, die hier besprochen werden, relativiert und einen anderen Blickwinkel bekommt.

Meine Damen und Herren, unser Parlament ist trotz Erhöhungen der Haushaltsansätze weiterhin das kostengünstigste aller Länderparlamente. Bayern gibt pro Einwohner 6,60 € aus, Hessen knapp 8 €, Rheinland-Pfalz 7,50 €, Sachsen-Anhalt 12 €, Mecklenburg-Vorpommern sogar 15,60 €. Nach Berechnungen der Landtagsverwaltung geben wir weiterhin sehr wenig, nämlich 4,14 €, aus.

Jetzt noch ein kurzer Beitrag zur Anzahl der Abgeordneten hier im Parlament sowie zur Anzahl der Wahlkreise: In Ba-

den-Württemberg kommen auf jeden Abgeordneten durchschnittlich 77 000 Einwohner; in Bayern sind es 10 000 weniger. Wenn ich betrachte, wie groß manche Wahlkreise flächenmäßig sind, sodass die Abgeordneten zwischen 50 und 100 km fahren müssen – und das am Wochenende vielleicht mehrmals –, dann halte ich es für notwendig, dass wir die Größen der Bezirke und der Wahlkreise und natürlich auch die Anzahl der Abgeordneten unverändert belassen. Baden-Württemberg ist nun einmal ein dezentral strukturiertes Land und ist nicht, wie manche meinen, auf die Landeshauptstadt konzentriert. Darin liegt natürlich auch unsere Stärke.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das muss ein Badener ja sagen! – Gegenruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD: Aber recht hat er!)

– Sie haben es gemerkt!

Darin liegt unsere Stärke, erst recht in einer krisenhaften Zeit. Dies sollte man aber bei zukünftigen Diskussionen über die Anzahl der Abgeordneten und der Wahlkreise bedenken.

Meine Damen und Herren, zum Schluss will ich mich in Ihrer aller Namen beim Präsidenten des Landtags, beim Präsidium, der Landtagsverwaltung und vor allem bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen dafür bedanken, dass sie uns bei unserer Arbeit unterstützen, eine angenehme Atmosphäre bieten und effiziente Arbeitsbedingungen für uns vorhalten. Mein besonderer Dank gilt dem Besucherdienst. Fast 35 000 Gäste und Besucher werden hier jährlich durchgeschleust, werden informiert über unsere Arbeit, und ich merke und spüre bei den Besuchergruppen, dass dies eine erfolgreiche Arbeit ist, dass sie ankommt und ein gutes Stück Öffentlichkeitsarbeit ist.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Da sollten wir in Zukunft vielleicht mehr tun. Das kommt draußen sehr gut an. Jeder Besucher des Landtags sieht, wie Politik greiflich vonstattengeht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gall.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das wird jetzt schwer zu toppen sein!)

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, wer te Kolleginnen, wer te Kollegen! Wir diskutieren jetzt in dieser starken halben Stunde über gerade einmal 0,14 % des Gesamthaushalts des Landes Baden-Württemberg. Das heißt, wir diskutieren – wenn man so will – über die Kosten, die 139 Abgeordnete, ausgeschiedene Abgeordnete, Hinterbliebene, rund 170 Beschäftigte, die Bewirtschaftung der Gebäude, die Verwaltung, Besuchergruppen – Herr Kollege, Sie haben es angesprochen –, Schülerwettbewerbe, die Kommunikationstechnik und die Zuschüsse an die Fraktionen in der Summe verursachen. Insgesamt sind dies rund 49 Millionen € oder, wie gesagt, 0,14 % des Gesamthaushalts.

(Reinhold Gall)

Dies bedeutet im Klartext, dass sich jeder Bürger und jede Bürgerin Baden-Württembergs mit rund 4 € jährlich an den Demokratiekosten der Landespolitik beteiligt. Wenn man all die finanziellen Lasten, die ich genannt habe, auf die Schultern des einzelnen Abgeordneten herunterbricht, sind es 3 Cent pro Abgeordnetem, die die Baden-Württemberger zu bezahlen haben. Ich habe bisher bei keinem Gespräch mit einer Besuchergruppe erlebt – ich empfangen selbst viele Besuchergruppen und spreche dieses Thema dabei ganz bewusst an –, dass mir jemand sagte, diese 3 Cent wären unsere Volksvertreter nicht wert.

Aber ich frage mich in der Tat, wie Sie auch, Herr Kollege Köbler: Ist es eigentlich erstrebenswert, immer das kostengünstigste Parlament in ganz Deutschland zu sein? Wäre es nicht vielleicht auch wichtig, ein Parlamentsgebäude zu besitzen, das den Ansprüchen der heutigen Zeit genügt, das ausreichend Platz für Besuchergruppen und mehr Öffentlichkeit bieten kann, das bessere Arbeitsbedingungen für Journalisten und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, Sitzungsräume und einen Plenarsaal mit besserer technischer Ausstattung, moderne Büro- und Parlamentskommunikation – anderes ließe sich anführen – bietet, statt ausschließlich darauf zu achten, kostengünstig zu sein?

(Beifall bei der SPD und der Abg. Theresia Bauer  
GRÜNE)

Deshalb, meine Damen und Herren, stehen wir – auch wenn die Medien, wenn man so will, im Vorgriff auf die jetzige Diskussion schon darüber berichtet haben – zu den insgesamt etwa 10 % Mehrausgaben, die wir in diesem Haushalt für die Landespolitik vorsehen. Denn Landespolitik zu machen, sie zu transportieren, sie nahe an die Bürger heranzubringen und im Dialog zu bleiben mit den Menschen vor Ort kostet nun einmal Geld. Auch unsere Mitarbeiter haben Anspruch auf entsprechende Tarifentwicklungen, wie sie in anderen Bereichen gegenwärtig diskutiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Meine Damen und Herren, wir stehen auch dazu, dass die Ausgaben für Investitionen in die technische Ausstattung der Landtagsverwaltung in diesem Haushalt im Prinzip mehr als verdoppelt werden. Wir meinen, eine Verwaltung sollte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht schlechter gestellt sein, als dies in Bereichen außerhalb des öffentlichen Dienstes üblich ist.

Meine Damen und Herren, mit der Parlamentsreform werden die Voraussetzungen für die Erledigung des Aufgabenzuwachses aufgrund der Föderalismusreform, für ein lebendiges Parlament sowie für mehr Transparenz geschaffen. Mit der heutigen Zustimmung zu diesem Haushalt schaffen wir die finanziellen Rahmenbedingungen, dies auch in die Praxis umzusetzen.

Ich will an dieser Stelle noch einmal deutlich hervorheben, was ich schon einmal erwähnt habe – auch der derzeitige Landwirtschaftsminister hat dies in seiner vorherigen Funktion als parlamentarischer Geschäftsführer in der letzten Legislaturperiode getan –: Mit der beschlossenen Parlamentsreform ist für uns der Veränderungsprozess in diesem Haus noch nicht beendet. Sowohl die Föderalismusreform als auch Ihre Ver-

waltungsreform haben ja die Strukturen der Exekutive nicht nur verändert, sondern an der einen oder anderen Stelle tatsächlich auf den Kopf gestellt. Dies hat auch Auswirkungen auf unsere Arbeit, auf die Arbeit der Legislative.

Wir sollten uns deshalb schon fragen, ob es richtig ist, dass der Landtag mittels Haushaltsbeschluss erhebliche Mittel draußen zur Verfügung stellt, über die Kriterien der Mittelvergabe aber ausschließlich Behörden, Ämter und Beamtinnen und Beamte entscheiden, während wir als Parlamentarier hierfür häufig die Kritik einzustecken haben. An der einen oder anderen Stelle haben wir ja selbst Kritik an der Umsetzung unserer politischen Beschlüsse zu üben und bekommen sie von den Bürgern auch entsprechend rückgekoppelt.

Deshalb bleibt unsere Forderung, dass dem Landtag z. B. auch bei Rechtsverordnungen oder Ausführungsbestimmungen ein größeres Mitspracherecht eingeräumt wird, damit Entscheidungen draußen auch so umgesetzt werden, wie es hier politisch gewollt ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es gäbe also, Herr Präsident, in dieser Legislaturperiode noch viel zu tun, bei dem Sie Akzente setzen könnten. Ich sage Ihnen hierbei ausdrücklich unsere Unterstützung zu.

Abschließend, meine Damen und Herren, wäre nun noch über die Umsetzung eines gerechteren Auszählverfahrens bei der Landtagswahl zu sprechen. Wir haben Ihnen einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet, der sowohl die Zahl der abgegebenen Stimmen als auch die Prozentzahlen berücksichtigt, das heißt die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Systeme nivelliert. Wir bitten Sie eindringlich, noch einmal über diesen Vorschlag nachzudenken. Obwohl nach einer Wahlrechtsreform die Wahlkreisreform dann etwas an Brisanz verliert, bitten wir auch hier um eine sachgerechte Diskussion und um eine sachgerechte Prüfung unserer Vorschläge.

Meine Damen und Herren, unsere Vorschläge – das werden Sie dann feststellen – sind allesamt vernünftig; keine Frage. Noch immer gilt unser Angebot, dass wir bei diesem großen Thema „Parlaments-, Wahlkreis- und Wahlrechtsreform“ bereit sind, in einer großen und breiten Mehrheit in diesem Hause zu beschließen. Vielleicht hilft uns hierbei, meine Damen und Herren, eine Aussage des griechischen Philosophen Platon, der einmal gesagt hat:

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sehr gut!)

„Das Gemeinsame nützt dem Staat, das Selbstsüchtige löst ihn auf.“ So weit sind wir noch nicht; das will ich ganz deutlich sagen. Deshalb ist es aber, glaube ich, für alle ganz wichtig, wenn das Gemeinsame dem Einzelnen vorangestellt wird.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Klaus Schüle  
CDU)

Meine Damen und Herren, da es beim Einzelplan 01 viele Gemeinsamkeiten gibt, signalisiere ich natürlich Zustimmung zu diesem Einzelplan. Ich verbinde dies auch mit dem Dank an all die Beschäftigten der Landtagsverwaltung, die dafür Sorge tragen, dass der Parlamentsbetrieb funktioniert, dass er gut läuft, dass Besuchergruppen gut betreut werden, dass Petiti-

(Reinhold Gall)

onen zeitnah bearbeitet werden und dass die ganze Fülle der Aufgaben, die auch wir zum Teil verursachen, zu unserer Zufriedenheit erledigt wird.

In diesem Sinn herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben im Wesentlichen schon dargestellt, worum es bei diesem Einzelplan 01 geht, welche Punkte darin enthalten sind. Ich möchte mich deshalb auf die wesentlichen Veränderungen beschränken, die es in diesem Jahr in diesem Haushalt gibt. Die Veränderungen im Einzelplan 01 gehen zurück auf unsere Entscheidungen, die wir zum Thema Parlamentsreform zum größten Teil ja im Konsens zwischen allen Fraktionen getroffen haben.

In diesem Haushalt schlagen sich jetzt die ersten Konsequenzen im Bereich der Altersversorgung nieder: die Umstellung auf die private Altersversorgung für die 53 Abgeordneten, die in dieser Legislaturperiode zum ersten Mal hier im Landtag vertreten sind.

Der Blick in die Zahlen zeigt, dass diese Entscheidung richtig war; denn das zugrunde liegende Prinzip ist korrekt: Wir erhöhen die Diäten, die Bezüge für die aktiven Abgeordneten beim Übergang zum Vollzeitparlament, und wir reduzieren im Gegenzug die Aufwendungen für die Altersversorgung und schmelzen diese ab. Die Relationen – der Kollege von der CDU hat darauf hingewiesen, wie viel wir für ehemalige Abgeordnete und deren Familien aufwenden – sprechen dafür, dass es hier ein Ungleichgewicht gibt, das wir zu korrigieren haben. Deswegen finde ich es richtig, dass wir diesen Weg eingeschlagen haben.

Auf einen Punkt möchte ich hinweisen, der im Zusammenhang mit der Parlamentsreform noch aussteht. Wir beschließen in diesem Haushalt, die Fraktionszuschüsse zu erhöhen. Was wir allerdings noch nicht verändert haben, ist die gesetzliche Grundlage für den Bezug von Fraktionszuschüssen. Wir als Grüne pochen darauf, dass wir eine neue gesetzliche Grundlage zum Gewähren von Fraktionszuschüssen in diesem Haus brauchen, insbesondere eine gesetzliche Grundlage zum Gewähren von Funktionszulagen und Aufwandsentschädigungen für Abgeordnete. Wir haben verabredet, in dieser Legislaturperiode ein solches Gesetz zu verabschieden. Bisher liegt kein Entwurf vor. Wir Grüne werden daran festhalten, dass wir dies nicht versäumen dürfen, sondern sehr bald in die Beratungen darüber einsteigen müssen.

Jetzt möchte ich noch ein Argument aufgreifen, das in der Presse in letzter Zeit auch eine Rolle gespielt hat. Wir Parlamentarier sind zum Teil recht scharf dafür kritisiert worden, dass man sich in Zeiten wie diesen erlaubt, Fraktionszuschüsse zu erhöhen, Gelder für die Mitarbeiter zu erhöhen. Ich möchte mich gern damit auseinandersetzen. Zum Teil waren die Kommentare auch im Tonfall regelrecht ätzend: Das Parlament blähe sich auf, das Parlament gönne sich wieder einmal etwas, ohne einen realen politischen Mehrertrag zu erzielen. Ich finde, wir sollten das hier gemeinsam in aller Deutlichkeit zurückweisen.

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der Grünen)

Ich mag unsere Beschwichtigungsversuche auch nicht mehr hören: Wir seien doch immer noch das billigste Parlament von allen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das günstigste! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das günstigste! Nicht billig!)

– Ob günstig oder billig: Ich finde, diese Argumentation brauchen wir nicht zu führen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau! Sehr gut!)

Denn ein gutes Parlament misst sich nicht daran,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Günstig!)

wie günstig es ist. Ich finde, wir haben allen Grund, gerade in diesen Zeiten vor die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hinzutreten und zu sagen: Wann, wenn nicht jetzt, müssen wir als Politiker zeigen, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen müssen,

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

dass wir den Ort, an dem man über das Gemeinwohl streitet, stärken müssen, dass wir in der Lage sein müssen, unsere Regierung zu kontrollieren, über den richtigen Weg zu streiten und zu schauen, dass diese Gesellschaft die richtige Weichenstellung festlegt, die richtigen sozialen und ökologischen Leitplanken für eine bessere Zukunft? Wer, wenn nicht die Parlamente, soll diese Aufgabe übernehmen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Deswegen brauchen wir ein handlungsfähiges Parlament.

Ich finde, die Bilder von Parlamenten, Politikern und von einem Staat, der sich nur selbst bereichert, der nur Bürokratie produziert und der sich am besten immer mehr zurückziehen sollte, damit die freien Kräfte des Markts walten können, diese neoliberalen Zerrbilder gehören in die Mottenkiste,

(Lachen bei Abgeordneten der FDP/DVP)

auch in Bezug auf die Parlamentsreform.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Neoliberal ist etwas ganz anderes als das, was Sie sich darunter vorstellen! Schauen Sie einmal nach!)

– Sie von der FDP/DVP kennen diese Zerrbilder sehr gut.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Fragen Sie Ihren Kollegen Dr. Salomon!)

Beim generellen Schelten auf alles, was Politik und Staat ist,

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

(Theresia Bauer)

waren meist auch gut und gern Parlamente, Politiker, Parteien gemeint. Ich finde, wir sollten selbstbewusst auftreten und sagen: Wir verteidigen das Parlament als Zentrum der Demokratie; hier streiten wir politisch über den richtigen Weg in die Zukunft und darüber, was Gemeinwohl hier und heute bedeutet. Deshalb müssen hier auch die Arbeitsbedingungen stimmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ausgerechnet den  
Liberalen Defizite vorwerfen!)

In diesem Sinn wird die Fraktion GRÜNE auch der Erhöhung der Fraktionszuschüsse zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich danke dem Kollegen Kößler, der die sachlichen Grundlagen dieses Haushalts so umfangreich dargelegt hat, dass ich mich ihm vollinhaltlich anschließen kann und nicht alles wiederholen möchte.

Der Dank der FDP/DVP-Fraktion geht insbesondere auch an alle Beschäftigten im Landtag und in den Fraktionen. Ich sage ganz bewusst: in allen Fraktionen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Denn bei allen sachlichen Disputen, die wir hier mitunter haben und sicherlich auch jetzt bei diesem Redebeitrag wieder haben, muss der menschliche Umgang miteinander stimmen. Wir sind froh, dass das hier im Landtag so ist.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen)

Frau Kollegin Bauer, nun zu dem Begriff „neoliberal“, den Sie immer als Kampfbegriff in die Mitte werfen.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Ich bitte Sie ganz dringend: Trinken Sie einmal mit Ihrem Kollegen Dr. Salomon, dem OB von Freiburg, einen Kaffee und lassen sich dabei erklären, was „neoliberal“ im Sinne der Freiburger Schule bedeutet.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Der trinkt doch gar keinen Kaffee! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Liberal, nicht neoliberal!)

Das ist Ordnungspolitik pur. Diese fordern Sie doch eigentlich auch immer ein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Rainer Stöckelberger SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bei Ihnen bedeutet das immer: für die Reichen, nicht für die Armen!)

Überlegen Sie sich einmal, was hinter diesen Begriffen steht, bevor Sie Begriffe verdrehen.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Nun aber zum Haushalt, über den wir jetzt reden. Auch im Einzelplan 01 – Landtag – sind jetzt produktorientierte Informationen enthalten. Ich möchte aber sagen: Dieser Teil dieses Haushalts ist mit Sicherheit noch steigerungsfähig. Darin sind im Wesentlichen Daten ausgewiesen, die sich im Lauf der Legislaturperiode nicht verändern, z. B. die Zahl der Abgeordneten. Auch andere Werte ändern sich kaum.

Ich würde mich freuen – wir sollten uns da noch einmal zusammensetzen –, wenn künftig auch ganz andere Daten darin stehen würden. Mich würde z. B. eine Antwort auf die Frage interessieren, wie viele Kilogramm oder wie viele Tonnen Papier hier im Haus jährlich umgeschaufelt werden. Das hat ja nicht nur einen Kosten-, sondern auch einen Umweltaspekt.

Vielleicht kommen wir, wenn wir die Zahl deutlich sehen, doch noch zu einer Lösung. Es gibt nicht nur die Alternative, dass ein Abgeordneter entweder alle oder gar keine Drucksachen bekommt. Aus meiner Sicht müsste es eine Zwischenlösung geben, dass man sagt: Die Drucksachen, die für die Plenarsitzungen benötigt werden, bekommen alle zugeschickt. Bei dem Rest kann man entscheiden, ob man im Internet nachsehen will oder ob man sich wirklich das ganze Papier erst postalisch durch die Gegend schicken lässt und es dann wieder hierher schleppt oder dann doch zwei Drittel davon wegwirft, weil es einen nicht direkt betrifft.

Auch die Entwicklung der Energiekosten halte ich für durchaus verfolgungswürdig. Bei diesen beiden Punkten – darin sind wir uns einig – liegt die Leistung nicht darin, dass diese Zahlen steigen, sondern dass sie sinken.

Herr Kollege Gall, Sie haben recht: Die stetige Weiterentwicklung des Parlaments sehen auch wir als Aufgabe. Eines hat mich allerdings schon verwundert. Sie sprachen das künftige Auszählverfahren bei der Landtagswahl an. Wir haben einen einstimmigen Beschluss dieses Landtags darüber, was kommen soll. Wenn wir daran etwas ändern wollen, ist das möglich. Aber eines kann aus meiner Sicht nicht sein. Ich erinnere mich noch sehr gut – ich bin überhaupt nicht nachtragend – an Angriffe, die mir gegenüber bei der letzten Wahlrechtsänderung unter der Gürtellinie gelaufen sind. Jetzt kommen Sie von der SPD und verlangen allen Ernstes von uns, dass wir das Wahlrecht künftig an der Befindlichkeit einer einzelnen Fraktion ausrichten. Das kann es wirklich nicht sein.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat doch niemand gefordert!)

– Der Vorschlag, den Sie bringen, zielt genau darauf.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie sind doch isoliert!)

Aber das Thema werden wir in dieser Legislaturperiode noch zu beackern haben – ich denke, bald –, und wir werden uns dann intensiver damit befassen.

Ich möchte noch etwas zur Erhöhung der Fraktionsmittel sagen, was mir außerordentlich wichtig ist. Die anderen Redner

(Heiderose Berroth)

haben es auch schon gesagt. Dies hat überhaupt nichts mit persönlicher Bereicherung von Abgeordneten zu tun, wie das leider manchmal in der Presse dargestellt wurde, im Gegenteil. Wenn wir mehr Geld sachgerecht ausgeben wollen, brauchen wir in der Regel auch mehr Einsatz der Abgeordneten. Man muss sich nämlich überlegen, was man damit macht. Denn wir wollen es nicht einfach hinauspulvern.

Wir hören ganz unterschiedliche Signale, auch im Rahmen dieser Haushaltsberatungen. Zum einen wird uns vorgeworfen, wir würden unsere Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, nicht ernst nehmen, weil wir zu wenig an dem vorgelegten Haushalt änderten. Wenn wir zum anderen sagen: „Um diese Aufgabe richtig wahrnehmen zu können, brauchen wir etwas mehr Mittel“, dann ist das auch nicht in Ordnung. „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ geht auch in diesem Fall nicht. Solide Arbeit bedarf auch aufseiten der Fraktionen ausreichender Mittel.

Nur ein Beispiel: Durch die Föderalismusreform sind zusätzliche Aufgaben auf uns zugekommen. Unsere Welt, auch hier im Landtag, wird immer komplexer. In besonderen Situationen wie z. B. in der jetzigen Finanzkrise muss es möglich sein, dass sich die Fraktionen gezielt punktuell personelle Verstärkung holen oder auch einmal eine zusätzliche Anhörung einberufen. Die technische Ausstattung muss auch in den Fraktionen auf dem aktuellen Stand sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Rechnungshofbericht ist im Übrigen nachzulesen, dass die FDP/DVP bewiesen hat, dass wir verantwortungsbewusst mit den uns zur Verfügung gestellten Mitteln umgehen und sie sachgerecht verwendet haben.

Deshalb braucht sich der Landtag von Baden-Württemberg im Vergleich der Parlamente nicht zu verstecken. Wir im Landtag leisten wie bisher weiterhin gute Arbeit, und das noch immer schwäbisch sparsam und badisch effizient.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 01 – Landtag. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3601.

Ich rufe auf

Kapitel 0101

Landtag

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 01.

Ich rufe **Buchstabe b** auf:

**Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3614**

**Berichterstatter: Abg. Michael Theurer**

**Berichterstatter für die Bereiche Bibliothekswesen und Kunst: Abg. Klaus Herrmann**

Das Präsidium hat für die Aussprache über den Einzelplan 14 eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht einer der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

(Abg. Werner Pfisterer CDU betritt den Plenarsaal. – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Immer mit der Ruhe! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Reinhold Gall SPD: Sind Sie heute Morgen gelaufen oder mit dem Auto gefahren, Herr Pfisterer? – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Stoppt einmal die Uhren!)

Dann erteile ich dem soeben eingetroffenen Kollegen Pfisterer das Wort.

**Abg. Werner Pfisterer** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, aber es war heute Morgen etwas hektisch.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Laufen Sie in den Landtag? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sollen wir tauschen? – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, halten Sie einmal die Uhr an, damit er etwas verschlafen kann!)

– Nein. Meine Mutter ist momentan im Krankenhaus. Ich habe ein paar Probleme. Deswegen war es heute Morgen bei mir etwas hektisch. Ich bitte deswegen um Entschuldigung.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Kein Problem! Sollen wir die Rednerreihenfolge ändern?)

– Nein, danke sehr, ich bin jetzt so weit.

Meine Damen und Herren, angesichts der politischen Lage wird deutlich, wie wichtig es momentan ist, über Wissen zu verfügen. Wissen kann einem nämlich niemand nehmen. Demzufolge ist für uns in Baden-Württemberg Wissen sehr wichtig.

Die baden-württembergische Landesregierung nimmt das Heft in die Hand und trägt die Verantwortung für die Menschen in diesem Land. Wir sind es den baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürgern schuldig, dass wir europaweit weiterhin an der Spitze bleiben.

Ich möchte daher gleich zu Beginn meiner Rede dem Wissenschaftsminister Peter Frankenberg, dem Staatssekretär Dietrich Birk, dem Ministerialdirektor Klaus Tappeser und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums danken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Sie haben großartige Arbeit geleistet, und dafür gebührt ihnen ein herzliches Dankeschön.

Baden-Württemberg ist die Heimat von Wissenschaft, Forschung und Kunst. Baden-Württemberg ist unter 68 Ländern und Regionen in Europa die Region mit der höchsten Innova-

(Werner Pfisterer)

tionskraft. Wissenschaft ist die Basis unserer Wirtschaft. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 4,2 % bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt sind internationale Spitze. Das alles ist aber kein Ruhekitzen, sondern gebietet Verantwortung.

Ich möchte schwerpunktmäßig einige Themen kurz aufgreifen.

Bei der Exzellenzinitiative waren unsere Hochschulen sehr erfolgreich. In keinem anderen Bundesland wurden so viele Standorte gefördert wie hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! So ist es!)

Als Heidelberger Abgeordneter freue ich mich darüber, dass gerade Heidelberg hier spitze war.

Durch diese Förderung werden Stellen in Baden-Württemberg neu geschaffen. Das dient unseren Forscherinnen und Forschern. All dies wird uns weiterhin voranbringen.

Dabei hilft uns das Konjunkturprogramm des Landes, aber auch das des Bundes, das wir in Baden-Württemberg entsprechend einsetzen. Insgesamt erhält Baden-Württemberg 1,25 Milliarden €. Etwa eine halbe Milliarde davon geht in die Sanierung von Hochschulen und Unikliniken sowie in den Bau von neuen Forschungseinrichtungen.

Meine Damen und Herren, mit dem Programm „Hochschule 2012“ sorgen wir dafür, dass für den doppelten Abiturjahrgang 2012 genügend Studienplätze zur Verfügung stehen. Auch hier wurden die Weichen frühzeitig gestellt. Jede und jeder Studierwillige wird die Chance auf einen Studienplatz erhalten. Für das Programm „Hochschule 2012“ werden im Jahr 2009 Landesmittel in Höhe von 65 Millionen € zur Verfügung gestellt. Darin sind insgesamt 600 Stellen enthalten.

Gestatten Sie mir einige Worte zu den Studiengebühren. Was hat die Opposition bei diesem Thema für Schreckensbilder an die Wand gemalt! Und was davon ist eingetreten? Nichts, gar nichts! Ganz im Gegenteil: Die Zahl der Studienanfänger ist sogar angestiegen. Dies zeigt, dass sich die Studiengebühren nicht negativ ausgewirkt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Im Wintersemester stieg die Zahl der Studienanfänger auf ein Rekordniveau an. Wir hatten 10 % mehr – so viele wie noch nie. Laut Statistischem Bundesamt sind die Studienanzahlen im Studienjahr 2008 im Bundesgebiet insgesamt um 7 % gestiegen. Baden-Württemberg liegt also deutlich über dem Durchschnitt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! Sehr gut! Frau Bauer, merken Sie sich das!)

Viele Faktoren sind für die Aufnahme eines Studiums entscheidend. Entscheidend in Baden-Württemberg sind aber die

Exzellenz und der Ruf unserer Universitäten und Fachhochschulen. Wir haben in Baden-Württemberg immer darauf geachtet, dass die Studiengebühren sozial verträglich ausgestaltet sind. Sie haben daher niemanden vom Studium abgehalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wichtig war uns immer, dass die Studiengebühren den Hochschulen für die Studierenden in vollem Umfang zur Verfügung stehen. Genau dies geschieht auch.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! So ist es richtig!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein weiteres Thema ansprechen: die Universitätskliniken. Gerade hier in Baden-Württemberg haben wir hervorragende Kliniken, die exzellente Forschung betreiben und für eine gute Krankenversorgung sorgen.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Als Heidelberger Abgeordneter, der sehr viel im Klinikum unterwegs ist, kann ich dies bestätigen. Ich weiß, wie dieser Bereich zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger, der Patientinnen und Patienten weiter gut ausgebaut wird.

Die Unikliniken stehen in einem harten Wettbewerb. Aufgabe unseres Landes ist es daher, dafür zu sorgen, dass sie ihre Spitzenposition behalten. Mit der geplanten Neufassung des Universitätsklinika-Gesetzes werden wir dies tun und entsprechend handeln. Wir werden gewährleisten, dass die Unikliniken wettbewerbsfähig bleiben, dass die Arbeitsplätze der Beschäftigten erhalten bleiben und ausgebaut werden, dass die Patienten gut versorgt werden und gute Forschungsarbeit geleistet wird.

Ich bitte daher um Zustimmung zum Haushalt.

Den Kunstbereich werden wir nachher noch einmal gesondert ansprechen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! Man merkt gleich den Fachmann!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rivoir.

**Abg. Martin Rivoir** SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe im Moment krankheitshalber eine etwas angeschlagene Stimme. Aber wir werden das schon hinkriegen.

Wenn man sich die Verlautbarungen der Landesregierung anschaut, dann könnte man eigentlich meinen, die Haushaltsansätze im Einzelplan 14, aus denen sich die Hochschullandschaft, die Forschungseinrichtungen und die kulturellen Einrichtungen des Landes finanzieren, seien üppig und auskömmlich. Ein Land, das nach seinem Selbstverständnis ein exzellenter Wissenschaftsstandort ist, sollte hier auch einen Schwerpunkt im Haushalt haben.

(Martin Rivoir)

Schauen wir näher hin. Da sind zum einen die Leuchttürme der Exzellenzinitiative. Hier haben Universitäten mit viel Energie und Ressourceneinsatz Herausragendes geleistet. Dafür gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Forscherinnen und Forschern in diesen Einrichtungen unser großer Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, durch die zusätzlichen Finanzmittel aus der Exzellenzinitiative scheinen die Bedingungen an diesen Instituten und Einrichtungen einigermaßen erträglich zu sein. Wie sieht es aber abseits dieser Leuchttürme aus, dort, wo fundierte Forschung stattfinden und gute Lehre gemacht werden soll? Wie sieht die Realität an unseren Hochschulen aus? Ich gebe Ihnen hier ein paar Einschätzungen von Verantwortlichen zum Besten:

Der Rektor der Universität Hohenheim z. B. sagt, dass er einen Teil der Einnahmen aus Studiengebühren benötige, um seinen Haushalt auszugleichen. Das Haushaltsloch in Hohenheim wird im Jahr 2009 rund 3 Millionen € groß sein.

Ein weiterer Rektor warnt davor, dass die Universitäten in Baden-Württemberg in zwei Jahren pleite seien, wenn sich an den finanziellen Rahmenbedingungen nichts Grundlegendes ändere.

Ein anderer Hochschulleiter sagt zum Solidarpakt: Es ist zwar schön, dass wir ihn haben, weil alles, was innerhalb dieses Solidarpakts liegt, vom Ministerium nicht angegriffen wird; aber alles außen herum wird abgegrast. Dies geschieht immer mit dem schönen Hinweis: Ihr habt ja jetzt die Studiengebühren.

Von einem Kanzler stammt die Aussage, dass man zunehmend gezwungen sei, Einnahmen aus Studiengebühren für die Grundausstattung zu verwenden, weil in endlosen Kürzungsrunden Landesmittel gestrichen worden seien.

Dies, meine Damen und Herren, sind Beispiele für die Realität an den Hochschulen in unserem Land: chronische Unterfinanzierung, tägliche Not und verzweifelte Bemühungen, möglichst viel der vom Land gestrichenen Mittel durch Einnahmen aus Studiengebühren zu ersetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir stellen uns eine funktionierende, intakte und auf Exzellenz in Lehre und Forschung orientierte Hochschullandschaft anders vor. Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen im finanziellen Bereich. Wir wollen tatsächliche Autonomie für die Hochschulen und keine kleinteilige Kontrolle durch das Ministerium, und wir wollen Mitwirkungsmöglichkeiten der Beschäftigten und der Studierenden, die dem kooperativen Charakter der wissenschaftlichen Arbeit entsprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das hätten die exzellenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unseren Hochschulen verdient.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel für den Gegensatz zwischen Propaganda und Wirklichkeit an unseren Hochschulen – Kollege Pfisterer hat es auch schon genannt –: das Programm

„Hochschule 2012“. Auf den ersten Blick erscheint es als eine ganz vernünftige Reaktion auf die selbst verschuldete Situation durch das Zwangs-G-8, das es mit sich bringt, dass wir im Jahr 2012 einen sehr großen Abiturientenberg haben. Angeblich wird dann über die Hochschulen ein Füllhorn an Finanzmitteln und Personalstellen ausgeschüttet.

Wie aber sieht die Realität aus? Für jede Stelle, die aus dem Programm „Hochschule 2012“ neu hinzukommt, muss eine bereits bestehende Stelle mit einem k.w.-Vermerk versehen werden. Schon heute werden Stellen, die erst in Jahren frei werden, faktisch gestrichen. Damit werden unsägliche Diskussionen, Streit und Missgunst in die Hochschulen, Institute und Abteilungen hineingetragen. Statt mit dem Programm „Hochschule 2012“ neue Schwerpunktsetzungen zu ermöglichen und neuen Schwung in die Hochschulen zu bringen, wird der Aufwuchs an Studienplätzen mit Klein-Klein-Gerangel belastet.

Nun kommen zu allem Ärger noch die Folgen eines Beschlusses hinzu, den wir in diesem Haus hier gern mitgetragen haben. Ich spreche von der Geschwisterregelung bei den Studiengebühren. Nicht jeder kann es wissen: Diese Regelung besagt, dass ab dem dritten Kind – unabhängig davon, ob die beiden anderen studieren oder eine andere Ausbildung machen – keine Studiengebühren mehr bezahlt werden müssen.

Ab dem dritten Kind also keine Studiengebühren mehr! Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion und der FDP/DVP-Fraktion, Sie sind auf dem richtigen Weg. Mit dieser Regelung haben Sie nämlich eingestanden, dass Studiengebühren zumindest ab dem dritten Kind unsozial sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Schon vorher! Ab dem ersten Kind! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Wir verbessern ständig!)

Damit, meine Damen und Herren, ist regierungsamtlich bestätigt: Studiengebühren sind unsozial!

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Sie sorgen für die Verbesserung der Studienbedingungen! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Ich erwarte es in der Tat nicht von Ihnen, aber eigentlich ist der Weg zu der Einsicht jetzt nicht mehr weit, dass auch Studiengebühren für das erste und das zweite Kind unsozial sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Sie hätten schon heute die Möglichkeit, diese Einsicht zu zeigen, wenn Sie unserem Antrag auf Abschaffung der Studiengebühren und deren Ersatz durch Haushaltsmittel zustimmen.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Und woher kommen die? – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Aus dem Haushalt!)

Diese Geschwisterregelung, meine Damen und Herren, räumt auch mit einem anderen Märchen auf, das so gern von Ihnen erzählt wird, nämlich mit dem Märchen, dass die Gebühren

(Martin Rivoir)

in Baden-Württemberg durch das Kreditsystem faktisch zu nachlaufenden Studiengebühren würden und dadurch niemand am Studium gehindert werde.

Kollege Pfisterer hat es hier gerade auch noch einmal so schön, aber leider schön falsch, vorgetragen. Wenn es wirklich so wäre, meine Damen und Herren, dann gäbe es überhaupt keinen Grund, jetzt die Gebühren ab dem dritten Kind abzuschaffen,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sind Sie dagegen?)

denn jeder – ob das erste, das zweite, das dritte oder das vierte Kind – könnte später ja gut verdienen und diesen Kredit wieder zurückzahlen.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Wir verbessern ständig – zum Wohl der Leute und der Hochschulen!)

Sie befreien aber das dritte und jedes weitere Kind, weil Sie einsehen, dass dieses Kreditsystem über die L-Bank gescheitert ist. In Wirklichkeit bezahlen nämlich nicht die Studierenden, sondern die Eltern, die Großeltern, die Familien die Studiengebühren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Dies, meine Damen und Herren, ist aus unserer Sicht ein wirklich bemerkenswerter Paradigmenwechsel. Diese Änderung Ihrer Einstellung hat gute Gründe. Sie haben es nämlich bis heute nicht geschafft, das bei der Einführung der Studiengebühren versprochene Stipendiensystem auch nur ansatzweise zu realisieren. Sie stehen vor einem Debakel, was die Studiengebühren und die Studiengeldendarlehen anbelangt.

(Lachen des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Ich gebe zwar zu, dass die 5,5 %, die die Studierenden bei der L-Bank an Zinsen bezahlen müssen, deutlich günstiger sind als die 9 % beim SoFFin, aber die Darlehen werden eben trotzdem nicht angenommen. Wir haben einen neuen Tiefststand an Studiengeldendarlehen.

Sie wollten Sozialverträglichkeit durch Verschuldung herstellen. Diese Ideologie fliegt Ihnen jetzt um die Ohren. Jetzt geht es so langsam auf die nächste Landtagswahl zu, und Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, haben realisiert, wie Koch in Hessen mit den Studiengebühren auf die Nase fiel.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau!)

Die hessische CDU, die hessische FDP sind zur Vernunft gekommen – sie wollen keine Studiengebühren mehr.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Klaus Schüle: Die Studiengebühren sind vor der letzten Landtagswahl eingeführt worden!)

In Hessen wurden die Studiengebühren abgeschafft. Das ist eine gute Geschichte, und Hessen wird sie nicht wieder einführen.

Nun komme ich noch einmal auf diese Geschwisterregelung zurück. Mit der Geschwisterregelung haben Sie auf einmal Ihr familienpolitisches Gewissen entdeckt.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Kann man einmal die positiven Effekte darlegen? – Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Im Ausschuss kam es – wir haben ja darüber diskutiert – zu hektischen, überstürzten Gesetzesbeschlüssen,

(Unruhe bei der CDU)

die Sie durchgesetzt haben,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir haben das ganz normale Verfahren eingehalten!)

ohne die finanziellen Folgen dieser Änderungen zu bedenken. Ich sage Ihnen jetzt, welche finanziellen Folgen diese kleine Gesetzesänderung hat.

Universität Freiburg: Mindereinnahmen in diesem Jahr: 3 Millionen € durch diese Regelung. Universität Stuttgart: Mindereinnahmen von 2 bis 3 Millionen €. PH Heidelberg: Mindereinnahmen 1,5 Millionen €. Hochschule Heilbronn: Die Einnahmen aus Studiengebühren sinken um 30 %. Universität Tübingen: im Moment minus 5 %.

(Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Meine Damen und Herren, das alles sind Mittel, mit denen die Hochschulen eigentlich gerechnet hatten. Sie stehen im Haushaltsplan, den wir heute diskutieren. Dieser Haushaltsplan für die einzelnen Universitäten, für die Hochschulen, die PHs ist heute, wenn er beschlossen wird, schon Makulatur.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie haben keine Gegenfinanzierung!)

Denn die Studiengebühren sind ein völlig falscher Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Ich bringe es auf den Punkt:

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Hochschulpolitischer Tiefflieger!)

Sie beruhigen Ihr schlechtes familienpolitisches Gewissen auf Kosten der Hochschulen; Sie lassen sie mit diesen Mindereinnahmen allein und schauen dann, wie die Dinge vor sich hinlaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie wollen nur Schulden machen! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Ihr seid die größten Schuldenmacher!)

Meine Damen und Herren, es wäre nur anständig, wenn Sie zumindest die durch die Geschwisterregelung entstehenden Mindereinnahmen der Hochschulen durch Haushaltsansätze ausgleichen würden.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie Schuldenmacher! Ihr wollt nur Schulden machen!)

(Martin Rivoir)

Die Hochschulen haben ja mit diesen Einnahmen geplant. Woher soll denn dieses Geld jetzt kommen? Das wäre fair; das ist das Mindeste, was ich von Ihnen erwarte. Deswegen, meine Damen und Herren, nochmals unsere Aufforderung: Stimmen Sie unserem Antrag auf Abschaffung der Studiengebühren zu; ersetzen Sie diese Einnahmen durch Haushaltsmittel.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: 180 Millionen €!)

Wir haben einen Vorschlag dazu gemacht, wie das zu finanzieren ist.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Unseriös!)

In den nächsten Jahren wird es weitere Vorschläge geben, wie das zu finanzieren ist. Geben Sie Hochschulen die Finanzmittel, die sie brauchen, und zwar ohne bürokratischen Aufwand.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: 180 Millionen €! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Völlig unseriös! Peinlich!)

Das wäre eine faire Geschichte; das wäre der Weg, den wir gehen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dies waren meine Ausführungen zu den Bereichen Wissenschaft und Forschung innerhalb des Einzelplans 14. Meine Kollegin Heberer hat jetzt noch drei Minuten und 16 Sekunden

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist aber wenig! Sie hätten sich ruhig ein bisschen kürzer fassen können!)

für den Kunstbereich.

(Beifall bei der SPD – Abg. Werner Pfisterer CDU: In der zweiten Runde! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist nicht gerade höflich, ihr so wenig übrig zu lassen! – Gegenruf der Abg. Helen Heberer SPD: Das kriegen wir schon hin!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Wissenschaftshaushalt kann man vorab zwei gute Nachrichten festhalten. Das tun wir von grüner Seite auch gern.

Erstens: Es ist mit diesem Haushalt gelungen, in relevantem Umfang in die Themen Hochschulbau und Hochschulsanierung – auch energetische Sanierung – einzusteigen. Das geschieht natürlich im Wesentlichen über die zusätzlichen Mittel von Bund und Land, die im Rahmen der Konjunkturpakete zur Verfügung gestellt werden. Aber mit der Summe von Pi mal Daumen 300 Millionen € für diesen Bereich ist schon einmal ein Signal gesetzt. Das ist das gute und für die Hochschulen auch sicherlich sehr erfreuliche Signal.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch gleich festhalten: Dem steht ein Sanierungsstau von sage und schreibe

4 Milliarden € gegenüber. Das sind sozusagen die Sünden der letzten zwei Jahrzehnte, die da zusammengekommen sind.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Das heißt in der Umkehrung: Setzen Sie sich heute schon einmal daran und schreiben Sie dieselbe Summe, die wir jetzt für das kommende Haushaltsjahr verabschieden, in die mittelfristige Finanzplanung hinein. Legen Sie für den Zeitraum bis 2020 ein Konzept vor. Denn zumindest bis zu diesem Zeitpunkt brauchen wir jedes Jahr zusätzliche Mittel in dieser Höhe, um den Sanierungsstau auflösen zu können.

(Beifall des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Das wäre nachhaltige Hochschulplanung.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Finanzierungsvorschlag?)

– Da müssen wir herangehen und müssen die richtigen Prioritäten setzen. Dazu haben wir Vorschläge. Wir würden ja lieber weniger Tunnel bauen und dafür mehr in die Höhe bauen und in die Hochschulen investieren.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Grüne gegen Tunnel!)

Die zweite gute Nachricht: Das Thema Exzellenz hat sich für die badischen Universitäten in der Tat positiv ausgewirkt. Es gibt dafür frisches Geld vom Bund, und es gibt eine Kofinanzierung des Landes. Das ist sicher sehr wohltuend. Aber – Kollege Rivoir hat es auch schon gesagt – für diejenigen Hochschulen, die dieses Geld nicht sehen – das gilt vor allem für den schwäbischen Landesteil –, ist es bitter. Denn die Grundausstattung, reduziert auf den Solidarpakt, ist nun einmal nicht ausreichend. Für die normal gute Wissenschaft, für die normal guten Hochschulen wird es total eng; auch zum Ausgleich für steigende Energiekosten sehen sie kein zusätzliches Geld. Wenn wir aber eine vielfältige Hochschullandschaft bewahren wollen, müssen wir auch die normal gute Hochschule vernünftig ausstatten.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das waren die guten Nachrichten. Jetzt komme ich zu den anderen Punkten.

Erstens: das Thema „Masterplan 2012 und Hochschulausbau“. Es ist meines Erachtens ein exzellentes Täuschungsmanöver,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ein Quatsch!)

das wir hier vorfinden. Die Hochschulen haben nach wie vor keinerlei Sicherheit, ob sie das zusätzliche Geld vom Bund wirklich werden behalten können. Der Ausbau kommt nicht in die Puschen; auch nicht mit der ersten Steigerungsrate, die wir jetzt in diesem Jahr sehen. Denn wir starten von einem derart tiefen Level aus, dass wir die bundesweit verabredeten Zuwachsraten bei Weitem unterschreiten.

Zweitens: Hier im Haus ist immer wieder aufs Neue verkündet worden: Das Programm „Hochschule 2012“ hat für die

(Theresia Bauer)

letzten Jahre zunächst einmal 20 Millionen € zusätzlich, dann 40 Millionen € zusätzlich gebracht. Schaut man jetzt in den Haushalt hinein, sieht man, dass ein Teil der Gelder gar nicht verwendet und nicht ausgezahlt wurde, sondern für die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe benutzt wurde. Denn der Ausbau kommt auch landesseitig nicht in die Puschen. Legen Sie doch einmal offen, wie viel von dem Geld, welches für „Hochschule 2012“ versprochen wurde, am Ende in der globalen Minderausgabe gelandet ist!

(Beifall bei den Grünen)

Wir sagen dagegen: Der Solidarpakt muss ergänzt werden durch einen Bildungspakt, durch den der Aufwuchs, der Ausbau der Hochschulen bis ins Jahr 2012 und darüber hinaus verlässlich gesichert wird und der den Hochschulen sichere Rahmenbedingungen bietet.

Nächstes Stichwort. Kollege Rivoir hat viel zum Thema „Studiengebühren und Sozialverträglichkeit“ gesagt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Ich möchte das jetzt hier nicht wiederholen. Sie als Landesregierung haben sich zu Recht viel Ärger eingehandelt, weil Sie im Zusammenhang mit den Studiengebühren und der Sozialverträglichkeit falsche Versprechungen gemacht haben. Sie haben Versprechen gemacht, die Sie nicht halten können oder nicht halten wollen, und zwar sowohl in Sachen Kredit und Sozialverträglichkeit als auch in Bezug auf die Geschwisterregelung.

Man hätte es viel einfacher, viel umfassender und auch viel transparenter haben können, wenn man eine Regelung wie in Bayern übernommen hätte, die ganz einfach heißt: Ab drei Kindern zahlt kein Kind Studiengebühren. Es ist ganz einfach, den Nachweis der Kinderzahl zu führen, nämlich auf der Basis des Kindergeldbezugs der Familien. Dann hätten sich die Hochschulen die monatelange Beschäftigung von Juristen wegen der richtigen Interpretation der Gesetzesregelung sparen können. Man hätte es auch einfacher haben können. Sie wollten es kompliziert haben.

Beim Thema Mitsprache haben Sie die Studierenden enttäuscht, da Sie ihnen nicht ausreichend Recht geschaffen haben. Wenn Studierende über die Verwendung ihrer Gebühren mitreden sollen, dann brauchen sie verlässliche und vergleichbare Informationen darüber, was die Hochschulen mit ihrem Geld machen. Sie haben bis heute kein Informationssystem vorgelegt, das es den Studierenden ermöglichen würde, wirklich in der Substanz, vernünftig und wirksam mitzureden. Das zugesagte Berichtswesen zieht sich hin – man versteht gar nicht, warum –; es dauert bis in den Mai hinein, bis wir zum ersten Mal vergleichende Informationen aus den Hochschulen sehen. Dafür gibt es keinen Grund. Ich glaube, Sie versuchen, die Studierenden davon abzuhalten, mitzureden und zu einem kraftvollen Einflussfaktor in den Hochschulen zu werden.

(Beifall bei den Grünen)

Bei der Entscheidung über die Verwendung der Studiengebühren gilt genau das Gleiche. Sie sagen: Studierende dürfen mitreden. Aber am Ende entscheiden dürfen sie nicht. So steht

es im Gesetz. Am Ende entscheidet das Rektorat. Auch das frustriert Studierende.

Sie haben versprochen: Die Studiengebühren dürfen nur für zusätzliche Verbesserungen der Lehre in den Hochschulen verwendet werden. Ich habe von Anfang an dagegegenghalten: Dieses Kriterium ist überhaupt nicht durchzubuchstabieren und ist überhaupt nicht zu präzisieren. Jetzt sehen wir, wie die Hochschulen Dehnungsübungen und Interpretationsübungen machen, indem sie sagen: Der Verbesserung der Lehre dienen das Professorengehalt und die neuen Gebäude einschließlich der Heizkosten – denn wer kann schon in kalten Räumen gut studieren? –, und am Ende wird das Finanzministerium oder das Verkehrsministerium darauf kommen, zu sagen: Zur Verbesserung der Lehre werden wir Parkplätze, Radwege und Straßen ausbauen. Denn wer will als Studierender schon im Stau stehen und seine Vorlesung verpassen?

Deswegen meine ich: Sie müssen da ehrlicher werden, sonst wird die schlechte Stimmung an den Hochschulen zum Dauerzustand.

(Beifall bei den Grünen)

Ich werde meinen guten Ratschlag zur Reduktion der Aufgaben und zur Einsparung von Kosten jetzt nicht vorbringen, sondern dies in der nächsten Sitzung des Wissenschaftsausschusses tun; denn sonst wird mein Kollege Walter, der über das Thema Kultur reden will, zu nervös. Er soll für seine Ausführungen zum Thema Kultur auch noch Redezeit haben.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Deswegen kündige ich hiermit an: Wir werden im Einzelnen kritisch verfolgen und begleiten, was Sie im Hochschulbereich machen, aber wir können die Gesamtrichtung nicht mittragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Im Moment liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich gehe davon aus, Herr Abg. Theurer – –

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Bachmann!)

– Herr Abg. Bachmann. Bitte schön, Herr Abg. Bachmann hat das Wort.

**Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Baden-Württemberg kommen nur zwei Rohstoffe vor: Gips und Grips. Der Abbau von Steinen, Sanden und eben von Gips leistet zwar einen wichtigen Beitrag zu unserem wirtschaftlichen Wohlergehen. Unsere Innovationskraft, unsere Exportstärke und unser Wohlstand beruhen im Kern aber auf dem Grips in den Köpfen der Menschen. Jeder Euro, den wir in den Grips in den Köpfen unseres Nachwuchses investieren, ist eine Investition in die Zukunft.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das gilt für den vorschulischen Bereich, das gilt für den schulischen Bereich, und das gilt in besonderer Weise für Wissen-

(Dietmar Bachmann)

schaft und Forschung. Das Land der Tüftler und Bastler lebt von seiner Exzellenz in Forschung und Lehre.

Es ist gut, dass Baden-Württemberg in der Exzellenz seiner Universitäten bundesweit mit Abstand vorn liegt, und es ist noch besser, dass wir mit einem Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 4,2 % bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt europaweit an der Spitze liegen. So selbstverständlich es ist, dass wir Mecklenburg-Vorpommern mit 1,4 % abhängen, so beruhigend ist es, dass auch Bayern mit 2,9 % deutlich hinter uns liegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen. Die Konkurrenz schläft nicht. In Wissenschaft und Forschung stehen wir in einem globalen Wettbewerb. Wir als Koalition haben die Weichen gestellt, damit Baden-Württemberg in diesem Wettbewerb bestehen kann.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Michael Theurer FDP/DVP)

Das Volumen des Einzelplans 14 steigt um 3 % auf 3,828 Milliarden €. Hinzu kommen fast 222 Millionen € aus den Zukunftsoffensiven und dem Impulsprogramm für den Hochschulbau. Für die Zukunftsfähigkeit besonders wichtig sind die Investitionen; sie steigen mit diesem Etat überdurchschnittlich um 5,6 %. Von dem Landesanteil am Konjunkturprogramm II des Bundes in Höhe von 371 Millionen € zuzüglich 124 Millionen € wird ein wesentlicher Teil ebenfalls dem Hochschulbau, insbesondere für energetische Sanierungen, zugutekommen. Mit diesen Investitionen in den Grips unseres Nachwuchses können wir uns deutschland- und europaweit sehen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich auf drei Komplexe näher eingehen.

Komplex 1: Hochschulfreiheit. Andere Länder nennen ihre entsprechenden Gesetze Hochschulfreiheitsgesetz. In Baden-Württemberg als Stammland der Liberalen ist Freiheit so selbstverständlich, dass wir auf solche Etiketten verzichten können. Unser Hochschulgesetz kann es in Sachen Hochschulautonomie mit jedem anderen Hochschulgesetz in Deutschland aufnehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Hinzu kommt der Solidarpakt II. 65 % des gesamten Etats geben den Universitäten nebst Hochschulmedizin ebenso wie der Dualen Hochschule, den Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen sowie Kunst- und Musikhochschulen finanzielle Planungssicherheit bis 2014. Nur wer sich nicht um sein täglich Brot sorgen muss, kann sich ganz seiner Arbeit widmen. Wir haben den Universitäten und Hochschulen dieses Höchstmaß an Freiheit gewährt – in dem Wissen, dass die Freiheit von Forschung und Lehre der Nährboden der Exzellenz ist. Die Saat ist aufgegangen. Fast ein Drittel des Fördervolumens der Exzellenzinitiative fließt nach Baden-Württemberg. Mit etwa 600 Millionen € trägt die Saat der Freiheit reiche Früchte.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Komplex 2: Ausbauprogramm „Hochschule 2012“. Mit diesem Programm schaffen wir in der Endausbaustufe über

16 000 neue Studienplätze. Es sind zukunftsfähige Studienplätze, denn der Schwerpunkt – ich zitiere den Berichtersteller Michael Theurer – liegt im Bereich MINT – Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Technik. Mit diesem Programm investieren wir gezielt in die Tüftler und Bastler.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Jahr 2009 sind dies 65 Millionen € an Investitionen in den Grips unseres Nachwuchses – zusätzlich! Wir tun dies zu einem ganz entscheidenden Zeitpunkt, weil jetzt die geburtenstarken Jahrgänge ihr Studium beginnen. Weil wir in die Zukunft investieren, nehmen wir auch deutlich mehr Geld je Studienplatz in die Hand als der Bund mit dem Ausbauprogramm „Hochschule 2020“. Wir verhalten uns da ausnahmsweise einmal ganz unschwäbisch: Aus Berlin kommt ein Programm, wir haben ein Programm.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Komplex 3: Studiengebühren. Dieses Thema darf ja bei keiner Debatte fehlen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Zu Recht!)

Heute haben wir aber besonderen Anlass, es anzusprechen. Wir sind nämlich stolz darauf, dass wir mit diesem Haushalt den entscheidenden Schritt in Richtung soziale Gerechtigkeit gehen.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

Unsere Studiengebühren sind jetzt in fairer Weise nachlaufend, sodass niemand seine Entscheidung von den Vermögensverhältnissen der Eltern abhängig machen muss. In den Erläuterungen zu Kapitel 1409 Titel 671 01 N heißt es – ich zitiere –:

*Mit den veranschlagten Mitteln wird sichergestellt, dass den Darlehensnehmern von Studiengebührendarlehen von der L-Bank höchstens ein Zinssatz von 5,5 % in Rechnung gestellt wird. Die Differenz zu dem nach § 9 Abs. 3 der Studiengebührenverordnung zu berechnenden Zinssatz wird vom Land übernommen.*

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das müsste doch auch in den Ohren der Opposition wie Musik klingen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dafür haben wir lange gekämpft!)

Mit den in diesen Titel eingestellten 600 000 € ist sichergestellt, dass die 180 Millionen € aus Studiengebühren in vollem Umfang

(Abg. Johannes Stober SPD: Es sind aber nur noch 150 Millionen!)

für eine Verbesserung der Studienbedingungen zur Verfügung stehen; Kollege Pfisterer hatte bereits darauf hingewiesen.

(Dietmar Bachmann)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

– Ja, lieber Kollege Rivoir, Ihnen können wir es ja bei noch so viel sozialer Gerechtigkeit nicht recht machen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Oh! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Lassen Sie mich anknüpfend an die Geschichte von Hans – ich erinnere an die gestrige Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden – die Geschichte von Hans und Claus erzählen:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ach nein! Da können Sie rhetorisch nicht mithalten!)

Da war einmal der Hans, der mit wenig Geld durchs Leben gehen musste,

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Jetzt wird es wieder peinlich!)

weil ihm ein sozialdemokratischer Finanzminister in Berlin auch das letzte Hemd zu nehmen versuchte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann wollte man noch mehr Geld von ihm, um anderen ein kostenfreies Studium zu finanzieren.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Genau! – Abg. Helen Heberer SPD: Oje! Bachmannsche Märchenstunde!)

Dann fragte sich der Hans, ob der Claus – der Schmiedel, der sein Geld wollte – als studierter Pädagoge nun schon zum Klassenfeind zählt oder ob der seine Solidarität noch in Anspruch nehmen darf.

(Abg. Helen Heberer SPD: Distanzlos!)

Ja, so ist das eben mit dem Hans und dem Claus und der sozialen Gerechtigkeit.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat gar niemand verstanden! Wo war die Pointe bei dieser Geschichte? – Abg. Martin Rivoir SPD: Sagen Sie uns, wann wir lachen sollen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sorgen in diesem Land nicht nur für soziale Gerechtigkeit, wir sorgen auch dafür, dass es Arbeitsplätze für den Hans und seine Kumpel gibt. Wir investieren nämlich in den Grips in den Köpfen unseres Nachwuchses.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir tun dies, damit es die Kinder vom Hans einmal besser haben, und wir tun dies, damit der Hans auch im Alter in einem Land leben kann, das die Zukunft nicht verschlafen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute!)

Diese gute Politik hat das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Minister Frankenberg an der Spitze zu

verantworten. Wir als Liberale danken ganz herzlich dafür, dass Sie gemeinsam mit uns die Zukunft unseres Landes sichern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Frankenberg.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann nahtlos an den Gedanken der Freiheit anknüpfen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr schön!)

Denn ich glaube, dass die guten Leistungen unserer Hochschulen – die sollten wir alle erkennen und anerkennen –

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja!)

darauf zurückzuführen sind, dass wir ihnen auch die Freiheit zu ihrer Entwicklung gegeben haben.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Drittmittel!)

– Bei Drittmitteln sind sie besonders erfolgreich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Gutes Stichwort!)

Wir haben den Hochschulen die Freiheit gegeben, sich zu entwickeln. Bei Institutionen ist es wie bei Individuen: Man muss ihnen die Freiheit geben, erfolgreich zu sein.

Ich glaube auch, dass die Wirtschaftskrise nicht zu einer Zeit des größeren Staatsinterventionismus führen sollte, sondern zu einer Zeit größerer Eigenverantwortlichkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ein wahrhaft liberaler Minister!)

In dieser Wirtschafts- und Finanzkrise brauchen wir Wissenschaft und Forschung mehr denn je. Denn am Ende der Krise wird die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und der Bundesrepublik darüber entschieden werden, wie innovativ und wie kreativ unsere Wirtschaft und Gesellschaft im Wettbewerb mit den anderen Gesellschaften sind.

Deshalb ist es richtig, dass der Landesteil des Konjunkturprogramms einen Schwerpunkt auf die Infrastruktur von Wissenschaft und Hochschulen setzt und damit auch das Zeichen setzt, wie wichtig uns unsere Wissenschaftseinrichtungen für unsere Zukunft sind.

Wir werden übrigens auch ein Projekt finanzieren zwischen den Hochschulen Mannheim und Heidelberg und dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung zur Analyse, wie es zu der Finanzkrise gekommen ist und welche Maßnahmen man ergreifen muss, um eine solche Finanzkrise im Bankensektor in Zukunft zu verhindern. Nur ein Wort an diejenigen, die immer glauben, die Ursache sei sozusagen nur die Privat-

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

gier gewesen: Am Anfang der Finanzkrise steht letztlich der Staat und nicht der Private.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Zurufe der Abg. Johannes Stober SPD und Jürgen Walter GRÜNE)

Der Solidarpakt, den wir mit allen Hochschulen geschlossen haben, ist im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht ein Pakt, der die Haushalte der Hochschulen nach unten drückt, sondern ein Pakt, der ein Schutzschirm für die Haushalte unserer Hochschulen ist, und zwar ein umfassender Schutzschirm; denn schließlich werden z. B. die Tarifsteigerungen zusätzlich eingestellt.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Wenn Sie jetzt, Herr Rivoir, Rektoren aus verschiedenen Hochschulen zitieren, so darf ich Ihnen sagen, dass der Rektor der Universität Hohenheim versichert hat, dass er die Studiengebühren nur gesetzeskonform, nämlich zur Verbesserung der Lehre, einsetzen wird

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist ja das Mindeste! – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

und dass er bedauert, dass überhaupt der Eindruck entstanden ist, eine Hochschule könne sich in dieser Hinsicht nicht an das Gesetz halten.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das glaube ich schon, wenn er bei Ihnen „vorreiten“ muss!)

Herr Schmiedel hat gestern etwas zu Solidarpakt und Studiengebühren gesagt. Aber das war eher eine Rede wie von jemandem, der Skat spielt: Es wurde alles vermischt.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ohne Kreuzbube!)

Die Wahrheit lag wahrscheinlich im Stock. Den hat er nicht aufgehoben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herrlich! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Und die Karten waren gezinkt!)

Denn er hat den Solidarpakt I, der 1994 geschlossen worden ist, mit den Studiengebühren in Zusammenhang gebracht und den Eindruck erweckt, als ob die Stellenkürzungen von damals durch Studiengebühren hätten ausgeglichen werden sollen. Der Solidarpakt I hatte mit Studiengebühren überhaupt nichts zu tun,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

der Solidarpakt II mit allen Hochschulen übrigens auch nicht. Im Solidarpakt II werden alle Stellen garantiert und keine Stellen an den Hochschulen gestrichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Doch gezinkte Karten bei Rivoir!)

Die Exzellenzinitiative ist für uns nicht nur ein Ausweis der guten Leistungen unserer Hochschulen, sondern ein Ansporn, den Platz, den wir erreicht haben, zu halten, und zwar sowohl in der Konfiguration der nächsten Phase der Exzellenzinitiative als auch in der Unterstützung der erfolgreichen Hochschulen und der noch nicht erfolgreichen Universitäten für die nächste Phase der Exzellenzinitiative.

Das größte Projekt wird die Fusion von Helmholtz-Zentrum und Universität in Karlsruhe sein, das KIT. Die Entwürfe für das Gesetz und den entsprechenden Vertrag mit dem Bund werden dem Landtag noch in dieser Legislaturperiode zugeleitet werden. Ich glaube, dass wir damit die größte Innovation im deutschen Universitätssystem schaffen, nämlich zum ersten Mal die Versäulung zwischen außeruniversitärer Forschung und universitärer Forschung und Lehre aufzubrechen und in Deutschland die wettbewerbsfähigste technische Hochschule auf europäischem Niveau, auf dem Niveau einer ETH Zürich zu etablieren.

Das Programm „Hochschule 2012“, dieses Programm zur Schaffung von 16 000 neuen, zusätzlichen Studienanfängerplätzen entlang der demografischen Entwicklung und entlang dem doppelten Abiturjahrgang, ist ein Muster für andere Länder,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

und zwar nicht nur in der klaren Finanzierung,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das Modell deutscher Möglichkeiten!)

sondern auch in der Art und Weise, wie dieses Programm aufgestellt worden ist: in regionalen Konferenzen, in Absprache mit denen, die dann später die möglichen Absolventen einstellen. Man kann jetzt nur an die Wirtschaft in der Krise appellieren, dass das, was ich aus den Unternehmen höre – nämlich dass sie keine Ingenieurstellen streichen wollen, sondern Ingenieure neu einstellen wollen, mit Blick auf die Zukunft, um auch für die Zukunft den Anreiz zum Studium des Ingenieurwesens und der Naturwissenschaften zu geben –, auch in dieser Krise hält.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Nachdem wir 6 000 zusätzliche Studienanfängerplätze geschaffen haben, werden wir 3 000 weitere Studienanfängerplätze in diesem Haushaltsjahr etablieren. Die von Ihnen, Frau Bauer, so bezeichneten Kürzungen sind keine Kürzungen. Vielmehr wird durch spätere Berufungen nicht verausgabtes Geld als Liquidität jetzt abgeschöpft und steht für spätere Phasen des Programms „Hochschule 2012“ wieder zur Verfügung. Das ist vernünftiges Haushaltsverhalten. Wenn es ein grünes Haushaltsverhalten ist, Geld, das man hat, einfach auszugeben – ohne Rücksicht darauf, ob man es dann auch braucht – und später kein Geld mehr zu haben, dann folgen wir dieser Devise eben nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Vernünftigerweise nicht!)

Auch die Bundeskanzlerin hat ja entdeckt, dass wir eher dem Prinzip der sparsamen schwäbischen Hausfrau folgen, die aber

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

auch dann noch Geld hat, wenn andere kein Geld mehr haben.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

Sie haben die Bundesmittel angesprochen. Diese werden nach dem Königsteiner Schlüssel vergeben, und wir leiten sie nur an die Hochschulen weiter, sofern sie ihre Ziele auch erreicht haben. Das heißt, es wird keine Rückzahlungsverpflichtungen der Hochschulen geben. Hier belohnen wir vielmehr die Hochschulen, die ihre Ziele erreicht haben. Für diejenigen, die diese Ziele nicht erreicht haben, muss es ein Ansporn sein, sich so anzustrengen, dass sie in den Genuss dieser Bundesmittel kommen.

Wir liegen mit plus 10 % Studienanfängern im Wintersemester 2008/09 an der Spitze der Entwicklung. Diese Anfängerzahlen zeigen auch, dass die Studiengebühren keine Auswirkungen auf das Studienanfängerverhalten gehabt haben.

Herr Rivoir, wenn jemand glaubt, dass Studiengebühren zu einem Projekt der Landtagswahl werden, dann scheint das Ihr Projekt zu sein. Das ist auf jeden Fall nicht unser Projekt. Sie glauben wahrscheinlich, dass Sie damit erfolgreich dem FDP-Projekt „18 %“ folgen können.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Martin Rivoir SPD: Oje! – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Das ist eine Steigerung! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir sind schon da! Von unten! – Abg. Helen Heberer SPD: Machen Sie jetzt schon Wahlkampf?)

Sie beklagen, dass sich Befreiungen von den Studiengebühren auf den Haushalt der Hochschulen auswirken.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Beklagen wir nicht! Wir haben darauf hingewiesen! – Abg. Johannes Stober SPD: Wir wollen nur, dass es seriös gegenfinanziert wird!)

– Sie haben das beklagt. Gleichzeitig waren Sie für diese Befreiungen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Nein, nein, nein! – Abg. Johannes Stober SPD: Wir schlagen 180 Millionen € als Ersatz vor!)

Die Regelung, die wir für Familien mit mindestens drei Kindern geschaffen haben, ist eine familienpolitische Strategie.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Weil Sie eingesehen haben, dass das Kreditsystem nicht funktioniert! – Abg. Johannes Stober SPD: Funktioniert nicht! – Weitere Zurufe)

– Das Kreditsystem funktioniert. Das Kreditsystem mit einer Zinsdeckelung von 5,5 % ist angesichts der Wirtschaftskrise und jetzt steigender Zinsen ein idealer Schutzschirm

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Martin Rivoir SPD: Ein neuer Tiefpunkt an Darlehen!)

und eine langfristige Sicherheit und Nachhaltigkeit für den Studienkredit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben mit allen Ausnahmen, auch mit der Befreiung von Studierenden, die Kinder im Alter von bis zu 14 Jahren erziehen, ein wirklich hohes Maß an zusätzlicher Sozialverträglichkeit – zusätzlich zu der Möglichkeit, einen Kredit aufzunehmen – aufgespannt.

Was man jetzt macht, nämlich das eine zu beklagen und doch das Gleiche zu wollen, ist im Grunde genommen so etwas wie die eierlegende Wolfsmilchsau.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wollmilchsau! – Zurufe: „Wolfsmilchsau“? Wollmilchsau!)

Nur um gegen Studiengebühren zu sein, werden Mindereinnahmen beklagt, die sich aus sozialen Tatbeständen ergeben.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rivoir?

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Aber immer.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das gibt Herrn Rivoir Gelegenheit, einiges zurechtzurücken!)

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Ich weise darauf hin, dass ich das nicht beklagt habe, sondern darauf hingewiesen habe, dass wir dort Haushaltsprobleme haben. Dieser Haushaltsplan, der hier vorliegt, stimmt durch die Mindereinnahmen, die es da gibt, nicht mehr. Deswegen meine Frage an Sie: Wie wollen Sie das ausgleichen?

Der Haushalt, der in der nächsten Woche wohl verabschiedet wird, ist nicht mehr gültig. Es ist einfach Makulatur, was da drinsteht. Sie müssen eine Antwort darauf geben, wie diese Mindereinnahmen ausgeglichen werden. Auf diese Antwort warte ich und erbitte sie im Namen der Hochschulen.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Herr Rivoir, zunächst einmal ist die Annahme von 25 % Mindereinnahmen durch die Dreikinderregelung – Sie haben die Spreizung selbst gesehen; sie bewegt sich je nach Hochschule zwischen 4 % und 25 % – zu hoch. Das widerspricht jeder Demografie.

(Abg. Johannes Stober SPD: Von wie viel gehen Sie aus? – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

– Ich komme gleich zu einer Zahl. – Denn das würde bedeuten, das etwa 25 % der Familien, die studierende Kinder haben, Familien mit drei und mehr Kindern sind.

(Abg. Helen Heberer SPD: Ja! – Abg. Martin Rivoir SPD: Das hat uns auch gewundert!)

Dann hätten wir nicht die demografische Lage, die wir haben. Das kann auch nicht an den Ausländern liegen. Denn die ausländischen Studierenden sind überwiegend Chinesen, und die chinesische Einkindpolitik passt nicht zu der Aussage, dass alle Chinesen drei Kinder hätten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Martin Rivoir SPD: Soll das witzig sein?)

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

Ich glaube, dass diese hohen Zahlen ein vorübergehendes Phänomen sind. Bayern hat mit seiner weiter gehenden Dreikinderregelung mit Einbußen von ca. 10 % gerechnet. Dann können es mit der engeren Dreikinderregelung nicht 25 % sein. Ich glaube, dass sich diese Vorabmeldungen in den nächsten Semestern deutlich relativieren werden.

Es ist so: Die Hochschulen haben jetzt durch die Möglichkeit, für zusätzliche Lehrangebote Professorenstellen aus Studiengebühren zu finanzieren, einen größeren Spielraum, Studiengebühren möglichst sinnvoll auszugeben. Die Hochschulen haben aber aus dem letzten Haushaltsjahr noch Reserven, die sie gegen die Mindereinnahmen durch die Erweiterung der sozialen Tatbestände verrechnen können, sodass sie uns nicht sagen können, dass sie sozusagen abrupt, plötzlich und unvorhersehbar wegen der erweiterten sozialen Ausnahmetatbestände von Studiengebühren in eine Haushaltsnotlage gekommen wären. Insofern müssen wir hier nichts ausgleichen, sondern man muss die Haushaltsentwicklung langfristige sehen.

Wenn sich herausstellen sollte, dass alle Statistiken irren und wirklich 25 % der baden-württembergischen Familien mehr als zwei Kinder haben, wäre das die positivste Überraschung, die ich je erlebt habe.

(Beifall bei der CDU)

Frau Bauer, ein Wort noch zu der bayerischen Dreikinderregelung. Ich weiß nicht, wie Sie sich verhalten würden, wenn Sie zwei Kinder hätten und beide Kinder Studiengebühren zahlten, wenn es gleichzeitig so wäre, dass bei drei Kindern keines zahlen muss. Damit würde im Grunde genommen eine Ungerechtigkeit zwischen diesen beiden Familientypen geschaffen – ich will jetzt nicht Bayern angreifen –, die wir nicht wollen.

(Beifall bei der CDU)

Nun zur Forschungsförderung. Die Forschung ist neben der Ausbildung guter Köpfe sicherlich der wichtigste Bereich für die Überwindung der Krise. Wir geben mehr Mittel in die Forschung, und auch der Spitzenclusterwettbewerb mit zwei erfolgreichen Clustern im Land – von fünf Clustern im Bundesgebiet – hat gezeigt, wie erfolgreich die Verbindung von Hochschulforschung, außeruniversitärer Forschung und Unternehmensforschung in dieser Kombination ist. Gleichzeitig bauen wir mit zusätzlichen Mitteln die Zentren für angewandte Forschung an den Fachhochschulen aus.

Es ist ja nicht so, dass wir uns auf die Universitäten konzentrieren würden, sondern wir haben sehr gute Fachhochschulen, die wir weiterentwickeln und ausbauen wollen. Deshalb sind wir auch in der Diversifizierung unseres Hochschulsystems den Schritt gegangen, die Berufsakademien zur Dualen Hochschule weiterzuentwickeln. Die entsprechenden zusätzlichen Stellen sind im Haushalt vorhanden.

Mehr als 40 % eines Altersjahrgangs nehmen ein Studium auf, doch dies ist nur bei einem möglichst breit ausdifferenzierten Hochschulsystem möglich, nicht mit irgendwelchen Einheitshochschulen, um den unterschiedlichen Begabungen bei diesen 40 % und den unterschiedlichen Anforderungen des akademischen Arbeitsmarktes gerecht zu werden. So haben wir in der Tat das beste, ausdifferenzierteste Hochschulsystem und

in der Tat auch das freiheitlichste Hochschulsystem – ohne dass wir es so nennen –, das es in Deutschland gibt.

Zur Kreativität, zur Innovation gehört nicht nur die Wissenschaft, gehören übrigens auch nicht nur die Technik- und Ingenieurwissenschaften, sondern gehört die gesamte Breite der Universitäten und unserer Hochschulen einschließlich der Kunst- und Musikhochschulen und gehört vor allem auch die Kunst. Dazu wird Staatssekretär Dr. Birk nachher mehr sagen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfisterer.

**Abg. Werner Pfisterer** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich sollte mein Kollege Christoph Palm heute hier als kunstpolitischer Sprecher reden, aber er ist erkrankt. Deswegen noch einmal meine Person.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gute Besserung!)

Ich darf erst einmal dem Kollegen Palm Dank für seine wichtige Arbeit auf dem Gebiet der Kunst und Kultur für dieses Land aussprechen

(Beifall bei der CDU)

und ihm gleichzeitig baldige Genesung wünschen.

In den Beratungen zu diesem Haushalt hat sich Herr Kollege Palm als tatkräftiger Unterstützer für den Kunst- und Kulturbereich eingesetzt. Auf konkrete Beispiele werde ich nachher noch eingehen.

Die CDU-Fraktion bekennt sich nicht nur eindeutig, sondern auch klar und deutlich zur bisher auf hohem Niveau praktizierten Kunst- und Kulturförderung in Baden-Württemberg. Sie erhöht sogar noch punktuell, bewusst und gezielt die Finanzmittel für Kunst und Kultur in diesem Land.

Eine besondere Stärke des Kunstlandes Baden-Württemberg besteht darin, dass neben den großen Kunsteinrichtungen von Weltgeltung überall im Land gute Kunst gemacht wird. Mit viel persönlichem Einsatz, Kreativität und Liebe zur Sache werden nahe bei den Menschen Bühnen, Musikensembles und Museen betrieben. Baden-Württemberg verfügt somit nicht nur über Leuchttürme der Kunst, sondern auch über eine landesweit leuchtende Lichterkette von künstlerischen Glanzlichtern.

Kunst in der Fläche senkt Zugangsschwellen, fördert Vielfalt und stärkt lokale Netzwerke der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Kunst in der Fläche ist daher der Schwerpunkt unserer Fraktionsinitiative im Kunstetat, und darin stehen wir im Gleichklang mit der FDP/DVP.

Ich möchte hier auf drei Bereiche exemplarisch eingehen und sie herausgreifen. Staatssekretär Dietrich Birk wird nachher bestimmt noch auf viele verschiedene Punkte eingehen.

(Werner Pfisterer)

Kommunale Theater erhalten eine zusätzliche Förderung von insgesamt 2 Millionen €. Freie und Laientheater erhalten aus dem Programm „Kunst in der Fläche“ zusätzlich 1 Million €. Daneben werden z. B. die Zuschüsse für soziokulturelle Zentren um 150 000 € erhöht.

(Zuruf: Sehr gut!)

Hochkarätige semiprofessionelle Kinder- und Jugendchöre werden erstmals in Höhe von 120 000 € gefördert.

Auch vom Konjunkturprogramm sollen Kunsteinrichtungen profitieren. 5 Millionen € gehen in den Sanierungspool für Kultureinrichtungen und tragen erheblich zur Sanierung bei.

Kulturelle Breite verlangt aber auch Spitze und umgekehrt. Ein Ausweis für die Landesförderung im Spitzensegment der Kunst ist da auf den Weg gebracht. Ein 40 Millionen € schweres Sanierungskonzept wird hier in Baden-Württemberg für die Württembergischen Staatstheater und die John-Cranko-Schule ausgebracht.

Die interfraktionelle Geschlossenheit im Landtag bei diesen Großvorhaben war auch für die Stadt Stuttgart entscheidend, um lange gewälzte Pläne umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Vorsitzende des Beirats der Kunststiftung Baden-Württemberg, der Kollege Christoph Palm, hat gemeinsam mit der Kunststiftung und dem Ministerium eine weitere hervorragende Idee: die Einrichtung eines landesweiten Künstlerbüros. Im aktuellen Haushalt soll dies nun umgesetzt werden. Das Künstlerbüro soll in den Räumen der Kunststiftung Baden-Württemberg angesiedelt werden und neben der Einzelanfrageberatung auch Workshops und Trainings zu bestimmten Themen durchführen. Kunstschaffenden soll dadurch schnell und unkompliziert bei praktischen Fragen geholfen werden. Baden-Württemberg ist damit das erste Land der Bundesrepublik, das allen Künstlern ein solches Beratungsangebot macht. Das Kunstland Baden-Württemberg erhält dadurch ein weiteres Alleinstellungsmerkmal.

Mit der deutlichen Erhöhung des Kunstetats in Baden-Württemberg in turbulenten Zeiten zeigen wir, welche Bedeutung wir Kunst und Kultur für die Persönlichkeitsbildung jedes einzelnen Menschen und für die Gesellschaft insgesamt beimessen.

Kunstförderung ist für die CDU nichts Disponibles. Kunst ist die Hefe im Teig. Kultur schafft Identität, Vertrauen und Sicherheit, ohne Synonym für das Gesicherte oder Vertraute zu sein. Wir hoffen und wünschen uns, dass Kunstschaffende und Kunstgenießende die von uns geschaffenen erweiterten finanziellen Möglichkeiten nutzen, damit noch mehr Kunst entsteht, die uns alle anregt, aufregt und als Gesellschaft stärkt und weiterbringt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Heberer.

**Abg. Helen Heberer SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nun kommen wir zur kulturellen Daseinsvorsorge, die durch den Vorredner schon angesprochen wurde. Ich stelle hier die Frage: Ist die Kultur so substanziell für unsere Gesellschaft wie etwa Wasser, Strom, die Feuerwehr oder die Straßenbahn?

Meine Damen und Herren, diese Frage muss eindeutig mit Ja beantwortet werden, und zwar in einem doppelten Sinn. Kultur ist Daseinsvorsorge, sowohl für die einzelne Bürgerin, den einzelnen Bürger als auch für die Gemeinde, für das Land selbst, und zwar als funktionierendes Sozialgefüge. Die Wichtigkeit dieser Daseinsvorsorge wird oft unterschätzt, weil Schäden, die durch deren Vernachlässigung entstehen, mittel- und langfristig zwar erheblich sind, kurzfristig aber nicht unmittelbar zutage treten. Fehlendes Wasser aus der Leitung ist nach einer halben Stunde Stadtgespräch, die Einstellung der Zusammenarbeit einer Bibliothek mit den Grundschulklassen z. B. oder der Verlust von Aktivitäten eines kulturellen Zentrums geht dagegen oft sehr geräuschlos vonstatten.

Die Schwierigkeit der Begründung der kulturellen Institutionen oder Projekte, besonders im Finanziellen, liegt in dieser fehlenden kurzfristigen Auswirkung. Das hat der Kulturbereich übrigens mit dem Bildungsbereich gemeinsam, mit dem er nämlich eng verbunden ist; denn Kultur ist Voraussetzung von Lernen und Bildung, und Lernen und Bildung sind Voraussetzung von Kultur.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU unterhält sich mit Abg. Jürgen Walter GRÜNE.)

– Herr Mappus, bitte.

Es muss deshalb ein ganz besonderes Anliegen des Landes sein, neben dem nötigen Freiraum, den Kunst und Kultur brauchen, auch ihre Möglichkeiten zu fördern und ihre Struktur zu verbessern, und dies muss sich auch im Landeshaushalt abbilden.

Deshalb sind die zusätzlichen 2 Millionen € für die kommunalen Theater, die eben erwähnt wurden, überlebensnotwendig, um zumindest die Tarifsteigerungen im Personalbereich teilweise auffangen zu können. Es ist wirklich löblich, dass unsere Anträge in diesem Fall unterstützt wurden und das Geld fließen wird. Deshalb wäre auch ein Mehr von 1,5 Millionen € für die freien Theater, wie es anlässlich eines Symposiums von Vertretern der Regierungsfractionen zugesichert wurde,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt doch nicht, Frau Kollegin! Wenn Sie da gewesen wären, wüssten Sie es!)

für die Grundsicherung dieser Arbeit dringend notwendig, liebe Frau Berroth.

Die Realität sieht allerdings anders aus. Hier ist ein Drittel des Betrags auf der Strecke geblieben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt nicht!)

Deshalb wäre ein Einhalten der Versprechungen der Regierungskoalition für eine Erhöhung der Unterstützung z. B. der

(Helen Heberer)

soziokulturellen Zentren um 1 Million € und, Frau Berroth, ein aus Ihrem Munde verkündeter und in Aussicht gestellter Baumittelsondertopf von 3 Millionen € nötig, um den Sanierungsstau nicht bis 2020 weiter vor uns herzuschieben. Sie wären nötig, um dem Rechnung zu tragen, was man diesen Zentren in wohlklingenden Worten immer an Bedeutung zumisst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Realität, meine Damen und Herren, sieht anders aus. Tatsächlich wurden im Entwurf des Haushaltsplans als Mittel für die soziokulturellen Zentren lediglich 150 000 € aus dem Topf für Kunst in der Fläche herausgenommen und dann um noch weitere 17 000 € verbessert. Es fehlen aber weiterhin 800 000 €, die, wie man weiß, schon lange fehlen.

Dabei wurden die ursprünglich einmal in den Förderrichtlinien vorgesehenen 50 % nie umgesetzt. Im Gegenteil, durch die Kostensteigerung einerseits und gedeckelte Zuschüsse andererseits ist man in diesem Bereich inzwischen bei 31,6 % Landeszuschuss angelangt. Hier wird Jahr für Jahr vertröstet.

Wie soll bei diesem Überlebenskampf noch an eine angestrebte Ausweitung der Zentren gedacht werden, die im Land – sowohl im ländlichen Raum als auch in den Städten – wichtige kulturelle Bausteine von Integration, Gemeinschaftsbildung und ästhetischer Erziehung und Bildung sind? Und warum, meine Damen und Herren, beruft man aufwendig runde Tische ein und weckt nicht nur Hoffnungen, sondern suggeriert Planungssicherheit, verspricht viel und hält wenig? Warum?

(Beifall bei der SPD)

Als letzte mögliche Rettungsaktion für die soziokulturellen Zentren empfehlen wir für den investiven Bereich Mittel aus dem zweiten Konjunkturprogramm, in welchem – was übrigens eigens durch die SPD-Bundestagsfraktion erreicht wurde – auch die kulturelle Infrastruktur eine zentrale Rolle spielt. Denn Investitionen in die Qualität und die Vielfalt kultureller Strukturen sind gesamtgesellschaftlich und auch wirtschaftlich sinnvoll und zugleich Investitionen in die Zukunft, auch im Sinne einer kulturellen Daseinsvorsorge.

Meine Damen und Herren, weil hier viel von Freiheit gesprochen wurde, erwähne ich mein Lieblingszitat von Schiller, nämlich: „Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit.“ Geben Sie der Kunst die Möglichkeit und die Freiheit, sich zu entfalten!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor wenigen Tagen hat das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sein 30-jähriges Bestehen als eigenständiges Ministerium gefeiert.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wow! Respekt!)

Dabei gab es viele Reden zum Thema Wissenschaft, und ganz am Rande wurden dann auch noch die Kunst und die Kultur erwähnt. Das war praktisch so, wie wenn Sie abends zu Ihrem Kind noch sagten: Vergiss übrigens morgen deinen Zahnarzttermin nicht.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Zuruf von der SPD: So schlimm ist Kultur auch nicht! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Ungefähr so wurde das Thema Kultur noch eingebaut. Eine redliche geistige Auseinandersetzung mit dem Thema „Kunst und Kultur“ hat auf dieser Veranstaltung leider nicht stattgefunden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wer geht schon gern zum Zahnarzt? – Gegenruf von der SPD: Dann schon lieber ins Theater!)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Birk, an diesem Tag hätte ich mir gewünscht, dass man nach 30 Jahren sagte: Wir gehen hier und heute wirklich einmal eine echte Verbindung zwischen Wissenschaft, Kunst und Kultur ein und schaffen einen entsprechenden Lehrstuhl, wie er beispielsweise in Hildesheim mit dem Lehrstuhl für Kulturwissenschaften und ästhetische Praxis existiert. Der Stuttgarter Autor und Schriftsteller Hanns-Josef Ortheil pendelt jede Woche nach Hildesheim, um dort jungen Menschen sein Wissen zu vermitteln. In Stuttgart, in Baden-Württemberg ist er gar nicht gefragt. Schon an diesem einen Beispiel sieht man doch, dass bei uns etwas nicht stimmt.

In der Kunstkonzeption, zu der ich später noch kommen werde, heißt es:

*Ästhetische Bildung erweitert das persönliche Bewusstsein. Sie ist Bereicherung und Ansporn in einem.*

Darauf, meine Damen und Herren, sollten wir mehr Wert legen. In Ludwigsburg gibt es jetzt ein Modell, das „Dicht dran!“ heißt. Dort sollen junge Menschen in der Schule mit Kultur vertraut gemacht werden und die Gelegenheit erhalten, Künstlerinnen und Künstler persönlich kennenzulernen. Das, meine Damen und Herren, ist der richtige Weg.

Was wir ebenso vermissen: Sie haben sich nicht der Initiative „Jedem Kind ein Instrument“ angeschlossen. Auch da sind uns andere Bundesländer weit voraus.

Jetzt möchte ich noch etwas zur Kunstkonzeption sagen. Sie hat in diesem Jahr sozusagen 20-Jahr-Jubiläum. Jetzt ist es wirklich an der Zeit, Herr Kollege Birk, diese Kunstkonzeption weiterzuentwickeln. Es muss eine Bestandsaufnahme geben: Wohin hat uns diese Kunstkonzeption geführt? Wo stehen wir damit? Was gilt es jetzt weiterzuentwickeln?

Lothar Späth hat in seinem Beitrag zu Ihrer Broschüre geschrieben – ich zitiere –:

*... eine verantwortungsvolle Kunstförderpolitik muss immer darauf achten, dass sie auch ausreichend Mittel hat, um neue Entwicklungen aufzugreifen, und sie muss die Kraft und die Bereitschaft haben, etablierte Förderungen auch infrage zu stellen und gegebenenfalls zu beenden.*

(Jürgen Walter)

Weil diese Frage in Baden-Württemberg schon zu lange nicht mehr gestellt wurde, ist es Zeit, die Kunstkonzeption fortzuschreiben und neuen Ideen und Konzepten wieder mehr Raum zu geben.

Das, meine Damen und Herren, ist das große Manko der Landesregierung: Gerade im Kultur- und Kunstbereich wird zu sehr verwaltet. Es gibt keine wirkliche Vision, wie es weitergehen soll. Stattdessen haben wir – wir haben es schon oft genug beklagt, aber an diesem Zustand hat sich leider nichts geändert – eine Closed-shop-Mentalität, und das ausgerechnet bei Kunst und Kultur.

Wir haben Ihnen schon vor Jahren einen Weg aufgezeigt, wie Sie aus diesem Dilemma herauskommen: indem Sie nämlich einen Kulturfonds auflegen. Sie haben damals auf ziemlich beschämende Weise – weil intellektuell doch sehr dürftig –

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

geantwortet. Ich finde, Sie sollten mit dieser Sache anders umgehen.

Interessant in diesem Zusammenhang, Herr Kollege Mappus, ist Folgendes: In der Sitzung des Ausschusses hat der Vorsitzende des Kunstbeirats, Herr Elitz, ebenfalls einen solchen Kulturfonds gefordert. Jetzt hoffe ich natürlich, dass Sie offenere Ohren und Herzen und einen offeneren Verstand dafür haben, wenn diese Forderung nicht von uns, sondern vom Kunstbeirat kommt.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Einen offeneren Geldbeutel erhofft er!)

Überhaupt hoffen wir, Herr Kollege, dass auch andere Vorschläge, die wir schon eingebracht und die Sie abgelehnt haben, noch einmal überdacht werden, beispielsweise eine Regelung analog zum sächsischen Kulturraumgesetz, die Sie ebenfalls abgelehnt haben und die jetzt auch der Kunstbeirat wieder gefordert hat. Ich hoffe, er hat mehr Erfolg.

Doch kommen wir noch zu einem anderen Thema. Ebenfalls in dieser Broschüre hat Professor Weibel, der Leiter des ZKM, beschrieben, wie die Integration der neuen Medien in die klassischen Disziplinen der Kunst – wie Malerei und Skulptur – in Karlsruhe zu erleben ist. Vor diesem Hintergrund stellt sich für uns die Frage, Herr Kollege Birk: Ist es eigentlich noch zeitgemäß, dass die Bereiche Medien und Kunst/Kultur in zwei verschiedenen Ministerien ressortieren?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein!)

War das früher nicht eher der Person Christoph Palmer geschuldet, ohne dass man sich Gedanken gemacht hat, was inhaltlich zusammengehört?

Jetzt sind wir uns doch alle einig – das könnte der Kollege Reinhart bestätigen, wenn er hier wäre –: Nicht jeder Film und nicht jede Fernsehserie ist unbedingt

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Kultur!)

hohe Kunst.

(Abg. Martin Rivoir SPD: „Scheiß Privatfernsehen!“)

Aber: Der Film ist heute eine Kunstform. Deswegen sind wir der Meinung: Legen Sie das zusammen. Wir plädieren dafür, den Bereich Medien in das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu verlagern.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Jetzt möchte ich natürlich nicht unerwähnt lassen, meine Damen und Herren – ich komme gleich zum Ende, Herr Präsident –: Wir haben in Baden-Württemberg eine gute Kulturlandschaft. Etwas anderes zu behaupten wäre unfair gegenüber all denen, die aktiv in der Kulturszene arbeiten. Wir haben großartige Theater; wir haben Museen, die für ein breites Publikum interessant sind; wir haben herausragende Orchester. Auch in der Kleinkunst und beim Kabarett müssen wir uns hinter niemandem verstecken.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

Nur dürfen wir uns auf diesen Lorbeeren nicht länger ausruhen. Wir müssen schauen, dass wir weiterkommen.

Meine Damen und Herren, die Förderung darf auch nicht nach Gutsherrenart geschehen, Herr Kollege Mappus.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Was kann ich denn dafür?)

– Ich glaube, dafür können Sie auch etwas. – Vielmehr muss man sehen, wo eigentlich das Konzept bleibt.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Da nehmen die Fraktionen der CDU und der FDP/DVP ihr von der Regierung zur Verfügung gestelltes „Spielgeld“ in die Hand, um damit die freien Theater stärker zu fördern.

(Zuruf von der CDU: Was soll das sein?)

Dagegen haben wir nichts. Diese Förderung war überfällig. Nur: Keiner weiß genau, warum nur die das bekommen und andere, beispielsweise die soziokulturellen Zentren, nicht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich kann es Ihnen nachher erklären!)

Ich glaube, dafür gibt es keine sachlichen Gründe. Ein Konzept, eine Idee ist nicht zu erkennen, Herr Birk, und wir warten darauf, dass diese Beliebigkeit durch eine echte Konzeption ersetzt wird.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Jetzt wechselt er die Namen!)

– Ihr habt ja beide etwas zu sagen, hoffe ich.

Dasselbe gilt natürlich auch – das ist mein allerletzter Punkt – für den Kauf des Schlosses Salem. Es kann schon sein, meine Damen und Herren, dass in manch einem baden-württembergischen Schloss noch alte Schlossherren herumspuken – aber in der Regel nur als Gespenster. Sie wollen jetzt den Prinz von Baden sozusagen als Schlossgespenst in Salem noch wandeln lassen.

(Jürgen Walter)

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ei, ei, ei! –  
Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Dann brauchen wir  
noch ein Schlossgespenst!)

Ich habe von der CDU gehört – ich glaube, es waren sogar Sie als Fraktionsvorsitzender –, dass auch da Bedenken bestehen, dass das Haus Baden in eine Win-win-Situation – aber nur in deren eigenem Sinne – kommen könnte. Deswegen plädieren wir weiterhin für den Kauf des Hauses Baden – ich meine, des Schlosses Salem.

(Lebhafte Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Sie sind der grüne Schlossgeist! – Weitere Zurufe – Unruhe – Abg. Stefan Mappus CDU: Der grüne Schlossgeist Walter!)

– Meine Redezeit ist gleich zu Ende, Herr Kollege. Lassen Sie mich den letzten Satz noch sagen.

(Unruhe)

Wir plädieren für den Kauf von Schloss Salem, aber wir wollen nicht, dass sich für das Haus Baden sonst nichts ändert, als dass man mehr Geld in der Tasche hat als zuvor. Das kann nicht der Weg sein, den dieses Land gehen sollte.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Jürgen, du hast doch sonst ein Herz für Obdachlose! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Welch erstaunliche Entwicklungen: Die Grünen kaufen sich beim Adel ein!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Aber zurück zur Kultur. Die Entwicklung des Kulturhaushalts ist diesmal in mehreren Stufen erfolgt. Stufe 1 war der Teil, der bereits in den uns vorgelegten Haushaltsentwurf eingearbeitet worden war. Das betraf die Erhöhung der laufenden Mittel für Kleintheater und soziokulturelle Zentren, aber auch für so interessante Projekte wie BAAL – das steht für Baden-Alsace, ein zweisprachiges Theater – oder das Aktionstheater Panoptikum in Freiburg,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

das weltweit zum guten Ruf der baden-württembergischen Kultur beiträgt.

In der zweiten Stufe, im Rahmen der Haushaltsberatungen, wurden dann noch für die Kommunaltheater Nachbesserungen entsprechend den notwendigen Tarifanpassungen vorgenommen.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Daneben haben wir einen großen Betrag für die freien Theater eingesetzt. Herr Kollege Walter, ich kann Ihnen die Gründe erklären. Schauen Sie einmal in unseren Antrag Drucksache 14/1630 vom August 2007. Da wird deutlich, dass die freien Theater allen anderen Einrichtungen, auch den soziokulturellen Zentren, so gewaltig hinterherhinken, dass es dringend nötig war, dies aufzuholen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Frau Kollegin Heberer, wenn Sie bei der Podiumsdiskussion dabei gewesen wären – leider war Ihr Stuhl leer –,

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

hätten Sie gehört, dass wir gesagt haben: Es gibt eine Erhöhung um 1 Million €, und zusammen mit dem schon bestehenden Ansatz von 461 000 € sind das rund 1,5 Millionen €.

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

Protokolliert wurde das in der Sitzung des Finanzausschusses; da habe ich auf diesen Ihren Irrtum schon hingewiesen.

(Abg. Helen Heberer SPD: Nein!)

Ich finde es erstaunlich, dass Sie das hier wieder vortragen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Es ist wirklich wichtig, dass wir unsere freien Theater dergestalt unterstützen. Wir müssen vermeiden, dass sie in andere Länder abwandern. Die freien Theater sind ein Teil unseres kulturellen Reichtums.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Soziokulturelle Zentren haben einen Investitionsstau. Aber auch da, Frau Heberer: Der runde Tisch ist nicht von uns einberufen worden, sondern zu dem haben die soziokulturellen Zentren – es war gut, dass sie das getan haben – eingeladen. Wir sind gekommen.

(Abg. Helen Heberer SPD: Aber versprochen wurde es trotzdem!)

– Ich habe nie irgendetwas versprochen; denn ich weiß genau, wie schwierig Haushaltsberatungen sind. Ich habe gesagt: Wir werden uns darum kümmern, und zwar so zügig wie möglich, und habe frühzeitig den soziokulturellen Zentren signalisiert, dass ein Abbau des Investitionsstaus in diesem Haushalt leider nicht möglich sein wird.

Jetzt hat sich aber erfreulicherweise eine ganz andere Entwicklung ergeben. Durch die Konjunkturprogramme, die anstehen, bekommen auch die Kommunen Geld

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gerade die Kommunen!)

und haben auch wir als Land die Möglichkeit, Bildungseinrichtungen – als solche verstehe ich auch soziokulturelle Zentren – baulich zu unterstützen und energetisch weiterzuentwickeln. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir nicht auf den nächs-

(Heiderose Berroth)

ten Haushalt warten müssen, bis die soziokulturellen Zentren Möglichkeiten bekommen, den Investitionsstau abzubauen, sondern dass wir zusammen mit den Kommunen – ich bitte das Wissenschaftsministerium, dies dringend anzugehen – noch einmal prüfen, inwieweit es möglich ist, dass auch soziokulturelle Zentren aus diesem Topf mitbedacht werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt kommt noch eine weitere Stufe, die mir wichtig ist, nämlich die Vorschau. In Gesprächen insbesondere mit Theater-schaffenden habe ich mehrfach erlebt, dass sie sagen: Wir könnten wesentlich günstigere Engagements abschließen, wenn wir jemanden z. B. schon auf zwei Jahre im Voraus verpflichten könnten; bei der Jährlichkeit der Haushalte ist dies jedoch nicht möglich. Ich meine, wir sollten zusammen mit dem Ministerium prüfen, inwieweit es gerade in diesem Bereich, in dem sich Kostenersparnisse und eine qualitative Verbesserung ergeben, möglich ist, eine Verpflichtungsermächtigung für das nächste Haushaltsjahr auszubringen,

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

damit die Theater Planungssicherheit haben und auch da eine effiziente Möglichkeit gegeben ist, sogar zu einer preiswerteren Lösung zu kommen. Diese Chance sollten sich Politiker, denen Kultur und Finanzen gleichermaßen am Herzen liegen, wie es bei mir der Fall ist, nicht entgehen lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Noch eines: Herr Kollege Walter, in einem sind wir einig, und das zieht sich auch durch unsere Reden der letzten Jahre: Die Kunstkonzeption muss weiterentwickelt werden. Aber ich habe schon dem Vortrag von Herrn Elitz im Ausschuss entnommen, dass man da auf sehr gutem Weg ist. Ich möchte allerdings auch anfragen: Ich gehe davon aus, dass wir noch im Lauf dieses Jahres den Bericht des Kunstbeirats bekommen und uns dann damit befassen können, wie wir im nächsten Haushalt Konsequenzen aus diesem Bericht ziehen können.

Zum Schluss: Frau Kollegin Heberer, Sie haben mich mehrfach falsch zitiert. Sie haben mich aber auch zweimal richtig zitiert, allerdings ohne es zu wissen.

(Unruhe – Vereinzelt Heiterkeit)

Ihr Gedanke von der Kultur als Daseinsvorsorge kommt bereits in meiner Haushaltsrede von vor zwei oder drei Jahren vor. Ich kann es Ihnen gern zeigen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Helen Heberer SPD: Wissen Sie, von einem leeren Stuhl zu reden, wenn jemand krank ist, das entbehrt jeder Grundlage!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Birk.

**Staatssekretär Dr. Dietrich Birk:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Theater und Kunst gehören zu den geistigen Grundnahrungsmitteln.

(Abg. Helen Heberer SPD und Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP diskutieren miteinander.)

– Ich würde die beiden Kolleginnen bitten, sich das einfach einmal genau anzuhören.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das ist ein Kulturkampf, der hier stattfindet! – Heiterkeit)

Frau Heberer und Frau Kollegin Berroth, vielleicht können Sie sich ja einigen, indem Sie jetzt einfach meinem Zitat zustimmen und hier nicht gegeneinander gehen, denn das hat die Kunst im Land, die wir ja in der Regel in großem Konsens hier behandeln, nicht verdient.

(Abg. Helen Heberer SPD: Sehr richtig!)

Theater und Kunst gehören zu den Grundnahrungsmitteln, die allen Menschen zur Verfügung stehen sollen. Das ist eine wunderbare Maxime, wie sie bereits Max Reinhardt formuliert hat. Kunst geht damit deutlich auch über die Daseinsvorsorge hinaus. Sie ist nämlich auch die Grundlage für jegliches zivile Zusammenleben und für die Förderung von Kreativität, für Gemeinschaft und die gesamte gesellschaftliche Entwicklung schlechthin. Insofern hat sie einen hohen und eigenen Stellenwert, nicht nur hier im Landtag von Baden-Württemberg, sondern im gesamten Land Baden-Württemberg.

Deshalb gilt mein erster Dank all denjenigen, die – ob im Hauptamt, ob im Ehrenamt, in den vielen freien Initiativen, in den staatlichen Einrichtungen, in den kommunalen Einrichtungen – einen ganz wesentlichen Beitrag zum Kulturland Baden-Württemberg leisten. Ohne diese Menschen wäre unser Land viel ärmer, und deshalb gilt, wie gesagt, mein Dank diesen vielen Kunst- und Kulturschaffenden in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Meine Damen und Herren, trotz Wirtschafts- und Finanzkrise: Das Land steht nicht nur zu seinen Verpflichtungen, sondern es setzt auch im Haushalt 2009 weitere Akzente. Ich sage das vor allem auch deshalb, weil wir uns immer wieder gegenwärtigen müssen, dass ohne die öffentlichen Hände die Kunst in Baden-Württemberg nicht lebensfähig wäre. 90 % der Ausgaben für Kunst und Kultur kommen aus den öffentlichen Haushalten, aus den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen. 10 % beträgt der private Anteil.

Gerade in einer Situation wie der Wirtschafts- und Finanzkrise können wir wirklich sagen, dass wir mit der öffentlichen Hand – schauen wir uns einmal die derzeitige Entwicklung von Kunst und Kultur in Amerika an – eine ganz stabile Finanzierungssäule haben, auf der wir das Kunstland Baden-Württemberg in den nächsten Jahren weiterentwickeln wollen, und dies trotz Konjunkturkrise. Ich bin froh und dankbar und danke den Fraktionen hier im Hause dafür, dass sie sich bei den Haushaltsberatungen sehr konstruktiv einbringen, eben nicht den Rotstift ansetzen, sondern sehr wohl erkennen, dass wir im Bereich der Kunst und Kultur die notwendigen finanziellen Freiräume für die Förderungen schaffen müssen.

Meine Damen und Herren, die Stärke unseres Landes im Bereich der Kunst liegt vor allem bei der Kunst in der Fläche. Wir haben ein florierendes kulturelles Leben. Die Menschen, die hier arbeiten, benötigen mehr denn je Ausgleich, Entspannung, Freude und Inspiration. Deshalb sind Kunst und Kultur

(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)

mittlerweile auch ganz wesentliche Standortfaktoren, die die Attraktivität eines Landes wie Baden-Württemberg ausmachen, seine Lebensqualität, seine Perspektiven. Es geht dabei auch um die Frage, wie wir als Wirtschaftsstandort in den nächsten Jahren dastehen, auch wenn es um die Anwerbung von Fachkräften geht, und wie wir den Menschen Lebensqualität in der Breite bieten können. Dazu trägt die Kunst in ganz wesentlichem Maße bei.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Kunst vermittelt aber auch den Rohstoff für moderne Wissensgesellschaften, nämlich Kreativität, Aufgeschlossenheit, Innovationsbereitschaft und Toleranz – alles Werte und Eigenschaften, die bedeutsam sind, gerade auch in dem Bereich der kulturellen ästhetischen Bildung, der uns ganz wichtig ist. Ich glaube, wir haben mit diesem Haushalt auch in diesem Bereich einen Akzent setzen können, der in der Fläche ankommt. Ich werde im Weiteren noch darauf eingehen.

Baden-Württemberg zeichnet sich aber in seiner Kunstpolitik nicht nur dadurch aus, dass wir Leuchttürme haben und diese entsprechend fördern, sondern auch dadurch, dass wir die vielen kleinen Initiativen, die in das Land hinausgehen, entsprechend unserem Auftrag der Dezentralität im Bereich der Kunstpolitik im Auge haben. Ich bin deshalb außerordentlich dankbar, insbesondere den Regierungsfraktionen von CDU und FDP/DVP, dass dieser Akzent der Kunst in der Fläche maßgeblich mit Mitteln unterstützt wird.

Lassen Sie mich zunächst einmal zur institutionellen Förderung kommen, hier insbesondere des Bereichs der Theaterlandschaft. Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hat zwei Staatstheater, drei Landesbühnen, neun kommunale Theater, Theater in freier Trägerschaft, in privater Trägerschaft, in kommunaler und in staatlicher Trägerschaft. Wir verfügen über das klassische Theater genauso wie über das Mundarttheater bis hin zum Marionetten- und Figurentheater, Straßen-, Improvisations- und Sprechtheater, Tanztheater und auch das Kabarett. Wir bedienen mit diesen Theatern nicht nur eine Generation, sondern sämtliche Generationen von den Kindern bis zu den Senioren, die Jugendlichen und die Erwachsenen, die gesamte Bandbreite der Gesellschaft, was gerade im Blick auf die kulturelle Bildung über alle Schichten und alle Generationen hinweg wichtig ist.

Jetzt kommt genau der Punkt, Herr Kollege Walter, bei dem Sie aus meiner Sicht geholt haben, einen Rundumschlag betrieben haben, der der Sache nicht gerecht wird.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Genau! – Abg. Marcel Schwehr CDU: Das braucht der Mann!)

Wir verfügen in Baden-Württemberg über eine ganz aktive freie Theaterszene. Ich halte überhaupt nichts davon, zu versuchen, unterschiedliche Sparten, unterschiedliche Genres der Kunst gegeneinander auszuspielen, so wie Sie das gemacht haben, Soziokultur gegen freie Theater.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das haben wir doch gar nicht gemacht! Sie müssen zuhören! Das ist doch Blödsinn!)

– Sie haben es uns nicht zugetraut, dass wir diesen Akzent bei den freien Theatern setzen. Deshalb ärgern Sie sich jetzt, weil Sie nicht selbst diese Idee eingebracht haben.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nein! Haben Sie denn nicht zur Kenntnis genommen, dass ich das für gut gehalten habe?)

– Wir haben es geschafft, die Förderung der – –

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Maulen, aber nicht zuhören!)

– Hören Sie einfach einmal zu, ich habe Ihnen ja auch zugehört.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ja, aber nicht richtig!)

Bis zum Jahr 2008 wurden die freien Theater im Land mit 461 000 € gefördert. Dank der Initiative von CDU und FDP/DVP gelingt es jetzt, mit zusätzlich 1 Million € diese Förderung auf knapp 1,5 Millionen € zu erhöhen. Das entspricht einer Verdreifachung der Mittel für die freien Theater.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Es gibt 205 freie Theater in Baden-Württemberg, die einen ganz wertvollen Beitrag zur kulturellen Bildung leisten. Wir wollen damit natürlich auch die Finanzierung dieser Theater stabilisieren. Wir wollen aber auch, dass diese Einrichtungen neues Publikum an das Theater heranführen können. Deshalb bin ich froh, dass wir diesen Akzent setzen können.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wer hat denn etwas dagegen gesagt? Kein Mensch!)

Jetzt kommen wir zur Soziokultur. Auch die Soziokultur liegt uns am Herzen. Fast die Hälfte der über 50 Einrichtungen der Soziokultur im Land befinden sich in Orten mit weniger als 50 000 Einwohnern. Sie haben damit einen Auftrag der flächendeckenden Grundversorgung, den wir seitens der Landesregierung auch ernst nehmen. Wir haben im letzten Jahr für diesen Bereich zusätzlich 100 000 € gewährt. In diesem Jahr werden wir zusätzlich 150 000 € gewähren. In der Summe beträgt die Erhöhung somit 250 000 €. Wir erhöhen die Förderung in diesem Bereich auf immerhin 2 Millionen €. Damit haben wir die Förderung in den letzten beiden Jahren um mehr als 10 % erhöht. Natürlich kann man immer noch mehr machen. Aber die entscheidende Botschaft ist doch, dass wir hier in einer kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung sind.

Zum zweiten Thema, das angesprochen wurde, nämlich der Frage, wie wir mit dem Investitionsstau umgehen. Sicherlich ist es nicht nur das Verdienst der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag gewesen, Frau Kollegin Heberer.

(Abg. Helen Heberer SPD: Sicher!)

Es ist insbesondere die Initiative unseres Bundeskulturministers Neumann

(Abg. Martin Rivoir SPD: Gibt's den noch?)

(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)

und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewesen, dass im Investitionsprogramm des Bundes die infrastrukturelle Förderung der Kunst ermöglicht wurde. Deshalb schreiben wir uns das natürlich genauso auf unsere Fahnen.

Ich bin auch optimistisch, dass wir einen gemeinsamen Weg finden, um nicht nur im Bereich der Soziokultur, sondern auch in anderen Bereichen einen Akzent zur Ertüchtigung, Sanierung, Erneuerung der kulturellen Infrastruktur in Baden-Württemberg zu setzen. Wir werden Ihnen dazu in den nächsten Tagen auch entsprechende Pläne vorlegen. Ich bin sicher, dass wir damit einen weiteren wichtigen Beitrag leisten können, um die Spielstätten und Museen modernisieren und auf den Stand der Zeit bringen zu können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Lassen Sie mich einen weiteren wichtigen Punkt ansprechen, der von Ihnen gar nicht erwähnt wurde – vielleicht auch deshalb, weil Sie da gar nicht die Bereitschaft haben, sich dem überhaupt zu unterziehen.

(Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Weil ich nur fünf Minuten Redezeit habe! – Abg. Helen Heberer SPD: Das ist eine Zeitfrage!)

– Ich denke, wir haben doch alle gemeinsam das Interesse, dass der Bereich „Kunst und Kultur“

(Abg. Helen Heberer SPD: Natürlich!)

im Rahmen dieser Haushaltsberatungen auch ihren eigenen Stellenwert einnimmt. Deshalb würde ich einfach darum bitten: Wenn Sie nicht so viel reinquaken, dann könnte ich hier ohne Weiteres auch meine Rede zu Ende bringen.

(Unruhe bei der SPD und den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wer quakt denn da? – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Unparlamentarisch! – Abg. Johannes Stober SPD: Es gibt auch so etwas wie Diskussionskultur!)

Allein die Kunstvereine in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, werden mit zusätzlich 90 000 € gefördert. Wir kommen damit auf eine Fördersumme von 910 000 €. Diese Mittel sind wiederum sehr wichtig für die Präsentation und Vermittlung der zeitgenössischen Kunst. Auch dies ist ein wichtiger Beitrag.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wenn man dies summa summarum zusammennimmt, was Sie ja bereits teilweise angesprochen haben, einschließlich der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche, für die wir zusätzlich 100 000 € eingestellt haben, weil wir auch darin einen wichtigen Auftrag erkennen, und der Förderung der kommunalen Theater im Tarifbereich, können wir feststellen, dass wir in diesem Jahr zusätzlich über 4 Millionen € aufwenden, um Kunst und Kultur in Baden-Württemberg auf einer sehr breiten Basis zu halten.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Genau! – Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte im Zusammenhang mit der kulturellen Infrastruktur darauf hinweisen, dass ich sehr dankbar dafür bin, dass die Sanierung der Württembergischen Staatstheater endlich in Angriff genommen werden kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Jürgen Walter und Brigitte Lösch GRÜNE)

Das ist umso erfreulicher, als es gelungen ist, gemeinsam mit der Stadt Stuttgart ein Probenzentrum am Löwentor einzurichten. Das Mietobjekt soll ab Juni 2010 zur Verfügung stehen. Dafür sind Mittel von 1,7 Millionen € jährlich eingestellt. Das ermöglicht erst den Einstieg in ein Sanierungsprogramm in Höhe von 55 Millionen €. Ich glaube, es ist überfällig, dass wir mit dieser Investition beginnen. Ich bin dankbar, dass die Fraktionen dies so breit unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt noch Stellung nehmen, zum Museumsbereich. Wir haben neun staatliche Museen, die ganz hervorragende Arbeit leisten, insbesondere mit den großen Landesausstellungen, die wir weiterhin mit 3,6 Millionen € pro Jahr fördern.

In diesem Jahr begehen wir den 250. Geburtstag unseres großen Dichters Friedrich Schiller. Die Innensanierung des Schiller-Nationalmuseums in Marbach werden Bund und Land im Jahr 2009 jeweils mit 440 000 € fördern. Insgesamt wurden rund 6 Millionen € investiert. Das zeigt auch deutlich, dass wir mit dem Erbe Schillers hier in Baden-Württemberg sehr sorgfältig, aber auch mit der nötigen Wirkung nach außen umgehen. Ich bin dafür außerordentlich dankbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wollen natürlich auch die private Sammlerszene unterstützen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist gut!)

Das Land Baden-Württemberg tut wirklich alles Mögliche, um hochkarätige private Sammlungen in Baden-Württemberg zu halten. Ich bin deshalb froh, dass wir eine der größten Sammlungen der Arbeiten des Künstlers Anselm Kiefer, die Sammlung Mühling, in Mannheim halten können. Das Land wird für das private Kesselhaus in Mannheim 1,5 Millionen € über einen Zeitraum von zehn Jahren zur Verfügung stellen. Allein im Jahr 2009 sind dafür 150 000 € eingestellt, um eine der attraktivsten Sammlungen im Bereich der zeitgenössischen Kunst hier in Baden-Württemberg für die Öffentlichkeit erhalten zu können. Ich denke, auch dies ist ein gutes Zeichen.

(Abg. Helen Heberer SPD: Sehr löblich!)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Walter hat das Thema Kunstkonzeption angesprochen. Ich habe hier an dieser Stelle bereits angekündigt – die Vorarbeiten dafür schreiten auch voran –, dass wir anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Kunstkonzeption Baden-Württemberg eine Fortschreibung, eine Überarbeitung vornehmen.

(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)

Lieber Herr Kollege Walter, aus Ihrer Sicht wurde die Kunst bei unserem Festakt „30 Jahre MWK“ etwas zu kurz angesprochen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Er hat ja nicht so viel Zeit! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Viel wichtiger ist mir, dass wir Anfang Mai einen Kunstkongress veranstalten, um dort mit allen Künstlerinnen und Künstlern, mit den Einrichtungen, mit den unterschiedlichen Initiativen des Landes einen Tag lang ins Gespräch zu kommen und uns beraten zu lassen. Sie sind hierzu herzlich eingeladen. Am 4. Mai 2009 wird somit erneut ein großer Kunstkongress des Landes Baden-Württemberg mit maßgeblicher Beteiligung unseres Ministerpräsidenten Günther Oettinger stattfinden. Ich lade Sie dazu ein; denn dabei werden natürlich auch Grundlagen gelegt für die Fortschreibung der Kunstkonzeption in den kommenden Jahren.

Selbstverständlich werden wir auch die Empfehlungen des Landeskunstbeirats aufnehmen, der vermutlich bis zum Spätherbst dieses Jahres tagen wird. Dann haben wir die Empfehlungen des Landeskunstbeirats, die Überlegungen des Ministeriums und die Überlegungen, die im Rahmen des Kunstkongresses geäußert werden, um darauf aufbauend dann die Kunstkonzeption im Jahr 2010 fortschreiben zu können und sie gemeinsam mit Ihnen hier in diesem Hohen Haus beraten zu können. Wir werden bis dahin ganz sicher auch neue Akzente setzen können.

Ich halte allerdings nichts davon, jetzt den Eindruck zu vermitteln, diese Kunstkonzeption habe keine Gültigkeit mehr und man benötige eine völlig neue. Das Gegenteil ist der Fall. Vieles, was in dieser Kunstkonzeption vor 20 Jahren als Grundlage gelegt wurde, hat nach wie vor Gültigkeit. Manches muss überarbeitet werden, manches muss auch neu ausgerichtet und angepasst werden. Aber ich bin mir sicher, dass diese Kunstkonzeption, die wir dann ab dem Jahr 2010 beraten und verabschieden können, für viele weitere Jahre gelten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss kommen. Ich danke nochmals all denen, die in der Kunst Baden-Württembergs ein wirklich eigenständiges wichtiges Feld sehen, das seitens der Politik betreut, entwickelt, begleitet werden muss. Ich danke auch für die Bereitschaft dieses Hauses, die dafür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Baden-Württemberg hat überhaupt keinen Anlass, sich vor den anderen Bundesländern zu verstecken. Wir fördern Kunst, sowohl unsere Leuchttürme als auch die Kunst in der Fläche. Deshalb leisten wir mit einem sehr breiten Angebot einen ganz wichtigen Beitrag zur kulturellen Grundversorgung und zum künstlerischen Glanz in Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Abstimmungsgrund-

lage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3614.

Ich rufe auf

Kapitel 1401

Ministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1401 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3914-1. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 1402 abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1402 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1403

Allgemeine Aufwendungen für die Hochschulen

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist dem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1405

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1406

Internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1407

Allgemeine Aufwendungen für das Bibliothekswesen

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das Kapitel ist einstimmig angenommen.

(Präsident Peter Straub)

Ich rufe auf

Kapitel 1408

Ausbildungsförderung

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieses Kapitel ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1409

Aufwendungen für die Förderung der Studierenden im Hochschulwesen

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich versuche, jetzt einige Kapitel wie im Finanzausschuss zusammenzuziehen. Dort ist gemeinsam über die Kapitel 1410 bis 1421 abgestimmt worden. Kann man darüber gemeinsam abstimmen?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja!)

– Ich lasse also über

Kapitel 1410 bis Kapitel 1421

gemeinsam abstimmen.

Wer den Kapiteln 1410 bis 1421 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich sind diese Kapitel angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1423

Allgemeine Aufwendungen für die Universitäten

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Jetzt kommen die Landesbibliotheken.

Kapitel 1424 und Kapitel 1425

Wer kann zustimmen? – Diese Kapitel sind einstimmig angenommen.

Jetzt kommen die Pädagogischen Hochschulen mit

Kapitel 1426 bis Kapitel 1435

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich sind diese Kapitel angenommen.

Jetzt kommen die Hochschulen mit

Kapitel 1440 bis Kapitel 1462

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich ist diesen Kapiteln zugestimmt.

Ich lasse abstimmen über

Kapitel 1463

Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

und

Kapitel 1464

Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich ist den beiden Kapiteln zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1465

Allgemeine Aufwendungen für die Fachhochschulen

Ich bitte um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Jetzt kommen die Staatlichen Museen für Naturkunde mit

Kapitel 1466 und Kapitel 1467

Wer stimmt zu? – Beiden Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1468

Duale Hochschule Baden-Württemberg

Wer kann zustimmen? – Diesem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1469

Landesarchiv Baden-Württemberg

Wer stimmt zu? – Diesem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Dann kommen die Kunsthochschulen. Ich möchte über

Kapitel 1470 bis Kapitel 1477

gemeinsam abstimmen lassen. Wer kann zustimmen? – Gegenstimmen? – Mehrheitlich sind diese Kapitel angenommen.

Nun kommen wir zur Kunstförderung. Ich rufe auf

Kapitel 1478

Allgemeine Aufwendungen für Kunst, Literatur sowie die Kunsthochschulen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3914-2.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer dem Änderungsantrag Drucksache 14/3914-2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1478 abstimmen. Wer kann zustimmen? – Gegenstimmen? – Mehrheitlich ist dem Kapitel zugestimmt.

(Präsident Peter Straub)

Ich lasse gemeinsam abstimmen über

Kapitel 1479

Badisches Staatstheater Karlsruhe

Kapitel 1480

Württembergische Staatstheater Stuttgart

und

Kapitel 1481

Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele  
und Orchester

Wer kann zustimmen? – Diesen Kapiteln ist einstimmig zu-  
gestimmt.

Dann kommen die staatlichen Museen. Ich lasse gemeinsam  
abstimmen über

Kapitel 1482 bis Kapitel 1492

Wer kann diesen Kapiteln zustimmen? – Diese Kapitel sind  
einstimmig angenommen.

Wir kommen zu sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen.  
Ich lasse abstimmen über

Kapitel 1494

Deutsches Volksliedarchiv Freiburg i. Br.

Kapitel 1495

Kommission für geschichtliche Landeskunde in Ba-  
den-Württemberg

Wer kann zustimmen? – Diese Kapitel sind einstimmig ange-  
nommen.

Dann lasse ich abstimmen über

Kapitel 1499

Sonstige wissenschaftliche Forschungsinstitute und  
allgemeine Aufwendungen für Wissenschaft und For-  
schung

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Kapitel 1499 ist mehr-  
heitlich angenommen.

Damit hätten wir die Kapitel behandelt.

Wir müssen jetzt noch über Abschnitt II der Beschlussemp-  
fehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3614, abstim-  
men. Wer kann Abschnitt II zustimmen? – Abschnitt II der  
Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 14 abgeschlos-  
sen.

Wir haben jetzt 11:41 Uhr. Die Frage ist: Sollen wir jetzt noch  
den Einzelplan 04 aufrufen? Wie wird es gewünscht?

(Zurufe: Ja! – Gegenrufe: Nein! – Abg. Brigitte Lösch  
GRÜNE: Ende! – Weitere Zurufe)

– Aufrufen. Okay.

Ich rufe **Buchstabe c** der Tagesordnung auf:

### **Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3604**

**Berichterstatte**rin: **Abg. Margot Queitsch**

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von 15  
Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten  
gelten.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Schebesta das Wort.

(Unruhe)

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Herr Präsident, sehr geehrte  
Kolleginnen und Kollegen! Bei der Aufbruchstimmung im  
Hohen Haus wünsche ich denen, die die Haushaltsberatung  
zu unserem Einzelplan nicht verfolgen, einen guten Appetit.  
Wir anderen haben die Gelegenheit, eine gute Vorspeise zu  
genießen, nämlich den Einzelplan 04 – Ministerium für Kul-  
tus, Jugend und Sport – im Jahr 2009.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck  
CDU: Aber das ist doch ein Hauptgericht!)

Der Haushalt ist in allen Einzelplänen von der Konsolidierung  
in der Haushaltspolitik und von Schwerpunktsetzungen, die  
vorgenommen werden, geprägt. Einer der Schwerpunkte –  
wenn nicht d e r Schwerpunkt – bei den Veränderungen der  
Haushaltsansätze ist Bildung im „Kinderland“ Baden-Würt-  
temberg.

Wir werden mit der Qualitätsoffensive Bildung deutlich mehr  
als 500 Millionen € bis einschließlich 2012 für Verbesse-  
rungen in den Schulen und in den Kindergärten zur Verfügung  
stellen. Dies wird auch dadurch unterstrichen, dass die Qua-  
litätsoffensive Bildung ein eigenes Kapitel im Einzelplan 04  
erhalten hat.

Schon im Haushaltsplan 2009 wird dies bemerkbar, indem die  
Ausgaben in diesem Einzelplan um 200 Millionen € auf 8,1  
Milliarden € gestiegen sind. Beim Stellenanteil, den die Stel-  
len im Einzelplan 04 an der landesweiten Stellenzahl ausma-  
chen – knapp 53 % –, ist noch einmal eine Steigerung um  
0,3 % zu verzeichnen.

Ein Schwerpunkt der Qualitätsoffensive Bildung ist die Sen-  
kung des Klassenteilers, und diese Senkung des Klassentei-  
lers wird schon im Haushalt 2009 abgebildet. Wir schaffen  
mit diesem Haushalt die Voraussetzungen dafür, dass wir im  
Sommer zu Beginn des Schuljahrs 2009/10 in den Gymna-  
sien, in den Realschulen, in den Hauptschulen den Klassen-  
teiler von 33 auf 32 senken.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

– Herr Walter, darf ich es Ihnen erklären?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich verstehe es!)

Überall dort, wo Sie volle Klassen mit 33 Schülern haben,  
werden Sie hinterher nicht 32 Schüler haben, sondern werden

(Volker Schebesta)

Sie zwei Klassen mit vielleicht 16 oder 17 Schülerinnen und Schülern haben.

(Widerspruch bei der SPD)

Deshalb wird die durchschnittliche Klassengröße deutlich reduziert, auch wenn der Klassenteiler nur um einen Schüler reduziert wird.

(Zuruf von den Grünen)

Das werden wir schon im Schuljahr 2009/10 erreichen. Dafür werden 800 Deputate zur Verfügung gestellt. Wir werden das im Schuljahr 2010/11 fortsetzen. Dann werden wir auch mit den beruflichen Schulen auf einen Klassenteiler von 31 gehen. Im Schuljahr 2011/12 werden wir auch mit den Grundschulen auf einen Klassenteiler von 30 kommen. In der nächsten Legislaturperiode werden wir 28 erreichen.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Qualitätsoffensive Bildung ist die Weiterentwicklung von Hauptschulen zu Werkrealschulen. Dies ist nicht im Haushalt abgebildet, weil der Start der Werkrealschulen erst zum Schuljahr 2010/11 erfolgt.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir haben aber weitere wichtige Maßnahmen der Qualitätsoffensive Bildung im Haushalt verankert: Wir erhöhen die Leitungszeit der Schulleiter. Im Schuljahr 2009/10 werden dafür 500 Deputate zur Verfügung gestellt. Ich halte es angesichts der Steigerung der Eigenverantwortlichkeit in den Schulen, angesichts der Verantwortung der Schulen für die Qualitätsentwicklung und angesichts der veränderten Elternarbeit für eine richtige Entscheidung, dass die Schulleiterinnen und Schulleiter dafür jetzt auch mehr Leitungszeit erhalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Wir werden die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass 44 Stellen zur Verfügung stehen, um Bildungsregionen, die es modellhaft von einer Stiftung unterstützt in Ravensburg und Freiburg schon gibt, flächendeckend im ganzen Land anzubieten. Damit haben wir eine Plattform dafür, dass sich Schulen, Schulträger und Schulverwaltungen zusammen über die Entwicklung der Schulen austauschen.

Damit haben wir aber auch eine Plattform dafür, dass alle gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere auch die Wirtschaft, die Weiterentwicklung der Schulen mitgestalten können. In diesen Plattformen sollen für die jeweilige Region die Fragen beantwortet werden: Was wollen wir für uns in unserer Region am Bildungsziel verändern? Was wollen wir für die Vorbereitung in den Schulen auf die berufliche Wirklichkeit tun, und was wollen wir als Schulen auch von der Wirtschaft als Beitrag dafür, dass diese Vorbereitung erfolgt?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ja!)

Uns hilft jetzt schon, dass wir durch den Haushaltsbeschluss im Sommer Zulagen für die Lehrerinnen und Lehrer im Bereich der beruflichen Schulen zahlen können, etwa für Evaluatoren und für Lehrerinnen und Lehrer, die die Schulentwicklung begleiten. Das ist bei der Lehrerwerbung im Bereich der beruflichen Schulen schon jetzt bemerkbar.

Die Lehrgewinnung, die jetzt für die Besetzung dieser zusätzlichen Stellen notwendig ist, hat gestern in der Generalaussprache beim Etat des Staatsministeriums schon eine Rolle gespielt. Herr Schmiedel hat davon gesprochen, dass 2007 zu wenig Lehrer eingestellt worden seien und dass heute in anderen Bundesländern gesucht werden müsse. Wenn Herr Schmiedel sich an die im Jahr 2007 geführte Diskussion erinnert, weiß er sicherlich, dass dort die Gymnasiallehrer und die Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen keine zu geringen Einstellungsmöglichkeiten hatten. Das sind aber genau die Schularten, für die wir jetzt werben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es, jawohl!)

Der Schülerzahlenanstieg hat auch in den letzten Jahren im Bereich der Gymnasien und im Bereich der beruflichen Schulen hervorragende Einstellungschancen geschaffen. Ich finde nicht, dass wir uns darüber beschweren sollten, dass es die höheren Einstellungschancen gibt, dass wir Lehrerinnen und Lehrer gewinnen müssen. Das ist auch eine Konsequenz aus der Senkung des Klassentellers. Dieser Beschluss ist richtig, und dadurch ist die Grundlage für erhöhte Einstellungszahlen im kommenden Schuljahr geschaffen worden.

Wir bilden in Baden-Württemberg in großem Umfang aus. Baden-Württemberg ist neben Bayern und Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland, das keinen Numerus clausus im Vorbereitungsdienst hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Entscheidend!)

Wir schöpfen also unsere Ausbildungskapazitäten voll aus. Wenn in Thüringen im nächsten Schuljahr 100 Einstellungsmöglichkeiten für alle Schularten geschaffen werden können und 300 Referendare allein im Bereich der Gymnasien zur Verfügung stehen, warum sollen wir uns dann nicht darum bemühen, dass diese bei uns für die Arbeit in den Schulen, auch für eine Senkung des Klassentellers und eine dadurch verbesserte Arbeit, zur Verfügung stehen? Deshalb ist es richtig, dass wir uns um diese Lehrkräfte bemühen.

Richtig ist langfristig sicher auch – da sind wir, alle Bildungspolitiker, uns auch einig, glaube ich –, dass wir uns um das Ansehen des Lehrerberufs insgesamt kümmern.

(Beifall bei der CDU)

Im „Kinderland“ Baden-Württemberg spielt neben der Förderung der Kinder in den Schulen auch die Betreuung von Kindern im Vorschulalter, die Betreuung der Kinder unter drei Jahren und die Betreuung der Kinder zwischen drei und sechs Jahren in den Kindertageseinrichtungen eine Rolle. Der Bereich der Betreuung von unter Dreijährigen betrifft, vor allem wenn es um Fragen der Finanzierung und der Etatisierung geht, das Ministerium für Arbeit und Soziales.

Bei den Drei- bis Sechsjährigen im Kindergartenbereich haben wir in Baden-Württemberg schon lange Jahre kein Problem mit der Anzahl der Plätze. Die Betreuungsformen im Kindergartenbereich werden kontinuierlich verbessert, auch weil die Personalkostenzuschüsse vor einigen Jahren pauschaliert worden sind und nicht auf dem Stand vor der Pauschalierung gedeckelt worden sind, da sie sich nicht nach oben entwickeln, sondern sozusagen geerdet worden sind und trotz zu-

(Volker Schebesta)

rückgehender Kinderzahl nicht nach unten verändert werden. Den Trägern der Kindertageseinrichtungen stehen also bei zurückgehenden Kinderzahlen mehr Mittel pro Kind zur Verfügung. Das wirkt sich in veränderten Betreuungsformen aus, z. B. darin, dass sich der prozentuale Anteil von Ganztagsangeboten im Kindergartenbereich allein zwischen 2006 und 2008 rund um die Hälfte erhöht hat.

Wichtig ist nicht nur die Frage nach den Plätzen, sondern auch die Frage, welche inhaltliche Arbeit in den Betreuungseinrichtungen gemacht wird. Generell gilt für die Arbeit in den Kindergärten, dass im Kindergartenjahr 2009/10 der Orientierungsplan verbindlich wird. Die wissenschaftliche Begleitung ist erfolgt und war finanziert. Die Erkenntnisse aus dieser wissenschaftlichen Begleitung fließen jetzt in Überlegungen über mögliche Modifizierungen ein. Das Land und die Kommunen haben sich um die Fortbildung der Erzieherinnen für die Anwendung des Orientierungsplans gekümmert und sich je zur Hälfte an den Kosten von bis zu 20 Millionen € beteiligt.

Außerdem findet jetzt laufend die Sprachstandsdiagnose im Rahmen der Einschulungsuntersuchung für die zukünftigen Schülerinnen und Schüler statt, die jetzt noch Kindergartenkinder sind, die in eineinhalb Jahren eingeschult werden. Wir werden im nächsten Kindergartenjahr die Fördermaßnahmen vornehmen, die nach dieser Diagnose erforderlich sind. Auch das Projekt „Schulreifes Kind“ läuft weiter mit bis zu 45 Millionen € im Endausbau.

Meine Damen und Herren, auch von den Konjunkturprogrammen auf Bundes- und Landesebene wird die Bildung profitieren. 65 % des Bundesprogramms sind für Bildung vorgesehen. Auch im Landesprogramm sind Maßnahmen dafür enthalten. Ministerpräsident Günther Oettinger hat gestern in seiner Rede dargestellt, dass rund 270 € pro Kind in den Einrichtungen von Kommunen, Kirchen und freien Trägern auf diesem Weg pauschal zur Verfügung gestellt werden. Dadurch wird die Arbeit in den Einrichtungen in Baden-Württemberg weiter verbessert.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich auf einige Änderungen eingehen, die wir im Finanzausschuss an diesem Einzelplan vorgenommen haben.

Wir haben einen Zuschuss für den Landesverband der Schulfördervereine vorgesehen. Die Schulfördervereine haben in den letzten Jahren im Bereich der Betreuungsangebote, des Mittagstisches und der Organisation dieser Angebote sehr wertvolle Aufgaben übernommen. Sie taten das in ihrer Form auch deshalb, weil es dafür steuerrechtliche und andere rechtliche Gründe gibt. Der Landesverband gibt wertvolle Informationen und Beratungen in diesem Bereich. Deshalb werden wir erstmals 50 000 € dafür im Haushalt 2009 zur Verfügung stellen.

Wir haben für die Fachlehrerinnen und Fachlehrer Stellenhebungen vorgesehen. Wir wollen mit einem Entschließungsantrag zur Personalausgabenbudgetierung die Grundlagen für eine entsprechende Entwicklung legen. Das sind Änderungen, die wir im Finanzausschuss vorgenommen haben, die richtig und wichtig sind.

Weitere Änderungen betreffen den Sport und die kulturelle Arbeit. Die Kolleginnen Brunner und Kurtz werden in weiteren Debattenbeiträgen darauf eingehen.

Wir stimmen dem Einzelplan 04 in der Fassung nach den Beratungen des Finanzausschusses vorbehaltlich der Änderungen, die sich vielleicht noch aus dem Konjunkturprogramm auch für den Einzelplan 04 ergeben, zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Mentrup.

**Abg. Dr. Frank Mentrup SPD:** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Schebesta hat vieles erwähnt, was im letzten Jahr angekündigt worden ist. Beginnend mit der „Aschermittwochsrede“ des Ministerpräsidenten über den Bildungsgipfel der Kanzlerin und die Bildungsoffensive der Regierungsfractionen bis hin zur Vorstellung des Werkrealschulkonzepts durch die FDP/DVP ist kein Thema ausgelassen worden, mit dem man nicht Versprechungen für die Zukunft gemacht hätte.

Jeder, der ein bisschen von Haushalt versteht, weiß: Zum Schwur kommt es, wenn der Haushalt auf den Tisch gelegt werden muss; denn Ankündigungen sind das eine, aber die Umsetzung das andere. Was sich nicht im Haushalt wiederfindet, wird auch nicht gemacht.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das sind Allgemeinplätze!)

Lassen Sie uns deshalb einmal gemeinsam diese wichtigen Themen durchgehen und schauen, ob der „Lügendetektor Haushaltsentwurf“

(Heiterkeit des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

quietscht und jault oder ob er das bestätigt, was auch eben noch einmal wortreich angekündigt worden ist.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gutes Konzept! –  
Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Der erste Punkt ist: Sie sagen, es sei ein Schwerpunkt in der Bildungspolitik gesetzt worden. Das wird begründet mit einem Etat von zusätzlich 200 Millionen €. Jetzt muss man wissen, dass darunter schon einmal 100 Millionen € für zusätzliche Versorgungsbezüge vorgesehen sind und 40 Millionen € für die zusätzliche Förderung der Privatschulen. Der Rest wird im Grunde nur noch dadurch mobilisiert, dass man 50 Millionen € aus einer Rücklage hineinnimmt.

Das heißt, im substanziellen Haushalt ist zur Verbesserung der Situation an den öffentlichen Schulen nichts dazugekommen. Das Einzige, was Sie hinzufügen, haben Sie aus einer Rücklage genommen. Der Anteil des Haushalts von Herrn Rau am Gesamthaushalt beträgt 23 % – 0,9 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Meine Güte!)

Daraus jetzt einen Schwerpunkt zu konstruieren halte ich in Anbetracht der Gesamtsituation für sehr gewagt.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Frank Mentrup)

Zweiter Punkt: Es wurde wortreich vorgetragen, dass Sie die Umsetzung des Bildungsauftrags im frühkindlichen Bereich verbessern wollen. Drei Elemente sind angesprochen worden: die Sprachstandsdiagnose, die Sprachförderung und die Umsetzung des Orientierungsplans. Schauen Sie in den Haushalt hinein, finde ich einen Totalausfall. Alle drei Themen bilden sich im Haushalt allenfalls am Rande ab.

(Zurufe der Abg. Marianne Wonnay SPD und Ursula Lazarus CDU)

Das Einzige, was erwähnt wird, sind zur Durchführung der Sprachstandsdiagnose 2,1 Millionen € für die Gemeinden und 750 000 € für den öffentlichen Gesundheitsdienst, allerdings aus der Bildungsoffensive, also auch nicht aus der Substanz des Haushalts, sondern aus einer Rücklage. Das ist so wenig, dass die Gemeinden, mit denen man zusammenarbeiten will, das Gesetz deswegen ablehnen, weil sie damit nicht zurecht kommen.

Sprachförderung taucht im Haushalt überhaupt nicht auf, obwohl sie eine logische Konsequenz der Sprachstandsdiagnostik ist. Sie taucht nicht auf, weil Sie die Mittel in diesem Jahr der „Moser-Stiftung“ entnehmen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Wird es jetzt gemacht oder nicht? Dann ist es doch gut! Dann ist es doch in Ordnung!)

– Es wird gemacht, aber aus der „Moser-Stiftung“. Sie wollen doch einen zukunftsfähigen Haushalt haben und nicht nur eine Überbrückung für ein Jahr, nach deren Ablauf Sie erneut anfangen, darüber zu diskutieren. Ersteres wäre zumindest unser Anspruch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn wir Moser nicht hätten, gäbe es gar nichts!)

Zur Umsetzung des Orientierungsplans: Alle, die das im Moment vor Ort betreiben, sagen uns, dass die Rahmenbedingungen für die einzelnen Kindertagesstättengruppen verbessert werden müssen. Letztlich geht es um eine Aufstockung des Personalschlüssels. Man kann das auch nicht damit schönrechnen, dass es jetzt mehr Ganztagsgruppen gibt als früher. Hier muss eine Rahmenbedingung substantiell geändert werden, sonst wird dieser Orientierungsplan nicht umgesetzt werden können.

Dazu sagen Sie nichts. Hierfür stellen Sie keine Mittel ein. Wir beantragen heute 50 Millionen € für diese drei Gesamtkomplexe, denn es ist peinlich, wirklich peinlich, Angelegenheiten gesetzlich zu regeln und sie Kommunen, Eltern, Kindern und Tageseinrichtungen vorzuschreiben, das im Haushalt aber nicht finanziell abzubilden. Das ist eine peinliche Nummer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dritter Punkt: Unterrichtsversorgung. Die Unterrichtsversorgung soll durch eine Senkung des Klassenteilers besser werden. Sie behaupten, sie hätten frisches Geld genommen und in den Haushalt hineingetan. Dann schauen wir uns das doch einmal an.

Der Ansatz für Beamte an den Grund- und Hauptschulen sinkt im Grundhaushalt um 40 Millionen €. Bei dieser Senkung ist schon gegengerechnet, dass 13 Millionen € aus der Rücklage zufließen, um die Aufstockung für 20 % der Deputate unterzubringen. Real kürzen Sie diese Position also um 53 Millionen €.

Dagegen steigt diese Position bei den Realschulen um 9 Millionen €, bei den Sonderschulen um 4,5 Millionen € und bei den Gymnasien um 30 Millionen €. Per saldo bleibt eine Abnahme der Beamtenfinanzierung um 9,5 Millionen € im Stammhaushalt.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Hinzu kommt eine globale Minderausgabe in Höhe von 13,5 Millionen €, die im Wesentlichen nur über Personaleinsparungen finanziert werden kann, denn das Personal macht 88 % der Gesamtkosten aus.

Dann kommen wir auf 23 Millionen €, die Sie für die Unterrichtsversorgung dem normalen Haushalt entnehmen. Dem rechnen Sie gegen, dass Sie über die Bildungsoffensive, also diesen Sonderposten, für 2009 etwa 20 Millionen € zusätzlich einstellen. Diese 20 Millionen € ergeben sich aus dem Betrag von 7,5 Millionen € für die zusätzlichen Leitungszeiten und 12,5 Millionen € für die Senkung des Klassenteilers.

Am Ende bleibt ein Nullsummenspiel. Das, was Sie vor Ort erzählen – dort sagen Sie, Sie würden frisches Geld hineinpumpen, um die Situation zu verbessern –, gleicht nur das aus, was Sie an anderer Stelle im selben Haushalt kürzen. Ich nehme an, Sie dachten, die Schülerzahlen würden so weit sinken, dass Sie sich das leisten könnten. Hier bleibt es bei einem Nullsummenspiel, und es ist nicht fair, draußen herumzulaufen und zu behaupten, es würde alles besser werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Hinzu kommt der Duktus dieser Personalausgaben. Eine globale Minderausgabe belohnt jeden, der z. B. eine Stelle nicht sofort besetzt. Denn jeder in der Verwaltung ist aufgerufen, einen Beitrag zur globalen Minderausgabe zu leisten. Des Weiteren gibt es eine Reihe von Stellensperrungen und Stellenverlagerungen; dies nimmt für den Gymnasialbereich im Haushaltsplan bereits drei Seiten ein. Das sind fast mehr Seiten, als der gesamte Gymnasialbereich überhaupt hat.

Ich habe mir jetzt erspart, dies alles hochzurechnen und zu ermitteln, wie viele Stellen jetzt noch mit anderen verrechnet werden etc. Spannend ist, dass diese Strategie selbst vor der sogenannten Bildungsoffensive nicht haltmacht. Sie stellen in der Bildungsoffensive für die Senkung des Klassenteilers Lehrer ein, sperren aber gleichzeitig für ein paar Monate einen Teil dieser Lehrerstellen, beispielsweise für Ihre Werbekampagne. Das zeigt: Sie haben keinen Haushalt, der dazu anregt, jede freie Stelle sofort zu besetzen, sondern Ihr Haushalt regt dazu an, bei der Umsetzung möglichst überall Geld einzusparen. Auch das halte ich für ein fatales Signal in einer Zeit, in der man die Versorgung eigentlich verbessern müsste.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir laden Sie dazu ein, über drei Themen nachzudenken. Es liegt auch ein Antrag auf dem Tisch. Wir brauchen mehr

*(Dr. Frank Mentrup)*

Krankheitsstellvertreter, denn 1 300 Stellvertreter bei 100 000 Lehrerstellen insgesamt reichen einfach nicht aus. Wir müssen endlich das Sommerloch für unsere Oberreferendare, die wir anschließend einstellen wollen, überbrücken. Das muss vielleicht nicht über eine Vollbeschäftigung geschehen; man kann auch über eine Teilzeitbeschäftigung nachdenken, für die die Dotierung in etwa so hoch ist wie das, was diese Personen zuvor als Oberreferendare bekommen hatten. Aber wir müssen dieses Problem lösen. Wir diskutieren dies jedes Jahr aufs Neue im Finanzausschuss, und Sie verweigern sich immer und immer wieder einer Lösung dieses Problems.

Für die beruflichen Schulen brauchen wir mehr, Herr Rau, als jetzt den doppelten Mittlere-Reife-Jahrgang mit 30 Klassen und 45 Stellen zu verbuchen, wenn wir genau wissen, dass etwa 2 500 Schülerinnen und Schüler zusätzlich auf die beruflichen Gymnasien zukommen. Das entspricht etwa 70 Klassen und damit ca. 90 Lehrern; das lässt sich nun einmal nicht anders darstellen.

Ihr Angebot, dass diese Schüler, die jetzt aus dem G 8 wechseln, ja auch nach der zehnten Klasse wechseln können, ist natürlich ein Hohn. Denn Sie treiben Schüler bis zum Ende der neunten Klasse in einen Leistungsstand hinein, der der heutigen mittleren Reife, also der zehnten Klasse im G 9 entspricht, und dann sagen Sie diesen Schülern, wenn diese noch nicht ins berufliche Gymnasium wechseln können: Macht doch einfach ein Jahr länger auf dem G 8! Nun weiß aber jeder, dass die „engen“ Jahrgänge im G 8 in der Unter- und Mittelstufe sind; am Ende wird es dann wieder etwas lockerer. Zu sagen: „Nun macht doch noch ein Jahr länger da, wo es lockerer wird, damit ihr dann am Ende doch noch aufs berufliche Gymnasium kommt“, das halte ich – Entschuldigung – für eine Verhöhnung der Menschen, die das machen wollen.

Wenn man dann noch bedenkt, dass auch diejenigen, die aus der Realschule überwechseln wollen, heute mit einem Numerus clausus zu kämpfen haben, sodass ihnen der Notendurchschnitt gar nichts nützt, den sie ja erbringen müssen, um eine Berechtigung zu erhalten, dann weiß man, dass die Mittel, Herr Rau, absolut nicht ausreichen. Wer das Thema G 8 ernst nimmt, der muss auch das Problem des doppelten Mittlere-Reife-Jahrgangs ernst nehmen und die Mittel hierfür bereitstellen. Dazu laden wir Sie heute mit unserem Antrag ein. Es wäre ein sehr sinnvolles Zeichen, diese drei Punkte hier zu erfassen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter  
GRÜNE)

Vierter Punkt: Sie verkünden überall den Ausbau der Ganztagschule. Das taucht jedoch im Haushaltsplan nur im Kleingedruckten auf. Ich finde dort 30 Millionen € für verlässliche Grundschulen – davon fließt ja auch ein Teil in die Ganztagschulen –, und ich finde dort eine neue Sonderposition in der Bildungsoffensive in Höhe von 2,7 Millionen € für weitere verlässliche Grundschulgruppen, Horte an den Schulen und Ähnliches.

Wenn man dann überlegt, wie Sie Ihr Ganztagschulkonzept stricken, dann bedeutet das im Moment, dass man im Grundschul- und im Hauptschulbereich relativ gut eine Ganztagschule beantragen kann, vor allem wenn man die Bedarfe darstellt; schwierig wird es dagegen im Realschul- und im Gym-

nasialbereich. Wir haben ja beispielsweise in Karlsruhe, Frau Kollegin, die Situation, dass es ein Begehren nach einer öffentlichen Ganztagsrealschule gibt, dass aber – das war der Zeitung zu entnehmen – gesagt wurde, da müsse ein besonderer Bedarf dargestellt werden.

Hier gibt es einen entsprechend großen Bedarf. Ich war am letzten Samstag bei der Informationsveranstaltung der entsprechenden privaten Realschule. Die wissen gar nicht, wie sie dem Ansturm der Leute gerecht werden sollen. Warum können Sie denn das Ganztagschulkonzept jetzt nicht so stricken, dass auch solche Bedürfnisse durch das öffentliche Schulsystem aufgenommen werden? Ich kann es Ihnen sagen: Weil Sie es im Haushalt gar nicht abbilden. Sie haben die Ganztagschulen im Haushalt nicht abgebildet. Die Mittel dafür sind im Grund ein Nebenprodukt des Schülerrückgangs im Grundschul- und Hauptschulbereich. Die Mittel können Sie dann für Ganztagsbeschulung nehmen. Und weil es im Realschulbereich und im Gymnasialbereich eben keine zurückgehenden Schülerzahlen gibt,

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

findet dort – und zwar aus finanzökonomischen Gründen – eine Ganztagsbeschulung nicht statt oder eben nur in der mickrigen Ausstattung wie bei den Gymnasien, bei denen Sie gerade eine Stunde pro Klasse und Woche zusätzlich zur Verfügung stellen wollen. Also: Ganztagschule angekündigt, doch im Haushalt findet man sie als eigenständige Konzeption nicht wieder. Das wird der eigentliche Grund sein, warum Sie sie auch nicht in das Schulgesetz aufnehmen wollen. Denn dann würden die Kommunen mit Ihnen ganz anders in die Verhandlungen gehen, und das wollen Sie nicht. Also auch bei der Ganztagschule als bildungspolitischer Schwerpunkt in diesem Haushalt Fehlanzeige!

Ein weiterer Punkt, der völlig fehlt, ist das Thema Schulentwicklung. Wir haben 800 einzügige Hauptschulen – es werden jede Woche mehr –, die in ihrer Existenz bedroht sind.

(Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: „Jede Woche“! Ha, ha, ha!)

– In jedem Jahr mehr, Herr Schebesta. Ist geschenkt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das würde ich im Protokoll korrigieren!)

Das sind immerhin zwei Fünftel der gesamten öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg.

Wie gehen andere Bundesländer mit dieser Situation um? Wo gibt es einen konzeptionellen Ansatz für Schulentwicklung, außer dass Sie sagen: „Die dürfen fusionieren, und sonst dürfen sie nichts“? Es gibt auch noch 20 oder 30 Modellprojekte, bei denen man Kooperationen mit Realschulen machen kann. So etwas muss sich dann auch in einem Haushalt wiederfinden. Man muss sehen, dass Sie gewillt sind, einen neuen Aufschlag zu machen, dass Sie mit den Leuten zusammenarbeiten wollen, dass Sie Mittel bereitstellen, um hier eine Konzeption voranzubringen und gemeinsam zu entwickeln.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ich weiß gar nicht, von welchem Land Sie sprechen!)

(Dr. Frank Mentrup)

Nichts von dem findet man hier im Haushalt wieder.

(Unruhe)

Schauen Sie sich einmal in anderen Bundesländern an, wie das dort passiert. Damit werden Sie auf Dauer nicht durchkommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Fazit: Alle Ankündigungen und alle aktuell diskutierten Notlagen finden sich in diesem Haushaltsentwurf durch entsprechende Mittel und durch die Grundstruktur des Haushaltsentwurfs nicht wieder. Hinzu kommt ein Duktus, der jeden eher dazu anregt, Geld einzusparen denn neu Geld auszugeben. Denn Sie müssen – ich habe es dargestellt – hier verschiedene Dinge noch auszugleichen versuchen. Das heißt, mit einem Denken von vorgestern und einem Haushalt von gestern versuchen Sie, die Kinder von heute auf die Gesellschaft von morgen vorzubereiten. Das ist kein Haushalt, der Chancen eröffnet, wie Ihr Fraktionsvorsitzender gestern gesagt hat, sondern das ist ein Haushalt, der Chancen vertut. Deshalb werden wir diesem Haushalt in der Gesamtheit, aber auch in den meisten seiner Einzelpunkte nicht zustimmen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen unser Bildungssystem so ausgestalten, dass kein Kind verloren geht und dass wir die Bildungspotenziale aller Kinder gut fördern. Davon sind wir in Baden-Württemberg noch sehr weit entfernt. Alle großen Bildungsstudien der letzten Jahre haben uns gezeigt, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien und vor allem Kinder mit Migrationshintergrund benachteiligt werden.

Herr Kultusminister Rau, ich begrüße es ausdrücklich, dass Sie in den Interviews der letzten Wochen ganz deutlich eingeräumt haben, dass wir in unserem Bildungssystem in Baden-Württemberg Migrantenkinder nicht ausreichend fördern. Ich wünsche mir, dass das, was Sie hier angekündigt haben, nämlich dass die Förderung von Migrantenkindern zu einem bildungspolitischen Schwerpunkt von Ihnen wird, in Baden-Württemberg nun auch tatsächlich umgesetzt wird.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Haushalt, der uns jetzt vorgelegt wurde, ist zur Umsetzung dieser Ankündigung überhaupt nichts enthalten. In diesem Haushalt finden wir nichts, was vorgesehen wird, um Migrantenkinder besser zu fördern. Beispielsweise wurde unser Antrag, zur Verbesserung der beruflichen Integration von jungen Migranten nach der Schule 4,7 Millionen € bereitzustellen, genauso abgelehnt wie das von uns beantragte Stipendienprogramm für Migranten, damit sie in ein Lehrerstudium einsteigen können. Dabei beträgt in Baden-Württemberg die Quote der Schüler mit Migrationshintergrund, die unter 18 Jahre alt sind, 33 %, während die Quote der Lehrkräfte mit Migrationshintergrund nicht einmal bei 1 % liegt. Migranten als Lehrer, das sind doch die Vorbilder für Kinder und Jugendliche, an denen

sie erkennen können, dass es sich lohnt, sich anzustrengen, und dass Chancen durch Integration möglich sind. Deshalb fordern wir Sie auf, in ein solches Programm einzusteigen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir sind uns in diesem Haus einig, dass bessere Bildungschancen von Kindern schon im Kindergarten notwendig sind. Trotz Ihrer groß angekündigten Bildungsoffensive mit einem Volumen von über 500 Millionen € haben Sie es nicht einmal fertiggebracht, die Sprachförderung, den wichtigsten Bestandteil einer frühen Bildung von Kindern, regulär im Haushalt zu verankern. Kollege Mentrup hat es schon angesprochen: Die Sprachförderung als zentraler Baustein der frühen Förderung von Kindern wird immer noch in einer Art Projektförderung praktiziert. Der Anspruch, den Sie verkünden, bleibt somit weit hinter dem zurück, was Sie tatsächlich machen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Kinder lernen nun einmal nicht in Kursen, wie Sie das mit Ihrem Konzept „Schulreifes Kind“ machen, sondern durch eine individuelle Förderung im Kindergarten, im Alltagsleben des Kindergartens. Dafür brauchen wir vor allem eine bessere Qualifizierung der Erzieherinnen. Wir brauchen kleinere Lerngruppen in Kindergärten, und wir brauchen einen Ausbau der Kindergärten. Das ist der erste entscheidende Schritt für eine Qualitätsentwicklung im Kindergarten. Wir Grünen sagen auch:

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn die Qualitätssicherung und der Ausbau gesichert sind, dann werden wir uns selbstverständlich auch dafür einsetzen, dass der Kindergartenbesuch gebührenfrei wird.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in der Grundschule zeichnet sich noch nicht ab, dass benachteiligte Kinder besser gefördert werden sollen. Auf die Absenkung des Klassenteilers von 31 in der Grundschule müssen wir noch zwei Jahre warten. Auch die Grundschulempfehlung bleibt. Es wird also bei der Trennung der Kinder nach nur vier gemeinsamen Grundschuljahren bleiben.

Wir werden uns deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass die Kinder länger gemeinsam lernen dürfen und individuell gefördert werden. Wir beantragen 5 Millionen € für Fortbildung und innovative Schulentwicklung. Wir werden alle Anträge von Kommunen für ein längeres gemeinsames Lernen, für integrative Schulmodelle auch in diesem Jahr weiter unterstützen.

(Beifall bei den Grünen)

Die Bildungsoffensive der Landesregierung enthält zwar einige richtige Elemente, aber sie kommt zu spät, und sie ist auf den Schülerrückgang ausgelegt. Die Absenkung des Klassenteilers erfolgt über einen sehr langen Zeitraum, sodass wir noch sehr lange relativ große Klassen haben werden. Deshalb haben wir einen Bildungspakt vorgelegt, mit dem wir sofort bessere Lernbedingungen in den Schulen schaffen wollen. Ein

(Renate Rastätter)

zentraler Punkt dabei ist für uns die Ganztagschule. Die Ganztagschule in Baden-Württemberg ist nicht viel mehr als eine Halbtagschule mit Nachmittagsbetreuung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie wollen Vollzeitunterricht haben!)

Deshalb bildet sie sich auch im Haushalt nicht ab. Für die Gymnasien steht gerade eine zusätzliche Lehrerstunde zur Verfügung, für die Realschulen sind es zwei und für die Hauptschulen ebenfalls zwei zusätzliche Lehrerstunden. Nur die Schulen, die unter besonderer pädagogischer Aufgabenstellung arbeiten, erhalten einige Stunden mehr. Ein rhythmisiertes pädagogisches Konzept mit professioneller Hausaufgabenbetreuung, mit erweiterten Übungs- und Lernzeiten, mit interessanten, weiterführenden Bildungsangeboten ist mit einer solchen minimalen Ausstattung nicht möglich. Deshalb ist auch eine gute Ganztagschule unter diesen Bedingungen in Baden-Württemberg derzeit nicht umsetzbar.

(Beifall bei den Grünen)

Wir brauchen also zusätzliche Lehrerstunden. Wir haben in unserem Bildungspakt 400 zusätzliche Lehrerstunden für den Ausbau der Ganztagschule vorgesehen.

Wir haben auch den Antrag gestellt, 6 Millionen € an Zuschüssen für Mittagessen von armen Kindern an der Schule bereitzustellen. Ich finde es erbärmlich, dass das Land bei der wachsenden Zahl an Ganztagschulen, in denen das Mittagessen auch aus pädagogischen Gründen für die Kinder wichtig ist – ganz abgesehen davon, dass sie ein gutes, gesundes Mittagessen brauchen –, nicht wie die Kommunen dazu bereit ist, das Mittagessen zu bezuschussen und dafür 6 Millionen € zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den Grünen)

Lernen in Ganztagschulen, Lernen mit neuen Bildungskonzepten bedarf aber auch neuer Räume. Das Konjunkturprogramm, das jetzt aufgelegt wird, ist richtig in der Hinsicht, dass es die energetische Sanierung von Schulen vorsieht. Aber die energetische Sanierung allein reicht nicht. Die jetzigen Schulbaurichtlinien der Landesregierung basieren immer noch auf dem alten System der Halbtagschule, bei dem die Schüler um drei viertel acht kommen und um eins gehen und dazwischen Unterricht im 45-Minuten-Takt stattfindet.

Wir brauchen erweiterte neue Räume, wir brauchen Lehrerarbeitsplätze an der Schule, wir brauchen mehr Spielräume,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir brauchen, wir brauchen, wir brauchen!)

auch für Aufenthaltsräume der Kinder, für Bewegungsräume. Notwendig ist deshalb eine Überarbeitung der Schulbaurichtlinien.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie wollen den ganzen Tag Unterricht halten! Sagen Sie das einmal den Schülerinnen und Schülern auf der Zuhörertribüne!)

Weil es dies derzeit nicht gibt, stellen die Kommunen auch keine Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Zimmermann schreit da rein! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wie ein kleines Kind!)

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Deshalb stellen die Kommunen keine Anträge auf Investitionsmittel. Sie haben in den letzten Jahren 50 Millionen € pro Jahr zur Verfügung gestellt. Davon sind im Jahr 2006 nur 10 Millionen € und im Jahr 2007 lediglich 13 Millionen € beantragt worden. Denn wenn die Kommunen tatsächlich die Ganztagschulen so aufbauen wollen, wie sie für die Kinder benötigt werden, machen die Zuschüsse maximal rund 10 % aus.

(Beifall bei den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben auch den Antrag gestellt, das achtjährige Gymnasium mit zusätzlichen Lehrerstunden auszustatten, damit die Übungszeiten und die Hausaufgabenbetreuung mit Lehrerstunden stattfinden können.

Wir wollen auch ausdrücklich ein Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten, weil wir sehr hohe Übergangsquoten auf das Gymnasium haben. Mittlerweile gehen 40 % der Kinder nach der Grundschule aufs Gymnasium, in sieben Großstädten sind es schon über 50 % der Kinder. Wenn wir wollen, dass auch die Kinder, die mehr Lernzeiten brauchen, aber ein hohes Begabungspotenzial mitbringen, auf dem Gymnasium das Abitur machen können, dann brauchen wir ein Gymnasium mit zwei Geschwindigkeiten.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben wir doch!)

Faktisch lassen Sie dies ja auch zu. Es ist ein Schreiben an alle beruflichen Schulen gegangen, in dem es heißt: Auch die Schüler der allgemeinbildenden Gymnasien können einen acht- oder einen neunjährigen Bildungsgang absolvieren,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was? Das ist ja etwas ganz Neues!)

indem sie nämlich nach der zehnten Klasse in das berufliche Gymnasium überwechseln können.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Hat es noch nie gegeben! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch ein Unsinn! Mappus hat gesagt, das ist ein Unsinn!)

Nach dieser Logik können doch auch die Schüler am allgemeinbildenden Gymnasium mit einer erweiterten Lernzeit einen neunjährigen Bildungsgang absolvieren.

Deshalb fordern wir Sie auf: Lassen Sie vor Ort bei den Schulen,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut!)

die gute Konzepte entwickeln und deren Schüler einen entsprechenden Bedarf haben, Modelle zu,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das lassen wir sicher nicht zu!)

(Renate Rastätter)

die im achtjährigen Gymnasium auch eine flexible Lernzeit bis zu neun Jahren ermöglichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jimmy, was verstehst du davon?)

Ich komme zum Schluss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch bei der Lehrgewinnung brauchen wir eine Verstärkung. Wir brauchen eine Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs. Wir müssen uns alle anstrengen, dies zu erreichen. Es ist noch nicht zu erkennen, dass Ihre Politik zielführend ist.

Wir begrüßen, dass es Stellenhebungen bei den Fachlehrern gibt, dass es einen Einstieg für die Hauptschullehrkräfte in ein Beförderungssamt gibt. Aber wir wollen, dass alle Hauptschullehrkräfte in Besoldungsgruppe A 13 kommen. Auch die Fachlehrer haben den vollständigen Abbau des Beförderungsstaus verdient. Wir haben dazu einen Antrag eingebracht.

Dieser Haushalt verspricht noch nicht das, was Sie ankündigen. Deshalb bleiben wir bei unseren Anträgen und werden Sie hier auch weiter unter Druck setzen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe: Frau Präsidentin! – Unruhe)

– Ach Gott! Das passiert mir jedes Mal. Das tut mir außerordentlich leid.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist nicht schlimm! Die Frau Präsidentin verzeiht!)

– Hoffentlich.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Sie haben das Wort, Frau Abg. Dr. Arnold.

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Also noch einmal: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie gut, dass es in diesem Landtag eine FDP/DVP-Fraktion gibt.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Seit 1996 regieren wir in diesem Land mit, und wir tun das sehr erfolgreich. Das zeigt sich auch am Haushalt 2009 des Kultusministeriums. Er trägt auch eine liberale Handschrift.

Drei Maßnahmen möchte ich ansprechen, die nur durch unsere Initiative, durch unsere Hartnäckigkeit auch gegenüber unserem geschätzten Koalitionspartner in diesen Haushalt hineingekommen sind.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Jawohl!)

Maßnahme Nummer 1: Geld statt Stellen. Hinter dieser plakativen Formulierung verbirgt sich ein Wunsch von vielen Schulleitern, der immer wieder an uns herangetragen worden ist und nun in einem ersten Schritt ein Stück weit erfüllt werden kann. Ab dem nächsten Schuljahr können Schulen – und zwar alle, die das möchten, nicht nur einige, wie es sich das Kultusministerium vorgestellt hat – Lehrerwochenstunden in Haushaltsmittel, sprich Geld, umwandeln und damit befristete Arbeitsverhältnisse finanzieren. Das bedeutet: Die Schulleiter können eigenständig und unabhängig Personal ihrer Wahl einstellen –

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

gemäß den Bedürfnissen der Schule, gemäß dem Profil, das die einzelne Schule hat oder ausbauen möchte. Das ist ein wichtiger Schritt hin zur Eigenständigkeit der Schulen, aber auch eine gute Möglichkeit, Engpässe zu überwinden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

Zusammen mit den schulbezogen ausgeschriebenen Stellen haben die Schulen in unserem Land jetzt eine echte Gestaltungsmöglichkeit im Personalbereich. Das ist eindeutig ein Verdienst der FDP/DVP, egal, wer es sich sonst auf seine Fahnen schreibt. Wir haben das Vorhaben „Geld statt Stellen“ in der Bildungsoffensive verankert. Wir haben jetzt dafür gesorgt – zugegebenermaßen in etwas langwierigen Verhandlungen –, dass es auch gemäß Beschlusslage umgesetzt wird. Wir wollen diesen Weg einer eigenständigen Personalbewirtschaftung weitergehen.

Wie soll die Schule der Zukunft unter personellem Aspekt aussehen? Wir wollen das Berufsfeld Schule weiter öffnen für neue schulbezogene Berufe wie z. B. einen Schulverwaltungsfachmann oder einen Schulpersonalbearbeiter. Diese sollen Lehrer und Schulleiter unterstützen, damit sich Lehrerinnen und Lehrer wieder mehr dem widmen können, wofür sie eigentlich ausgebildet worden sind, nämlich dem Unterrichten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweites Beispiel für unsere Handschrift in diesem Haushalt: die Auflösung des Beförderungsstaus bei Fachlehrern und Technischen Lehrkräften. Im Sommer vergangenen Jahres sind die betroffenen Fachlehrkräfte in einer landesweiten Aktion an uns herangetreten. Es handelt sich hier um Lehrkräfte, die aus einer Berufsausbildung, die aus dem Beruf heraus als Quereinsteiger in die Schulen gehen, dort in der Regel fast dasselbe unterrichten wie wissenschaftlich ausgebildete Lehrer, aber sehr viel schlechter bezahlt werden. Viele von ihnen warten seit Jahren auf die ihnen zustehende Beförderungsmöglichkeit, weil eben die Stellen fehlen.

Wir haben als Regierungskoalition sofort das Gespräch mit unserem Koalitionspartner gesucht. Meine Gesprächspartner von damals werden sich sicher noch daran erinnern. Wir haben auch einen Finanzierungsvorschlag gemacht, denn wir hätten gern deutlich mehr Stellen geschaffen, als wir jetzt in diesem Haushalt realisieren können. Die 300 Stellen, die in den nächsten zwei Haushalten geschaffen werden, sind deshalb für uns nur ein erster Schritt. Dem müssen weitere folgen.

(Dr. Birgit Arnold)

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Im Rahmen der Dienstrechtsreform!)

Aber wir freuen uns natürlich sehr, dass unser Koalitionspartner diesen ersten Schritt gemeinsam mit uns geht.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Der dritte Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist bereits von anderer Seite angesprochen worden. Wir werden in diesem Haushalt erstmalig den Landesverband der Schulfördervereine mit 50 000 € unterstützen. Hier waren wir uns in den Regierungsfractionen sehr schnell einig. Darüber freuen wir uns. Denn die Schulfördervereine leisten eine enorme Arbeit. Dazu brauchen sie die Unterstützung ihres Verbands.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Gerade die Ganztagsbetreuung wäre ohne diesen Einsatz an vielen Schulen nicht möglich. Wir sind den Schulfördervereinen daher sehr zu Dank verpflichtet und unterstützen sie auf diese Art und Weise gern.

Nun noch einige Anmerkungen von unserer Seite zur Qualitätsoffensive Bildung. Sie wird in diesem Haushalt in ersten Schritten realisiert. Wir freuen uns natürlich sehr, dass wir in den nächsten drei Jahren über 500 Millionen € in die Hand nehmen können, um unsere Bildungslandschaft zu verbessern.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Fünf Jahre!)

– Drei Jahre. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nein! – Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Nein! Bis 2013! So steht es im Haushalt!)

– Also gut, dann schaue ich mir das noch einmal an. Aber ich bin davon ausgegangen, dass es bis zum Ende dieser Legislaturperiode ausgegeben werden darf.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich habe es auch so gelesen wie Herr Mentrup! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das kann der Kultusminister nachher sagen, wo er dann wieder wegstreicht!)

Die Senkung des Klassenteilers in drei Schritten auf 30 Schüler ist eine sinnvolle Maßnahme und wird von uns voll und ganz mitgetragen. Sie wird vor allem an Realschulen und Gymnasien zu einer Entspannung der Situation beitragen. Auch hier haben wir von der Fraktion der FDP/DVP dafür gesorgt, dass die Schulen den nötigen Freiraum bekommen: Sie können die Klassen teilen, sie müssen aber nicht. Sie können die zusätzlichen Lehrerwochenstunden, die sie bekommen, nach ihren Bedürfnissen eigenständig bewirtschaften.

Ganz besonders wichtig ist für uns auch der Bereich der Kleinkindbetreuung, wie er sich auch in diesem Haushalt abbildet. Ich sage es, wo ich nur kann, und ich sage es auch heute wieder: Jeder Euro, den wir in diesem Bereich investieren, wird eine gute Rendite bringen, die beste Rendite, die im Bildungsbereich überhaupt möglich ist.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Es hätten ein paar Euro mehr sein können!)

In diesem Haushalt finden eine Erhöhung der Ausbildungskapazität für Fachkräfte im Bereich der Kinderbetreuung sowie weitere Mittel zur Implementierung des Orientierungsplans ihren Niederschlag. Natürlich sind auch Mittel zur Durchführung der Sprachstandsdiagnose vorgesehen, auch wenn diese Mittel in diesem Haushalt noch auf null gestellt sind. Wir wissen, dass die Sprachstandsdiagnose in diesem Jahr noch über die Landesstiftung finanziert wird. Aber wir von der FDP/DVP sind uns völlig darüber im Klaren, dass wir die Sprachförderung in Zukunft auch mit Landesmitteln mitfinanzieren müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Für mich ist sie die wichtigste bildungspolitische Maßnahme überhaupt. Nur ein Kind, das ausreichend Deutsch kann, wird ein guter Hauptschüler,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

wird ein guter Realschüler oder ein guter Gymnasiast. Das muss im Kindergarten anfangen.

Abschließend noch ein Wort zu den auch schon angesprochenen Bildungsregionen. Wie in Freiburg und in der Region Ravensburg soll es in Zukunft landesweit noch mehr Bildungsregionen geben.

(Unruhe)

Hier sollen alle am Schulleben Beteiligten, nämlich Schulleiter, Kommunen, Schulen und Wirtschaft, sich zusammenschließen und gemeinsam ein Bildungsangebot unterbreiten, das allen Kindern die bestmögliche Ausbildung zukommen lässt. Beim Landesinstitut für Schulentwicklung wird dazu eine Beratungsstelle eingerichtet. Sie soll den Aufbau der Bildungsregionen unterstützen. Aber die Finanzmittel dafür sind noch gesperrt, weil der Finanzminister dem Konzept der flächendeckenden Umsetzung der Bildungsregionen noch nicht zugestimmt hat.

Das ist nach Auffassung der Liberalen wieder eine Chance. Wir wollen diesen Beratungsstellen eine weitere Aufgabe geben. Sie sollen auch Schulen beraten und unterstützen, die eigenständige Schulkonzepte entwickeln und ausprobieren wollen, egal, ob sie sich dabei im Rahmen unseres Schulsystems bewegen oder einmal etwas ganz Neues ausprobieren wollen.

Mit diesen Bildungsregionen haben Sie, Herr Kultusminister Rau, etwas ganz Faszinierendes geschaffen. Die Bildungsregionen basieren nämlich auf dem Grundgedanken einer Verantwortungsgemeinschaft. Das heißt, dass alle am Bildungsprozess Beteiligten – einschließlich des Schulamts – gemeinsam auf gleicher Augenhöhe zugunsten der Zukunft der Kinder zusammenarbeiten. Es müsste doch möglich sein, diesen guten Gedanken der Verantwortungsgemeinschaft auf Augenhöhe – darauf kommt es mir an – auch sonst in der Schulpflicht zu realisieren.

Schiller lässt seinen Marquis Posa in „Don Carlos“ fordern: „Geben Sie Gedankenfreiheit.“

(Dr. Birgit Arnold)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Ja! Sehr gut! – Abg.  
Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Schillerjahr!)

Herr Kultusminister, ich fordere Sie auf: Geben Sie mehr Versuchsfreiheit, auch und gerade im Rahmen der Bildungsregionen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Nutzen Sie die Motivation, das immense Potenzial an Fachwissen, die Einsatz- und Leistungsbereitschaft, die Kreativität und die intensive Auseinandersetzung mit Schulentwicklung, die in vielen Schulen an der Basis bei unseren Lehrerinnen und Lehrern vorhanden sind.

Sie haben es im Vorwort des Berichts Ihres Hauses zum Staatshaushaltsplan selbst gesagt. Ich darf Sie zitieren:

*Wir steuern,*

– so Herr Kultusminister Rau –

*was unbedingt zentral gesteuert werden muss. Was vor Ort besser und einfacher gelöst werden kann, soll vor Ort geregelt werden.*

Damit sind wir völlig einverstanden, aber wir bitten Sie: Lassen Sie es doch auch zu. Wir sind dabei auf jeden Fall an Ihrer Seite.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Einige weitere Anmerkungen zur Bildungspolitik von unserer Seite gibt es in einer zweiten Runde. Außerdem wird meine Kollegin Berroth noch etwas zum Sport sagen.

Zunächst einmal herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Brunner für die Fraktion der CDU.

(Abg. Elke Brunner CDU: Der Minister!)

– Wir haben die Teile Jugend und Sport noch gar nicht abgehandelt. Die müssen vorher auch noch bedacht werden. Also bitte zuerst die Abgeordneten.

**Abg. Elke Brunner** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Durch den 2006 abgeschlossenen Solidarpakt zwischen Landesregierung und Landessportverband werden im Sporthaushalt von 2007 bis 2010 jährlich rund 64 Millionen € zur Verfügung gestellt. Damit haben wir – in guten wie in schlechten Zeiten – eine verlässliche Förderung geschaffen. Die Sportorganisationen bekommen vier Jahre Planungssicherheit.

Die für den kommunalen Sportstättenbau veranschlagten Mittel aus dem KIF sind nicht Gegenstand dieses Solidarpakts. Daher ist mir Folgendes besonders wichtig: Im Sportstättenbau gibt es immer noch einen großen Antragstau. Vor allem für die Sanierung von Sportstätten ist Geld nötig. So müssen unsere Sportstätten auch im energietechnischen Bereich zeitgemäß ausgestattet werden. Das schont Umwelt und Geldbeu-

tel. Daher ist es wichtig, innerhalb der Konjunkturprogramme von Bund und Land Mittel für den Bau und die Sanierung von Sportstätten zur Verfügung zu stellen.

Mit diesem zusätzlichen Geld kann der Antragstau abgearbeitet werden. Bauwirtschaft und andere Unternehmen bekommen zusätzliche Aufträge. Deshalb sanieren und bauen wir Sportstätten. Damit tun wir uns und unserer Gesundheit etwas Gutes, damit tun wir unserer Wirtschaft etwas Gutes, und wir helfen, Arbeitsplätze zu halten.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Noch eines ist mir wichtig: Wir wollen weiterhin Sportgroßveranstaltungen in Baden-Württemberg. Einen wichtigen Schwerpunkt setzen wir in diesem Haushalt mit der Förderung des Wintersports. Auf Initiative unserer Fraktion ist im Haushalt eine Anschubfinanzierung in Höhe von rund 2,12 Millionen € für die Konzeption „Schneesport in Baden-Württemberg“ bereitgestellt. Dabei ist es wichtig, dass dieser Konzeption eine Studie zugrunde liegt, die die Auswirkung des Klimawandels auf den Wintersport berücksichtigt. Diese Konzeption umfasst die Sportarten Ski nordisch, Ski alpin, Biathlon, Snowboard und Ski cross.

Durch diese Bündelung der Kräfte und die Schaffung der notwendigen Infrastruktur wollen wir an die große, erfolgreiche Wintersporttradition in Baden-Württemberg anknüpfen und sie fortführen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Mit jedem Sportereignis hier, das international wahrgenommen wird, präsentieren wir Baden-Württemberg als modernes, weltoffenes und gastfreundliches Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, noch ein Letztes ist mir wichtig. Beim Thema Sport geht es auch um die Zuschauer. Begeisterung ist gut, Fanatismus nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Aus diesem Grund hat unsere Fraktion dafür gesorgt, dass für die sogenannten Fanprojekte im Haushalt 180 000 € zur Verfügung gestellt werden. In Mannheim und in Karlsruhe hat man damit bereits gute Erfahrungen gemacht. Davon können andere Städte und Vereine profitieren. Es geht um Gewaltprävention rund um das Stadion und darüber hinaus. Bei diesen Projekten geht es darum, die Freude am Sport dadurch zu erhalten, dass man Krawall ächtet und vermeidet.

Vor diesem Hintergrund kann ich für meine Fraktion feststellen: Wir haben den Sport in all seiner Vielfalt und Breite bisher maßgeblich unterstützt, und wir werden den Sport auch weiterhin nach Kräften unterstützen.

Meine Damen und Herren Kollegen aller Fraktionen, wir alle, die wir uns im politischen Raum um den Sport bemühen, bleiben dabei allesamt selbst auf Unterstützung angewiesen. Deshalb will ich die Gelegenheit nutzen, um all denjenigen zu danken, ohne deren großartige Arbeit der Sport in Baden-Württemberg längst nicht das wäre, was er ist.

(Elke Brunnemer)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Es sind die vielen Ehrenamtlichen, die als Trainer, als Betreuer und Helfer in den Vereinen Woche für Woche, Jahr für Jahr Großartiges leisten – Großartiges für die Sportler, Großartiges für unsere Vereine, für die Menschen in den Städten und Gemeinden und damit für uns alle.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Eine sportliche Rede!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Kurtz.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es schon gehört: Kinder sind das Beste, was wir haben. Darüber sind wir uns alle einig. Ich denke, auch im vorliegenden Haushaltsentwurf wird die Jugend wieder sehr gut bedacht, gerade auch was die kulturelle Bildung angeht. Denn neben der Schule rückt ja auch die außerschulische Bildung immer stärker ins Blickfeld.

Die CDU-Fraktion begrüßt es daher außerordentlich, dass im Rahmen des Bündnisses für die Jugend ein Gesamtbildungskonzept erarbeitet werden soll. Dafür sind 250 000 € vorgesehen. Es gibt schon eine Geschäftsstelle beim Kultusministerium. Außerdem soll ein Projektbeirat eingerichtet werden. Wir halten es für ganz wichtig, eine Bestandsaufnahme durchzuführen, die Kooperation zwischen Schule und Jugendarbeit stärker ins Blickfeld zu nehmen und die Verzahnung zu unterstützen. Wir hoffen, damit eine Basis für die gleichberechtigte Kooperation zu schaffen und auch die kommunalen Bildungspartnerschaften zu unterstützen.

Wertvolle kulturelle Jugendarbeit wird auch in unseren Vereinen geleistet. Wir haben das schon mehrfach gehört. Dabei dürfen wir die traditionellen Heimat- und Trachtenverbände nicht unterschätzen. Die CDU-Fraktion misst der Brauchtumpflege einen hohen Stellenwert bei. Tracht, Lied, Mundart und was alles dazugehört sollen in diesem Haushaltsplan mit 500 000 € unterstützt werden. Wir begrüßen das außerordentlich.

Wir freuen uns auch sehr, dass sich im musikalischen Bereich, im Bereich der Laienmusik, ein Dachverband gegründet hat. Auch hier wird wertvolle musikalische Jugendarbeit geleistet. Wir als CDU-Fraktion haben uns entschlossen, zu initiieren, dass dieser Dachverband mit 25 000 € unterstützt wird. Denn es sind 12 000 Ensembles und 1,2 Millionen Musikliebhaber, die sich hier zusammenfinden. Hier wird wertvolle Nachwuchsarbeit geleistet.

Uns gefällt besonders gut, dass für das nächste Jahr ein Symposium „Musik von Anfang an“ ins Auge gefasst wird. Wir haben uns nämlich ausdrücklich auf die Fahnen geschrieben, dass wir Musik schon im frühen Kindesalter fördern wollen, weil wir auch feststellen müssen, dass es in den Familien nicht mehr so den Anreiz dazu gibt, wie wir das vielleicht aus der Vergangenheit noch kennen.

Einen weiteren ganz wichtigen Bereich der kulturellen Arbeit sehe ich persönlich im Amateurtheater. Die CDU-Fraktion will nicht nur Profis unterstützen, sondern es ist uns ganz wichtig, sozusagen an der Basis das Interesse für Theater zu schüren und anzuregen. Es ist wirklich beeindruckend, was hier auch mit viel ehrenamtlichem Engagement im ganzen Land geleistet wird. Es sind 600 Bühnen, die fast 9 500 Aufführungen im Jahr anbieten. Ich glaube, das ist eine gute Art, um Zugang zum Theater zu finden und dann später vielleicht auch einmal ein anderes Theater zu betreten. Deswegen ist es uns wichtig, diese Theater zu fördern und dadurch Lust auf Theater insgesamt zu wecken.

Das Problem bei diesen Bühnen sind die Investitionen. Wir haben uns darum bemüht, dort aufstocken zu können. Denn auch Amateur Bühnen kommen nicht ohne Licht, ohne Ton und ohne Technik aus. Ich glaube, es ist auch im Sinne der Jugendlichen, dass wir diese Amateurtheater fördern. Ich darf Sie sehr herzlich bitten, das auch zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Queitsch.

**Abg. Margot Queitsch** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte einige Anmerkungen unter Bezugnahme auf die Anhörung zum Landessportplan machen, die wir im Dezember durchgeführt haben und bei der doch einige kritische Punkte angesprochen worden sind.

Frau Brunnemer, Sie haben vorhin den Solidarpakt angesprochen.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Ja!)

Es gibt jedes Mal wieder eine Vermischung mit den eigentlich zutreffenden Zahlen. Letztendlich hat der Sport originär eine Verfügungsmasse von 43 Millionen €. Alle anderen Mittel, die darüber hinausgehen, sind bereits festgelegt. Das heißt, der Sport hat gar keine Möglichkeit, darauf einzuwirken. Deswegen war es den Vertretern des Sports auch ganz wichtig, darauf hinzuweisen, dass jetzt, wenn die Verhandlungen über eine Neuauflage des Solidarpakts mit dem Sport beginnen, entsprechend aufgestockt werden muss und dass dabei nicht nur der Inflationsausgleich angerechnet werden darf. Vielmehr geht es darum, dass wir dem Sport wirklich mehr Mittel zur Verfügung stellen, damit er eine Planungssicherheit hat, die diesen Namen auch verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein wesentlicher Punkt der Kritik waren – das Problem haben wir auch schon des Öfteren angesprochen – die fehlenden Landesmittel für die Integration. Wir alle wissen, dass in Sportvereinen jede Menge Integrationsarbeit geleistet wird, und zwar nicht nur in Fußballvereinen, sondern eigentlich querbeet. Da werden auch immer mehr Ansprüche an die Sportvereine gestellt, und es kommt immer mehr Arbeit auf sie zu. Dass gleichzeitig keine Landesmittel im Haushalt dafür aufgeführt sind, halten wir schlichtweg für einen Skandal. Es geht nicht an, dass man die Bedeutung der Integration in Sonntagsreden immer betont und im Sport dann nur Bundes-

(Margot Queitsch)

mittel dafür verwendet. Da muss dringend nachgebessert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dafür braucht er keinen eigenen Haushaltstitel!)

Das muss vor allem auch in den Gesprächen mit dem Landessportverband über die Fortschreibung des Solidarpakts dringend mit aufgegriffen werden. Denn wir wissen, dass Vereine sehr viele gute Konzepte in den Schubladen haben, die sie nur nicht umsetzen können, weil ihnen dazu die finanziellen Mittel fehlen. Deswegen ist mein Appell, das mit aufzunehmen.

Ein weiterer Punkt – Frau Brunner, Sie hatten das schon angesprochen – ist natürlich der Sportstättenbau. Da haben wir sowohl im kommunalen Sportstättenbau als auch im Vereinssportstättenbau einen enormen Nachholbedarf.

(Abg. Elke Brunner CDU: Das habe ich ja gesagt!)

– Das sage ich ja. Ich gebe Ihnen da ja ausnahmsweise einmal recht. Das darf ich auch einmal betonen.

Wir wissen, dass es da eine enorme Liste von Anträgen aus den Vereinen und aus den Kommunen gibt. Ich will einmal eine Zahl aufgreifen, damit deutlich wird, worüber wir eigentlich sprechen: Beim kommunalen Sportstättenbau liegen 258 Anträge mit einem Volumen von 52,6 Millionen € vor. Es gibt 91 bewilligte Anträge über insgesamt rund 12,5 Millionen €.

Meine Damen und Herren, es geht gar nicht darum, dass überall neue Sporthallen gebaut werden sollen. Aber viele unserer Sporthallen sind einfach in die Jahre gekommen. Das heißt, sie sind nicht mehr in einem Topzustand. Wir selbst kommen in die Jahre, aber auch die Sportstätten kommen in die Jahre.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Sie müssen dringend auch energetisch neu überarbeitet werden. Dazu ist das Geld dringend erforderlich. Ich hoffe auch, dass da über das Konjunkturprogramm einige Mittel herüberkommen.

Ein weiterer Punkt, der von uns immer wieder angesprochen wird, der auch bei der Anhörung eine wesentliche Rolle spielte: Wir legen sehr großen Wert auf das Sportland Baden-Württemberg, die „Bewegte Grundschule“ und all die Programme, die wir haben. Aber auf eines wird nie richtig geachtet; das wird immer wieder übersehen, wahrscheinlich sogar mutwillig übersehen: der Sportunterricht an den Grundschulen.

Wir haben nach wie vor die Misere, dass gerade an den Grundschulen der Sportunterricht von fachfremden Lehrern erteilt wird. Jetzt will ich bei den fachfremden Lehrern nicht verkennen, dass sie auch einiges vom Sport verstehen und sich sehr viel Mühe geben. Aber wenn wir der Auffassung sind, dass unsere Kinder – weil sie unter Bewegungsarmut leiden, oder weil sie immer dicker werden – Bewegung dringend brauchen, dann reicht es nicht aus, an der Grundschule ein paar Bewegungsübungen mit ihnen zu machen, sondern dann brauchen wir dazu ausgebildete Sportlehrer, und zwar, wie gesagt, gerade in der Grundschule.

Denn nur ein Sportlehrer kann erkennen, warum ein Kind gerade nicht mitmacht. Nur er kennt Antworten auf Fragen wie „Wie kann ich das Kind motivieren?“ oder „Wie bringe ich es fertig, dass das Kind mutiger wird?“ Ein Kind wird mutiger, wenn es weiß, dass da ein Sportlehrer ist, der es auffangen kann und der weiterhilft. Deswegen brauchen wir ganz dringend mehr ausgebildete Sportlehrer an den Grundschulen.

Herr Minister Rau, wenn Sie gerade auf der Suche nach Lehrern sind, dann erweitern Sie doch Ihr Programm und suchen Sie gleich auch nach guten Sportlehrern. Das wäre dringend notwendig.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

– Bitte?

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Stille! Irritation!)

Was die Grundschulen anbelangt, gehört dazu noch etwas anderes – ich habe es hier schon öfter gesagt. An den Schulen fehlt Schwimmunterricht, und zwar schon an den Grundschulen. Jedes Jahr im Sommer kommen Meldungen von tödlichen Badeunfällen; gleichzeitig fällt der Schwimmunterricht aus, denn es sind keine Sportlehrer da. Ich kann jede Lehrerin verstehen – –

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Es sind keine Schwimmhallen da! Das ist das Problem! – Gegenruf des Abg. Peter Hofelich SPD: Wir wissen es!)

– In einem, Frau Berroth, sind Sie, die Landesregierung und die beiden Regierungsfractionen ja Weltmeister: beim Schwarzer-Peter-Spiel. Sie beherrschen es perfekt, jedes Mal jemand anderen verantwortlich zu machen, wenn Sie nicht weiterwissen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich habe niemanden verantwortlich gemacht!)

Es geht nicht nur darum, dass keine Hallen da sind. Hallen gibt es zum großen Teil ja noch, aber ausgebildete Lehrer fehlen. Ich kann verstehen, wenn eine Grundschullehrerin sagt: „Ohne Fachkenntnisse gebe ich keinen Schwimmunterricht“, weil das Risiko einfach zu groß ist. Infolgedessen sind Sportlehrer dringend notwendig.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Können Sie sagen, woher das Geld kommen soll?)

Jetzt haben wir mit Begeisterung festgestellt, dass die Landesregierung bzw. die beiden Regierungsfractionen doch noch lernfähig sind. Das erstaunt manchmal wirklich.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sie kennen uns doch! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Bei den Fanprojekten haben Sie sich doch bewegt, wenn auch langsam und mühsam.

(Zuruf: Der Fortschritt ist eine Schnecke!)

Im April 2007 hatten wir unseren Antrag eingebracht. Jetzt haben Sie gesehen, dass es doch wichtig ist, dort etwas zu tun. Ich würde mir einfach wünschen – –

(Margot Queitsch)

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir haben darüber doch schon im Schulausschuss gesprochen! – Gegenruf der Abg. Elke Brunnemer CDU: Genau!)

– Ja. Aber im Jahr 2007 wurde unser Antrag abgelehnt. Mittlerweile haben Sie festgestellt, dass wir doch recht haben. Ich würde mir wünschen, dass Sie sich in Zukunft etwas schneller bewegen und unseren Anträgen gleich zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Elke Brunnemer CDU: Aber doch nicht im laufenden Haushalt!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Neuenhaus.

**Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Eine gute Opposition regiert mit.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Was meine ich damit? Ich meine Folgendes: Als wir zu der Veranstaltung „Fans im Abseits – keine Kohle für Fanprojekte in Baden-Württemberg“ eingeladen haben, war der Stand wie folgt – ich zitiere aus dem Sachbericht „Fanprojekte 2009“ der Koordinationsstelle Fanprojekte, der einen Tag vor unserer Veranstaltung erschien –:

(Abg. Volker Schebesta CDU: Hase und Igel! Wir waren schon da! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

*Damit verweigert sich nur noch Baden-Württemberg als einziges Bundesland der Finanzierung von Fanprojekten.*

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aha! – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Jetzt kommt es heraus!)

Am Tag unserer Veranstaltung flankierte die CDU dies mit einer Pressemitteilung, wonach unserem Antrag auf Bezuschussung von Fanprojekten gefolgt werden sollte.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Hase und Igel! Wir waren schon da!)

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist ein typisches Abstauertor.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Tor ist Tor! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Hauptsache Tor!)

Die blitzsaubere Flanke dazu haben ja wohl wir, die Grünen, geschlagen. Aber, liebe Kollegen, Hauptsache, der Ball ist drin,

(Beifall bei den Grünen)

und die Fanprojekte hierzulande bekommen endlich die Unterstützung, die sie dringend brauchen. Denn auch Baden-Württemberg ist bezüglich der Problematik gewaltbereiter Fans keine Insel der Glückseligen. Erst am letzten Samstag meldete die dpa nach dem Spiel des VfB Stuttgart, dass in Düsseldorf 18 sogenannte Problemfans von der Polizei verhaftet worden sind.

Wir wollen jetzt nicht länger darauf herumreiten, dass Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, seit 1993 Zeit hatten, diesen notwendigen Schritt der Unterstützung von Fanarbeit zu machen. Damals startete bereits das Nationale Konzept Sport und Sicherheit.

Dass die CDU in ihrer Pressemitteilung aber verlauten ließ, 180 000 € für Fanprojekte in Mannheim und Karlsruhe zur Verfügung zu stellen, lässt allerdings darauf schließen, dass sie sich mit dem Inhalt und dem Sinn dieser Fanprojekte nicht ernsthaft befasst hat. Denn Mannheim und Karlsruhe haben selbstverständlich schon Fanprojekte. Es wird sie auch weiterhin geben. Bislang sind sie nur von der Kommune finanziert,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist doch gut!)

natürlich ohne Komplementärförderung durch das Land.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Bisher waren auch noch keine Anträge da!)

Diese Projekte werden auch sicher aufrechterhalten, weil wir davon ausgehen können, dass in Mannheim und Karlsruhe die Wichtigkeit dieser Arbeit schon unterstrichen wurde.

Neben diesen beiden Städten kommen in Baden-Württemberg aber weitere Städte hierfür in Betracht, die auch schon Anmeldungen übermittelt haben und wo zum Teil bereits Konzepte vorliegen. Hier erwähnen wir Stuttgart und Ulm; wir haben Freiburg, Reutlingen und jetzt auch noch Hoffenheim.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Göppingen!)

– Reutlingen, Herr Kluck.

(Zuruf: Reutlingen!)

– Genau. Das ist richtig.

(Zuruf: Hoffenheim! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Komm! Der hätte von Fanprojekten keine Ahnung, wer „Reutlingen“ ruft! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Dass unser Ländle jetzt so erfolgreich und hochklassig kickt, freut uns natürlich alle. Aber daraus erwächst auch die Verantwortung, für geordnete Rahmenbedingungen zu sorgen.

Seitens des Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit ist eine Drittfinanzierung vorgesehen. Wir haben in diesem Haushalt 180 000 € eingestellt; der Sport stellt, egal für welche Liga, 60 000 € zur Verfügung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das langt schon für drei!)

Das heißt, jetzt sind wir für dieses Jahr bei 180 000 €. Gehen wir jetzt von sieben Kommunen als potenziellen Standorten für Fanprojekte aus, müssten wir beim nächsten Haushalt weiter darüber reden; dann wären wir nämlich bei 420 000 €, die das Land für ein tragfähiges Konzept mindestens zur Verfügung stellen müsste.

Für dieses Jahr werden die Anträge sicherlich noch nicht alle vorliegen. Wir werden mit dem Betrag dieses Jahr hinkom-

(Ilka Neuenhaus)

men. Deshalb freuen wir uns, dass wir das jetzt zumindest in den Haushalt eingestellt haben. Denn für Polizei, Vereine und Ordnungsdienste sind die Fanprojekte aus der Fanarbeit nicht mehr wegzudenken. Dabei kümmern sich Sozialarbeiter und Fanbetreuer kontinuierlich um die Fans. Diese Arbeit ist eine Präventionsarbeit; das heißt, hier sollen Jugendliche im Vorfeld eingebunden und davon abgehalten werden, im Rahmen der Fanszene in irgendwelche Problemgruppen abzugleiten.

Wichtig ist bei der Errichtung der Projekte auch, dass die organisatorische Unabhängigkeit von anderen Stellen gewährleistet ist und dass der Wert anderer Beteiligter z. B. von den Vereinen und von der Polizei sowie den kommunalen Behörden anerkannt wird. Denn dort sitzen die Profis. Deshalb, meine Damen und Herren, halten wir es auch für richtig, dass die Koordination der Aufgaben durch einen anerkannten Träger der Jugendhilfe einer Kommune oder durch einen eigenen Trägerverein durchgeführt wird.

Das, meine Damen und Herren, muss sich natürlich auch im Haushalt widerspiegeln. Schon jetzt haben wir bei unseren Rücksprachen mit den Vertretern des Sports die Bedenken gehört, diese Summe könnte einfach dem Sport zugeschlagen werden. Es muss also auch haushalterisch zum Ausdruck kommen, dass das ein Teil der Jugendhilfe ist.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Peter Hofelich SPD)

Meine Redezeit ist gleich abgelaufen. Ich möchte eines noch kurz anregen: Damit Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, auch künftig von unserer guten Oppositionsarbeit profitieren können,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje!)

wäre es doch sicher nicht verkehrt, uns bei den Gesprächen zur Weiterentwicklung des Solidarpakts Sport einzubeziehen. Wer dann die Tore schießt, ist ja zweitrangig, oder?

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann an meinen letzten Beitrag hier anschließen, in dem es um Kultur und Theater ging. Natürlich sind auch wir froh, dass es gelungen ist, den Amateurtheatern zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, und die Brauchtumpflege, Frau Kollegin Kurtz, „isch mir als langjährigem Mitglied vom Verei fer schwäbische Dialekt natürlich au bsonders wichtich“.

Um die Protokollierung nicht zu erschweren, setze ich meine Ausführungen jetzt allerdings auf Hochdeutsch fort.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Können Sie das denn?)

Wir brauchen beim Sport diesmal glücklicherweise keine große Debatte, weil der Solidarpakt ja noch weiterläuft. Wir stimmen aber mit allen überein, die sagen, wir müssten frühzeitig über die Fortschreibung beraten, damit es einen nahtlosen Anschluss gibt.

Unser Dank gilt allen Ehren- und Hauptamtlichen im Sport. Wir wissen besonders die Integrationsfunktion des Sports zu schätzen. Ob es dafür jetzt eines Extratitels im Haushalt bedarf, muss man sich allerdings fragen. Viele dieser Integrationsfunktionen werden bereits mit den bisherigen Sportmitteln abgedeckt, und ich glaube, das kann man so fortführen.

Zum Ehrenamt gehören jedoch nicht nur die Übungsleiter, sondern z. B. auch die Jugendbegleiter, die Schülermentoren und alle, die sich weit über ihr Deputat hinaus, etwa für „Jugend trainiert für Olympia“, engagieren. Wir wissen dies zu schätzen und zu würdigen.

Zum Sportstättenprogramm wurde das Wichtige schon gesagt. Da werden sich Chancen aufgrund des Investitionsprogramms ergeben. Die Kommunen bekommen Pauschalen in sehr großem Umfang und werden hieraus auch die Sanierung von Sportstätten durchführen können, sodass wir den dort bestehenden Stau ein Stück weit abbauen können.

Was aus unserer Sicht auf den Prüfstand gestellt werden muss, ist die Organisation im Leistungssport und in dessen Vorfeld. Ich habe den Eindruck, dass so manches nebeneinander passiert und anderes dafür ausbleibt. Wir sind deshalb gespannt auf die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage, die demnächst eintreffen müsste.

Frau Kollegin Queitsch, beim Thema Schwimmen stimme ich Ihnen absolut zu. Es war nur eine Anmerkung, dass es nicht nur an Lehrern, sondern mehr und mehr auch an Schwimmhallen fehlt, weil die leider sehr, sehr teuer sind.

(Zuruf der Abg. Margot Queitsch SPD)

Wir haben das ebenfalls seit vielen Jahren beklagt. Wenn es da eine Lösung gibt, sind wir jederzeit an Ihrer Seite.

Ein großes Anliegen aber noch zum Schluss, und zwar bezüglich der Neuordnung der Ausbildung der Grundschullehrer. Es ist außerordentlich wichtig, dass dabei der musikalische Bereich eine größere Rolle spielen soll. Das hatten wir bei der letzten Novellierung vergessen. Ich sage das ganz ehrlich. Zumindest ich habe es zu spät gemerkt. Es darf aber auf keinen Fall passieren, dass man jetzt zwar Musik hineinnimmt, aber dafür den Sport herausfallen lässt. Aus unserer Sicht muss unabhängig davon, dass wir im Grundschulbereich auch mehr Fachlehrer brauchen – keine Frage –, jede Grundschullehrerin und jeder Grundschullehrer eine Basisausbildung für alters- und schulgemäße sportliche Betätigung erhalten.

Da geht unsere dringende Bitte an das Kultusministerium, dies bei der Neukonzeption der Grundschullehrerausbildung zu berücksichtigen. Es ist wichtiger denn je, dass gerade in der Grundschule Sport nicht nur in zwei oder drei Unterrichtsstunden in der Woche stattfindet, sondern dass er auch in den Unterricht integriert wird. Das geht nur, wenn die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer eine gewisse Kenntnis haben, wie man es richtig macht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Rau.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung arbeitet an einer zielgerichteten Modernisierung unseres Bildungswesens – nicht von heute auf morgen, aber für heute und morgen. Der Haushalt, den wir heute beraten, markiert einen wichtigen Zwischenstand. Mit ihm wird die Qualitätsoffensive Bildung, die wir vor wenigen Monaten vorgestellt haben, in die Umsetzung gebracht. Wir haben dazu gestern in der Allgemeinen Aussprache Zahlen gehört. Ich will nur Herrn Schmiedel bitten, wenn er hier schon Zahlen nennt, dann die richtigen zu nennen. Es sind 50 Millionen €, die in diesem Jahr aus der Qualitätsoffensive Bildung im Haushalt enthalten sind, und es sind 50 Millionen € – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Sie an anderer Stelle wieder einkassieren!)

– Das stimmt überhaupt nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich!)

Ihr Redner hat heute schon zugestanden, dass das frisches Geld ist.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Anteil am Haushalt sinkt doch! Wo ist denn da mehr drin?)

– Herr Schmiedel, jetzt sind Sie wieder zum Schreien gekommen. Das wird dadurch nicht besser. Ich erzähle Ihnen, wie die Fakten sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wahrheit und Klarheit!  
– Abg. Peter Hofelich SPD: Wer austellt, muss auch einstecken können!)

Es sind 50 Millionen €, Sie haben von 30 Millionen € gesprochen. Und es sind 50 Millionen €, die sich auf ein Drittel des Jahres beziehen, weil das neue Schuljahr am 1. September beginnt. Wenn Sie das auf ein Jahr umrechnen, sehen Sie, welchen Wert die Mittel haben, die wir dort zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In den vergangenen Jahren ist an unseren Schulen vieles auf den Weg gebracht worden. Jede einzelne Schule hat mit dem Bildungsplan 2004 die umfassende Verantwortung für ihre Entwicklung übertragen bekommen. Schauen Sie sich die Beispiele aus der Praxis in unserer aktuellen Broschüre an.

(Der Redner hält eine Broschüre mit dem Titel „Schulentwicklungskonzepte in Baden-Württemberg – Gelungene Praxisbeispiele“ hoch.)

Liebe Frau Kollegin Arnold, das würde ich auch Ihnen zur Lektüre empfehlen, wenn Sie wissen wollen, was sich an den Schulen an Entwicklungsprojekten alles tut. Das ist sehr spannend. Sie finden Belege für eine große Gestaltungskraft in unseren Schulen,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Szenen einer Ehe! – Heiterkeit)

ob es um die qualitative Entwicklung des Unterrichts, die Profilbildung, die Leistungsmessung, die Netzwerkbildung geht.

An unseren Schulen weht der Wind des Wandels. Wer anderes behauptet, tut all den Schulen Unrecht, die viel Energie in solche Prozesse stecken und die dabei von uns massiv unterstützt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Natürlich geht es nicht überall gleich schnell und gleich intensiv. Deshalb ist es wichtig, dass gestärkte Eigenverantwortung auf Erfahrungsaustausch gründet. In diesem Zusammenhang spielt das Projekt Bildungsregion eine wirklich entscheidende Rolle. Wir haben gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung drei Jahre lang in Freiburg und im Landkreis Ravensburg dieses Modell erprobt, und wir haben uns in der Qualitätsoffensive Bildung dafür entschieden, Bildungsregionen im ganzen Land, in allen Stadt- und Landkreisen schaffen zu wollen, und zwar in einer Partnerschaft zwischen Kommunen, Land, Bildungseinrichtungen und gesellschaftlichen Kräften. „Das Projekt baut Brücken für bessere Bildung“, wie Jörg Dräger von der Bertelsmann Stiftung bei unserem Kongress im November in Freiburg gesagt hat.

Ziel ist es, dass alle Kinder und Jugendlichen den bestmöglichen Bildungserfolg erreichen können. Der Weg dorthin führt über die Vernetzung von Schulen, Schulträgern, Wirtschaft und anderen Akteuren, die gemeinsam Verantwortung übernehmen. Verantwortlich sein, nicht nur zuständig, das ist der Schlüssel zum Erfolg. Alle Stadt- und Landkreise können Bildungsregionen organisieren. Wir beteiligen uns daran über Personal oder Mittel und durch die Mitwirkung der Schulverwaltung in den Gremien. Damit stellen wir erneut unseren ernsthaften Willen unter Beweis, mit den Schulträgern gemeinsam Verantwortung zu tragen.

Mehr Gestaltungsspielräume vor Ort, das geht notwendigerweise einher mit der Verantwortung für die Transparenz schulischer Arbeit und für die Rechenschaftslegung über das eigene Handeln. Seit Beginn des Schuljahrs ist auch die Fremdevaluation verbindlich. Die bisherigen Erfahrungen sind ermutigend. Sowohl die Evaluationsteams als auch die besuchten Schulen berichten darüber positiv.

Die Qualitätsoffensive Bildung bringt die Schulentwicklung in vier Bereichen entscheidend voran: bei der Unterrichtsqualität, bei der Stärkung der eigenständigen Schule, bei der Personalentwicklung und bei der Weiterentwicklung der Hauptschulen zu Werkrealschulen. Während andere Länder noch auf die demografische Rendite im Bildungswesen warten, finanzieren wir sie vor und binden uns damit bis weit ins nächste Jahrzehnt hinein. Diese 530 Millionen € bis 2012 haben Folgewirkungen. – Das Thema „2013“ lässt sich damit aufklären, dass es das Schuljahr 2012/2013 ist, in das es hineinläuft. Ich glaube, das ist kein wirklicher Streitpunkt.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Wir haben es schon geklärt! Herr Noll hat recht! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Ausnahmsweise!)

Der finanziell dickste Brocken der Qualitätsoffensive Bildung ist die Senkung des Klassenteilers. Hierfür werden in den Jahren 2009 bis 2012 schrittweise rund 2 900 Lehrerstellen neu geschaffen. Wir geben damit den Lehrkräften die Möglichkeit, besser auf jedes einzelne Kind einzugehen und noch stärker individuell zu fördern.

(Minister Helmut Rau)

Wir haben uns im letzten Sommer dafür entschieden, das in diesem Jahr auf den Weg zu bringen. Damit war klar: Wir würden keinen Vorlauf über sechs oder acht Jahre haben, um in der Lehrerbildung das Potenzial dafür auch wirklich bereitstellen zu können. Deswegen ist es völlig normal, dass wir einen sich immer weiter entwickelnden bundesdeutschen Arbeitsmarkt im Bildungsbereich nutzen und die Stellen, die wir über unsere Seminare nicht besetzen können, bundesweit ausschreiben und dafür werben, dass Lehrerinnen und Lehrer aus Ländern, in denen sie keine Stelle finden, zu uns kommen. Kollege Schebesta hat vorhin gesagt: In Thüringen werden in diesem Jahr etwa 100 neue Lehrkräfte in allen Schularten eingestellt, bei uns sind es 5 500 neue Lehrkräfte, die wir auch wegen der Qualitätsoffensive Bildung in diesem Jahr einstellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, auf den Anfang kommt es an. Darüber herrscht hier im Parlament Konsens, und das ist gut so. Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Daher tun wir mit der Qualitätsoffensive auch etwas für den Kindergartenbereich. Wir finanzieren im Haushalt die bedarfsorientierte Sprachstandsdiagnose, und wir haben dafür Sorge getragen, dass die Landesstiftung Baden-Württemberg, die über langjährige Erfahrung im Bereich der Sprachförderung verfügt, diese Erfahrung nutzt, um den flächendeckenden Ausbau voranzutreiben. Das ist keine Hilfskonstruktion, sondern hier werden Kompetenzen genutzt, und es wird finanziert durch Geld, das dem Land gehört. Die Landesstiftung gehört dem Land Baden-Württemberg und sonst niemandem. Deshalb ist das eine ganz vernünftige Finanzierung, die hierfür gefunden wurde.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Stiftung gehört überhaupt niemandem! Sonst wäre es keine Stiftung!)

Zum anderen erweitern wir die Kapazitäten der öffentlichen und privaten Schulen zur Erzieherinnenausbildung. 140 Lehrstellen werden dort neu ausgebracht, um den Ausbildungsbedarf für die kommenden Jahre befriedigen zu können – nicht zu vergessen die anderen Vorhaben im Bereich der frühen Bildung, die Umsetzung des Orientierungsplans in allen Kindergärten mit der bisher landesweit größten Fortbildungsanstrengung, die es im Bildungsbereich je gab, und mit einem, wie ich finde, guten Personalschlüssel.

Die Bertelsmann Stiftung hat in einem bundesweiten Vergleich festgestellt, dass die Personalausstattung an unseren Kindergärten bundesweit spitze ist.

Wir haben mit dem Bildungshaus für Drei- bis Zehnjährige ein Konzept auf den Weg gebracht, das immer attraktiver wird. Wir sehen vor Ort in den Modellen, was geleistet werden kann, wenn zwei Bildungseinrichtungen sich auf gemeinsame Konzepte verständigen. Was mich am meisten verblüfft ist, dass mittlerweile eine ganze Reihe von Standorten, die nicht im Modell sind, sagen: „Das finden wir so interessant, dass wir einfach auch einmal damit anfangen.“

Wir stärken die Eigenständigkeit der Schulen zusätzlich, indem wir ihnen ermöglichen, einen Teil ihrer Stellen in Mittel umzuwandeln. Eine Schulleitung kann dafür z. B. Pädago-

gische Assistenten an ihre Schule holen. Wie gut dies dem Unterricht tut, hören wir immer wieder aus den Erfahrungen, die die Hauptschulen bei uns im Land mit über 500 Pädagogischen Assistenten machen können.

Wenn Schulen zunehmend eigenständiger werden, dann hat dies auch Auswirkungen auf die Lehrkräfte und die Schulleitungen. Es reicht nicht, den Schulleitern einfach nur die Aufgaben zu übertragen. Wir müssen ihnen dafür auch die Zeit geben und sie für diese Aufgaben qualifizieren. Wir erhöhen deshalb mit den Mitteln der Qualitätsoffensive Bildung die Leitungszeit der Schulleiter um rund 20 %. Das ist eine absolut einmalige Geschichte in allen 16 Ländern in Deutschland. Die Kollegen in der Kultusministerkonferenz haben mich ziemlich verblüfft angeschaut,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Nicht zum ersten Mal! – Gegenruf des Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Uns verblüfft er schon länger!)

als ich sagte, dass ein solcher Beschluss hier getragen wird. Es ist für mich eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass die Eigenständigkeit der Schulen auch wirklich greifen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Weil die Schulleitungen maßgeblichen Einfluss darauf haben, ob Schule gelingt und wie sie sich entwickelt, will ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Schulleiterinnen und Schulleitern in unserem Land für ihre Arbeit bedanken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Auch bei denen in Oberschwaben? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Minister, das ist gern geschehen! – Vereinzelt Heiterkeit)

Ich habe insbesondere –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, ja! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bei den Oberschwaben auch? – Gegenrufe von der CDU: Ja!)

– Ich bedanke mich bei allen Schulleiterinnen und Schulleitern für ihre Arbeit als Schulleiter; so habe ich es gesagt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Für die Arbeit, nicht fürs Maulen! – Gegenruf von der CDU: Bravo! So ist es!)

Wir haben zusätzlich ein Personalentwicklungskonzept erstellt, zu dem auch Auswahl- und Vorbereitungsseminare für Führungspersonal gehören. Es ist ganz wichtig, dass wir künftige Führungskräfte früher erkennen, dass wir ihnen eine Begleitung durch ihre Berufsbiografie geben, damit sie, wenn sie in die Führungsaufgabe kommen, auch angemessen darauf vorbereitet sind. Dem dient dieses Personalentwicklungskonzept.

Zur Werkrealschule habe ich vor einigen Wochen hier an dieser Stelle bereits die Eckpunkte vorgestellt und diese inzwischen auch dem Kabinett vorgelegt. Deshalb nur in aller Kürze: Es wird ein sechsjähriger Bildungsgang mit zwei Abschlüssen sein. Es wird verschiedene Profile, eine starke Be-

(Minister Helmut Rau)

rufsorientierung und viel individuelle Förderung geben. Wir wollen im übernächsten Schuljahr damit beginnen. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Ich merke an den Diskussionen mit den Vertretern der Kommunen im Land, dass wir gute Chancen haben, mit diesem Konzept einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg zu leisten.

Auch wenn die Bildungsausgaben den Löwenanteil an unserem Etat wie an dem des Landes überhaupt ausmachen, so sind sie doch nicht alles. Deswegen will ich die Gelegenheit nutzen und ein paar Worte zum Sport sagen, der hier in der Debatte ja auch eine wichtige Rolle gespielt hat.

Der Sport ist seit jeher ein Schwerpunkt der Landespolitik. Im Rahmen des Solidarpakts Sport wurden wiederum rund 65 Millionen € für die Belange des Sports veranschlagt. Dieser Solidarpakt hat sich gut bewährt. Der Sport hatte Planungssicherheit.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Alle Beteiligten haben ein großes Interesse daran, auch über 2010 hinaus in einer ähnlichen Systematik zusammenzuarbeiten. Wir haben dazu bereits die Gespräche mit der Sportselbstverwaltung aufgenommen. Ich bin optimistisch, dass es einen weiteren Solidarpakt Sport geben kann.

Darüber hinaus sind noch einmal fast 15 Millionen € für Zwecke des Sports im Landeshaushalt veranschlagt, sodass wir insgesamt auf Ausgaben von rund 80 Millionen € kommen.

Der Sport nimmt eine wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft wahr. Im Sportverein lernen junge Menschen Teamgeist und Fair Play. Sie lernen, dass es nicht immer nur Siege geben kann, sondern dass auch Verlieren zum Leben gehört. Und sie tun etwas für sich und ihre Gesundheit.

Nicht zuletzt schafft der Sport auch Verständigung über kulturelle Grenzen hinweg. Er ist für die Integrationsaufgaben in unserer Gesellschaft unersetzlich. Ich möchte mich deshalb beim Landessportverband, bei den Sportbünden und bei den Fachverbänden ausdrücklich für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Das ist eine gute Basis dafür, dass die Auswirkungen dieser Politik auch wirklich in den Vereinen, in der Breite, an der Basis ankommen können. Ich danke – ebenso wie die Sprecherinnen und Sprecher vorher – denen, die ehrenamtlich in den Vereinen unseres Landes eine ganz wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

*Die alten Antworten sind mit neuen Fragen konfrontiert, auf die sie immer weniger passen.*

Das hat unser Bundestagspräsident Lammert einmal in einem Buch zur Modernisierung des deutschen Bildungssystems mit dem Titel „Königswege und Trampelpfade“ geschrieben. Das gilt auch für die gerade im Zusammenhang mit dem Sport angesprochene, aber weit darüber hinausreichende Integrationsaufgabe. Ja, Frau Kollegin Rastätter, ich habe in der Tat dazu einige Aussagen gemacht, und ich glaube, dass wir hier einen Schwerpunkt setzen müssen.

Es ist eine breite Diskussion in Gang gekommen, die sich mit der Frage der Zukunftschancen von Kindern aus bildungsfernen Familien, wie sie gern beschönigend genannt werden, befasst. Direkter ist die Formulierung einiger Autoren, die dazu mittlerweile wichtige Beiträge geschrieben haben, wie etwa Inge Kloepfer, aber auch andere, die sich wissenschaftlich, unter gesellschaftspolitischen Aspekten, unter Aspekten der Soziologie damit befasst haben. Sie fragen nach den Perspektiven einer sich erweiternden Unterschicht in Deutschland.

Darin eingebunden ist die Frage des Bildungserfolgs der Migranten bei uns. Es geht um Anstrengungen, die weit über die Schule hinausreichen müssen, die gesellschaftliche Kräfte aktivieren müssen, um unsere auf Ausgleich bedachte Gesellschaftsordnung zusammenzuhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Kinder mit Migrationshintergrund sind nicht weniger begabt als andere, und wir müssen ihnen helfen, das Beste aus ihren Begabungen zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir sollten daher Kinder und Jugendliche, die sich bisher noch am unteren Ende des Leistungsspektrums bewegen, nicht als Last begreifen, sondern als eine Begabungsreserve, die wir um dieser Kinder willen und für unsere Gesellschaft erschließen sollten.

Besonders wichtig für eine gelingende Integration ist die Verwurzelung in der eigenen Kultur, und zwar für beide: für die Alteingesessenen und für die neu Hinzugekommenen. Die einen müssen sich darüber im Klaren sein, was sie zu geben haben, und die anderen, was sie nicht aufgeben wollen. Deshalb halte ich kulturelle Bildung für so wichtig an unseren Schulen. Ernst-Wolfgang Böckenförde hat es so ausgedrückt: „Integration setzt ein Lebenkönnen aus den eigenen Wurzeln voraus.“ Der islamische Religionsunterricht etwa ist so ein Stück Kultur. Aber auch jeder Lehrer mit Migrationshintergrund steht mit seiner Geschichte für interkulturelle Kompetenz und gelebte Integration.

Allerdings ist auch klar, dass diese Förderung nicht allein in der Schule erfolgen kann. Die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund entsteht nicht in der Schule, sondern in der Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es muss daher auch eine gesamtgesellschaftliche Initiative sein, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu fördern.

Gestern Nachmittag war ich zu einem Meinungsaustausch mit türkischen Lehrkräften im Türkischen Generalkonsulat. Es ging u. a. um die Frage, wie wir mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund für den Lehrerberuf gewinnen können und wie wir auch die Eltern für die Bildungswege ihrer Kinder interessieren können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist entscheidend! Die Eltern müssen wir gewinnen!)

(Minister Helmut Rau)

Die Eltern spielen die zentrale Rolle, wenn es um die Aufstiegschancen der Kinder geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Genau!)

Deshalb können schulische Bemühungen ohne die Einbeziehung der Eltern nicht fruchten. Ich bin verschiedenen Elternorganisationen dankbar, die es auf deutscher Seite wie auf der Seite der Migranten gibt, die sich um die Verbesserung dieser Zusammenarbeit intensiv kümmern. Ich bin sehr froh, dass in diesem Haushalt für die Elternstiftung Baden-Württemberg, die darauf einen eindeutigen Schwerpunkt in ihrer Arbeit setzt, eine verlässliche Förderung vorgesehen werden konnte und dass wir das heute sicher mit beschließen werden. Ich denke, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, werden wir gute Fortschritte machen. Wir dürfen die Schulen damit nicht alleine lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ein gutes Bildungssystem ist kostbar, ein schlechtes ist teuer.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Kostbarkeiten wollen gepflegt sein. Mit diesem Haushalt tragen wir dazu bei, unser Bildungswesen weiter zu modernisieren, für neue Herausforderungen bereit zu machen und somit seinen Wert nicht nur zu erhalten, sondern ihn noch zu steigern. Weniger darf uns die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen auch nicht wert sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Halt! – Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP meldet sich zu Wort.)

– Frau Abg. Dr. Arnold, entschuldigen Sie. Bitte sehr, Sie haben noch zwei Minuten und 58 Sekunden Redezeit.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie hat auch ein Büchle dabei! Das ist ja toll! Wieder für Herrn Rau!)

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir noch zwei, drei nachdenkliche Schlusssätze zur Bildungsoffensive.

(Unruhe)

500 Millionen € sind eine große Summe; damit ist auch eine große Verantwortung, die wir haben, verbunden. Wir müssen uns fragen, was wir mit diesem Geld langfristig erreichen wollen. Die Schlüsselbegriffe haben wir in der Bildungsoffensive formuliert. Diese Schlüsselbegriffe lauten „Stärkung der selbstverantwortlichen Schule“ sowie „Verbesserung des Unterrichts und der individuellen Förderung“. Aber diese Begriffe auf dem Papier müssen wir über die materiellen Rahmenbe-

dingungen hinaus auch mit Leben füllen, mit schulischem Leben. Das heißt, Geld ist in der Tat nicht alles.

Wenn wir den Begriff „Selbstverantwortliche Schule“ ernst nehmen, dann müssen sich auch der Arbeitsauftrag und das Arbeitsethos der Schulverwaltung verändern – weg von einer hoheitlich regulierenden, anordnenden Behörde hin zu einem dialogbereiten Partner für alle am Schulleben Beteiligten, so, wie das im Rahmen der Bildungsregionen bereits realisiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der zweite Kernbegriff lautet „Verbesserung des Unterrichts und individuelle Förderung“. Dies können wir nur erreichen, wenn wir unsere Schulkultur insgesamt weiterentwickeln. Der Lehrer darf nicht mehr – ich überspitze jetzt etwas – der alles wissende „Dompteur“ sein, sondern er muss sich im Grunde weiterentwickeln zu einem Lernpartner, zu einem Lernbegleiter, der die Schüler zu eigenverantwortlichem Lernen ermuntert, sie unterstützt und dabei begleitet.

(Unruhe)

Wenn man sie lässt und wenn dies in einem guten, einem positiven Umfeld stattfindet, dann wollen Kinder doch nur eines: lernen, lernen und noch einmal lernen. Das müssen wir ausnutzen, und wir müssen ihnen dabei helfen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dazu brauchen wir, Herr Röhm, eine Weiterentwicklung der Erzieherinnenausbildung und der Lehrerausbildung. Sie müssen weitere Kompetenzen bekommen, was die Diagnosefähigkeit anbelangt, was die Fähigkeit anbelangt, Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern und natürlich auch – wie es Frau Berroth schon angesprochen hat – Kompetenzen im ganzheitlichen Sinne sowie musische und Bewegungskompetenzen weiterzugeben. Das gehört für uns zu einer ganzheitlichen Bildung dazu.

Ich komme zum Schluss, letzter Satz. Wir machen keine Unterschiede. So umfassend und gut wie die anderen Lehrerausbildungen, so umfassend und gut muss auch die Grundschul- Lehrerausbildung und die Erzieherinnenausbildung sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Minister, ich habe das in einem bilateralen Gespräch schon einmal angedeutet.

(Zuruf von der SPD: Bilaterales Gespräch!)

Ich habe auch ein Buch für Sie dabei. Ich freue mich sehr –

(Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Zurufe: Ah! – Abg. Volker Schebesta CDU: Weihnachten ist doch schon vorbei!)

– Weihnachten ist schon vorbei. Wir tauschen jetzt die Schriftstücke aus.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich habe auch ein Buch dabei. Ich bin sehr froh – das haben Sie in Ihrer Rede mit viel Nachdruck zum Ausdruck gebracht –

(Dr. Birgit Arnold)

dass der Migrationsbereich jetzt in den Mittelpunkt unserer Bemühungen gestellt wird.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Um das zu unterstützen, habe ich ein Buch von Necla Kelek mitgebracht, dessen Lektüre ich dringend empfehle:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wie lautet das Buch?)

„Die verlorenen Söhne“. Das sollten Sie alle einmal lesen, meine Damen und Herren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Keine Zeit für so etwas! – Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP überreicht Minister Helmut Rau ein Buch. – Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe – Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist eine peinliche Nummer, was Sie da machen!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, wir kommen nun in der zweiten – –

(Unruhe)

– Möchte noch jemand Geschenke austauschen?

(Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: Ich hätte gern noch eines!)

Dann können wir zur **A b s t i m u n g** kommen. In der Zweiten Beratung kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3604. Die Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0401

Ministerium

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0402

Allgemeine Bewilligungen

Vorab lasse ich über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3904-1, abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3904-2, auf. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe nun den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3904-3, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0402 – Allgemeine Bewilligungen – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0403

Obere Schulaufsichtsbehörden

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0404

Staatliche Schulämter

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0405

Grund- und Hauptschulen

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0408

Sonderschulen, Staatliche Sonderschulen und Staatliche Heimsonderschulen

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0410

Realschulen

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0416

Gymnasien und Staatliche Aufbaugymnasien mit Heim

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3904-4, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0420 abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0428

Staatliche Berufliche Schule Villingen-Schwenningen und Furtwangen

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

Hierzu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3904-8, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3904-5, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3904-9, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3904-6, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0436 – Allgemeine Schulangelegenheiten – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

te ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0437

Qualitätsoffensive Bildung

Sie stimmen dem Kapitel zu.

Kann ich die Kapitel 0440 bis 0445 zusammen aufrufen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Bis 0442!)

– Gut. Wer

Kapitel 0440 bis Kapitel 0442

zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diese drei Kapitel sind einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0445

Staatliche Seminare für Didaktik und Lehrerbildung sowie Pädagogische Fachseminare

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0448

Zentrale Lehrerfortbildung und Akademie Schloss Rotenfels

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0453

Weiterbildung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3904-7. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 0453 – Weiterbildung – abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 0460

Sportförderung

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch abzustimmen über die Abschnitte II und III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3604.

Ich komme zunächst zur Abstimmung über Abschnitt II der Beschlussempfehlung. Hierbei handelt es sich um ein Ersuchen an die Landesregierung. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Abschnitt II ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe den Abschnitt III der Beschlussempfehlung auf. Wer dem Abschnitt III zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Abschnitt III ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Einzelplans 04 ist damit abgeschlossen.

Ich schlage vor, jetzt in die Mittagspause bis 15:00 Uhr einzutreten.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:27 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:01 Uhr)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Buchstabe d** der Tagesordnung auf:

#### **Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3607**

**Berichterstatterin: Abg. Veronika Netzhammer**

**Berichterstatter für die Bereiche Wohnungswesen, Wohngeld, Denkmalpflege sowie Städtebau: Abg. Dr. Frank Mentrup**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 07 – Wirtschaftsministerium – eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler das Wort.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Bei gutem Wetter und leichter Brise kann jeder ein Schiff steuern. Aber bei rauer See, wenn Sturm aufkommt und die Wellen auf das Deck schlagen, braucht man einen guten Steuermann, der das Ruder fest in den Händen hält.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Jetzt wird es aber episch!)

Stürme ziehen auf, sie flauen auch wieder ab. In der Wirtschaft ist das nicht anders. Mitte letzten Jahres verlangsamte sich die Drehzahl unseres Wirtschaftsmotors. Jetzt bricht die weltweite Nachfrage massiv ein. Das Wechselspiel von Finanzkrise und Wirtschaftsabschwung macht die Lage für unsere exportorientierte Wirtschaft besonders gefährlich. Vielleicht steht uns noch ein Orkan bevor.

Unsere Wirtschaft schrumpft. Statistiker sprechen von Minuswachstum: minus 4 % im Vergleich zum Vorjahresquartal. Wir spüren die Auswirkungen: verlängerte Werksferien, Kurzarbeit, Firmenpleiten – letzte Woche Märklin, jetzt Schiesser –, sinkende Aktienkurse, drohende Entlassungen und steigende Arbeitslosenzahlen. Selbst Optimisten räumen ein: Unsere baden-württembergischen Unternehmen haben ein schwieriges Jahr vor sich. Keine leichte Aufgabe für die Wirtschaftspolitik des Landes.

Das Wirtschaftsministerium legt einen Haushaltsentwurf mit einem Volumen von 633 Millionen € vor. Mit diesem Treibstoff betanken wir unseren Wirtschaftsmotor. Mit den Konjunkturprogrammen von Bund und Land erhält unser Motor einen Turbolader. Der Turbolader kann die Leistung des Motors erhöhen, sie aber nur dann steigern, wenn er auch die nötige Drehzahl erreicht. Für diese Drehzahl sorgen wir.

Mit 633 Millionen € lässt sich eine globale Rezession nicht aufhalten. Das wäre falscher Ehrgeiz. Es geht darum, unser Schiff durch alle Wellenberge zu steuern. Es geht darum, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu bewahren, ihre Innovationskraft zu steigern, die finanziellen Rahmenbedingungen zu verbessern, Arbeitsplätze zu erhalten und für Fachkräfte und Investoren attraktiv zu bleiben. Danach richten sich die Schwerpunkte des Haushaltsentwurfs, und daran muss er sich auch messen lassen.

Im Jakobusbrief steht:

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Oi!)

„Nehmt Versuchungen an und widersteht ihnen.“ Bei den Neuverschuldungen haben wir das geschafft. Das ist auch richtig. Staatsschulden brächten unserem Land nur kurzlebige konjunkturelle Scheinblüten. Schulden beschränken langfristig unsere Handlungsfähigkeit, weil wir auf Kosten der nächsten Generation leben.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Um 36 Millionen € ist der Haushalt gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Das liegt zum einen an der neuen bundesgesetzlichen Wohngeldreform, die den Planansatz für Wohngeld auf 163 Millionen € steigen lässt. Zum anderen geben wir zusätzlich 11 Millionen € für unsere Innovationsoffensive aus.

(Dr. Reinhard Löffler)

In Baden-Württemberg fließen jährlich 4,2 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung; das ist deutlich mehr als im Bund und mehr als das Doppelte des Durchschnitts aller europäischen Staaten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Im amerikanischen Konjunkturprogramm ist die Förderung der Automobil- und Umwelttechnologie ein Schwerpunkt. Auch das wird zur Herausforderung für unsere Schlüsselindustrie auf dem Weltmarkt. Ich halte es daher für unverzichtbar, unsere wirtschaftsnahe Forschung weiter zu stärken. Wir müssen Technologietransfer und Innovationskraft unserer Unternehmen zu einem Markenzeichen machen. Die Ausgaben in Höhe von 11 Millionen € für die Fraunhofer-Gesellschaft und die landeseigenen Institute der Innovationsallianz sind deshalb gut angelegtes Geld.

Bei den Patentanmeldungen gilt es, unsere Spitzenposition zu halten. Innovative Unternehmen sind wettbewerbsfähiger. Das gilt für Produktinnovationen, für neue Fertigungsverfahren und für Prozessoptimierungen. Die daraus entstehenden Beschäftigungsimpulse sind besonders nachhaltig.

Wir stärken mit Haushaltsmitteln unseren Mittelstand und sorgen dafür, dass Märkte im Ausland erschlossen werden. Jeder dritte Arbeitsplatz bei uns ist unmittelbar oder mittelbar vom Export abhängig. Das spüren wir gerade jetzt. Eine Außenwirtschaftsförderung, die Absatzmärkte öffnen kann und die auf Wertschöpfungsmöglichkeiten aus und in Baden-Württemberg aufmerksam macht und dadurch Handels- und Kooperationskontakte ermöglicht, bringt mehr als nur Pluspunkte.

Mit unserer bw-i sind wir bestens aufgestellt. Die veranschlagten 3 Millionen € werden Früchte tragen. Diese Anstrengungen sind auch nötig, damit unsere Wirtschaft wachsen kann.

Zudem haben wir die Chance, auf zwei Jahre befristet das Vergaberecht zu öffnen.

(Abg. Fritz Buschle SPD: Ja!)

Diese Chance werden wir nutzen.

(Oh-Rufe von der SPD)

Wichtig wäre mir, das elektronische Vergabeverfahren zu verbessern. Was der Bund bei „Vergabe 24“ macht, ist nicht benutzerfreundlich.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich habe einen Selbstversuch gemacht.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das kann schiefgehen! – Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das System ist nicht idiotensicher.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das haben Sie herausgekriegt? – Heiterkeit)

Wir müssen das im Land besser machen.

Unser Mittelstand beklagt sich über bürokratische Vorschriften – zu Recht. Wenn ein Unternehmen den Moloch der Zollformulare mit externer Hilfe bedienen muss, grenzt das schon fast an ein Handelshemmnis. Das muss nicht sein. Die Qualität eines Parlaments zeigt sich auch an der Anzahl der abgeschnittenen Bürokratiezöpfe. Der Staat muss mehr zum Dienstleister werden; das ist die beste Wirtschaftsförderung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Fritz Buschle SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Stagniert die Wirtschaft, muss die Politik den Menschen helfen, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen. Die Existenzgründerphase ist erfahrungsgemäß schwierig. Manche gute Geschäftsidee droht ohne qualifizierte Beratung zu versanden. 2,7 Millionen € wenden wir für diese Beratung auf und decken damit auch den Beratungsbedarf für Unternehmensnachfolge ab.

Für das 2009 beginnende vierjährige Förderprogramm stehen aus dem Europäischen Sozialfonds 87 Millionen € sowie die Kofinanzierungsmittel des Landes zur Verfügung. Diese Mittel fließen in die berufliche Bildung und in die Existenzgründung und schaffen auf diese Weise Impulse auf dem Arbeitsmarkt.

Unsere Industrie braucht Fachkräfte. Wer sich weiterbilden will, soll das auch tun. Für die berufliche Bildung stehen ESF-Mittel, 8,3 Millionen € Landesmittel und für Meister-BAföG 20,5 Millionen € bereit.

Wir erhöhen den Zuschuss für überbetriebliche Bildungszentren um 1 Million €. Zusammen mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7,3 Millionen € steigern wir Anzahl und Qualität der Ausbildungsstellen. Wir haben mit diesen Bildungszentren gute Erfahrungen gemacht.

Die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ werden wir im bisherigen Umfang weiterführen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Mit der Umsetzung der neuen EFRE-Förderperiode können Infrastrukturvorhaben, Investitionen von Forschungsinstituten, regionale Cluster, aber auch Modellvorhaben für erneuerbare Energien unterstützt werden. Diese EU-Gelder gehören haushaltstechnisch zum MLR; für die Förderperiode stehen dem Wirtschaftsministerium aber 65 Millionen € zur Verfügung.

Die Förderung erneuerbarer Energien wollen wir weiter vortreiben. Wir setzen dafür 4 Millionen € ein; das sind 1,3 Millionen € mehr als im Vorjahr. Darüber hinaus stehen im Einzelplan 12 weitere Mittel aus dem europäischen Fonds für Energieprojekte zur Verfügung. Die Chance werden wir nutzen und unsere Ziele im Energiekonzept 2020 konsequent verfolgen.

Urlaub im eigenen Land, im Schwarzwald, auf der Schwäbischen Alb oder am Bodensee,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Jawohl! – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

(Dr. Reinhard Löffler)

ist ein weiterer Wachstumsfaktor mit konstanten jährlichen Zuwachsraten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Diese Branche beschäftigte zuletzt 200 000 Menschen. Die Tourismusarbeit der TMBW war erfolgreich; das muss bei all den negativen Berichten auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

42 Millionen Übernachtungen verzeichnete unser Genießerland im Jahr 2008. Wir werden weiter am Ball bleiben. Ich denke dabei an das Potenzial unserer Bäderlandschaften. Die Infrastruktur gilt es auszubauen. Mit 9,5 Millionen € fördern wir den Tourismus, weitere 5 Millionen € stehen im Rahmen des Impulsprogramms im Einzelplan 12 zur Verfügung. Damit bleiben wir auf Erfolgskurs.

Unsere Unternehmen brauchen heute die Kredite für die Investitionen von morgen. Basel II und die Finanzkrise erschweren die Mittelbeschaffung. Es ist richtig, den Bürgschaftsrahmen um 350 Millionen € zu erweitern, und es ist auch richtig, die Darlehensprogramme von L-Bank und Bürgschaftsbank zu verbessern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Auch wenn das Ausfallrisiko steigt: Das Land muss eine offensive Bürgschaftspolitik wagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das Gespenst Kreditklemme darf bei uns nicht umgehen.

Wir verdanken der sozialen Marktwirtschaft Wohlstand und Freiheit. Es ist und bleibt das erfolgreichste Wirtschaftsmodell. Ein funktionierendes Finanzsystem ist dabei genauso unverzichtbar wie ein wehrhafter Rechtsstaat. Die wachsende Intervention des Staates in das Finanzsystem, die Übernahme von und die Beteiligung an Banken betrachte ich mit Sorge. Welche Ironie, wenn die Finanzkrise das erreichen würde, was der Sozialismus bei uns nicht geschafft hat: die Verstaatlichung von Banken.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Durch individuelle Fehlleistungen im Finanzmarkt und durch Defizite der Aufsichtsbehörden entstand eine gesamtwirtschaftliche Bedrohung. Die Spirale von Gewinnstreben und Risiko hat sich bis zur Verantwortungslosigkeit und zur Unmoral überlastet. Die Ursache der Überlastung liegt aber nicht am System, sondern im System. Daher: Hände weg von einer Sozialisierung und hin zu einem neuen Ordnungsrahmen! Staatskapitalismus ist ein Virus, ein HIV für die soziale Marktwirtschaft und schwächt die wirtschaftliche Dynamik.

Darunter hätte auch die Wohnungswirtschaft zu leiden. Mit einem Fördervolumen von 99 Millionen € legen wir ein Landeswohnraumförderprogramm für 2 400 Wohneinheiten auf. Neu ist die Einführung einer allgemeinen Mietraumförderung mit einem Bewilligungsvolumen von 25 Millionen €. Bedarf

sehen wir in den Großstädten und Hochschulstandorten des Landes, weil sich ab 2012 mit dem doppelten Abiturjahrgang viel mehr Studierwillige an unseren Hochschulen bewerben. Die Mietraumförderung wird gezielt die örtlichen Mietwohnungsmärkte entlasten.

Mit dem Förderprogramm bringen wir innovative und ökologische Investitionen auf den Weg. Der demografische Wandel erfordert zukunftsfähige Wohnformen. Wir verstetigen die Städtebauförderung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Land und Kommunen auf hohem Niveau und vernetzen Wohn- und Städtebau. 207 Millionen € geben wir für die Städtebauförderung aus – deutlich mehr als noch vor einem Jahr. Wir wünschen uns, dass insbesondere junge Familien eine Chance bekommen, Eigentum zu bilden. Alternativ zum zinsverbilligten Darlehen verbessert eine direkte Zuschussgewährung die Kreditwürdigkeit. Diese Wahlmöglichkeit wollen wir einräumen.

Das Förderprogramm ist ausgewogen. Die SPD will das Doppelte, weil sie meint, jeder Euro aus Landesmitteln mobilisiere das Achtfache an Investitionen. Aber das ist nur eine Hypothese und kein volkswirtschaftlicher Lehrsatz.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das ist x-mal nachgewiesen! – Zurufe von der SPD)

– Aber der ist nicht der Dalai Lama des Wohnbaus.

(Heiterkeit)

Vielleicht verrät uns die SPD, warum sie im Land mehr staatliche Förderung für den Wohnbau will, aber in den Kommunalparlamenten zusammen mit den Grünen bei der Ausweitung von Baugebieten auf die Bremse tritt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja Blödsinn! Quatsch!)

Wohnungsbaupolitik aus einem Guss stelle ich mir anders vor.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Durch was belegen Sie diese Aussage? – Abg. Thomas Knapp SPD: Welche Kommunalparlamente? – Unruhe)

– Stuttgart. – Der Wohnungsmarkt ist sensibel und schwankungsanfällig. Dass der Markt schwierig ist, sehen Sie daran, dass sich private Investoren aus dem Mietwohnungsbau zurückziehen und die Aufgabe dem Staat zuschieben. Nicht noch mehr Geld in Förderprogramme stecken, sondern im Bund die leidige Bauabzugsteuer abschaffen und Vermieterrechte so gestalten, dass sich mit privaten Investitionen in den Mietwohnungsbau eine vernünftige Rendite erzielen lässt!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Richtig! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! Jawohl!)

Jede Haushaltskonsolidierung fordert irgendwo ihren Tribut. Es ist unangenehm, den Rotstift anzusetzen, aber unerlässlich. Auch mit 16,9 Millionen € lassen sich die Aufgaben der Denkmalförderung noch bewältigen.

(Dr. Reinhard Löffler)

Meine Damen und Herren, die Wirtschaftspolitik des Landes ist auf Kurs gebracht. Wir konzentrieren unsere Kräfte auf das Wesentliche und haben einige Instrumente noch zielgenauer justiert. Ich danke dem Wirtschaftsminister. Er hat die feste Hand, die ein Steuermann braucht, um einem Sturm zu trotzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Unruhe bei der SPD und den Grünen)

Auf die Mannschaft kann er sich verlassen, auf den Kapitän sowieso. Baden-Württemberg war vor der Finanzkrise die wirtschaftsstärkste Region in Europa, sie wird es auch nach der Krise sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo für die Fraktion der SPD.

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Problem des Wirtschaftshaushalts erkennt jeder, der ihn sich unbefangen ansieht, mit einem Blick. Es handelt sich um einen „Krämermarkt“ von Zuwendungen und Zuteilungen mit immer größeren, vor allem Hunderten von kleineren und kleinsten Zuschusstöpfchen, und damit erschöpft er sich fast vollständig.

(Beifall bei der SPD)

Der Wirtschaftshaushalt gleicht einem löchrigen Gefäß, aus dem zahllose Fontänen, Rinnsale und Tröpfchen dringen:

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Kongresse und Faltblätter, um der Logistikwirtschaft die Bedeutung der Logistik nahezubringen; Familienbetriebe, die Unternehmensnachfolger suchen oder den Fachkräftemangel spüren, werden mit viel Aufwand über den demografischen Wandel unterrichtet. Der Nebeneffekt: Das Ministerium und der Minister zeigen flächendeckende Präsenz auf allen selbst aufgeschlagenen Kleinbühnen im Land.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Z. B. in Nagold!)

Ein Beispiel: Örtliche Leistungsschauen werden mit 90 000 € bedacht. Es dürfte rund 200 örtliche Leistungsschauen im Land geben, lokale Events, mit Engagement organisiert, Verbraucherausstellungen, Tage der offenen Tür, Innungsmessen, oft mit verkaufsoffenen Sonntagen, natürlich mit Geschäftszielen. Bisher hat niemand dafür Zuschüsse gebraucht und vermisst. Jeder kann jetzt im Durchschnitt 450 € bekommen. Wie schön, das kann man mitnehmen!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Dafür wird es nicht eine Leistungsschau mehr im Land geben. Doch das Ministerium erkaufte sich damit Dankesworte bei der Eröffnung.

(Heiterkeit bei der SPD)

90 000 € – es ist ja viel teurer. Jetzt sollen Anträge geschrieben werden. Im Ausschuss meinte ein Kollege der Liberalen-Fraktion, mit dem Geld könne man ja auch Lehrgänge anbieten, um das Schreiben von Zuschussanträgen zu üben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das war vielleicht selbstironisch gemeint. Dann braucht man Beamte, die die Anträge prüfen, gegebenenfalls zurückschicken und nachbessern lassen, ungeeignete aussondern, das Geld anweisen, kontrollieren, dass es nicht in falsche Kanäle kommt, und am Schluss noch die Verwendungsnachweise überprüfen und archivieren müssen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Staatsbürokratie ist das!)

Dann schimpfen wir auf die Bürokratie.

Die Regierungsfractionen ahnen das auch dunkel, und was machen sie? Sie stocken die Summe auf gut das Doppelte auf, damit sich die Auszahlungen im Verhältnis zum bürokratischen Aufwand optisch besser darstellen. So, meine Damen und Herren, ernährt die leerlaufende Subventionswirtschaft die Bürokratie und die Bürokratie die Subventionswirtschaft.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die SPD versteht davon etwas!)

Das ist auch eine Art Win-win-Situation, aber nicht für das Land und nicht für den Steuerzahler. Es ist nur eines unter zahllosen Beispielen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sie von der SPD sind da Spezialisten!)

– Verehrter Herr Dr. Wetzel, was einem wirklich wichtigem Zweck dienen soll, ist die Existenzgründerförderung. Das ist wichtig. Wir sind bei Existenzgründungen freilich auf einem hinteren Platz unter den Bundesländern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ihr mit eurer Steuerpolitik macht es wieder kaputt!)

Doch die Förderung kommt offenbar nicht an. Ich zitiere: „So gut wie wirkungslos, reine Mitnahmeeffekte“ – so der Rechnungshof in einer vernichtenden Kritik. Tatsächlich hat sich die Förderung bei uns in den letzten Jahren kein bisschen verbessert. Die Zahl der Existenzgründungen ist sogar weiter zurückgegangen. Irgendetwas stimmt nicht mit diesem Instrument. Der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart fiel das auch schon auf. Vor zwei Jahren forderte sie öffentlich, doch besser alle Subventionen – gerade auch die für die Wirtschaft selbst – zu streichen und das gesparte Geld vollständig in eine bessere Bildung zu investieren.

(Beifall bei der SPD)

Damit, so die Kammer, wäre der Wirtschaft mehr gedient.

So könnte man lange aufzählen und 70 bis 80 Streichungsanträge stellen. Das würde aber wahrscheinlich nicht nur die präsidiale Abstimmungsmaschine lahmlegen,

(Dr. Rainer Prewo)

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Keine Ahnung!)

es würde auch darüber hinwegtäuschen, dass das Thema ein sehr ernstes ist, ein Grundproblem des Wirtschaftshaushalts. Was hat sich der Staat überall einzumischen

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Eine gute Erkenntnis für einen Sozialdemokraten!)

– Herr Kollege Kluck, hören Sie bitte weiter zu –, mit Hunderten vermeintlicher Wohltaten und Geldspritzen? Doch so sieht es eben aus, wenn wir immer mehr FDP und immer weniger Liberalität haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Beispiel PPP – Public Private Partnership. In diesem Geschäft sind alle großen Baukonzerne werblich und akquisitorisch unterwegs, mit Tagungen, Workshops, Beratungen und bunten Broschüren. Inzwischen zeigen Untersuchungen – auch des Bundesrechnungshofs –, dass diese Projekte meistens teurer und riskanter sind als klassische Finanzierungen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist doch Quatsch!)

Mittelstandsfeindlich sind sie sowieso.

(Beifall bei der SPD)

Mögen die Unternehmer weiter werben, aber warum muss das Ministerium dafür Werbung machen, und das mit Steuergeldern? Worin liegt hier eine Staatsaufgabe?

Ihr Haushalt, Herr Minister, dieses löchrige Gefäß, ist nicht einmal eine Gießkanne. Mit dieser könnte man nämlich wenigstens einen gezielten Strahl erzeugen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dafür hat man die Mittel für den Denkmalschutz beinahe geplündert, sodass fast nichts mehr übrig blieb. Gerade er hat den größten Wert für unser Land und seine kulturellen Werte, aber er hat nur eine kleine Lobby. Gottlob haben dann einige wenigstens noch die Reißleine halb gezogen; ich erwähne den Kollegen Dr. Noll in diesem Zusammenhang positiv.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Thomas Knapp SPD: In diesem Zusammenhang!)

Gerade jetzt, beim Abgang von Bundeswirtschaftsminister Glos, ist etwas Licht darauf gefallen, wie weit es mit gestaltungsschwachen Wirtschaftsministern kommen kann, aber auch mit Ministerien, die von ordnungspolitischen Kompetenzzentren zu Zuteilungs- und Gefälligkeitsstellen degenerieren. Ludwig Erhard bis Michael Glos – das verdeutlicht den Niedergang der wirtschaftspolitischen Kompetenz der Union.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Clement! Ich sage nur: Clement!)

Eigentlich sollten wir doch echte Wirtschaftspolitik machen, marktwirtschaftliche und marktkonforme Wirtschaftspolitik,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

die den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg anziehend macht, die der Wirtschaft nützt und uns im Standortwettbewerb nach vorn bringt.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Seit über einem Jahrzehnt haben wir eine ausgeprägte Wachstumsschwäche im Land – nicht erst jetzt in der Krise, sondern schon in den letzten zehn, zwölf Jahren.

(Zuruf des Ministers Ernst Pfister – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp SPD: Strohfeuer! – Minister Ernst Pfister: Von welchem Land reden Sie?)

– Herr Minister, Sie kennen doch die Statistiken Ihres Amtes. Baden-Württemberg war lange das stärkste Land in der Wirtschaftsleistung je Einwohner, zumindest unter den Flächenländern.

(Minister Ernst Pfister: Wovon reden Sie?)

Dann hat uns Hessen überholt. Inzwischen hat uns auch Bayern überholt.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Ausgerechnet!)

Unter den acht Flächenländern in Westdeutschland sind wir nur noch auf Platz 3.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Überall da, wo die SPD stark ist!)

– Hessen hat uns überholt, als der Ministerpräsident dort Hans Eichel hieß und die SPD viele Jahre an der Regierung war. Das war die Zeit. Schauen Sie sich einmal die Statistiken an.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war doch schon im vorigen Jahrhundert! – Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist doch ewig her! Sind Sie vom Denkmalschutz?)

– Nein, das war vor gerade zehn Jahren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war schon im vorigen Jahrhundert, sogar im vorigen Jahrtausend! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Dr. Prewo.

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Herr Kollege Rülke, hören Sie vielleicht auch das noch – ich weiß, dass ich Ihnen hier einiges zumute –:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nicht nur mir, Herr Prewo, nicht nur mir!)

Dafür haben wir einen höheren Staatsverbrauch pro Einwohner.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wer ist „wir“? Die SPD?)

Wir nehmen keine wirkliche Aufgabenkritik vor. Seit vielen Jahren müsste das geschehen. Wir entziehen der Volkswirt-

(Dr. Rainer Prewo)

schaft mehr Ressourcen, als Bayern oder Hessen das tun. So ist das.

(Abg. Ingo Rust SPD: Aha! Trotz der FDP!)

Schauen Sie sich die Statistiken an.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Nicht nur im Hinblick auf Existenzgründungen schwächeln wir. Gerade bei den Hightechgründungen sind wir in letzter Zeit zurückgeblieben. Bei den FuE-Mitteln, Herr Kollege Löffler, fallen ausgerechnet die Leistungen des Landes zurück. Von den 4,2 % – Spitzenwert – sind 90 % allein von der Wirtschaft,

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist doch gut!)

und zwischen 0,3 und 0,4 % kommen vom Land; das ist alles.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das wollen Sie doch, weniger Staat! – Minister Ernst Pfister: Gott sei Dank ist es so!)

Ein steigender Teil kommt übrigens vom Bund.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Wollen Sie mehr oder weniger Staat?)

– Das Land muss mehr machen. Das Land ist Träger der Universitäten und der Forschungseinrichtungen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ah so! Jetzt auf einmal!)

– Ja, natürlich. Wir haben hervorragende Unternehmen, aber wir haben eine ziemlich miserable

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: SPD!)

staatliche Wirtschaftspolitik.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Kamerad Prewo!)

Es muss immer die Opposition sein, die die Wahrheiten aufdeckt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Knapp SPD: So ist es auch!)

Unter den berühmten „Vier Motoren“ Europas, den vier dynamischen Regionen Katalonien, Lombardei, Rhône-Alpes und Baden-Württemberg – da waren wir immer Spitze, und die anderen blieben dahinter zurück –, hatten wir in den letzten zehn Jahren die schwächste Entwicklung von allen.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Sie reden das Land schlecht! Das ist ja unglaublich!)

Wir sind sogar überholt worden. So ist es.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Traurig!)

Meine Damen und Herren, aus dieser Krise werden diejenigen Wirtschaftsstandorte am besten herauskommen – das haben Sie auch gesagt –, die neues Wissen schnell in neue Pro-

dukte umsetzen. Für uns heißt das: Wir müssen in Baden-Württemberg Wirtschaft – und zwar Mittelstand – und Forschung näher zusammenbringen. Deshalb haben wir ja seit mehr als zwei Jahren den Innovationsrat. Der Mittelstand ist wissensdurstig;

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Im Gegensatz zur SPD!)

er will sich ja im Wettbewerb behaupten. Wir müssen ihm den Zugang zur vorderen Front der Forschung erleichtern. Die Innovationsgutscheine sind ein gut gemeinter, aber zu schwacher Ansatz dafür. Wir haben den Antrag gestellt, die Hochschulen zu ermuntern und sie auch entsprechend auszustatten, um eigene exzellente Forschungswerkstätten und Forschungsplattformen mit niedriger Zugangsschwelle für den Mittelstand einzurichten. Dabei soll das mittelständische Unternehmen aktiver Forschungspartner sein – breite und kurze Brücken vom innovationshungrigen Mittelstand zu unseren guten und auch hieran interessierten Hochschulen. Baden-Württemberg war früher bei diesen Themen immer Pionier. Da waren wir ja vielfach auch beteiligt.

(Zuruf: Vielfach? Wann war das?)

Erweiterungen der Hochschulen in den Sechzigerjahren, Einführung der Fachhochschulen Anfang der Siebzigerjahre, Einführung der Berufsakademien Ende der Siebzigerjahre, Einführung der Transferzentren in den Achtzigerjahren – aber seither ist nichts Neues auf diesem Gebiet zwischen Mittelstand und Hochschulen bzw. Forschung passiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Gern.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Kollege.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass in Baden-Württemberg pro 100 000 Einwohner die meisten Patente angemeldet werden, dass hier gleichzeitig die meisten Innovationen umgesetzt werden und die Innovationen auch am schnellsten umgesetzt werden? Sind Sie nicht auch mit mir der Meinung, dass das Gejammere, das Sie hier veranstalten, mit dem, was ich gerade gesagt habe, nicht übereinstimmt?

**Abg. Dr. Rainer Prewo** SPD: Ich stütze mich ausschließlich auf die amtlichen statistischen Zahlen des Landes.

Das, was Sie, Herr Bullinger, zu den Patenten sagen, stimmt. Aber inzwischen werden 90 % der Patente nur noch von den sieben größten Unternehmen des Fahrzeugbaus, aber auch von SAP, IBM und HP angemeldet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dann gehen wir einmal miteinander in das „Haus der Wirtschaft“ und gucken uns das an! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist aber so! Da brauchen wir nicht in das „Haus der Wirtschaft“ zu gehen!)

(Dr. Rainer Prewo)

– Nein, das ist so. Der Mittelstand ist hier fast nicht mehr beteiligt.

(Zurufe der Abg. Thomas Knapp und Peter Hofelich SPD)

Bosch, Daimler, ZF hauptsächlich. Ich kenne mich da aus, Herr Kollege.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das merkt man aber nicht!)

Zu den Kernaufgaben des Staates gehört die Infrastruktur. Bei uns ist der Zustand der Straßen besonders schlecht, der der Landesstraßen übrigens der schlechteste. Dieser Teil ressortiert allerdings nicht im Haushalt des Wirtschaftsministeriums,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Richtig!)

und genau darin steckt das nächste Problem. Infrastruktur ist nämlich längst ein Faktor im Standortwettbewerb. Von der Standortpolitik liegt leider nur der bürokratische Teil in der Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums. Es ist oberste Bauaufsichtsbehörde, Genehmigungsbehörde für Sanierungsprogramme, für Landesraumordnung zuständig, hat aber keine eigene Gestaltungsaufgabe für den Wirtschaftsstandort. Die Planung und der Bau von Straßen und Schienen ressortieren beim Innenministerium, für die Breitbandversorgung ist das Landwirtschaftsministerium zuständig.

(Abg. Ingo Rust SPD: Das Landwirtschaftsministerium? Unglaublich!)

Jedes gute Stück Infrastruktur erhöht die Wertschöpfung für alle, die es nutzen. Hat jemand einmal ausgerechnet, was eine Antistaumaßnahme, eine Ortsumfahrung oder moderne Verkehrsinfosysteme an wirtschaftlichen Vorteilen bringen?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Meinen Sie den Redner? – Heiterkeit bei der FDP/DVP)

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Ich kann mich schon durchsetzen. – Zeitgewinn, Sicherheitsgewinn, weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß, Bewahrung von Ortszentren. Das bringt viel mehr, als es kostet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er soll zu Öffnungszeiten von Kindergärten etwas sagen!)

Das gilt erst recht für gezielte Erweiterungen des Schienennetzes, besonders im Regionalverkehr. Schauen wir die Schweizer Nachbarregion an, die unserer Region strukturell und wirtschaftsgeschichtlich ja eigentlich sehr ähnlich ist.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns eigentlich einig sein: Unser Land muss durchstarten, damit es wieder wachstumsstärker wird – nicht nur wegen der jetzigen Krise.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Durchstarten wie die SPD! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Ihre Zwischenrufe werden immer blöder! Richtig doof!)

Das sollte eigentlich die Botschaft für die nächsten zwei Jahre dieser Legislaturperiode sein.

Zu marktkonformem Staatshandeln gehört natürlich der Wohnungsbau. Er bedarf überall staatlicher Impulse. Bei uns tut man am wenigsten dafür. Wenn wir Fachkräfte ins Land holen wollen, mobile Menschen, die dann eine Familie gründen, brauchen wir mehr Wohnungen, vor allem dort, wo diese Menschen hinwollen, in die wirtschaftsstarken Städte und in die Hochschulstädte. Diese Menschen suchen Mietwohnungen. Später bauen sie dann vielleicht auch selbst, aber zuerst sind sie mobil. Wir wollen sie jedoch in dieser Phase anscheinend nicht haben. Der Wanderungssaldo ist jetzt auch negativ geworden. An deutschen Zuwanderern kommen jährlich noch 17 000 nach Baden-Württemberg, aber 27 000 wandern aus Baden-Württemberg ab. Die Zahlen sind steigend.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sozialismus wollen Sie haben! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das tut weh!)

Auch hier machen andere Länder – gerade die erfolgreichen Länder – mehr. Bayern z. B. macht erheblich mehr und stockt jetzt noch einmal auf. Wir haben dazu Anträge gestellt und gute Finanzierungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Bei der Energiepolitik wissen alle: Erneuerbare Energien sind die Zukunft.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Sie propagieren, die alten Atommeiler länger laufen zu lassen. Das wollen natürlich die Stromkonzerne,

(Abg. Paul Nemeth CDU: Haben Sie etwas gegen Alte?)

besonders unserer. Wir haben den Landesanteil an der EnBW an den französischen, atomverhafteten Staatskonzern EDF verkauft, und jetzt haben wir bei der EnBW nichts mehr zu sagen. Das war eine der größten strategischen Fehlentscheidungen! Das werden wir noch erkennen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Falsch sind in diesem Zusammenhang auch alle Addierungen: Atomstrom plus erneuerbare Energien. Denn der Atomstrom verdrängt die erneuerbaren Energien.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn sie nicht da sind, kann man sie nicht verdrängen! Man muss sie erst schaffen!)

Wer investiert in solche Anlagen, wenn die Großen mit Atomstrom den Markt langfristig beherrschen? Dabei ist das Problem der Endlagerung heute so wenig gelöst wie eh und je.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Da ist doch Herr Gabriel schuld!)

Schon das ständige Rütteln am Atomausstieg lähmt die Investitionen, hemmt natürlich Investitionen.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Sind Sie gegen den Energiemix?)

(Dr. Rainer Prewo)

Meine Damen und Herren, Infrastruktur und Ordnungspolitik sind Wirtschaftspolitik. Dazu gehört mehr Freiheit für die Kommunen bei Vergaben. Willkommen im Boot, dass Sie das jetzt auch so sehen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wir waren schon vorher im Boot!)

Dazu gehört Aufgabenkritik, dazu gehört Bürokratieabbau. Dazu gehören klare Spielregeln,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Herr Clement war ganz anderer Meinung!)

Tariftreue, übrigens auch Mindestlöhne. Soziale Gerechtigkeit ist ein Wachstumsfaktor.

(Beifall bei der SPD)

Das sind genau die klassischen Staatsaufgaben, und es sind die modernen Staatsaufgaben.

Herr Minister, Ihr neuer bayerischer Kollege verlangte von der CSU: „Als Wirtschaftsminister brauche ich die Zuständigkeit für die Infrastruktur, sonst bin ich als Wirtschaftsminister abgeschnitten von Gestaltung.“

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! – Abg. Ingo Rust SPD: Recht hat er!)

Es bleibt nur die Verteilungskleckerei. So ist es bei uns.

(Abg. Ingo Rust SPD: Recht hat er!)

Wenn Sie es mir nicht glauben, dann glauben Sie vielleicht Ihrem Kollegen Zeil in München. Er ist nämlich Infrastrukturminister geworden.

Unsere ausgehöhlte Wirtschaftspolitik ist in großen Teilen ineffektiv und verschwendet Ressourcen. Der Haushalt ist für die Maßstäbe unseres Landes zu schlecht.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg steht vor einer harten Belastungsprobe. Die Nachfrage ist bereits im letzten Quartal des letzten Jahres massiv eingebrochen, sodass wir für das ganze Jahr 2008 lediglich auf ein Wachstum von 0,7 % kommen. Die Aussichten für das Jahr 2009 sind nicht rosig. Für das erste Quartal wird vom Statistischen Landesamt ein Wachstum von minus 4 % vorausgesagt.

Wir können täglich in der Zeitung lesen, wie der Dominoeffekt – angefangen bei der Automobilindustrie – immer weiter auf andere Branchen übergreift. Wir lesen Nachrichten über Entlassungen und über Insolvenzen – von Märklin über Micro-nas bis hin zu Schiesser. Auch im Konjunkturbericht des Handwerks, der uns dieser Tage zugegangen ist, können wir lesen, dass der Trend für das Handwerk klar nach unten zeigt.

Wir hatten schon bei der gestrigen Debatte häufig die Einlassung, dass im Maschinenbau im vierten Quartal 2008 ein Rückgang an Aufträgen in Höhe von 36 % zu verzeichnen war. Stuttgart gilt mittlerweile als Hauptstadt der Kurzarbeit, weil binnen drei Monaten die Zahl der Kurzarbeiter von 10 000 auf 100 000 angestiegen ist.

Das sind alles dramatische Nachrichten, die wir derzeit hören können. Dennoch hören wir auch zuversichtliche Töne. Viele der Unternehmen sind davon überzeugt, dass sie heute besser aufgestellt sind als bei der letzten Krise. Sie sagen klar, dass sie auch diese Krise, so schwer sie im Moment auch sein mag, gut überstehen werden.

(Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Für uns Grünen ist klar, dass wir aus dieser Krise nur dann gestärkt hervorgehen, wenn wir Ökologie und Ökonomie zusammen denken. Es kann nicht sein, dass weiterhin steigende Energiepreise, sinkende Ressourcenvorkommen und der zunehmende Klimawandel ignoriert werden. Wir müssen in Zukunft ökologisch handeln, um weiterhin ökonomisch erfolgreich zu sein.

Baden-Württemberg hat von der Aufschwungphase der letzten Jahre stärker als andere profitiert. Wir werden aber aufgrund unserer weltweiten Vernetzung, aufgrund der Tatsache, dass die baden-württembergischen Unternehmen Exportweltmeister sind, von dieser weltweiten Krise massiver gebeutelt als andere. Die Frage lautet: Welche Lehren ziehen wir aus dieser Krise, die absehbar war, die aber durch die Finanzmarktkrise natürlich massiv beschleunigt und verstärkt wurde? Es ist ganz klar: Die Botschaft lautet, dass kurzfristiges Denken, das nur auf schnelle und möglichst hohe Renditen zielt, für die es keinerlei Substanz gibt, dass eine solche Politik und ein solches Agieren auf jeden Fall zum Scheitern verurteilt sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn wir aus dieser Krise etwas lernen wollen, dann heißt das: Wir brauchen längerfristiges Denken und Handeln und eine Neuausrichtung der Wirtschaft. Wie ich gerade schon gesagt habe: Knapper werdende Ressourcen, steigende Energiepreise – das wird langfristig so sein, auch wenn es im Moment eine Preisdelle gibt – und der zunehmende Klimawandel müssen in Zukunft zusammen mit Wirtschaft gedacht werden. Der Klimawandel wartet nämlich nicht darauf, wann die Konjunktur gut ist. Wir wissen auch, dass dann, wenn wir nicht handeln, der Klimawandel gigantische volkswirtschaftliche Folgekosten haben wird.

Andererseits bieten sich aber genau in diesem Bereich mit energie- und ressourcensparenden Produkten und Produktionsverfahren und klimafreundlichen Ansätzen weltweit neue Absatzmärkte. Es ist eine wirtschaftliche Chance, die sich hier – gerade für Baden-Württemberg – den innovativen Unternehmen, die wir im Land haben, bietet.

Meine Damen und Herren, der Weg aus der Krise heißt also nicht „Weiter so!“, sondern wir brauchen eine konsequente Neuausrichtung, und zwar hin zu einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft.

(Edith Sitzmann)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn wir heute den Einzelplan des Wirtschaftsministeriums diskutieren, dann sollte man erwarten, dass darin eine Antwort auf die derzeitige Situation zu finden ist. Immerhin hat gestern Ihr Kollege Mappus gesagt, es gebe ein kraftvolles Krisenmanagement der Landesregierung. Wenn wir uns diesen Haushalt des Wirtschaftsministeriums ansehen, dann finden wir von kraftvollem Krisenmanagement oder von neuen Impulsen für eine Neuausrichtung der Wirtschaft leider keine Spur, Herr Minister Pfister.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das war aber lieblos!)

Aber vielleicht müssen wir ja auch schon froh und dankbar sein, wenn wir in Baden-Württemberg nicht das Schicksal des Bundes teilen und der Wirtschaftsminister nicht mitten in der Krise „den Lafontaine macht“ und das Handtuch wirft, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber das reicht uns natürlich nicht.

Wenn es schon im Einzelplan keine Impulse gibt, dann können wir uns fragen: Gibt es denn Impulse bei den Anträgen der Regierungsfractionen? Es ist sicher einiges dabei, was wir gut und richtig finden. Die bessere Ausstattung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten des Handwerks und auch die bessere Ausstattung der Kontaktstellen „Frau und Beruf“ waren längst überfällig. Aber insgesamt sehen wir, dass z. B. Anträge wie die auf Erhöhung der Zuschüsse für Leistungsschauen – Kollege Prewo hat es ausführlich dargestellt – keine neuen Impulse geben, um die wirtschaftliche Krise, in der wir uns derzeit befinden, tatsächlich zu überwinden.

Man sieht es auch, wenn man die Zahlen betrachtet. 633 Millionen € beträgt das Volumen dieses Haushalts. Die Regierungsfractionen haben mit ihren Haushaltsanträgen von dem „Spielgeld“ 2,1 Millionen € ausgegeben. Das nimmt sich doch recht bescheiden aus, wenn wir uns im Vergleich dazu die globale Minderausgabe ansehen. Sie betrug im Jahr 2008 noch 7,3 Millionen €. 2009 hat sich ihr Umfang mit 15,5 Millionen € mehr als verdoppelt.

Herr Minister Pfister, wie wollen Sie bei dem Haushaltsvolumen, das Sie zur Verfügung haben, einen solchen Betrag einsparen? Entweder Sie nehmen den Rasenmäher und kürzen über alles hinweg, oder Sie müssen Förderprogramme vielleicht so gestalten, dass die betreffenden Mittel nicht abgerufen werden, da die Programme zu kompliziert sind oder am Bedarf vorbeigehen. Mit dieser globalen Minderausgabe von 15,5 Millionen € für ein Jahr wird die Handlungsfähigkeit des Wirtschaftsministeriums weiter deutlich eingeschränkt.

Wenn wir jetzt über den Einzelplan 07 abstimmen sollen, dann haben wir natürlich auch das Problem, dass die Mittel für das Konjunkturprogramm, das noch zu beraten und zu verabschieden ist, darin gar nicht enthalten sind. Die Abstimmung ist also mehr oder weniger Makulatur, weil sich noch einiges verändern wird. Damit heißt es für uns Grüne, dass wir mit diesem Haushaltsentwurf alles in allem nicht zufrieden sind.

(Beifall bei den Grünen)

Gestern hat der Ministerpräsident gesagt, dass die Landesregierung beabsichtige, sich nach der Umsetzung des Konjunkturpakets II intensiv mit beruflicher Bildung zu beschäftigen, weil es einen Fachkräftemangel gibt. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Warum beschäftigen Sie sich erst danach damit, und warum beschäftigen Sie sich nicht in diesem Haushalt mit dem Thema Fachkräftemangel? Auch das Wirtschaftsministerium sagt, es sei kein konjunkturelles, sondern ein strukturelles Problem. Insofern lieber früher anfangen als zu spät. Wir haben hier schon seit vielen Jahren Versäumnisse.

Wir haben einen Antrag eingebracht, in dem es um eine Weiterbildungsoffensive für Migrantinnen und Migranten geht. Sie wissen, dass nach Schätzungen ungefähr 500 000 Akademikerinnen und Akademiker ausländischer Herkunft in Deutschland leben, die weit unter ihrer Qualifikation arbeiten, weil ihre Abschlüsse nicht anerkannt werden. Wenn wir sagen, dass wir Potenziale nutzen wollen, die im Land vorhanden sind, wenn wir sagen, dass hoch qualifizierte Arbeitskräfte in Zukunft mehr und mehr gefragt sind, dann ist es doch ganz entscheidend, zu einer erleichterten Anerkennung dieser Abschlüsse zu kommen und durch Anerkennungsqualifizierung Unterstützung zu leisten. Das haben nicht nur wir erkannt, sondern auch die Bundesagentur für Arbeit sagt mittlerweile, dass hier dringender Handlungsbedarf bestehe. Daher fragen wir uns: Warum sperren Sie sich gegen diese Erkenntnis, und warum stimmen Sie unserem Antrag nicht zu, wenn auch Sie gegen den Fachkräftemangel etwas unternehmen wollen?

(Beifall bei den Grünen)

Der zweite Punkt, den ich noch herausgreifen möchte, ist das Thema Innovation. Klar ist, dass wir nur dann gestärkt aus der Krise hervorgehen können, wenn unsere Unternehmen und auch das Handwerk innovativ sind und neue Produkte, neue Verfahren entwerfen, mit denen sie auf dem Markt erfolgreich agieren können.

Jetzt haben wir ein Programm „Innovationsgutscheine“, das Herr Minister Pfister zusammen mit den Regierungsfractionen aufgelegt hat. Dieses Programm kommt gut an, und es kann gerade den 129 000 Handwerksbetrieben im Land helfen, denn sie können nachfrageorientiert zusammen mit Wissenschaft und Forschung ihre Produkte weiterentwickeln. Wenn Sie der Ansicht sind, dass wir mehr Innovation brauchen, dann ist das ein richtiger Schritt, und wir fordern Sie auf, unserem Antrag, die Mittel für die Innovationsgutscheine aufzustocken, zuzustimmen.

(Beifall bei den Grünen)

Schließlich, meine Damen und Herren, ein allerletzter Punkt: das Thema Wohnungsbau. Kollege Löffler hat positiv hervorgehoben, dass es jetzt neu eine Mietwohnraumförderung an Hochschulstandorten gibt. Wir finden es gut, dass es diese Mietwohnraumförderung gibt. Wir haben sie seit Jahr und Tag gefordert, und zwar insbesondere für die Hochschulstandorte.

Problematisch daran ist aber, dass es bis jetzt eine einmalige Aktion ist. Sie ist nämlich aus Resten, also aus nicht abgerufenen Mitteln, zur Verfügung gestellt worden. Deswegen ist für uns ganz entscheidend, dass dieses Programm der Miet-

(Edith Sitzmann)

wohnraumförderung nicht nur 2009 stattfindet, sondern in den Folgejahren fortgesetzt wird. Das wäre entscheidend, um zu erreichen, dass Kontinuität hineinkommt, damit wir dem Wohnungsmangel an Hochschulstandorten und in Groß- und Universitätsstädten wirklich begegnen können.

Zu den energiepolitischen Fragen wird in der zweiten Runde mein Kollege Untersteller reden.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Zum Schluss war es wirklich besser!)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist keine Frage: Die wirtschaftliche Situation ist im Moment dramatisch. Diese Dramatik trifft die baden-württembergische Wirtschaft mit besonderer Härte. Die baden-württembergische Wirtschaft ist stärker als die Wirtschaften anderer Bundesländer

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

von der Automobilindustrie und vom Export abhängig. Deshalb – Frau Kollegin Sitzmann hat das angesprochen – ist für dieses Jahr ein Einbruch in der Größenordnung von 4 % des Bruttoinlandsprodukts, wie wir ihn zuletzt im Jahr 1993 erleben mussten, durchaus zu erwarten.

Allerdings ist auch deutlich: Die baden-württembergische Wirtschaft ist gut aufgestellt. Die baden-württembergische Wirtschaft hat sich in den Krisen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte insgesamt so restrukturiert, dass wir davon ausgehen können, dass wir aus diesem konjunkturellen Tränental relativ rasch wieder herauskommen.

Die Frage, die sich stellt, lautet: Was ist die Aufgabe des Staates? Was ist die Aufgabe des Bundes, und was ist die Aufgabe des Landes, der Landespolitik in Baden-Württemberg, um mit dieser Krise richtig umzugehen?

Frau Sitzmann hat gesagt, das Krisenmanagement sei nicht in Ordnung. Krisenmanagement ist immer schwierig: Auf der einen Seite wollen wir nicht zu sehr ordnungspolitisch in den Wettbewerb eingreifen, um ihn nicht zu verzerren. Auf der anderen Seite können wir die Wirtschaft aber auch nicht allein lassen, insbesondere nicht jene Betriebe – das sind viele Betriebe –, die vom Export abhängen, die Automobilzulieferer sind, die sich – so ähnlich, wie wir das auf dem Finanzmarkt beobachtet haben – aufgrund dieser Spirale nach unten bewegen, weil andere sie mit nach unten reißen, die beispielsweise ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können und ihre Aufträge stornieren.

Da ist es durchaus Aufgabe der Politik, abzuwägen: Wo greifen wir zu stark in den Wettbewerb ein, und wo ist es aber auch richtig und sinnvoll, zu helfen, weil solche Unternehmen dieses schwierige Jahr 2009 sonst nicht überleben könnten?

Deshalb ist es, glaube ich, schon richtig, den Bürgschaftsrahmen deutlich zu erhöhen. Wir wollen ihn auf mehr als das

Dreifache erhöhen, nämlich von 150 Millionen auf 500 Millionen €. Wir haben für Beratungsleistungen für kleine und mittlere Unternehmen mehr als eine halbe Million Euro eingestellt. Wir haben im Wirtschaftsministerium eine Taskforce zur Unternehmensbetreuung eingerichtet. Ich konnte selbst schon beobachten: Die arbeiten rund um die Uhr, bis zum Anschlag. Es sind gute Konzepte, die da erarbeitet werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gute Leute!)

– Das sind gute Leute. Es ist wichtig, das auch einmal deutlich zu sagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich glaube, dass das Land Baden-Württemberg seiner Aufgabe bei der Krisenbewältigung hier durchaus gerecht wird.

Die zweite Frage, die sich stellt, ist: Was machen wir mit den Mitteln des Bundes? Es ist immer die Rede vom Konjunkturprogramm. Mir gefällt dieser Begriff nicht besonders. Ich würde lieber von einem Investitionsprogramm reden.

(Zurufe von der SPD)

Wir wollen ja keine konjunkturellen Strohfeuer entfachen. Wir wollen Investitionen, die rasch wirken, und Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen. Da fehlen uns Liberalen in besonderer Weise die Entlastung der Mittelschicht, die Bekämpfung der kalten Progression und das Ziel, den Leuten mehr in der Tasche zu lassen, um in dieser Krise etwas tun zu können.

Auf der anderen Seite sehen wir in diesem Programm des Bundes aber einen Ansatz für eine ganze Reihe von sinnvollen Infrastrukturprojekten. Deshalb gehen wir auch davon aus, dass wir, wenn dieses Programm kommt, in erheblichem Maße auch innerhalb des Etats des Wirtschaftsministeriums solche Investitionen tätigen können.

Das Volumen des Wirtschaftshaushalts ist gegenüber dem Vorjahr um etwa 5 % auf 633 Millionen € gestiegen. Ich gehe davon aus, dass uns, wenn das Investitionsprogramm des Bundes in der bisher beschlossenen Form kommt, noch einmal deutlich mehr Mittel zur Verfügung stehen, insbesondere in den Bereichen der Städtebauförderung oder des Tourismus. Deshalb glaube ich schon, dass man einen ordnungspolitisch ausgerichteten Haushalt aufstellen kann. Allerdings verstehen wir, Herr Kollege Prewo, Ordnungspolitik sicherlich etwas anders als Sie.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Denn Ihre Definition von Ordnungspolitik war schon ziemlich eigenartig. Ich möchte fast sagen: Wer Herrn Prewo zum Lordsiegelbewahrer der Ordnungspolitik ernennt, kann gleich auch noch den Rattenfänger von Hameln zum Vorsitzenden des Kinderschutzbundes machen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Auf der einen Seite wird PPP angesprochen. PPP wollen Sie nicht haben. Sie machen sogar Vorschläge, Mittel für PPP aus dem Haushalt zu streichen. Offensichtlich ist privates Kapi-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

tal also schlecht. Offensichtlich ist die Zusammenarbeit von öffentlichem und privatem Kapital von Übel. Und das nennen Sie Ordnungspolitik!

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Seit wann ist im Haushalt denn privates Kapital?)

Zur IHK Region Stuttgart erwähnen Sie diesen Brief, den uns Herr Baumann vor zwei Jahren geschrieben hat: „Subventionen weg!“ – und Sie beklatschen das. Wir haben Herrn Baumann damals zurückgeschrieben und gebeten, er solle uns doch einmal sagen, welche Subventionen er streichen wolle.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dazu ist ihm nichts eingefallen!)

Wir haben zur Antwort bekommen: Das sagt er nicht, das muss die Politik selbst wissen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Oh!)

Das sind die richtigen Ordnungspolitiker. Daher glaube ich, dass es ganz gut ist, dass in der vergangenen Woche ein Wechsel auf dem Stuhl des Präsidenten der IHK stattgefunden hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Hinzu kommt, Herr Prewo: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie haben als OB von Nagold ja auch eine gewisse Vergangenheit. Und das nennen Sie Ordnungspolitik! So wurden z. B. die Einzelhändler zwangsverpflichtet, sich an einer Organisation zu beteiligen, für die sie dann Zwangsbeiträge zahlen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Staatsdirigismus! – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Fragen Sie meine Einzelhändler in Nagold! Dafür hat uns der Minister einen Preis verliehen! – Weitere Zurufe)

Diese Form von Einzelhandelsstalinismus bezeichnen Sie als Ordnungspolitik! Da lachen wirklich die Hühner.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Unglaublich! – Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Bei der IHK ist das doch genauso! Das ist auch eine Zwangsmitgliedschaft! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Innovationspolitik des Landes sehen wir z. B. für die wirtschaftsnahen Forschungsinstitute 235 Millionen € in acht Jahren vor. Wenn das Investitionsprogramm des Bundes in dieser Form kommt, sind es schätzungsweise noch einmal knapp 50 Millionen €.

Die Fortführung der Innovationsgutscheine hat Frau Sitzmann gelobt. Es ist ja schön, dass Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, inzwischen sehen, dass diese Innovationsgutscheine wirken. Der Bund und andere Bundesländer informieren sich mittlerweile bei uns, weil sie so etwas ebenfalls einführen wollen.

Die Förderung der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen gehört zu unseren zentralen Themen. Das ist eine ordnungspolitische Bekämpfung der Krise, weil dadurch ein Beitrag dazu geleistet wird, dass sich die Unternehmen für die Zukunft gut aufstellen und – wenn diese Krise vorbei ist – wieder Profite machen. Insofern ist es völlig absurd, uns vorzuwerfen, der Haushalt des Wirtschaftsministeriums habe keine ordnungspolitische Linie.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Dasselbe gilt für die überbetriebliche Ausbildung. Kollege Löffler hat es schon angesprochen: zusätzliche Investitionsförderung in Höhe von 1 Million € für überbetriebliche Bildungszentren. Hinzu kommt eine Erhöhung der Mittel für Personal-, Material-, Energiekosten und dergleichen um 400 000 €. Wir steigern die Ausbildungsbereitschaft nicht nur der Jugendlichen, sondern auch die der Unternehmen. Das sind ordnungspolitische Rezepte, um in Baden-Württemberg der Wirtschaft zu helfen.

Dasselbe gilt für die Kontaktstellen „Frau und Beruf“; Sie haben es auch angesprochen, Herr Kollege Löffler. Zu ergänzen ist, dass wir die Förderung nicht nur auf demselben Niveau halten, sondern auch eine Erweiterung durchgesetzt haben: eine Kontaktstelle in Ulm, für Biberach und den Raum Donau/ Iller, auch mit einer Verpflichtungsermächtigung für das nächste Jahr.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Auch der Tourismus wurde angesprochen. Wir werden auch mithilfe des Impulsprogramms den Tourismushaushalt deutlich ausweiten, weil wir wissen, dass der Tourismus ein zentraler Wirtschaftsfaktor im Land Baden-Württemberg ist. Er wird mit Sicherheit nicht stiefmütterlich behandelt werden.

Angesprochen wurde das EFRE-Programm: 65 Millionen € im Bereich des Wirtschaftsministeriums in der EU-Förderperiode von 2007 bis 2013. Wir haben dieses Programm ganz deutlich so strukturiert, dass es der Wirtschaft und den Kommunen hilft, beispielsweise bei der Clusterbildung oder bei Infrastrukturmaßnahmen in den vier Oberzentren Mannheim, Heilbronn, Pforzheim und Villingen-Schwenningen.

Dort, wo Beschäftigungsprobleme auftreten, z. B. in Pforzheim, wird – gefördert vom Land Baden-Württemberg – ein Kreativkompetenzzentrum entstehen. Dies ist eine Form des Existenzgründungszentrums.

Das sind ordnungspolitische Maßnahmen, um der Wirtschaft gerade auch für die Zukunft zu helfen. Da wird keineswegs nur mit irgendeiner Gießkanne übers Land gegangen.

Kritisiert wurde, dass der Ansatz im Bereich der Denkmalpflege zunächst einmal auf etwa 17 Millionen € abgespeckt wurde. Wir haben diesen Betrag mittlerweile wieder deutlich aufgestockt. Der Haushaltsansatz von knapp 25 Millionen € für die Denkmalpflege lässt sich durchaus auch als Investitionsprogramm verstehen. 5 Millionen € der zusätzlichen Mittel sind Mittel, die künftig eben nicht zurückgeführt werden müssen. Insofern ist es auch völlig falsch, zu behaupten, der Denkmalschutz werde stiefmütterlich behandelt.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Was die Städtebauförderung betrifft, so stieg das Investitionsvolumen hierfür – das wurde ja schon erwähnt – um den Faktor 8. Hier haben wir mit einem Betrag von mehr als 200 Millionen € die Landesprogramme mit den Verpflichtungsermächtigungen, und wir haben auf der anderen Seite die Bundesprogramme. Ich gehe davon aus, dass wir mithilfe des Investitionsprogramms des Bundes – wenn wir es denn umsetzen – in einen Bereich von etwa 250 Millionen € an Landes- und Bundesmitteln kommen, die in Baden-Württemberg investiert werden können – eine viertel Milliarde Euro. Wenn wir dabei den Faktor 8 zugrunde legen, müssen wir sagen: Das ist ein Konjunktur-, ein Investitionsprogramm im Umfang von etwa 2 Milliarden € für das Land Baden-Württemberg, das allein durch Programme, die vom Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg im Land Baden-Württemberg umgesetzt werden, der Wirtschaft in diesem Land zugutekommt.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Vor diesem Hintergrund zu sagen, wir hätten ein „wirkungsloses“ Ministerium, dazu bedarf es schon eines Blicks auf die Realität, wie Sie ihn wahrscheinlich von der Großen Koalition in Berlin übernommen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Das Wohnungswesen insgesamt – auch das wurde angesprochen – umfasst ein Förderungsvolumen von fast 100 Millionen €. Hinzu kommen 10 Millionen € – das war uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auch ein wichtiges Anliegen –, um bei der Eigenheimförderung einen Einstieg in die Direktbezuschussung zu schaffen. Denn wir wollen jungen Familien eine Eigenkapitalhilfe geben, damit sie sich Wohneigentum schaffen können. Wir werden das in den nächsten Jahren fortführen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

aber wir werden das Mietproblem im Land Baden-Württemberg natürlich nicht auf diese Art und Weise lösen können. Denn – Kollege Löffler hat es angesprochen – es gibt im Mietrecht auf Bundesebene ganz andere Blockaden, die es unattraktiv machen, im Land Baden-Württemberg Mietwohnungsbau zu betreiben, insbesondere auch durch Private. Wenn Sie unsere Bundesratsinitiativen in diese Richtung nicht ständig blockieren würden, wären wir da schon einen wesentlichen Schritt weiter.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zur Energiepolitik: Auch hier wurde bereits deutlich gemacht, dass es bei der Förderung der erneuerbaren Energien zu einer Steigerung, einer Ausweitung um rund ein Drittel kommt, was explizit den erneuerbaren Energien zugutekommen wird. Wir bekennen uns da ganz klar und eindeutig zu dem Energiekonzept 2020 der Landesregierung. Wir wollen bis 2020 einen Anteil der erneuerbaren Energien von 20 % erreichen. Wir sind dabei auf gutem Weg; wir sind fast schon weiter, als wir es uns 2006 vorgestellt hatten. Vielleicht übertreffen wir diese Marke auch. Das wäre schön. Denn es besteht absoluter Konsens in diesem Haus, dass wir mit den erneuerbaren Ener-

gien möglichst rasch und möglichst weit vorankommen wollen –

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Stefan Scheffold und Dr. Reinhard Löffler CDU)

allerdings, meine Damen und Herren, auf realistischer Basis. Es ist eben keine realistische Basis, einerseits zu sagen: „Sämtliche Kernkraftwerke müssen bis 2020 oder 2022 vom Netz“, und andererseits gleichzeitig den Klimawandel verhindern zu wollen, indem auch die fossilen Energieträger möglichst weit zurückgedrängt werden.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr wahr!)

Das wird nicht gehen, und da wird auch Sie, meine Damen und Herren, irgendwann die Realität einholen. Bei den Grünen vermute ich das nicht. Die Wahrscheinlichkeit ist auch nicht besonders groß, dass die Grünen in irgendeiner Form der nächsten Bundesregierung angehören. Wenn doch, dann werden sie das sicher verhindern. Denn von den Grünen zu erwarten, dass sie den Ausstieg aus der Kernenergie infrage stellen, wäre ungefähr so, als wenn wir vom amtierenden Papst erwarten würden, dass er das Zölibat infrage stellt. Das erwarten wir also nicht. Aber möglicherweise wird sich bei der SPD ja so langsam ein gewisser Realitätsblick durchsetzen – ganz langsam.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

– Die Hoffnung stirbt zuletzt. – Langsam zeigt sich, dass auch manche Sozialdemokraten über den ideologischen Schatten springen und erkennen, dass die Argumente, beispielsweise auch die von Herrn Gabriel, in dieser Richtung nicht greifen, meine Damen und Herren. Kernargument von Herrn Gabriel ist ja immer, die Endlagerung sei nicht geklärt. Das ist doch reine Volksverdummung, meine Damen und Herren! Denn selbst dann, wenn wir 2022 das letzte Kernkraftwerk vom Netz nehmen, brauchen wir ein Endlager. Herr Gabriel tut doch immer so, als wenn wir kein Endlager brauchten, als wenn sich der Atommüll in Luft auflösen würde, wenn wir 2022 aussteigen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Deshalb brauchen wir das Endlager so oder so, und deshalb ist das Endlagerargument eben kein Argument gegen die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Jörg Döpfer CDU)

Das zweite Argument, das da immer kommt, ist das Argument mit den Terroranschlägen. Das ist auch ein wunderbares Argument. Es lautet, die Kernkraftwerke seien ein mögliches Ziel für Terroranschläge. Die Vorstellung ist ungefähr die: Bin Laden sitzt irgendwo in den afghanischen Bergen und orientiert seine Terrorpläne an den Ausstiegsszenarien der rot-grünen Koalition.

(Heiterkeit des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Wenn bis 2022 der Atomausstieg erfolgt, dann sagt Bin Laden: Die Deutschen sind lieb; es gibt keinen Terroranschlag.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Zynismus ist das!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sollte aber die Laufzeitenverlängerung beschlossen werden, dann wird Bin Laden zur Strafe einen Anschlag auf ein deutsches Kernkraftwerk planen.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Das ist die Qualität der Argumentation von Herrn Gabriel.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:** Sofort. – Ich habe durchaus die Hoffnung, dass sich bei den Sozialdemokraten langsam so etwas wie Realismus breitmacht, und dass Herr Haas, der ja ein vernünftiger Sozialdemokrat ist, sich jetzt dazu äußert, macht mich noch hoffnungsfroher.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich kurz zu fassen, weil die Redezeit des Herrn Abg. Dr. Rülke bereits abgelaufen ist.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Da muss ich Sie enttäuschen, lieber Herr Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:** Also stimmt es nicht, dass Sie ein vernünftiger Sozialdemokrat sind?

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Ich gehe nicht davon aus, dass Bin Laden die Dinge von Pforzheim aus in die Hand nimmt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie sich zum Thema „Unternehmensnachfolge im Land Baden-Württemberg“ noch nicht geäußert haben. Welche Empfehlung würden Sie dem Herrn Minister in dieser Hinsicht mitgeben, damit er sich um die 52 000 Unternehmensnachfolgen in Baden-Württemberg in Zukunft verstärkt kümmert?

(Unruhe)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:** Herr Kollege Haas, ich würde Herrn Minister Pfister nahelegen, sich zum Thema Erbschaftsteuer und zu all den wunderbaren Maßnahmen zu äußern, die die Große Koalition in Berlin unternommen hat, damit es Unternehmern in Baden-Württemberg leichter fällt, bei uns zu gründen oder Unternehmen zu übernehmen oder Unternehmen weiterzuführen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das war gerade eine Klatsche für die Schwarzen! – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ich frage zu Baden-Württemberg!)

– Die Erbschaftsteuer gilt auch in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, Sie haben Ihre Frage gestellt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Er beantwortet aber die Frage nicht!)

– Das ist sein Problem.

(Unruhe)

Herr Abg. Dr. Rülke, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:** Meine Redezeit ist leider vorbei.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das mit dem „leider“ sehen manche anders!)

Der Minister hat den Arbeitsauftrag aufgenommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Untersteller für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Franz Untersteller GRÜNE:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte gibt ja auch die Möglichkeit, ein paar Bemerkungen zur Energiepolitik und zu der Frage, ob der energiepolitische Kurs der Landesregierung bzw. des Wirtschaftsministeriums stimmt, zu machen. Herr Kollege Löffler, Sie haben vorhin mit Blick auf den Minister das Bild von einem Kapitän gebraucht, der das Ruder fest in der Hand hat. Was die Energiepolitik betrifft, habe ich doch manchmal eher den Eindruck, dass wir es mit einem Leichtmatrosen zu tun haben und nicht mit einem Kapitän, der das Ruder fest in der Hand hält.

(Beifall bei den Grünen)

Zunächst einmal, Herr Kollege Rülke: Man kann ja nicht in Abrede stellen, dass die Mittel für die erneuerbaren Energien bzw. für das Programm für Demonstrationsprojekte im Land Baden-Württemberg erhöht wurden. Wir sind jetzt mittlerweile bei 3,2 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Nur, Herr Kollege Löffler, jetzt nenne ich Ihnen einmal eine andere Zahl: Wenn wir für die Stilllegung eines Projekts, in diesem Fall der Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe, die man stilllegen muss – damit wir uns da nicht falsch verstehen –, 4,6 Millionen € in diesen Haushalt eingestellt haben, insgesamt die kommenden Jahre 193 Millionen € nur vom Land für die Stilllegung dieser einen Anlage aufbringen müssen und dann für alle Projekte im Land im Bereich der erneuerbaren Energien und für die Demonstrationsprojekte 3,2 Millionen € haben, stimmen die Verhältnisse einfach nicht. Das zeigt, dass Sie die Herausforderungen, vor denen wir in Richtung Klimawandel stehen, bis heute offensichtlich überhaupt noch nicht verstanden haben. Anders kann ich mir das nicht erklären.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich empfehle Ihnen einmal – der Minister hat ja dankenswerterweise diesen 210-seitigen Bericht zum Haushalt vorgelegt –, einen Blick in diesen Bericht zu werfen. Darin finden Sie ganze fünf Seiten zur Energiepolitik, und es ist an Dürftigkeit wirklich kaum noch zu überbieten, was Sie dazu lesen können.

(Franz Untersteller)

Man muss auch einmal dahin gehend schauen, was nicht im Haushalt steht. Eben ist vom Kollegen Rülke ja schon das Energiekonzept 2020 angesprochen worden. Man hat darin eine Leitlinie, die lautet: 50 : 30 : 20. Der Minister ist ganz stolz auf diese Leitlinie, auf diesen Mix von 50 % Kernenergie, 30 % Kohle und Gas und 20 % erneuerbarer Energie. Einmal abgesehen vom Streit „Atomenergie, ja oder nein?“. Sie müssen doch erkennen, dass Sie anstreben, im Jahr 2020 80 % mit Kraftwerken abzudecken, die einen Wirkungsgrad von knapp über 30 % haben, wenn wir Neckarwestheim nehmen, und von maximal 45 %, wenn wir das neue Kohlekraftwerk in Karlsruhe nehmen. Das bedeutet, bei 80 % der Kraftwerke legen Sie im Jahr 2020 einen Wirkungsgrad von unter 50 % zugrunde.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei Windrädern 6 %, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp SPD: Aber 6 % unschädlich!)

Das heißt, den größten Teil der Energie verschleudern Sie auch im Jahr 2020 noch, und das nennen Sie dann Klimaschutz.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat Herr Abg. Untersteller.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Abg. Franz Untersteller GRÜNE:** Herr Kollege Zimmermann, das ist das Gegenteil von dem, was man unter Effizienz versteht.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Herr Zimmermann, lassen Sie sich in Ihrer Fraktion zum energiepolitischen Sprecher wählen, dann können Sie hier reden. Immer nur diese „Zwischenbäfferei“ von Ihnen!

Jetzt nehmen wir einmal den angestrebten Anteil von 20 % erneuerbarer Energie bis 2020. Wir hatten bereits im Jahr 2007, Herr Minister, einen Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Bruttostromerzeugung von etwa 13,5 %, und wir werden im kommenden Jahr das große Wasserkraftwerk in Rheinfeldern dazubekommen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da waren Sie doch auch dagegen!)

Das heißt, wir sind dann bei gut 15 %. Ich frage Sie: Was, bitte schön, ist daran ambitioniert, wenn wir einen Zuwachs von lediglich 0,5 % pro Jahr haben? Glauben Sie allen Ernstes, dass wir als eines der technologisch führenden Länder Europas damit einen relevanten Beitrag leisten, wenn es um die Frage geht, den Klimawandel in den Griff zu bekommen? Ich sage Ihnen: Das ist nicht der Fall.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Niemals!)

Ein Letztes – aufgrund der wenigen Zeit, die ich noch habe –: Werfen Sie einmal einen Blick in dieses Energiekonzept 2020. Sie bleiben bei allen relevanten Kenndaten hinter den Anforderungen zurück, die der Bund an sich selbst stellt. Ich nenne Ihnen einmal ein paar:

Den Primärenergieverbrauch will der Bund bis zum Jahr 2020 um 15 % senken, Sie wollen nur um 10 % senken. Beim Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung will der Bund eine Steigerung auf 25 %, Sie nur auf 20 %. Bei den erneuerbaren Energien will der Bund den Anteil bis zum Jahr 2020 auf 30 % steigern,

(Minister Ernst Pfister: Mit Offshore!)

Sie geben sich mit 20 % zufrieden. Bei der Stromeinsparung sagt der Bund 11 %, bei Ihnen findet man in Sachen Stromeinsparung überhaupt keine Zahlen.

Das heißt, Sie bleiben bei allen relevanten Kenndaten, die in den kommenden Jahren eine Rolle spielen, hinter denen zurück, die sich der Bund gesetzt hat. Ich sage Ihnen: Ein Land wie Baden-Württemberg, das zu Recht den Anspruch erhebt, technologisch führend zu sein, blamiert sich damit und wird den Aufgaben, vor denen wir stehen, im Grunde genommen nicht gerecht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Pfister.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage, auch in Baden-Württemberg, und deshalb zunächst einmal ganz ehrlich gemeint: Herzlichen Dank für Vorschläge, für gut gemeinte Ratschläge, die dabei helfen können, möglichst schnell wieder aus dieser krisenhaften Situation herauszukommen.

Ich möchte aber sagen, dass ich insbesondere bei Ihrer Rede, Herr Dr. Prewo, den Eindruck hatte, im falschen Film zu sein. Jedenfalls konnte ich nicht feststellen, dass Sie über das Land Baden-Württemberg geredet haben. Sie haben über alles geredet, nur nicht über das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Mit Wirtschaftskraft hatte das nichts zu tun!)

Das gilt übrigens ausdrücklich auch für die Mittelstands- und Ordnungspolitik. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass gerade zu Beginn dieser Woche von einem bekannten Meinungsforschungsinstitut in Allensbach eine Studie zur Mittelstands- und Ordnungspolitik in Baden-Württemberg bekannt gegeben wurde. Darin wird beispielsweise festgestellt, dass mehr als 80 % der Mittelständler in Baden-Württemberg mit der Mittelstandspolitik dieser Landesregierung außerordentlich zufrieden sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja! Bravo! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Wer war das?)

– Wenn es Sie genau interessiert: Ernst & Young.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: In wessen Auftrag hat Ernst & Young gehandelt?)

(Minister Ernst Pfister)

In dieser Studie wird z. B. weiter festgestellt – das ist hochinteressant –, dass kein anderes Land so wenig Subventionen für den Mittelstand gewährt, aber gleichzeitig trotzdem kein anderes Land einen solch hohen Effekt für den Mittelstand erzielt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist es!)

Das ist übrigens ordnungspolitisch dadurch bedingt, dass in Baden-Württemberg im Vergleich mit anderen Bundesländern die einzelbetriebliche Förderung deutlich zurückgedrängt ist, dagegen aber stark investiert wird, etwa in die Infrastruktur, die ja auch der mittelständischen Wirtschaft dient. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Wenn Sie das gelesen hätten, lieber Herr Kollege Dr. Prewo, würden Sie solche Reden, wie Sie sie heute gehalten haben, nicht halten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gejammer!)

Auf solche Katastrophengemälde, die Sie da an die Wand gemalt haben, sollten Sie bitte verzichten.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Alle haben draußen gesagt, dass es eine gute Rede war! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nur die, die draußen waren!)

Sie sprechen über jedes Land, nur nicht über Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl, Herr Minister!)

Ich will das Stichwort Existenzgründung gern aufgreifen, Herr Kollege. Das ist uns beiden und uns allen ein wichtiges Anliegen. Das betrifft insbesondere auch die Frage der Unternehmensnachfolge.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Unser Thema!)

Das ist ein ganz wichtiges Thema. Denken Sie daran, dass beispielsweise in den nächsten fünf Jahren rund 60 000 Betriebe in Baden-Württemberg vor der Frage stehen, wie es mit dem Unternehmen weitergeht, weil z. B. der Seniorchef bzw. die Seniorchefin in den Ruhestand geht und der Sohnmann

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Oder die Tochter!)

– oder die Tochter – oder auch ein Externer nicht erklären, dass sie bereit sind, das Unternehmen zu übernehmen. Da geht es um 600 000 Arbeitsplätze. Hier einen günstigen Rahmen zu finden, ein günstiges Klima zu finden, damit wir wieder mehr junge Leute finden – ich gebe das zu: mehr junge Leute finden –, die den Mut und die Verve haben, den Sprung in die Selbstständigkeit zu wagen, das ist schon eine Anstrengung wert. Da muss aber auch das Umfeld stimmen.

Wir haben in Baden-Württemberg – das können Sie im Internet nachlesen; ich kann es Ihnen aber auch geben – ein ganz aktuelles Zwölfpunkteprogramm – vom Coaching über die Finanzierung bis zu Bildungseinrichtungen – auf den Weg gebracht, mit dem wir über Beratung und vieles andere, auch fi-

nanzielle Hilfen, alles tun, was in unseren Möglichkeiten steht. Es ist ein Schwerpunkt liberaler Wirtschaftspolitik,

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Bauen Sie bessere Straßen!)

dafür zu sorgen, dass junge Leute den Sprung in die Selbstständigkeit schaffen. In diesem Zwölfpunkteprogramm sind die Maßnahmen zusammengefasst, mit denen wir erreichen wollen, dass die Möglichkeiten für eine Unternehmensnachfolge in Baden-Württemberg verbessert werden. Denn es geht, wie gesagt, darum, dass 600 000 Arbeitsplätze in Baden-Württemberg gehalten werden müssen.

Aber natürlich müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Erzählen Sie heute einem jungen Mann, der bereit wäre, ein solches Unternehmen zu übernehmen, beispielsweise nur einmal, was im Zusammenhang mit der Erbschaftsteuerrückzahlung von ihm verlangt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wissen Sie – wenn Sie das Thema Erbschaftsteuer schon ansprechen –: Ich halte einen Unternehmer für in der Lage, die Lottozahlen vom kommenden Samstag vorauszusagen; das kann er vielleicht.

(Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Aber er wird z. B. nicht in der Lage sein, seine Lohnsumme für die nächsten sieben oder zehn Jahre vorauszusagen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wie auch?)

Er wird nicht in der Lage sein, etwa zuzugestehen oder zu erreichen, dass er in den nächsten zehn Jahren an seinem Unternehmen überhaupt nichts verändert. Das ist jenseits unternehmerischer Realität, und eine solche Forderung führt deshalb auch dazu, dass junge Leute von diesem Sprung in die Selbstständigkeit eher abgehalten werden. Wir sollten alles tun, sie dazu anzuregen und nicht davon abzuhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Wieso sind wir dann an zweitletzter Stelle?)

Was können wir in dieser Situation tun? Die Situation ist schwierig. Die Zahlen sind alle genannt worden; ich brauche das gar nicht groß zu wiederholen. Die Situation ist ja hundertfach beschrieben worden. Wir sind noch wunderbar ins Jahr 2008 gestartet. Noch im August, September hatten wir ein Wirtschaftswachstum von 2,5 %. Damit lagen wir übrigens, Herr Kollege Prewo, weit oben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der „Jammerprewo“!)

Wir lagen bei einem Wachstum von 2,5 % und mussten dann erleben, wie insbesondere in den Monaten Oktober, Novem-

(Minister Ernst Pfister)

ber, Dezember die Konjunktur regelrecht abgestürzt ist. Wir waren am Schluss des Jahres 2008 bei einem durchschnittlichen Wachstum von 0,7 %. Der Bund hatte sogar noch ein Wachstum von 1,3 %.

Aber daran wird natürlich auch die Anfälligkeit der baden-württembergischen Wirtschaft deutlich, insbesondere was die Exporttätigkeit angeht. Es ist immer so: Wenn es aufwärtsgeht – das zeigen alle Zahlen –, sind wir immer mit an der Spitze. Das hängt mit unserer Exportsituation zusammen. Aber umgekehrt, wenn es nach unten geht, wenn es abwärtsgeht, sind wir eben leider auch mit an der Spitze.

Genau diese Situation haben wir im Augenblick. Deshalb ist durchaus denkbar und leider durchaus möglich: Wenn der Bund jetzt ein Minuswachstum von 2,5 % prognostiziert, dann ist es durchaus denkbar und möglich, sogar wahrscheinlich, dass Baden-Württemberg unter diesen 2,5 % liegt, also noch schlechter dran ist.

Das alles ist hundertfach beschrieben worden. Trotzdem behaupte ich eines: Ich behaupte, dass trotz dieser sehr schwierigen Situation Grund zum Optimismus vorhanden ist. Da bin ich übrigens mit meiner Kollegin Frau Sitzmann völlig einig. Das hat mich sehr gefreut. Frau Sitzmann, ich sehe das genauso wie Sie. Ich glaube, dass trotz aller Schwierigkeiten die baden-württembergische Wirtschaft heute besser aufgestellt ist, als dies vor fünf oder vor acht Jahren der Fall war.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Aber das Wirtschaftsministerium nicht!)

Das können Sie z. B. daran sehen, dass sich die Eigenkapitalbildung in den letzten fünf oder zehn Jahren auch beim baden-württembergischen Mittelstand eindeutig verbessert hat. Das können Sie daran sehen, dass sich das Qualifikationsniveau – Stichwort Facharbeiterausbildung – in den letzten Jahren ganz eindeutig verbessert hat. Das können Sie daran sehen, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit und die Produktivität der baden-württembergischen Wirtschaft in den letzten Jahren verbessert hat.

Ich weise immer gern darauf hin: 6 % aller Unternehmen in Deutschland schaffen es, innerhalb von 18 Monaten ein neues Produkt, eine neue Dienstleistung auf die Märkte, auch auf die Weltmärkte zu bringen. 6 % bundesweit! In Baden-Württemberg sind dies in der Zwischenzeit 15 %. Das sagt etwas über die Wettbewerbsfähigkeit, auch über die Innovationskraft der baden-württembergischen Wirtschaft aus.

Aber in einem haben Sie natürlich recht, Herr Dr. Prewo: Kein Mensch gibt uns eine Garantie, das dies auch noch morgen und übermorgen so ist. Es geht wirklich darum, meine Damen und Herren:

(Abg. Peter Hofelich SPD: Was hat die Regierung damit zu tun?)

Wir müssen im Grunde jetzt die Startlöcher buddeln,

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: So ist es!)

die es uns erlauben, schneller und besser als andere aus dieser krisenhaften Situation herauszukommen. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Dafür machen wir Vorschläge! – Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Welche Schlammlöcher buddeln wir denn?)

Dazu will ich Ihnen fünf oder sechs Punkte nennen, von denen ich glaube, dass sie wichtig sind.

Der erste Punkt – lassen Sie mich das einmal so sagen – ist, einen intelligenten Mittelweg zu finden, bei dem der Notwendigkeit von Investitionen, die auch in einer schwachen Konjunktur vorgenommen werden müssen, Rechnung getragen und Schluss gemacht wird mit dem Marsch in den Schuldenstaat. Ich glaube, wir haben hier die Balance gefunden.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ach so!)

Wir haben sie insofern gefunden, als wir, wie der Ministerpräsident das so schön formuliert hat, „Aktion Eichhörnchen“ durchgeführt haben. Das heißt, wir haben das getan, was jeder gute Schwabe, jeder gute Badener oder jeder gute Kurpfälzer eigentlich tut:

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Er spricht nicht von den Hohenzollern!)

In guten Zeiten wird er versuchen, etwas auf die hohe Kante zu legen,

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Wir haben keine guten Zeiten!)

weil er weiß, dass nach guten Zeiten auch wieder schlechte Zeiten kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Genau das haben wir getan. In guten Zeiten haben wir rund 1 Milliarde € auf die Seite gelegt, und wir sind deshalb in der Lage, die Konjunkturpakete, die wir jetzt schnüren, so zu finanzieren, dass wir nicht in eine neue Verschuldung hineingehen müssen. Das ist gut so, meine Damen und Herren, weil ich der festen Überzeugung bin, dass es Aufgabe unserer Politikergeneration ist – all derer, die hier an den Tischen sitzen –, dafür zu sorgen, dass die junge Generation, die nachfolgende Generation nicht in eine Situation gerät, in der sie z. B. wegen betonierter Haushalte keinerlei politische Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft mehr hat. Das wäre zutiefst unmoralisch und muss schon deshalb unbedingt verhindert werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Bravo!)

Das gilt auch noch aus einem zweiten Grund: Jeder von uns weiß, dass die Schulden von heute die Steuererhöhungen von morgen sind. Wir brauchen in Zukunft auch Spielräume, aber nicht nur für Steuererhöhungen, sondern auch für Steuersenkungen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Der Hans, der Industriemechaniker, der gestern eine Rolle gespielt hat – –

(Minister Ernst Pfister)

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Elektriker! – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

– Elektriker, pardon.

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

– Ich meine jetzt nicht den Heinz, sondern den Hans. Bitte belassen Sie es dabei.

(Heiterkeit)

Der Hans ist ein wunderbares Beispiel dafür. Denn es geht nicht nur um den Mittelstand. Über den Mittelstand sind wir uns alle eigentlich einig. Der Mittelstand ist das Rückgrat der Nation, das Rückgrat der Wirtschaft. Das ist jetzt aber nicht der Punkt. Es geht um die Mittelschicht. Es geht um die 80 % bis 85 % der Menschen, die sich der Mittelschicht zurechnen können, z. B. den Hans mit einem Einkommen von 3 000 € monatlich.

(Unruhe – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ich will erreichen, dass sich dieser Hans durch entsprechende Spielräume, die wir uns auch in der Haushaltspolitik schaffen, eines Tages wieder auf eine Lohnerhöhung freuen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Bravo!)

Heute ist es so – das ist ein wenig spitz formuliert, das gebe ich zu –, dass der gute Hans abends, wenn er ins Bett geht, eigentlich fünf Stoßgebete an seinen Herrgott schicken und darum bitten muss, dass er um Himmels willen keine Lohnerhöhung bekommt. Denn wenn er diese Lohnerhöhung bekommt, dann kann es durchaus passieren, dass er nach der Lohnerhöhung unterm Strich weniger im Geldbeutel hat als vor der Lohnerhöhung. Das ist für eine Leistungsgesellschaft, die sich zur Leistung bekennt, ein Skandal. Auch das muss geändert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Zurufe – Unruhe)

Der zweite Punkt ist: Startlöcher buddeln.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Jetzt nicht. – Sie haben das angesprochen, das kann ich unterstreichen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, das Wort hat der Herr Minister.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Wir müssen, wenn wir gut aus diesen Startlöchern herauskommen wollen, an der Qualifikation unserer Menschen arbeiten. Baden-Württemberg ist nun einmal ein Land, dessen Produkte nicht deshalb gekauft werden, weil sie billig sind, sondern weil sie gut sind und besser sind als andere. Wenn Sie wollen, dass dies so bleibt, dann müssen Sie die Qualifikation der Menschen verbessern.

Jetzt müssen Sie sich einmal vorstellen, dass nach aktuellen Studien Folgendes passieren kann: Bis zum Jahr 2020 werden in Baden-Württemberg 500 000 Arbeitskräfte weniger als heute zur Verfügung stehen. Das ist zum Teil auch durch die demografische Entwicklung bedingt. Das heißt, wenn wir darauf angewiesen sind, genügend ausgebildetes Personal zu haben, um z. B. die Technologiepolitik betreiben zu können, von der Sie zu Recht gesprochen haben, dann müssen wir im Grunde alle Qualifikationen, die es in Baden-Württemberg gibt, gewissermaßen regelrecht „zusammenkratzen“. Damit muss man jetzt auch beginnen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Ja, natürlich! Das machen wir aber nicht!)

Deshalb darf in Zukunft kein Jugendlicher ohne eine adäquate Ausbildung ins Leben entlassen werden, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Gut gebrüllt! – Beifall des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Kein Jugendlicher darf ohne adäquate Ausbildung ins Leben entlassen werden.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, jetzt nicht. – Deshalb müssen wir – –

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich nochmals zu einer Zwischenfrage.)

– Nein! – Deshalb müssen wir aber auch mit dem Schluss machen, was ich als „Jugendwahn“ bezeichne. Wir haben über Jahre hinweg Milliarden Euro für nichts anderes ausgegeben, als 55-Jährige so schnell wie möglich in den Vorruhestand und auf das Sofa zu befördern. Das können wir uns aus diesem Grund in Zukunft nicht mehr erlauben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Unruhe)

Ein drittes Beispiel will ich noch nennen. Dass wir ohne Frauen keinen Staat machen können, haben wir alle in der Zwischenzeit gelernt.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Oh!)

Wir können aber in Zukunft auch keine Wirtschaft mehr ohne Frauen machen. Es hat in der Geschichte der Deutschen noch nie eine Situation gegeben, in der wir so viele gut ausgebildete Frauen hatten. Deshalb muss über die Schiene „Verknüpfung von Familie und Beruf“ erreicht werden, dass – Sie verzeihen diesen technokratischen Ausdruck – dieses Potenzial an gut ausgebildeten Frauen weiterhin für den Arbeitsmarkt gewonnen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Übrigens: Wir haben – weil das vorher gesagt worden ist – bei den Kontaktstellen „Frau und Beruf“ – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe im Saal bitten. Bitte verlegen Sie die Unterhaltungen nach außerhalb des Plenarsaals.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Wir haben bei den Kontaktstellen „Frau und Beruf“

(Abg. Reinhold Gall SPD: Darüber wird doch diskutiert!)

in der Zwischenzeit eine flächendeckende Situation. Der bisher letzte weiße Fleck – in Ulm – ist jetzt auch mit einer Kontaktstelle versehen. Wir haben z. B. bei der Kinderbetreuung das Prinzip hinbekommen, dass das Geld jetzt dem Kinde folgt. Das heißt, ein Unternehmen, das beispielsweise Betreuungsplätze zur Verfügung stellt, wird jetzt genauso behandelt wie ein konfessionell oder staatlich getragener Kindergarten.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nächste Woche hier im Landtag!)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Interesse der Frauen, deren Qualifikationen wir brauchen, ist ein zweites Thema.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und der Männer!)

Ich will noch einen vierten Punkt nennen. Ich bin froh darüber, dass es – jedenfalls bis jetzt – gelungen ist, massenhafte Entlassungen in Baden-Württemberg zu vermeiden, und es – bei aller Vorsicht – so aussieht, als könnten wir gerade durch die Verlängerung der Kurzarbeit auf 18 Monate mit diesem Instrument Kurzarbeit auch eine ganze Menge abfedern.

Wenn wir jetzt noch, auch im Interesse von Qualifikation, die Menschen, die kurzarbeiten und 20, 30 oder 40 % mehr Zeit haben, dazu bringen, diese freie Zeit auch für berufliche Fortbildung zu nutzen,

(Zuruf von der SPD: So ist es auch geplant!)

und wenn sich alle Träger – die Bundesagentur für Arbeit, das Wirtschaftsministerium, die Arbeitgeber, die Gewerkschaften – an dieser konzertierten Aktion beteiligen würden – ich habe heute Morgen Gespräche geführt; der Herr Ministerpräsident hat es bereits angekündigt –, dann hätten wir den großen Vorteil, dass wir im Interesse der Menschen etwas für deren Qualifikation tun. Aber diese verbesserte Qualifikation der Menschen im Land Baden-Württemberg ist natürlich die allerbeste Voraussetzung, um gut aus dieser Krise herauszukommen und nach der Krise in eine wieder bessere Zukunft zu starten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das steht ja im Bundesprogramm drin!)

Infrastruktur schaffen ist ein Punkt, mit dem man versuchen kann, diese krisenhafte Situation zu bewältigen. Dieser Haushalt, den wir hier vorlegen, ist neben dem Sparwillen – dazu habe ich einiges gesagt – schon von der deutlichen Investition in die Infrastruktur geprägt.

Das Thema Städtebau ist schon genannt worden. Wenn am nächsten Mittwoch nach der dritten Lesung alles unter Dach

und Fach ist, werden wir z. B. im Städtebaubereich über 250 Millionen € zur Verfügung haben. Kollege Rülke hat das zu Recht angesprochen. Mit Faktor 8 haben Sie schon ein ganz ordentliches Investitionsprogramm, das helfen kann.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Herr Kollege Schmiedel, ich weiß, dass Ihnen das wie auch mir ein Anliegen ist.

Ich nenne zweitens das Thema Wohnungsbau. Wir hatten im letzten Jahr dafür ein Volumen von 75 Millionen € zur Verfügung. Wir haben in diesem Jahr ein Volumen von 110 Millionen € zur Verfügung. Das ist, allein schon von der Zahl her, das beste Ergebnis seit 1999. Sie sehen, auch hier gibt es eindeutig Fortschritte.

Wir haben für den Denkmalschutz – darauf ist schon hingewiesen worden – 7,5 Millionen €. Meine Damen und Herren, dies alles kann dazu führen, dass von dieser Infrastrukturförderung entsprechende Impulse ausgehen.

Die Mittel für die Tourismusförderung wurden deutlich aufgestockt. Sie haben das aus den Zahlen erkennen können. Wer von Ihnen weiß schon, dass der Beitrag des Tourismus – wenn ich die Bäderwirtschaft und die Gastronomie dazunehme – zum Bruttoinlandsprodukt fast so hoch ist wie der Beitrag der gesamten Automobilbranche in Baden-Württemberg?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das schafft Arbeitsplätze!)

– Ja natürlich, und vor allem Arbeitsplätze, die nicht exportiert werden können. Insofern ist das sicherlich ein wichtiger Punkt. Sie alle kennen die Programme, die es gibt: Genießerland Baden-Württemberg, sanfter Tourismus. Mit dem Ankurbeln der Binnenkonjunktur werden wir einiges an Kompensation für wegfallende Arbeitsplätze und für wegfallende Bereiche, etwa im Export, erreichen können.

Bleibt der aus meiner Sicht wichtigste Punkt. Das ist in der Tat die Frage des Kreditflusses an unsere mittelständischen Unternehmen. Kredite sind das wichtigste Schmiermittel in der Wirtschaft, das wir brauchen, um unsere mittelständischen Unternehmen zu versorgen.

Ich glaube nicht, dass es in Baden-Württemberg eine Kreditklemme gibt. Wir müssen auch alles tun, damit eine solche vermieden wird. Aber wahr ist natürlich, dass man inzwischen genauer hinschaut, dass die Bonitäten der Unternehmen und die Risiken angeschaut werden. Das kann dazu führen und hat wohl auch schon dazu geführt, dass sich die Konditionen ein Stück weit verschlechtern.

Dem müssen wir entgegenwirken. Diesbezüglich bin ich mit Ihnen völlig einig. Wir müssen insofern entgegenwirken, indem wir mit einer offensiven Bürgschaftspolitik den Sparkassen und den Volksbanken – beide sind ja die wichtigsten Mittelstandsfinanzierer, beide machen 80 % des Mittelstandsfinanzierungsgeschäfts – helfen, damit es zu günstigen Konditionen kommt und auf diese Art und Weise dieses Schmiermittel Kredite auch tatsächlich wieder zur Verfügung gestellt wird. Das ist wirklich die wichtigste Aufgabe.

Wir müssen übrigens – wenn Sie mir noch diese kurze Bemerkung erlauben – irgendwann auch die Spielregeln in der gan-

(Minister Ernst Pfister)

zen Bankenlandschaft neu diskutieren; denn da ist vieles schiefgelaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig!)

Wir müssen diese Spielregeln neu definieren, gar keine Frage.

Dazu gehört übrigens auch das Thema der Bankenaufsicht. Mein Eindruck ist, dass bei der Bankenaufsicht zum Teil mit zweierlei Maß gemessen wird. Mein Eindruck ist, dass bei den Großen nicht so genau hingeschaut wird und dass man bei den Kleinen, bei den Sparkassen, bei den Volksbanken, besonders genau hinschaut. Ich nenne immer folgendes Beispiel: Wenn mich der scheidende Präsident Kuhn, Chef des Württembergischen Genossenschaftsverbands, darauf hinweist und auch öffentlich erklärt, dass er 25 % seines Volksbankenpersonals in Württemberg – das muss man sich einmal vor Augen halten – für nichts anderes verwenden kann, als Auflagen etwa der BaFin oder auch gesetzliche Auflagen zu erfüllen, dann habe ich schon den Eindruck, dass wir alles dafür tun müssen, um zu erreichen, dass diese Bankenaufsicht zwar stattfindet, dass wir damit aber nicht die Volksbanken, die Mittelstandsfinanzierer und die Sparkassen gängeln. Wir müssen alles dafür tun, dass sie ihr Geschäft, für das sie da sind, nämlich dem Mittelstand günstige Kredite zu verschaffen, auch ausüben können, meine Damen und Herren.

Die Landesbank brauchen wir. Die Landesbank ist eine Bank mit einem guten Geschäftsmodell, eine Universalbank.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das müssen Sie einmal dem Kollegen Dr. Noll sagen! Der zweifelt daran! Wir bezweifeln das nicht! – Zuruf des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

– Na ja, klar. – Sie ist im Land verankert, mittelstandsorientiert. Wir brauchen diese Bank, und wir werden alles tun – ohne die Haushalte unnötig zu belasten, das füge ich hinzu –, um diese Kapitalzufuhr zu erreichen.

Denn eines ist klar: Das, was die Landesbank, die BW-Bank, in der Mittelstandsfinanzierung, in der Finanzierung des gehobenen Mittelstands tut, das können die Sparkassen und die Volksbanken eben nicht machen.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Dazu brauchen wir die LBBW. Darüber sind wir uns ja völlig einig.

Deshalb noch einmal: Ich glaube, es war richtig, die Bürgschaftsvolumina deutlich auszuweiten. Die Bürgschaftsbank – also bis zu 1 Million € – erklärt, dass sie die Zahl ihrer Bürgschaften von 2 000 auf 4 000 verdoppeln will. Die L-Bank, deren Bürgschaften übrigens jetzt zu 50 % vom Bund noch rückverbürgt werden – zu 50 % wird eine Bürgschaft der L-Bank vom Bund jetzt noch rückverbürgt! –, wird die Zahl ihrer Bürgschaften ebenfalls verdoppeln. Wir haben bei den großen Bürgschaften, bei den Landesbürgschaften ja dafür gesorgt, dass die Volumina auf 500 Millionen € erweitert worden sind.

Also, das Instrumentarium steht zur Verfügung. Ich hoffe sehr und bin auch einigermaßen sicher, dass wir mit diesem Instrumentarium den erforderlichen Kreditfluss erreichen können.

Beim vierten Punkt, dem Technologietransfer, sind wir uns völlig einig. Ich bin stolz darauf, dass wir zur Verbesserung des Technologietransfers insbesondere auch für die kleinen und mittleren Unternehmen für die nächsten acht, neun Jahre zusammen mit Fraunhofer, zusammen mit anderen ein 250-Millionen-€-Programm auf den Weg gebracht haben. Damit werden wir die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen auf Vordermann bringen können. Wir werden sie nicht nur sanieren, sondern ihnen auch die Möglichkeit geben, bis zum Jahr 2015 neue technologische Schwerpunkte zu setzen.

Das ist eine großartige Leistung, finde ich. Sie wird dazu beitragen, meine Damen und Herren, dass dieser Technologietransfer in Baden-Württemberg auch in Zukunft funktionieren wird. Auch das Thema Technologietransferpolitik ist ein typisches Beispiel dafür, dass wir jetzt die Startlöcher buddeln müssen, um da gut starten zu können. Auch in diesem Bereich haben wir das getan. Dies gilt insbesondere auch für die mittelständischen Unternehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, ich sehe schon, ich habe meine Redezeit wieder hoffnungslos überzogen. Ich bitte um Entschuldigung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist nicht schlimm! – Zuruf von der CDU: Macht nichts! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: War alles notwendig! – Abg. Peter Hofelich SPD: Wer so viel zu sagen hat! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wessen Herz voll ist! – Wortmeldung der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Beim Haushalt ist das gestattet, Herr Minister.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Ich will zum Schluss kommen. – Frau Sitzmann, Sie hatten noch eine Zwischenfrage.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abg. Sitzmann, bitte schön.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Minister, Sie haben uns ja gerade die Geschichte vom Hans erzählt.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Ja.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Sie meinten, dass der Hans, wenn er mehr Geld verdient, weniger in der Tasche hat. Da das ein häufig gebrauchtes Beispiel ist – der Hans könnte natürlich auch eine Grete sein –,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Absolut! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Oder eine Rita! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das wäre sonst Diffamierung!)

(Edith Sitzmann)

haben wir uns an das Finanzministerium gewandt und haben einmal einige Fragen gestellt und das nachrechnen lassen.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Ja.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Das möchte ich Ihnen nun präsentieren.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, Sie müssen hier eine Frage stellen.

(Zurufe von der CDU: Frage! – Unruhe)

Oder möchten Sie eine Kurzintervention machen?

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Ich habe nun eine Kurzintervention. Gemäß der Parlamentsreform gibt es jetzt die Möglichkeit einer Kurzintervention.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist eine Kurzintervention! – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Gut. Dann haben Sie dafür eine Redezeit von zwei Minuten.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Nehmen wir also einmal an, Hans oder Grete verdienen im Monat 2 280 € brutto und haben zwei Kinder. Dann hatten sie im Jahr 2000 nach Abzug von Steuern und Abgaben monatlich 1 657 € netto. Im Jahr 2008 hatten sie bei gleichem Verdienst 1 723 € netto im Monat.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Aha! Von wegen, er habe netto weniger!)

Fakt 1 ist: Die Belastung ist im Vergleich zum Jahr 2000 geringer. Wenn dieser Hans oder diese Grete nun 4 % mehr bekämen, dann hätten sie im Jahr 2000 netto 8 € mehr und im Jahr 2008 54 € mehr gehabt.

(Beifall des Abg. Jörg Döpper CDU – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Das nur zu Ihrer Information. Die Situation hat sich durch die Steuerreformen, die unter Rot-Grün stattgefunden haben, deutlich verbessert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Frau Sitzmann, ich nehme das mit. Okay. Ich nehme Ihnen das gern ab.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

– Nein, nein. Ich glaube Ihnen das auch. Aber gestatten Sie mir, dass ich Ihnen morgen oder in den nächsten Tagen auch einmal ein Beispiel, das ich jetzt leider nicht hier habe, das das Gegenteil belegt, mitbringe.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Weil es das nicht gibt! – Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

In diesem Beispiel heißt er nicht Hans, sondern Heinz. Er ist auch verheiratet und nicht ledig und hat ein ähnliches Ein-

kommen, bei dem das dann aber anders funktioniert. Das zeige ich Ihnen auch.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Können wir uns darauf einigen, dass der Weg, den der Bund jetzt mit dem Konjunkturpaket eingeschlagen hat – ich sage es jetzt einmal flapsig –, nämlich den Mittelstandsbauch und die kalte Progression ein Stück weit abzubauen, auch in der Zukunft fortgesetzt werden muss und dass diese kalte Progression im Grunde genommen in der Zukunft nicht mehr stattfinden darf?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU – Zurufe der Abg. Rudolf Hausmann SPD und Karl Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau! – Unruhe)

Ich möchte noch einmal sagen, weshalb ich glaube, dass dieser Haushalt ein guter Haushalt ist und eigentlich auch gut in die konjunkturelle Landschaft hineinpasst.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Zur Energie wollten Sie auch noch etwas sagen!)

Er versucht auf der einen Seite, mit dem Thema Haushaltssanierung vernünftig umzugehen. Die Situation ist beschrieben worden. Er versucht aber gleichzeitig auch, notwendige Investitionen nach vorn zu bringen. Ich habe Ihnen einige Beispiele dafür genannt.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang immer gern Ludwig Börne, einen Schriftsteller aus dem 19. Jahrhundert. Er hat einmal den, wie ich finde, bemerkenswerten Satz gesagt, dass sich die Stärke eines Zeitalters nicht so sehr nach der Ernte, sondern nach der Aussaat bemesse.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich habe den Eindruck – zum Stichwort „Startlöcher buddeln“ –, dass genau jetzt die Zeit ist, in der neu ausgesät werden muss, in der die Strukturen für die Zukunft wieder neu gelegt werden müssen. Dies gilt insbesondere für ein Industrieland wie Baden-Württemberg, und zwar im Technologiebereich, im Infrastrukturbereich, im Mittelstandsbereich und auch im Energiebereich. Dazu habe ich jetzt gar nichts sagen können. In all diesen Bereichen müssen die Strukturen jetzt neu gelegt werden. Hier muss in die Aussaat gegangen werden. Insofern glaube ich, dass dies ein Haushalt ist, der wegweisend ist und der in die richtige Richtung zeigt, und ich bitte Sie sehr um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3607. Die vorliegenden Än-

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

derungsanträge und auch den vorliegenden Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0701

Ministerium

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

(Widerspruch des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Mehrheitlich! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ohne SPD! – Unruhe)

– Entschuldigung. Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0702

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0707

Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3907-1. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0707 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0708

Innovation und Technologietransfer

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3907-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3907-5, auf. Wer dem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen nun über das Kapitel 0708 ab. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU zur SPD: Da müsstet ihr doch zustimmen!)

Ich rufe auf

Kapitel 0710

Mittelstandsförderung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3907-6. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3907-7, auf. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen nun über Kapitel 0710 ab. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0711

Energie und Wohnungsbau

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3907-3. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf – –

(Auf der Regierungsbank unterhalten sich Minister Ernst Pfister und Staatssekretär Richard Drautz. – Abg. Rainer Stichelberger SPD: Die FDP stört!)

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3907-4, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Mehrheitlich abgelehnt! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Abgelehnt!)

– Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Entschuldigung.

Ich lasse nun über Kapitel 0711 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0712

Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch über die Abschnitte II bis IV der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3607, abzustimmen.

(Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte)

Ich rufe zunächst Abschnitt II der Beschlussempfehlung auf. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist Abschnitt II zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt III der Beschlussempfehlung auf. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Abschnitt III ist mehrheitlich zugestimmt.

Nun rufe ich Abschnitt IV der Beschlussempfehlung auf. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Abschnitt IV ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 07 abgeschlossen.

Ich rufe **Buchstabe e** auf:

### **Einzelplan 05: Justizministerium**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3605**

**Berichterstatter: Abg. Karl Klein**

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 05 – Justizministerium – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Hitzler für die Fraktion der CDU das Wort.

**Abg. Bernd Hitzler** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Rechtsfrieden und Rechtssicherheit

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

sind die Grundpfeiler jeder freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Erst wenn sich die Bürger auf die Funktionsfähigkeit ihrer Justizbehörden verlassen können, ist ein gedeihliches und friedliches Miteinander möglich. Auch für die heimische Wirtschaft ist das feste Vertrauen in die Effektivität der Rechtspflege von existenzieller Bedeutung, sodass eine gut ausgestattete und motivierte Justiz für ein Land immer auch einen Standortvorteil darstellt.

Daher ist es die Leitlinie der CDU-Politik, eine moderne, leistungsfähige und effektive Rechtspflege zu gewährleisten. Wir haben die Voraussetzungen für grundlegende strukturelle Änderungen geschaffen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Na ja! Teilweise!)

Insbesondere wurde dabei die Struktur der Bewährungs- und Gerichtshilfe modernisiert.

Aber auch die Notariats- und die Grundbuchreform

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

sind Meilensteine auf dem Weg hin zu einer bürgernahen und effizienten Justizverwaltung.

Meine Damen und Herren, die baden-württembergischen Gerichte liegen, was die Dauer der Verfahren betrifft, im Bundesvergleich auf den vordersten Plätzen. Auch die Staatsanwaltschaften arbeiten im Bundesdurchschnitt schneller und effizienter als ihre Kollegen. Dass dies trotz einer relativ dünnen Personaldecke so möglich ist, beweist die hohe Motivation und die starke Leistung der Mitarbeiter. Gewiss, im Bereich der Sozialgerichtsbarkeit ist die Belastung durch die vielen Hartz-IV-Verfahren besonders hoch.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Nach wie vor ist die CDU-Fraktion sicher, dass eine Zusammenlegung der Sozial- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit dieses Problem lösen würde.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ist es!)

Es scheidet derzeit leider an der SPD auf Bundesebene.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gott sei Dank!)

Aber, Kollege Stickelberger, ich will gleich ergänzen: Es gibt inzwischen auch SPD-Justizminister, die bei Hartz IV Änderungen herbeiführen wollen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der ist einsichtig!)

Vielleicht kommt es doch noch zu einer solchen Lösung.

Nun, was können wir tun? Wir werden zur Entlastung zwölf Stellen von anderen Gerichtsbarkeiten auf die Sozialgerichte umschichten. Ich denke, das können wir hier im Parlament einvernehmlich machen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Machen wir!)

Ferner wurde die Voraussetzung für einen flächendeckenden Übergang zum Notariat in freiberuflicher Amtsausübung in ganz Baden-Württemberg geschaffen, um damit dauerhaft ein funktionsfähiges und leistungsfähiges Notariat im Land zu gewährleisten. In Baden-Württemberg soll das Nur-Notariat als Regelform des Notariats flächendeckend eingeführt werden. Beamtete Notare werden dann nicht mehr bestellt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Ab dem 1. Januar 2018 werden die Notare in Baden-Württemberg freiberuflich tätig sein. Die Grundbuch-, Nachlass- und die Vormundschaftssachen sollen künftig durch die Amtsgerichte erledigt werden, um durch eine Konzentration der Zuständigkeiten bei den Amtsgerichten die Abläufe zu rationalisieren und zu optimieren.

Ferner haben wir eine Strukturreform des Grundbuchwesens beschlossen.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Zurufe von der SPD: Oje!)

Die Führung der Grundbuchämter wird künftig an elf Amtsgerichten konzentriert. Dadurch wird die Struktur des Grundbuchwesens an die des übrigen Bundesgebiets angeglichen, und wir schaffen hochleistungsfähige Einheiten.

(Bernd Hitzler)

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ist es! – Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Diese Maßnahme dient auch der Stärkung des ländlichen Raums. Im Gegensatz zu der auch in diesem Parlament schon geäußerten Auffassung

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

wird die Bürgernähe nicht verloren gehen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wird gestärkt! Genau! – Widerspruch bei der SPD)

da wir eine große Anzahl von Einsichtsstellen bei Städten und Gemeinden ermöglichen werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Gewiss: Die Umwandlung von 673 Grundbuchämtern

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: 643!)

zu elf großen Ämtern ist eine Herkulesaufgabe. Nimmt man die Digitalisierung der Grundbücher und vielleicht auch noch der Grundakten hinzu, so braucht man hier sehr viel Einsatz und bindet viel Personal. Unsere Fraktion wird die Umsetzung sehr genau beobachten

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wir auch!)

und auch regulierend eingreifen,

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

wenn sie den Eindruck haben sollte, es funktioniere nicht reibungslos. Allerdings gehen wir davon aus, dass das Justizministerium mit großem Einsatz an dieser Aufgabe arbeitet.

Seit dem 1. Januar 2007 ist die private NEUSTART gGmbH flächendeckend in ganz Baden-Württemberg für die Erfüllung der Aufgaben der Bewährungs- und Gerichtshilfe verantwortlich. Nachdem wir zunächst einige Hürden nehmen mussten, arbeitet der freie Träger nunmehr höchst erfolgreich, wie von allen Seiten bestätigt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Mit dem Haftplatzentwicklungsprogramm „Justiz 2015“ wird der Justizvollzug in Baden-Württemberg grundlegend modernisiert. Insbesondere durch die Schwerpunktsetzung im baulichen Bereich wird die Sicherheit der Haftanstalten verbessert.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Schauen wir einmal!)

Die vorgesehenen Investitionen führen zu einer Reduzierung der laufenden Kosten und dazu, dass auch eine höhere Wirtschaftlichkeit erreicht wird. Bis zum Jahr 2015 kann eine ausreichende Zahl von Haftplätzen in Baden-Württemberg geschaffen werden, um so den verfassungsrechtlichen Anforderungen zu genügen. Wir haben das Bauprogramm mit einem Gesamtvolumen von 285 Millionen € verabschiedet. Es sieht Neubauten in Offenburg und Rottweil,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wo baut man denn in Rottweil, Herr Kollege?)

Erweiterungen an fünf Standorten sowie die Schließung von 13 kleineren Anstalten vor.

Kommen wir zur Integration. Eine gelungene Integrationspolitik ist zwingend erforderlich, um Baden-Württemberg auch in Zukunft wirtschaftlich und gesellschaftlich in der Erfolgspur zu halten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das Land Baden-Württemberg geht strukturiert an die damit verbundenen Herausforderungen heran. Ein Ergebnis dieser Arbeit ist der Integrationsplan Baden-Württemberg mit dem Titel „Integration gemeinsam schaffen“. Dieser Integrationsplan stellt neben zentralen Handlungsfeldern des Landes auch Ziele, Programme und Konzepte weiterer Akteure dar. Denn Integration ist eine Querschnittaufgabe, und gelungene Integration bedarf einer effektiven und konstruktiven Zusammenarbeit aller.

Es gibt im Übrigen in unserem Land sehr viele gute Beispiele für Integration. Aber Integrationspolitik braucht einen langen Atem, und derjenige, der integriert werden soll, muss natürlich auch mitmachen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir werden bei diesem Thema am Ball bleiben.

Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion hat sich auch dafür eingesetzt, dass die geschäftsmäßige und organisierte Suizidbeihilfe unter Strafe gestellt werden kann. Unternehmen, die für knapp 5 000 € einem Menschen die für die Selbsttötung erforderlichen Chemikalien besorgen und sich anschließend auch noch um die Verbrennung des Leichnams kümmern, sollten hier nicht tätig werden.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Genau!)

Aufgrund des Engagements unserer Fraktion brachte Baden-Württemberg einen Gesetzentwurf zum Verbot der Suizidbeihilfe auf den Weg. Mit diesem neuen Straftatbestand soll das Betreiben eines Gewerbes oder die Gründung einer Vereinigung, deren Zweck oder Tätigkeit darauf gerichtet ist, anderen die Gelegenheit zur Selbsttötung zu verschaffen, mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden. Der Bundesrat hat sich allerdings bisher noch nicht zu einem Gesetzentwurf durchringen können. Wir werden aber dieses Thema sehr genau beobachten. Wir möchten nicht, dass das Thema in der allgemeinen politischen Diskussion untergeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Justiz in Baden-Württemberg ist gut aufgestellt. Sie steht an der Spitze in Deutschland.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Die CDU-Fraktion wird dem Etat zustimmen. Wir danken dem Justizminister und all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im ganzen Land für ihren Einsatz. Nachdem ich kei-

(Bernd Hitzler)

ne Anträge von der Opposition gesehen habe, könnte sie zumindest teilweise zustimmen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger für die Fraktion der SPD.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Im Bericht zum Haushalt des Justizministeriums von Herrn Justizminister Dr. Goll heißt es eingangs: „Den Weg gemeinsam weitergehen“. Diesen Weg gehen wir ein Stück weit mit. Nachher werden sich – Sie werden es sehen – unsere Wege trennen, obwohl wir, Herr Kollege Hitzler, Teilen dieses Haushalts durchaus zustimmen können.

Der Justizhaushalt ist ja seit Jahren geprägt von Zwängen und Einsparprogrammen, die die Justizverwaltung erbracht hat. Dafür gebührt der Justiz Lob und Anerkennung, insbesondere auch den Justizbediensteten in Gerichten, Staatsanwaltschaften, Notariaten, in den Justizvollzugsanstalten, im Ministerium sowie in vielen Behörden der Justiz. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung; denn sie haben bei knappen Ressourcen, bei Personalverkleinerung, bei wachsendem Arbeitsumfang und steigenden gesellschaftlichen Anforderungen ihre Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Deshalb freuen wir uns auch, Herr Kollege Hitzler, dass es uns zusammen mit den Koalitionsfraktionen gelungen ist, in einem gemeinsamen Antrag den Mehrbedarf an Stellen bei der Sozialgerichtsbarkeit mit 15 Stellen abzudecken. Ich glaube, das ist ein gutes Ergebnis gemeinsamer Bemühungen.

Ich glaube auch, dass die Schaffung von Stellen bei den Staatsanwaltschaften und fünf Richterstellen als Ausgleich für künftig beim Ministerium geführte Stellen eine Verstärkung der Justiz bewirkt, die sie dringend braucht. Wir erhoffen uns von mehr Personal Verbesserungen in der Ermittlungsarbeit, insbesondere im Bereich der organisierten Kriminalität und der Wirtschaftskriminalität.

*Innovative Politikansätze und moderne Lösungen sind gerade in Zeiten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen von besonderer Bedeutung.*

Meine Damen und Herren, dieser Satz ist nicht von mir. Er könnte von mir sein, aber er stammt von Herrn Justizminister Dr. Goll und steht im Bericht zum Haushalt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima! Da hat er recht!)

Wir wollen einmal prüfen – vielleicht an einigen Maßnahmen –, wie es mit dieser Innovation denn aussieht. Dabei räumen wir durchaus ein, dass es bei knappen Finanzen natürlich Aufgabe ist, nach neuen Spielräumen zu suchen. Das Thema Privatisierung spielt dabei natürlich eine große Rolle, und um es vorwegzunehmen: Wir werden uns natürlich nicht den Man-

tel der Fundamentalverweigerer umhängen lassen, wie es gelegentlich in Publikationen anklingt, sondern wir werden bei einzelnen Maßnahmen genau prüfen, wo wir das akzeptieren können und wo nicht.

Fangen wir einmal mit der Justizvollzugsanstalt Offenburg an: Da wird ein privater Finanzinvestor beauftragt. Dieser beauftragt wiederum einen Generalunternehmer. Dann werden Subunternehmer mit Dumpingpreisen diese Arbeiten ausführen. Abgesehen davon, dass Sie hier eine Mittelstandspolitik betreiben, die auf Kosten der kleinen Unternehmen geht, halten wir diesen Weg für falsch.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Katrin Altpeter SPD: Lass dich nicht von ihm provozieren!)

– Lieber Kollege Zimmermann, Sie dürfen nachher gern anschließen.

Die Justizvollzugsanstalt Offenburg soll ja zu 40 % privat geführt werden, nachdem sie privat finanziert und auch privat gebaut wird. Wir sehen da schon erhebliche Probleme im Sicherheitsbereich; denn es werden auch Teile des Bewachungswesens privatisiert. Die Trennlinie zwischen den Bereichen, in denen der Staat seine Hand drauf hat, und denen, in denen künftig Private agieren, ist sehr schmal, sehr neblig, sehr verflochten, und wir fragen uns, wer das Personal aussucht und überwacht, das dann in diesem hochsensiblen Sicherheitsbereich tätig ist. Mit uns ist das nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Deshalb haben wir auch dem Forderungsmanagement, wie Sie es initiiert haben, nicht zugestimmt, weil wir glauben, dass das Land darauf setzt, dass private Inkassofirmen mehr können, als staatliche Gewalt vermag, und man sich möglicherweise auf eine Grauzone verlässt, wo es darum geht, nicht einbringbare Forderungen zu realisieren. Warum überlassen wir das nicht unseren Gerichtsvollziehern, die das besser können?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das tun wir doch!)

Warum brauchen wir private Inkassounternehmen, wenn wir nicht klammheimlich darauf vertrauen, dass sie in einer Grauzone arbeiten, an die sich der Staat nicht herantraut?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist schlicht und ergreifend falsch!)

Die Bewährungshilfe ist ein Bereich, der naturgemäß nicht unbedingt staatlich geführt sein muss, denn historisch kommt er aus einer privaten Initiative. Wir haben nur die Verfassungsmäßigkeit der Finanzierung kritisiert und sind auch vom Staatsgerichtshof in unserer Einschätzung bestätigt worden, dass Sie hinsichtlich der Finanzierung verfassungswidrig gehandelt haben. Wie sich die Bewährungshilfe entwickelt, werden wir kritisch beobachten. Aufgrund zahlreicher Stellungnahmen aus der Bewährungshilfepraxis, nicht nur von Bewährungshelfern, sondern insbesondere auch von Gerichten, sind wir skeptisch, ob die Umsetzung in der Form, wie Sie es sich

(Rainer Stickelberger)

vorstellen, erfolgreich sein wird und ob wir insbesondere auch die Einsparungen erreichen werden, die man sich vorgestellt hat.

Ein anderer Bereich im strafrechtlichen Thema ist die Fußfessel. Da sind wir offen. Mit der elektronischen Fußfessel betreten Sie Neuland, jedenfalls hier in Baden-Württemberg und auch in Deutschland. Wir sind gern mit dabei und werden die Entwicklung abwarten. Wir warten auf Ihre demnächst hier im Landtag einzubringenden Vorschläge.

Auch bei der Notariatsreform sehen Sie die Sozialdemokraten an Ihrer Seite, was die grundsätzliche Ausrichtung angeht. Dort haben Sie, glaube ich, in der Vergangenheit die größeren Schwierigkeiten mit Ihrem Koalitionspartner gehabt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Er weiß nicht, wovon er redet!)

Der Weg in die Privatisierung des Notariats ist richtig. Wir müssen ihn gehen – aus europarechtlichen Gründen, aus Gründen des Bundesrechts, aus systematischen Gründen. Wir erwarten in dieser langen Übergangsphase bis 2018, dass das Notariat in seiner derzeitigen Form seine Leistungsfähigkeit behält, kundenfreundlich und bürgernah bleibt und insbesondere, dass sich dieser Umwandlungsprozess nicht auf Kosten der Bediensteten der Justiz vollzieht.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir mit der Notariatsreform auch das Grundbuchsystem verändern müssen, umstrukturieren müssen, ist klar. Herr Hitzler, Sie haben die Zahlen genannt; ich brauche sie nicht zu wiederholen. Da besteht sicher Reformbedarf; keine Frage. Nur: Warum das Grundbuch von Mannheim künftig in Tauberbischofsheim geführt werden soll, konnte mir bisher noch niemand erklären.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was habt ihr gegen Tauberbischofsheim?)

Diese Standortfragen befriedigen uns nicht, doch wissen wir, dass es ein Koalitionskompromiss z. B. im Zusammenhang mit der Umstrukturierung in der Schulverwaltung war.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das geht alles elektronisch!)

– Natürlich wird die elektronische Grundbuchabfrage künftig an vielen Eingabestellen möglich sein, richtig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ob wir die Bürgernähe – das Grundbuch ist trotz seiner Vielschichtigkeit und Zerstreutheit bürgernah – mit der elektronischen Abfrage auch künftig aufrechterhalten, bleibt abzuwarten. Mehr Sorge macht uns, dass es bisher nicht möglich war, für diesen Bereich einmal ein Gesamtvolumen an Kosten aufzuzeigen. Dort ist der Weg für uns ganz ungewiss, und diesen Weg gehen wir noch nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Bei allen Reformvorhaben brauchen Sie natürlich das Personal; das müssen Sie mitnehmen. Wir brauchen motiviertes

Personal, und zwar nicht nur wegen der gesellschaftlichen Herausforderungen, die bereits genannt wurden, sondern auch wegen der anstehenden Umstrukturierung.

*Das Justizministerium folgt dabei dem Leitbild einer kooperativen Führung.*

So entnehme ich das Ihrem Bericht zum Haushalt. Das verwundert uns nach einer Reihe von Ereignissen jedoch ganz beträchtlich. Insbesondere Ihr Ministerialdirektor, Herr Minister, scheint von diesem Leitbild noch sehr weit entfernt zu sein. Während Sie im Urlaub weilten – den wir Ihnen gegönnt haben –, kam die Beurteilungsrichtlinie auf den Markt. Unter dem Eindruck eines ziemlichen Proteststurms wurde dann im Benehmen mit der Richterschaft ein Kompromiss erzielt. Kooperative Führung?

Von der von der Landesregierung geplanten Konzentration der Grundbuchämter haben die Chefpräsidenten der Gerichte und die Bediensteten aus der Presse erfahren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ja toll!)

Kooperative Führung durch das Justizministerium – großes Fragezeichen.

Der Höhepunkt des Jahres 2008 war schließlich die geplante Ansiedlung der fünf Stellen beim Ministerium im Hinblick auf die Grundbuchreform. Diese Stellen braucht man ja; darüber haben wir schon diskutiert. Aber die Chefpräsidenten, die führenden Leute in der Justiz hat man damals nicht darüber informiert, sondern erst hinterher. So wurde es jedenfalls deutlich und fand auch seinen Niederschlag in der Kritik des Präsidenten des Oberlandesgerichts Karlsruhe. Ich habe noch nie einen Richter in einer solch hohen Funktion in Deutschland erlebt, der seine eigene Justizverwaltung in dieser massiven Form kritisiert hat. Das ist ein einmaliger Vorgang.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deshalb, Herr Minister, wären Sie gut beraten, Sie würden Ihren Ministerialdirektor bremsen. Uns tut es sehr leid, dass er damals nicht in die Rotation gekommen ist, wie andere Ministerialdirektoren auch. Das hätte der Justiz in Baden-Württemberg sicher gut getan.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Bremsen Sie ihn! Zeigen Sie ihm, wer der Herr im Hause ist!

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt wollen wir erst noch die Rotation der SPD abwarten!)

Kooperative Führung durch den Minister ist gefragt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Herr Minister, wir wissen, dass man sich mit rechtspolitischen Vorstößen nicht unbedingt beliebt macht, auch nicht bei der Opposition, die ja naturgemäß immer kritisiert; ganz klar. Aber Sie gehen mit Ihren Vorstößen immer stark in Richtung Berlin, in Richtung Bundesrat. Dabei könnten Sie auch im Land einiges tun. Wo waren Sie jetzt bei der Konzeption des

(Rainer Stickelberger)

Versammlungsrechts? Da muss dann Ihr Fraktionskollege Kluck auf dem Parteitag offensichtlich erst einmal richtig auf die Pauke hauen, damit Bewegung in eine Kompromisslösung kommt.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wir hätten uns gewünscht, dass Sie als Minister hier tätig werden, und zwar nicht nur als Minister, der die Landesregierung repräsentiert, sondern immerhin als stellvertretender Ministerpräsident. Hier wäre, glaube ich, Ihre Rolle stark gefragt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ein zweiter Bereich, wo Sie im Ländle bleiben können – um diesen Terminus einmal aufzugreifen –, wäre der Datenschutz, der uns in diesen Tagen sehr stark umtreibt, nicht nur bei der Bahn, auch bei der Stadt Stuttgart und insbesondere in den letzten Monaten bei privaten Unternehmen. Wir haben seit Langem zusammen mit den Grünen die Zusammenlegung des privaten und des öffentlichen Datenschutzes gefordert.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sehr richtig!)

Warum sind Sie diesen Vorschlägen nie gefolgt? Das darf Ihr FDP-Kollege Wolff tun, ein Bundestagsabgeordneter, der dann einen Brief an den Innenminister des Landes Baden-Württemberg schreibt und für diese Zusammenlegung von privatem und öffentlichem Datenschutz wirbt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das Innenministerium ist das!)

Der Herr Innenminister Rech sitzt zwei Plätze neben Ihnen. Sie sollten ihn bei Gelegenheit vielleicht einmal darauf ansprechen und ihn für dieses Thema gewinnen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Vielleicht hat er das schon gemacht!)

Das wäre liberale Rechtspolitik für Baden-Württemberg, und dann haben Sie uns an Ihrer Seite.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie schon beim vergangenen Haushalt beginne ich gern mit dem Zitat, das unser Justizminister seinem Bericht zum Staatshaushaltsplan voranstellt und auf das er staatsphilosophisch Bezug nimmt. Diesmal lautet es: „Wer neue Heilmittel scheut, muss alte Leiden dulden.“ Die neuen Heilmittel – so verstehe ich ihn dann im Weiteren – sind Reformmaßnahmen, Strukturreformen, aber auch materiell-rechtliche Reformen.

Jetzt will ich als Mitglied der Grünen-Fraktion in der Opposition nicht in Abrede stellen, dass es Ihnen in einigen Fällen gelungen ist, diese Reformvorhaben anzustoßen. Die Beispiele dafür will ich Ihnen auch nennen; das tragen wir auch mit.

Ich beginne mit den Notariaten. Das ist ein wirklich langer Prozess, der mich begleitet, seitdem ich diesem Parlament angehöre. Das ist seit dem Jahr 1996 der Fall. Der Prozess läuft aber schon viel länger.

Man muss sagen: Da handelt es sich, Kollege Stickelberger, aus meiner Sicht nicht um die Frage der Privatisierung, sondern es geht primär um die Frage der Entlassung des Notariatswesens in die Freiberuflichkeit. Insofern finde ich diesen Schritt richtig. Ich finde ihn wichtig, weil Freiberufler diesen Job so gut machen können wie verbeamtete Notare. Dazu kommt in Anbetracht der Pensionslasten, die auf das Land zukommen, natürlich, dass wir künftighin keine weiteren verbeamteten Notare mehr einstellen müssen. Insofern ist es auch eine Maßnahme, die strukturell wirkt und auf Dauer natürlich den Haushalt, auch den Justizhaushalt, entlastet. Das ist keine Frage.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

Ein weiterer Punkt, der von uns mitgetragen wird, ist dann logischerweise die Reform des Grundbuchwesens. Die ist besonders spannend, weil Sie jetzt – ich habe mich gerade noch einmal bei dem Kollegen von der FDP/DVP erkundigt, der das auswendig weiß – 673 Grundbuchämter auf elf reduzieren. Das finde ich deswegen spannend, weil Sie all das jetzt auch noch mit Bürgernähe begründen und weil insbesondere mir immer entgegengehalten worden ist: Wenn man die Zahl der Gerichtsstandorte reduziert, dann leidet darunter die Bürgernähe.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist aber etwas anderes!)

Jetzt konterkarieren Sie sich aus meiner Sicht selbst. Denn 108 Amtsgerichtsstandorte auf 44 zu reduzieren, nämlich pro Landkreis bzw. Stadtkreis einen, wäre eine Strukturmaßnahme, die in Ihrer Konzeption fehlt und für die wir uns so lange einsetzen werden, solange Sie sich dagegen zur Wehr setzen. Ich glaube, dass das eine Maßnahme wäre, die neue Mittel und Reformen brächte.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es wird noch viel interessanter. Auch die Menschen, die in der Justiz tätig sind, wissen jetzt, dass Sie die Zahl der Grundbuchamtsstandorte auf elf Standorte reduzieren. Warum auf elf? Es sind deshalb elf, weil sich die Neuordnung im Grundsatz an den zwölf Regionen in Baden-Württemberg orientiert. Als die Fraktion GRÜNE seinerzeit vorgeschlagen hat, die Landgerichtsstandorte an den Regionen zu orientieren, haben Sie diesen Vorschlag fundamental abgelehnt. Jetzt holen Sie die Konzeption aus der Tasche. Ich will jetzt nicht behaupten, dass es 1 : 1 unsere Konzeption ist. Aber die Idee, die Anzahl der Ämter an den Regionen zu orientieren, ist eine richtige Idee. Deswegen tragen wir auch die Grundbuchreform mit.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ein weiterer Punkt, den wir trotz Bedenken mittragen – Herr Minister, Sie erinnern sich bestimmt an die Debatte im Ausschuss; die SPD-Fraktion hat das abgelehnt, Herr Kollege Sti-

(Thomas Oelmayer)

Stickelberger hat es gerade noch einmal erwähnt –, ist die Privatisierung – da geht es wirklich um eine Privatisierung – der Beitreibung von Forderungen, die sich seitens des Landes, seitens der Justiz ergeben. Es geht um Privatisierung, Übertragung auf Inkassounternehmen, vielleicht auch um eine Übertragung auf Anwaltsbüros – das soll aber keine Bewerbung sein; das sage ich gleich dazu.

Ich finde es aber richtig, dass wir an den Stellen, an denen man gegebenenfalls mehr Effizienz erzielen kann – wenn es denn gelingt; man muss abwarten, ob das tatsächlich so kommt –, versucht, einen gewissen Teilbereich – es gibt keine umfassende Privatisierung dieser Forderungseinziehung – von Privaten machen zu lassen. Das versuchen wir jetzt. Wenn es sich nicht bewahrheitet, dass dort eine Effizienzrendite entsteht, dann muss man als Parlament auch den Mut haben, diese Reform oder diesen Aspekt wieder zurückzunehmen und diese Aufgabe wieder den Stellen des Landes zurückzugeben, die bisher dafür zuständig sind und aus meiner Sicht einen guten Job machen.

Ein weiterer Punkt beim Thema Privatisierung ist

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Bewährungshilfe!)

das Thema „Privatisierung der Bewährungshilfe“ und das Thema „Privatisierung der Justizvollzugsanstalten“ bzw. deren Bau und deren Software, wenn ich das so leger sagen darf.

Wir sind überall dort gegen Privatisierung – ob das der Mantel des Fundamentalisten oder der Mantel des Verfassungstreuen ist –, wo staatliche Gewalt in Grundrechte eingreift.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

In Grundrechte greift der Staat insbesondere dann ein, wenn er Menschen wegschließt. Das ist die härteste Strafe, die in unserem Rechtsstaat zulässig ist. Die Überwachung und die Betreuung in den Anstalten sowie die Eingriffe, die dort tagtäglich geschehen

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Kollege Zimmermann, dass wissen Sie als Strafvollzugsbeauftragter genauso gut wie ich –,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das weiß der Zimmermann nicht mehr! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

können wir nicht privatisieren. Das gebietet unsere Verfassung. Deswegen sind wir an dieser Stelle dagegen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dasselbe gilt für das Thema „Privatisierung der Bewährungshilfe“.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ach was!)

Die Debatte haben wir schon geführt. Ich will sie trotzdem noch einmal erwähnen, weil wir als Grünen-Fraktion der Auf-

fassung sind, dass auch dort ein Eingriff in Grundrechte möglich ist,

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sehr gut!)

z. B. beim Bewährungswiderruf. Da gibt es die Personalauswahl, die Personaldirektion und all das, was wir jetzt im Wege der Beleihung usw. für die Bewährungshilfe organisiert haben und was aus unserer Sicht im Rahmen des Strafvollzugs eine wichtige Rolle spielt. Das alles sollte nicht privatisiert werden. Das sollte schon deswegen nicht privatisiert werden, weil man aus unserer Sicht dort keine Effizienzrendite erzielen kann. Wenn man sie dort erzielen will, dann erzielt man sie an der falschen Stelle. Jede Hilfe für Resozialisierung, die man streicht, ist ein falscher Weg, weil dann die Menschen nicht wieder in die Gesellschaft zurückgeführt werden. Die Rückführung in die Gesellschaft spart auf Sicht viel mehr als eine Effizienzrendite bei der Bewährungshilfe. Deswegen sind wir nach wie vor dagegen.

(Beifall bei den Grünen)

Der Kollege Stickelberger hat mir den letzten Punkt – wenn auch nicht direkt – vorweggenommen: die Rechts- bzw. Justizpolitik eines Justizministeriums. Wenn man es strukturell ganz streng nimmt, ist die Tatsache – das hat jetzt gar nichts mit der Person des amtierenden Ministers zu tun, jedenfalls nicht an dieser Stelle –, dass eine unabhängige Gerichtsbarkeit von einer Person – das kann ein Mann oder eine Frau sein – geleitet wird, die der Exekutive angehört, aus meiner Sicht als solches schon ein Strukturfehler. Das kann man jetzt hier im Parlament wahrscheinlich nicht so schnell ändern. Aber ändern kann man etwas – das hat Kollege Stickelberger zu Recht angesprochen – bei atmosphärischen Fragen und vielleicht auch Führungsfragen, die dem Justizminister obliegen.

Wenn es so weit kommt, dass der Präsident eines Oberlandesgerichts personalpolitisch einwirken muss, um dort Entscheidungen rückgängig zu machen oder zu kritisieren, dann zeigt dies natürlich einen Mangel an Führungskraft des Justizministers. Daran führt kein Weg vorbei. Herr Minister, diesen Schuh müssen Sie sich anziehen. Wenn Sie das in Ihrem Ministerium nicht richtig organisiert haben, dann kann man Ihnen nur raten, das künftig so zu organisieren, dass solche atmosphärischen Verstimmungen in der Justiz durch personalpolitische Entscheidungen, die falsch sind oder die die Justiz zumindest nicht mitträgt, nicht wieder vorkommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

An dieser Stelle gibt es ein weiteres Beispiel. Auch das weiß ich, ohne dass man mir das aufschreibt. Das kann ich mir einfach merken, weil in meiner Amtszeit einmal der Richterrat getagt hat. Da ging es um die Frage: Wie werden Richterinnen und Richter befördert? Auf welcher Grundlage passiert das? Wie transparent sind die Entscheidungen? Was muss eine Richterin oder ein Richter abliefern, um befördert zu werden?

Damals ging es um die Frage von Beförderungsrichtlinien. Diese Beförderungsrichtlinien gibt es jetzt. Aber die Beförderungsrichtlinien mit den Betroffenen in Diskussionsprozessen

(Thomas Oelmayer)

abzustimmen, hätte sich aus meiner Sicht einfach anders organisieren lassen müssen, als Sie das getan haben. Deswegen hat es dort auch heftige Kritik gehagelt. Und auch dort hat Ihnen offensichtlich – Ihnen persönlich oder Ihrem Ministerium – die Sensibilität gefehlt.

Weil ich es in meinem praktischen Leben tagtäglich mit Justiz zu tun habe, möchte ich zum Schluss all denjenigen Menschen, die in der Justiz tätig sind, und zwar vom Gerichtsdienner – wir haben mit den Saaldienern hier im Landtag Menschen, die einen ähnlichen Job tun – über die Menschen, die im Strafvollzug tätig sind, bis hin zum Präsidenten des Oberlandesgerichts und vielen anderen, für ihren Job, den sie bei den Staatsanwaltschaften usw. machen, im Namen unserer Fraktion danken,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

weil sie das auffangen, was Sie in den vergangenen Jahren durch Stellenabbauprogramme personalpolitisch abgebaut haben. Denn trotzdem haben wir eine funktionsfähige Justiz; das steht außer Frage. Deswegen gilt den Menschen, die dort tätig sind, von unserer Fraktion aus Dank.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Erwiderung des Ministers.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Wetzel für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Justiz in Baden-Württemberg leistet sehr gute Arbeit. Dafür danke ich allen Personen und Akteuren, die bei der Justiz beschäftigt sind – im Justizministerium, bei den Gerichten, bei den Staatsanwaltschaften, in den Justizvollzugsanstalten sowie im Gerichtsvollzieherwesen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn ohne eine gute Justiz können wir hier alle einpacken.

Herr Kollege Oelmayer, wenn Sie allen so gut danken können, hat dies auch einen Grund. Diese Menschen, denen Sie gedankt und die nach Ihren Worten und auch nach den Worten von Ihnen, Herr Stickelberger, gute Arbeit geleistet haben, wurden ja von irgendjemandem eingestellt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr wahr!)

Sie wurden vom Justizministerium eingestellt. Wenn sie solch eine gute Arbeit leisten, können das Justizministerium und die Atmosphäre so schlecht nicht sein.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer  
GRÜNE: Die machen ihre Arbeit trotz des Justizministeriums! So wird ein Schuh daraus!)

Unsere Justiz in Baden-Württemberg ist auch sehr effizient. Herr Kollege Hitzler hat es gesagt: Wir haben die kürzesten Verfahrensdauern sowohl bei den Gerichten als auch bei den Staatsanwaltschaften. Unser Strafvollzug ist deutschlandweit

nicht nur am sichersten, sondern im Hinblick auf die Resozialisierung auch am modernsten.

Meine Damen und Herren, mit dem Justizhaushalt sind die Grundlagen dafür gelegt, dass wir diese gute Situation auch in den kommenden Jahren beibehalten und auch stabilisieren können.

Ich darf daran erinnern, dass auch in diesem Jahr keine Stellen gestrichen werden mussten. Dafür danke ich der Landesregierung ausdrücklich.

Wir konnten auch erreichen, dass 15 Richterstellen von den Arbeitsgerichten und den Verwaltungsgerichten auf Sozialgerichte umgeschichtet wurden. Dies war aufgrund der großen Prozessflut erforderlich, die uns Hartz IV aus Berlin beschert hat. Die Zahl der Klageeingänge bei den Sozialgerichten ist seit 2004 teilweise um 19 % gestiegen. Obwohl das Justizministerium seit 2005 für eine Verstärkung im Umfang von insgesamt 22 Richterstellen durch Nutzung freier Kapazitäten anderer Gerichtsbarkeiten gesorgt hat, führte dies im Ergebnis nur zu einer kurzfristigen Entlastung. Der starke Anstieg der Zahl der Verfahren in den vergangenen Jahren gleicht den Entlastungseffekt mehr als aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies alles könnte besser geregelt werden, wenn der Vorstoß über den Bundesrat auf Zusammenlegung von Verwaltungsgerichtsbarkeit und Sozialgerichtsbarkeit tatsächlich auch die Zustimmung der SPD in Berlin finden würde. Das Ganze könnte dadurch effektiver sein. Aber die Sozialdemokraten in Berlin weigern sich, diesen Vorstoß gutzuheißen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Pfui!)

Meine Damen und Herren, gerade im Strafvollzug war und ist Baden-Württemberg Vorbild für ganz Deutschland. Alternative und soziale Resozialisierungsmaßnahmen tragen dazu bei, dass weitere Straftaten verhindert werden können. Unser Jugendstrafvollzugsgesetz, das wir verabschiedet haben, hat in ganz Deutschland Maßstäbe gesetzt.

Natürlich genügt dies allein nicht. Das Haftplatzentwicklungsprogramm 2015 wurde beschrieben. Es sieht vor, dass bis 2015 insgesamt 1 200 zusätzliche Haftplätze geschaffen werden. In diesem Zusammenhang ist besonders auf die gescholtene JVA Offenburg hinzuweisen, die voraussichtlich in diesem Jahr „ans Netz gehen“ wird.

Es ist zusammen mit Hessen in Deutschland auch einzigartig

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Hessen ist schon längst entzaubert!)

– es ist nicht entzaubert; Sie versuchen, dass es entzaubert wird, aber es ist nicht entzaubert –, dass erstmals 40 % der anfallenden Tätigkeiten von privaten Dienstleistern erledigt werden. Dadurch werden wir auch den Staatshaushalt entlasten. Wir sind der Ansicht, dass z. B. die Kleider- und Essensausgabe keine hoheitlichen Tätigkeiten sind und demzufolge nicht von Beamten erledigt werden müssen.

Meine Damen und Herren, ich erinnere an das „Projekt Chance“. Dabei können wir auf fünf Jahre erfolgreiche Erfahrungen

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

zurückblicken. Dieses Projekt gilt bundesweit als Vorreiter für einen modernen Jugendstrafvollzug.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das, was in Creglingen und in Leonberg gemacht wird, geschieht außerhalb der Gefängnismauern und damit – zu Ihrer Erinnerung – privat, und das funktioniert ebenfalls. Sie sehen: Privat ist nicht – wie Sie das immer sagen – per se schlecht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wie wir lesen konnten, meine Damen und Herren, ist dieses Projekt so erfolgreich, dass zwischenzeitlich Sachsen angefragt hat. Der Verein Prisma e. V. wird im Auftrag Sachsens dieses Programm dort ebenfalls aufbauen. Sie sehen, die Sachsen machen es den Baden-Württembergern nach.

Sehr erfolgreich ist auch das Projekt „Schwitzen statt sitzen“. Dabei sparen wir eine Vollzugsanstalt mit insgesamt 535 Haftplätzen ein. Das ist, Herr Kollege, ebenfalls privat. Ich sage das, weil Sie immer auf die Privatisierung losgehen. Dadurch entlasten wir natürlich den Landeshaushalt ganz erheblich.

Das Netzwerk Straffälligenhilfe hat ab 2008 landesweit die Vermittlung gemeinnütziger Arbeit übernommen. Dafür sind wir sehr dankbar. Damit können wir die infrage kommenden Straftäter noch effektiver vermitteln. Wir haben es also tatsächlich, um es neudeutsch zu sagen, mit einer Win-win-Situation zu tun. Die Straftäter leisten sinnvolle gemeinnützige Arbeit und müssen ihre Zeit nicht im Gefängnis absitzen, und die JVA's werden entlastet, da diese Straftäter keine Zellen belegen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Gut so!)

Weitere konkrete Einsparpotenziale konnten wir durch die Überleitung der Aufgaben der Straffälligenhilfe und der Bewährungshilfe auf die NEUSTART gGmbH erreichen. Sie wollen es zwar nicht hören, aber ich muss es immer wieder sagen: Eine hoheitliche Tätigkeit ist dies nicht.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Aber dies alles, meine Damen und Herren, ist natürlich nur möglich, weil die vielen ehrenamtlich Tätigen, die hier gefragt sind, tatsächlich auch engagiert werden konnten. Im Namen der FDP/DVP-Fraktion danke ich allen ehrenamtlich tätigen Personen in diesem Bereich, sei es den Betreuern für alte und kranke Menschen, sei es den Bewährungshelfern oder Zeugenbegleitpersonen in der Justiz oder im Netzwerk Straffälligenhilfe. Sie alle tragen dazu bei, dass unsere Welt menschlich bleibt und die Menschen das Vertrauen in die Justiz behalten. Sie geben uns und allen anderen das Kostbarste, was es gibt, nämlich Zeit. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich danke unserem Justizminister, dass er diesen Erfolg durch das Qualitätsmanagement für bürgerschaftliches Engagement im Justizvollzug möglich gemacht hat. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sehr erfreulich ist auch, meine Damen und Herren, dass wir in diesem Jahr den Hausarrest – kontrolliert durch die elektronische Fußfessel – werden einführen können. Der erste Versuch in dieser Richtung im Jahr 2001 durch eine Aktivität über den Bundesrat – damals waren wir noch nicht für die elektronische Fußfessel zuständig – wurde, Herr Kollege Oelmayer, damals durch die Grünen im Bundestag gestoppt – unverständlicherweise.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wir aber nicht!)

– Aber Ihre grünen Kollegen im Bundestag waren das.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Fragen Sie einmal Ihren Minister! Wir waren dafür! Das wird er noch wissen!)

– Es ist einfach so.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch nur ein kleines Häuflein im Bundestag! Wie können die denn das?)

Durch den elektronischen Hausarrest können wir auch den Landeshaushalt ganz erheblich entlasten.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Der elektronische Hausarrest ist vor allem wesentlich humaner. Ein Straftäter wird nicht aus seiner Familie herausgerissen. Er kann seinen Job ausüben und bleibt in seiner Familie, in seinem Umfeld. Auch hier können wir wirklich von einer Win-win-Situation sprechen, ohne dass der Landeshaushalt wesentlich belastet wird.

Meine Damen und Herren, das Forderungsmanagement, das von Ihnen angesprochen wurde, ist ein guter Versuch, um uneinbringliche Forderungen dennoch beizutreiben.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ob er gut ist, stellt sich noch heraus!)

Wir werden sehen, wie das Projekt ausgeht.

Meine Damen und Herren, wenn vollstreckt werden muss, dann machen das nach wie vor die Gerichtsvollzieher und keine privaten Inkassounternehmer.

Auch auf anderen Gebieten ist die Justiz in Baden-Württemberg weltoffen und innovativ. Die Einführung elektronischer Medien bei den Gerichten und Verwaltungen hat dazu beigetragen, dass unsere Justiz sehr leistungsfähig bleibt und auch in anderen Bundesländern so anerkannt wird. Darauf können wir stolz sein.

Durch die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs an den Landgerichten Freiburg und Stuttgart können wir die Verfahrenseffizienz der Gerichte wesentlich steigern. Klageschriften, Klageerwiderungen und Fristverlängerungen, also der gesamte Schriftverkehr, müssen nicht umständlich in fünffacher Ausfertigung bei Gericht eingereicht werden, sondern die Übermittlung kann elektronisch erfolgen. Auch dadurch können die Gerichte entlastet werden.

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Dann können wir aber auch die Zahl der Gerichtsstandorte reduzieren! Dann geht das auch elektronisch!)

Die beschlossene Umstellung der Notariate findet zwischenzeitlich die Zustimmung der Grünen und der SPD. Dazu muss man also nichts mehr weiter sagen. Herzlichen Dank für diese gute Reform!

Eng mit den Notariaten verbunden ist die Grundbuchreform, meine Damen und Herren. In der Tat wird die Zahl der Grundbuchämter von 673 auf elf reduziert. Das ist ein unglaubliches Konzentrat. Herr Kollege Oelmayer, das ist natürlich nicht mit einer Reduzierung der Zahl der Amtsgerichte zu vergleichen. Ich weiß, dass Sie sie von 108 auf 48 Amtsgerichte reduzieren wollen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: 44!)

– Oder 44, danke schön.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: 48 würde ja gar keinen Sinn machen!)

Herr Kollege Oelmayer, wenn die Grundbuchreform durchgeführt ist, dann kann ich am jeweiligen Computer und am jeweiligen PC Einsicht in die Grundbuchakte nehmen. Ich muss also nicht fahren. Wenn ich aber Gerichtsverhandlungen habe, dann wird das persönliche Erscheinen angeordnet. Dann muss ich erscheinen und muss hinfahren. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Bernd Hitzler CDU: Sehr gutes Beispiel! – Gegenruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wer hat denn dann wie oft eine Gerichtsverhandlung? Das ist doch kein Argument!)

Die Justiz ist ebenfalls erfolgreich, u. a. weil sie großen Wert auf Bildung und Ausbildung legt. Ich begrüße den Entschluss des Ministerrats, an der Hochschule für Rechtspflege in Schwetzingen eine Justizakademie einzurichten.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel** FDP/DVP: Ich komme gerade zum Ende.

Spätestens im Jahr 2012 sollen dort alle wesentlichen Fortbildungsmaßnahmen konzentriert werden.

Vorbildlich und zukunftsweisend, meine Damen und Herren, ist auch die Einführung eines als „Mannheimer Modell“ bezeichneten Bachelorstudiengangs zum Unternehmensjuristen. Hier haben BWL und Juristerei zusammengewirkt. Junge Menschen werden dort ganz gezielt auf dieses Berufsfeld vorbereitet, ohne dass die klassische Juristenausbildung vernachlässigt würde.

Meine Damen und Herren, zum Schluss kurz noch zum Thema Kinderbetreuung. Auch hier ist das Justizministerium vorbildhaft. Ich sehe das Land als Arbeitgeber auch in der Pflicht,

seinen Mitarbeitern zeitgemäße Arbeitsstellen zu schaffen. Ich finde es hervorragend, dass das Justizministerium einen Betriebskindergarten schaffen will und zur Verfügung stellt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Und die anderen Ministerien nicht?)

An dieser Stelle danke ich auch dem Sozialministerium, das diesen Weg mitgegangen ist. Das ist vorbildhaft auch für andere Ministerien. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie sehen, meine Damen und Herren: Wir können bei der Justiz in Baden-Württemberg auf eine Erfolgsgeschichte verweisen. Meine Damen und Herren von der Opposition, stimmen Sie dem Justizhaushalt zu.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel** FDP/DVP: Sie tun sich dadurch ebenfalls einen großen Gefallen.

Danke sehr.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Goll.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erfreulicherweise ist in der Debatte zum Ausdruck gekommen, dass die Justiz in Baden-Württemberg in Ordnung ist. Sie leistet hervorragende Arbeit und sorgt zusammen mit der Polizei für innere Sicherheit. Sie sorgt für Rechtsfrieden im Land. Eigentlich kann man einen solchen Vorteil – funktionierende Gerichte und Rechtsfrieden; Staatsanwaltschaften und Notariate sehr gut in Schuss – gar nicht in Geld ausdrücken.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das stimmt!)

Wenn man den Haushalt anschaut, sieht man, dass das Ausgabenvolumen 1,4 Milliarden € beträgt; das sind knapp 4 % des Landeshaushalts. Von diesen Ausgaben erwirtschaftet die Justiz gleich wieder die Hälfte: 50 %. Wir können diese Summe also gerade noch einmal halbieren. Dann bleibt an Belastung pro Bürger, wenn man es mit einem beliebt gewordenen Vergleich plastisch ausdrücken will, ein monatlicher Betrag, der etwa dem Preis einer Currywurst entspricht.

Die „Veranstaltung Justiz“ kostet den Bürger also den Preis einer Currywurst pro Monat. Es ist klar, dass Jugendliche im Monat z. B. für die Klingeltöne ihres Handys viel mehr ausgeben, als wir pro Kopf für die Justiz bezahlen müssen.

Die Ausgaben, von denen ich gesprochen habe, sind in hohem Maße zwangsläufig. Allein 68 % davon sind Personalausgaben; 18 % werden für Auslagen in Rechtssachen benötigt, die von uns praktisch nicht beeinflussbar sind.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Vielleicht erstaunt im ersten Moment die Personalkostenquote von 68 %. Ich lege aber Wert auf die Feststellung, dass wir in Baden-Württemberg auch in der Justiz die dünnste Personaldecke bundesweit haben. Trotzdem haben wir objektiv mit die besten Ergebnisse. Wir sind eigentlich überall vorn in der Spitzengruppe mit dabei, einmal mit dem einem Land, einmal mit dem anderen. Die Ergebnisse sind also äußerst erfreulich.

Das hängt übrigens auch damit zusammen, dass es bis heute gelingt, wirklich guten Nachwuchs zu rekrutieren. Auf dem Markt sind wir nach wie vor ein sehr beliebter Arbeitgeber. Das ist sehr wichtig; denn klar ist, dass uns bei der Bezahlung andere ausstechen, und zwar zum Teil deutlich. Wir haben aber immer noch genügend sehr gute junge Leute, die zu uns in die Justiz wollen. Das erklärt, warum die Ergebnisse trotz einer relativ geringen Personaldichte so gut sind.

Man darf es aber natürlich auch nicht übertreiben. Man darf die Leute nicht verschleifen. Es muss so sein, dass sie mit dem Arbeitsanfall, den sie ja selbst nicht steuern können – Akten, die sich sonst einfach stapeln –, noch fertig werden können. Deswegen bin ich dem Landtag und dem Finanzministerium natürlich äußerst dankbar, dass sie an einer bestimmten Stelle einmal gesagt haben: Ein weiterer Personalabbau ist nicht möglich. Die Restverpflichtungen zum Abbau von 135 Stellen, die wir aus früheren Programmen noch hatten, wurden gestundet.

Dabei wurde – das muss man sagen – auch schon in der Vergangenheit auf diese Besonderheiten des Justizbereichs Rücksicht genommen, sodass sich der Personalabbau in überschaubaren Grenzen gehalten hat.

Aufgrund dieser „Deckelung“ der Stellen konnten wir – auch dafür bin ich dankbar – das Personal ein bisschen umschichten, und zwar dorthin, wo es am meisten brennt. Das geschah kostenneutral, aber es musste haushaltstechnisch mitvollzogen werden. Hierfür herzlichen Dank an die Fraktionen, die das unterstützt haben, und an das Finanzministerium. Wir haben in der Tat beispielsweise die Staatsanwaltschaften – was nötig war – ein Stück weit gestärkt, und wir haben die Sozialgerichtsbarkeit noch einmal um 15 Stellen gestärkt. Dorthin haben wir ja schon in der Vergangenheit 22 Stellen gebracht; jetzt kommen also noch 15 Stellen dazu. Dadurch haben wir dort eine Verbesserung erreicht und setzen dies fort.

Es ist allerdings auch richtig, wenn darauf hingewiesen wird, dass sich das Problem eigentlich mit einem Federstrich, nämlich mit der Zusammenlegung von Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit, lösen ließe. So müssen wir mühsam versuchen, Richterstellen von einem Bereich in den anderen zu bringen, was ja nicht ganz einfach ist, weil Richter bekanntlich nicht so einfach von einem Gericht an ein anderes versetzt werden können. Käme die Zusammenlegung, würden sie ganz einfach in einem anderen Spruchkörper desselben Gerichts tätig. Dieser Spruchkörper würde übrigens genauso aussehen wie bisher; wir wollen weder Spruchkörper verändern, noch wollen wir Prozessordnungen verändern, wir wollen praktisch nur personaltechnisch ein gemeinsames Dach errichten. Vielleicht bekommen wir es ja noch hin.

Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, dass diese Umschichtungen einvernehmlich und konstruktiv – natürlich nach einigen Diskussionen; das liegt in der Natur der Sache – von

den Chefpräsidenten und den Generalstaatsanwälten, von den Spitzen der baden-württembergischen Justiz, gemeinsam getragen und verabschiedet wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal auf die erwähnten fünf Stellen zurückkommen und Sie bitten, sich da ein eigenes Bild zu machen. Wir brauchen für die großen Reformen – Grundbuch und Notariat – vorübergehend eine Verstärkung unserer wirklich sehr kleinen Truppe im Ministerium, um den Ablauf dieser Reformen zu gewährleisten. Dazu benötigen wir für ein paar Jahre fünf Stellen aus der Justiz.

Meine Damen und Herren, wir haben 1 400 Richterstellen in der baden-württembergischen Justiz, verteilt auf die beiden Oberlandesgerichtsbezirke. Wenn für ein paar Jahre jeweils 2,5 Stellen pro OLG-Bezirk vorübergehend in Anspruch genommen werden und jemand sagt, das gefährde die Funktionsfähigkeit der baden-württembergischen Justiz, dann gibt er sich – Verzeihung – meiner Meinung nach der Lächerlichkeit preis. Aber da sieht man, welches heute die Probleme sind. Das scheint das größte Problem, die größte Zumutung zu sein.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Verzeihung, ich habe diesen Brief – nicht nur ich, aber auch ich – als maßlos und überzogen empfunden. Wenn wir nicht mehr darum bitten können, vorübergehend – nur für ein paar Jahre – für eine solche Reform pro OLG-Bezirk – bei 1 400 vorhandenen Richterstellen – jeweils 2,5 Stellen in Anspruch nehmen zu dürfen – die man hinterher ja zurückgibt –, dann dürfen wir vonseiten der Administration wohl gar nichts.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger?

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Ja.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Herr Minister, stimmen Sie mir in der Bewertung zu, dass sich die Kritik des Oberlandesgerichtspräsidenten nicht auf diesen Einzelfall der fünf Stellen allein bezogen hat, sondern in eine grundsätzliche Kritik an der Informationspolitik Ihres Hauses eingebettet war?

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Ich schicke voraus: Wenn wir in der Justiz eine Umfrage dazu machen würden, wie die Informationspolitik unseres Hauses empfunden wird, fiel diese sicherlich viel günstiger aus, als der Eindruck vermuten lässt, der aufgrund der Berichterstattung entstanden ist.

Ich gehe in diesem Zusammenhang gern aber auch auf das zweite schon angesprochene Stichwort ein: Beurteilungsrichtlinie. Ich lege schon Wert darauf, dass man auch hier im Haus einmal erfährt, worum es bei der Beurteilungsrichtlinie eigentlich wirklich geht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Richtig!)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Die „Zumutung“ bei der Beurteilungsrichtlinie war die folgende: Wenn jemand das erste Beförderungsamts bekommt, also von R 1 nach R 2 aufrückt – das ist die allererste Beförderung; in diesem Bereich bewegen wir uns –, wird in der Regel gefordert, dass er oder sie für ein halbes Jahr eine Erprobungsabordnung beim Oberlandesgericht durchläuft – scherzhaft als „drittes Examen“ bezeichnet. Das halten wir ein; ich halte das auch für richtig und stehe dahinter. Aber es sollte so sein, dass, wenn jemand ausnahmsweise seine Erprobung beim BGH oder beim Bundesverfassungsgericht macht, dies als gleichwertig erachtet wird und ebenfalls in Betracht kommt.

Jetzt müssen Sie sich folgenden Witz vorstellen – das muss hier einmal deutlich werden –: Baden-Württemberg ist, soweit ich sehe, das einzige Bundesland – obwohl diese Bundesgerichte bei uns im Land sind –, das eine Tätigkeit dort bisher nicht als mögliches Äquivalent anerkennt. Das ist ja gar nicht in die Fläche gedacht, sondern nur bezogen auf Einzelfälle.

Dann haben wir gesagt: Das könnte man doch auch bei uns hineinschreiben. Das war alles. Dann gingen die Gerüchte los, wir wollten darüber unsere Leute positionieren. Das alles ist ein Quatsch, wie er im Buche steht.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Es geht nur um Fälle wie diesen: Wir haben z. B. eine erstklassige Ziviljuristin im Haus. Die steckt juristisch so ziemlich alles in die Tasche, was es gibt. Dann arbeitet sie eine Zeitlang am BGH und wirkt dort an Urteilen mit. Bevor sie von R 1 in R 2, in das erste Beförderungsamts, darf, müsste sie noch einmal zum OLG, damit man schauen kann, ob sie es auch wirklich kann. Ob das nicht eine überzogene Vorstellung von anderer Seite ist, das lasse ich wiederum hier im Raum stehen. Das ist alles, worum es dabei ging. Da kann man jetzt natürlich irgendetwas dabei aufpumpen.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Wenn Sie deswegen, lieber Herr Stickelberger, anfangen würden, Ihre Spitzenbeamten infrage zu stellen, dann wären Sie ein schlechter Chef. Das möchte ich auch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Rainer Stickelberger SPD: In anderen Häusern klappt es besser! Offensichtlich klappt es bei der Verwaltungsreform ohne dieses Hickhack mit den Behördenleitern!)

– Gut, wissen Sie, wenn Sie vonseiten der Administration irgendetwas tun und irgendetwas verfolgen, gibt es zwischendurch immer auch einmal schwierige Momente, Kritik, Missverständnisse usw., die man dann in den Kontext stellen muss. Aber eines darf man nicht, nämlich sich am Ende zurückziehen und sagen: Jetzt mache ich am liebsten gar nichts mehr, damit ich keinen Ärger habe. Gelegentlichen Ärger können Sie bei keiner Reform ausschließen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Es ist die Frage, wie man es macht!)

Ich wollte Ihnen hier nur die Dimension des Ärgers klarmachen. Mehr war es eigentlich nicht. Da kann man sich selbst ein Bild machen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war interessant, das einmal zu hören! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Es muss doch einen Grund haben, warum es dann so explodiert!)

Übrigens: Um auf ein paar andere Themen – –

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Personalpolitik ist eine sensible Politik!)

– Wenn wir bei der Personalpolitik sind – Sie geben mir das Stichwort –, sage ich: Gut ist z. B., wenn Sie wissen, wo Sie wie viel Personal brauchen. Da darf ich an dieser Stelle einmal sagen, dass wir das moderne Personalbedarfsmessungssystem, das wir mittlerweile in der Bundesrepublik haben, federführend in der Gruppe erarbeitet haben. Wir können sehr genau sagen, wo viel Arbeit anfällt, wie viel Arbeit anfällt und wie viel Personal eingesetzt ist. Wir haben einen so guten Überblick, wie ihn üblicherweise die Betriebe haben, und sogar einen besseren Überblick, als ihn mancher Betrieb hat. Die Personalbedarfsberechnung ist ein Teil, in dem wir in der Justiz moderne Methoden eingeführt haben, um zu wissen, was los ist.

Genauso darf ich erwähnen, dass wir kürzlich ja erfreulicherweise gelobt worden sind, und zwar für die Einführung der Neuen Steuerungsinstrumente. Neue Steuerungsinstrumente sind natürlich gut und richtig, wenn man sie richtig umsetzt.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Der Rechnungshof hat bekanntlich die Justiz für die Umsetzung dieser Instrumente gelobt. Bei uns sind Controlling, Qualitätsmanagement, Benchmarking, Vergleichsringe und Organisationsuntersuchungen Alltag. Gestern ist bei mir z. B. folgende Sache über den Schreibtisch gegangen: 22 Zielvereinbarungen der Hausspitze mit den Abteilungen zu konkreten Projekten. Das ist das, was wir mit kooperativer Führung meinen und was die Justiz übrigens sicher auch in ihren objektiven Ergebnissen vorangebracht hat und weiter voranbringen wird. Insofern muss man, glaube ich, schon das Gesamtbild richtig sehen. Bei uns wird gesteuert, aber es wird kooperativ gesteuert. Die Betroffenen werden einbezogen.

Die künftigen Reformen, die großen Reformen, sind angesprochen worden. Dazu will ich nur wenige Anmerkungen machen.

Zur Notariatsreform: Die Notariatsreform ist eine gerade noch rechtzeitig erfolgende Antwort auf die Entwicklungen in der EU. Ich sage es an dieser Stelle ein letztes Mal: Wir sind an dieser Stelle ein Stück weit Getriebene. Das ist keine Privatisierungslust, sondern es ist so, dass dieses System demnächst von der EU funktionsunfähig gemacht worden wäre und dass wir jetzt rechtzeitig die Weichen für ein neues System gestellt haben, uns aber auch so viel Zeit lassen, dass sich alle nun wirklich darauf einstellen können.

Damit einhergehend bzw. vorher erfolgt die Reform des Grundbuchwesens. Bei der Reform des Grundbuchwesens fasziniert mich, wie oft man da klarmachen muss, was im Jahr

(Minister Dr. Ulrich Goll)

2009 Bürgernähe bedeutet. Ich sehe es den Grünen ja nach, die sich wahrscheinlich mit jeder neuen Technik irgendwo schwertun.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind aber gültig! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Bernd Hitzler CDU: Rauchzeichen!)

Sie sind aber hier wirklich – – Lieber Herr Oelmayer, Ihre Argumentation ist einfach von gestern. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass Sie dann, wenn die Reform durchgeführt ist, in der Summe wahrscheinlich von mehr Stellen aus ans Grundbuch herankommen als jetzt, obwohl wir jetzt 673 Grundbuchämter haben. Dank moderner Technik soll es eine Möglichkeit geben, bei etwa 400 Grundbucheinsichtsstellen im Land Einsicht zu nehmen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ich habe doch gar nichts gegen das Grundbuch! Ich will bloß nicht kapieren, warum Sie es bei der Gerichtsbarkeit nicht machen! Gegen die Grundbuchreform habe ich doch gar nichts!)

– Dazu sage ich gleich etwas.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja, das wäre nett!)

Wir halten aber vorher fest, dass man hinterher von mehr Stellen an das Grundbuch herankommt. Der Service für die Bürger wird also unter dem Strich besser.

Jetzt der Unterschied zu den Amtsgerichten: Ich bin fassungslos, dass man das überhaupt erläutern muss. Wann waren Sie eigentlich zuletzt beim Grundbuchamt?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Noch nie! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wann waren Sie zum letzten Mal beim Amtsgericht?)

– Gut, zum Amtsgericht kommt unter Umständen jeder einmal.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Also ohne beruflichen Aspekt! Wann waren Sie zum letzten Mal beim Amtsgericht?)

– Das geht ganz schnell.

(Heiterkeit des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ja, genau!)

Ich muss selbst überlegen, wann ich einmal beim Amtsgericht war. Ich besuche die Amtsgerichte häufiger, aber Sie wissen, was ich meine und was ich sagen will. Zum Amtsgericht kommt der Bürger mit einer gewissen statistischen Wahrscheinlichkeit tatsächlich einmal im Leben.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Einmal!)

Dann ist wichtig, dass er die Menschen kennt. Das halte ich z. B. im Strafrecht in kleineren Städten für ganz wichtig. Es geht nicht nur um Polizeipräsenz, es geht auch um die Präsenz der Justiz,

(Beifall bei der FDP/DVP)

darum, ob der Jugendliche, der irgendetwas getan hat, sagt, er fahre zum Einkaufen in die X-Stadt, und in Wirklichkeit steht er dort vor Gericht, und keiner merkt es. In einem kleineren Ort, in dem man die jungen Leute noch kennt, haben wir eine wesentlich günstigere Struktur.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Erzieherisch nachhaltig! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das wollte Herr Oelmayer wahrscheinlich vermeiden!)

– Erzieherisch nachhaltiger. – Die finanziellen Effekte der Auflösung kleiner Amtsgerichte sind denkbar gering. Wir haben das vor Jahren ergebnisoffen geprüft, bei uns gibt es nicht einfach Käseglocken. Ich bin damals in der Abschlusssitzung mit dem damaligen Präsidenten des Rechnungshofs zusammengesessen, und wir waren uns einig – man höre und staune –, dass man statt der bescheidenen Einsparungen, die möglich sind, den Nutzen der Präsenz in der Fläche haben will.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Der wollte ja auch 27 Standorte auflösen!)

– Sie wollen ja noch mehr, Sie wollen von 108 auf 44 kommen. Es bringt nichts, und es zerstört viel.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf: So ist es!)

Wenn es etwas bringen würde, müsste man sich hier darüber unterhalten.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Die Grundbuchämter machen Sie jetzt auch entlang der Regionen!)

Ich ziehe jetzt einmal ein kleines Fazit. Ich will mich an diesem Punkt nicht länger aufhalten, aber Herr Oelmayer, wenn Sie mit Ihrer Grünen-Fraktion dabei bleiben, dass 44 Amtsgerichte besser wären, man aber das Grundbuchamt um die Ecke haben muss, dann werden Sie mit dieser verkehrten Welt sicher ziemlich allein bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Da werden wir nie einig! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Ich will noch andere Reformvorhaben streifen, die auf uns zukommen, z. B. die Umgestaltung des familiengerichtlichen Verfahrens, ein großer Umbruch in diesem Jahr. Wir werden gezielt schulen. Ich bedanke mich beim Landtag, dass zusätzliche Mittel für die flächendeckende Schulung bereitgestellt wurden. Es wird auch das Forderungsmanagement für die Justiz kommen, für die Vergabe, und wir werden mit einem auf drei Jahre angelegten Pilotprojekt Erfahrungen sammeln. Hierzu muss man mit einem Satz klarmachen, dass es nicht darum geht, dass Gewalt angewandt wird – darum geht es gerade nicht –, sondern es soll im gewaltfreien Vorfeld effizienter gearbeitet werden.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ich habe doch nicht von körperlicher Gewalt gesprochen!)

Es wird zäher nachgefasst. Es wird darauf geachtet, ob vielleicht einer wieder zu Geld gekommen ist. Wir stellen fest, dass es mittlerweile sehr viele seriöse Forderungsmanagementfirmen gibt, die in geschickter Weise am Ball bleiben,

(Minister Dr. Ulrich Goll)

ohne jemanden einzuschüchtern, indem sie einfach rechtzeitig daran erinnern und darauf achten, ob sich die Verhältnisse geändert haben. Sie kommen eben – man muss es sagen – zu verbesserten Ergebnissen. Deswegen sollte man einmal schauen, ob das etwas bringt. Derzeit läuft das Vergabeverfahren; der Zuschlag wird wahrscheinlich zum 20. März 2009 erteilt werden.

Gern spreche ich noch einmal den Punkt der Übertragung der Bewährungshilfe auf freie Träger an. Dabei wende ich mich jetzt an diese beiden Fraktionen, weil ich anfangs, mich damit abzufinden, dass in diesem Teil des Hauses die Neigung besteht, bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag Zerrbilder zu konservieren, zu hegen und zu pflegen. Aber ich hoffe, dass Sie zumindest mit einem Ohr mithören.

Seit wir die Bewährungshilfe an den freien Träger übertragen haben, sind dort zusätzlich 200 Ehrenamtliche tätig. 100 weitere sind in der Ausbildung und damit bald fertig. Dann werden es in Kürze 300 Ehrenamtliche mehr sein, die in Baden-Württemberg Bewährungshilfe leisten.

Gleichzeitig werden zurzeit zusätzlich 40 hauptberufliche Stellen beim Träger geschaffen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Der stellt im Moment gerade 34 Sozialarbeiter und sechs Unterstützungskräfte ein. Was will man eigentlich mehr?

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Und wie ergibt sich dann die Effizienzrendite?)

Damit wären wir ja schon zufrieden. Aber er gibt uns gleichzeitig für das letzte Jahr 1 Million € zurück. Das ist der Stand heute.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Aha! Wie macht er das?)

Wer jetzt nicht langsam und allmählich merkt, dass es richtig ist, zu sagen: „Am Ende wird es besser sein als am Anfang“, dem muss eine gewisse Realitätsblindheit vorgeworfen werden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Mit Blindheit geschlagen! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Beratungsresistent! Innovationsresistent!)

Auch bei dem Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ – zu Recht ist das angesprochen worden – bedienen wir uns einer ehrenamtlichen Struktur. Auch das verdient, kurz beleuchtet zu werden. Bei „Schwitzen statt Sitzen“ haben sich die Vereine der Straffälligen- und Bewährungshilfe zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, zu einer neuen Qualität der Zusammenarbeit. Sie selbst sagen, dass sie auf diese Art zu neuen Ufern vorgestoßen sind.

Wir haben jetzt einen einheitlichen Partner. Das bringt natürlich auch Motivation bei den Betroffenen, wenn die Arbeit ernst genommen wird. Aber man braucht dafür natürlich auch Geld. „Für umme“ geht es nicht; das stimmt. Deswegen freue ich mich, dass wir den Zuschuss an das Netzwerk Straffälligenhilfe doch auf satte 1,6 Millionen € festsetzen konnten. Das ist eine tolle Sache. Die Leistung, die wir dafür bekommen, liegt auf der Hand: Im Gegenzug muss eine große Vollzugsanstalt nicht betrieben werden.

Im Moment – wenn wir beim Vollzug sind – sind wir dabei, die ganzen Gesetze zum Strafvollzug auf den Weg zu bringen. Ich möchte nur noch kurz daran erinnern, dass es bei der Debatte zur Übertragung des Jugendstrafvollzugs auf die Länder hieß: Jetzt fängt der Schabigkeitswettbewerb an. Ich stelle hier fest: Das Gegenteil hat stattgefunden. Es gibt einen Verbesserungswettbewerb der Länder im Strafvollzug. Dieser Bereich ist bei den Ländern in guten Händen.

Wir haben ein Haftplatzentwicklungsprogramm Justizvollzug. Da werden wir bis 2015 2 400 neue Plätze erstellen und 1 200 außer Dienst stellen. Damit können wir endgültig und auf lange Sicht eine rechtmäßige Unterbringung aller Gefangenen gewährleisten. Im rein rechnerischen Sinne haben wir sowieso nicht mehr viel Überbelegung; das muss man dazusagen. Aber auch da halten sich zäh die Irrtümer.

Wir passen das Haftplatzangebot an die Bedingungen der Zukunft an. Dazu gehört auch die Anstalt in Offenburg. Zu Offenburg hätte ich wirklich die dringende Empfehlung, das mit der Teilprivatisierung etwas tiefer zu hängen. Kürzlich hat bei einem Kongress ein erfahrener Anstaltsleiter gesagt: „Was wollen wir denn? Wir haben jetzt schon eine ganze Reihe von Leistungen privatisiert.“

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Von Freiburg?)

Ob das die medizinische Versorgung ist, ob das Unterricht ist, ob das andere Dinge sind – das sind doch nicht alles hoheitliche Aufgaben. Wir gehen nicht an die hoheitlichen Aufgaben; ich kann das nicht oft genug sagen. Aber den nicht hoheitlichen Teil – Wäsche, Kochen, Raumpflege, Unterricht, Arbeit –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Zahnarzt!)

werden wir jetzt probenhalber an einen Dritten, an Kötter, als Partner geben. Gebaut wurde die Anstalt von Züblin. Züblin ist übrigens eine baden-württembergische Firma. Das sichert ein paar Arbeitsplätze von Züblin in Baden-Württemberg. Da bin ich mir, ehrlich gesagt, also keiner Schuld bewusst, nachdem wir das so gemacht haben.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Subsubsubunternehmer!)

Unser Partner wird Kötter Sicherheitstechnik sein. Die von Kötter eingesetzten Leute werden nicht nur von dieser Firma selbst geschult, sondern die werden von uns auch noch einmal geschult, damit da sicher kein Qualitätsverlust eintritt. Mehr kann man, glaube ich, nicht machen. Ich empfehle, sich das einmal anzuschauen.

Genauso werden wir bei der Behandlung gefährlicher Straftäter vorankommen. Wir werden die Zahl der Therapien erhöhen. Auch da herzlichen Dank für die Bereitstellung der Mittel; das möchte ich doch erwähnen. Wir werden für ambulante Therapien zusätzlich 150 000 € bekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das muss man dem OLG und Herrn Böhm sagen!)

Wir werden den Hausarrest erproben können. Eigentlich hätte ich einmal eine solche Fußfessel mitbringen können. Ich mache es einmal bei einer anderen Gelegenheit.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Dann suchen wir uns eine heraus! – Zuruf: Für Oelmayer! – Heiterkeit)

Sie sieht ganz harmlos aus. Wir haben lange warten müssen, um es umsetzen zu können; das stimmt. Es ist eine gute Sache.

Darauf wurde zu Recht hingewiesen, genauso wie auf das „Projekt Chance“. Im Moment wird es in Sachsen gemacht. Wir haben im Haushalt immerhin 200 000 € für die Prüfung, für die Konzeption eines dritten Standorts. Wir müssen schauen, wie dann beim nächsten Doppelhaushalt die Finanzlage insgesamt ist. Der Ministerpräsident hat ja freundlicherweise in Aussicht gestellt, dass man noch über ein drittes Projekt im Land nachdenken könnte. Richtig ist der Weg sicher. Das wurde mittlerweile in der Evaluation auch bestätigt.

Diese Projekte sind, glaube ich, deutlich sichtbare Zeichen, einer modernen, einer funktionsfähigen Justiz in Baden-Württemberg. Diese verdanken wir in allererster Linie den Bediensteten in unseren Gerichten, Staatsanwaltschaften und Vollzugsanstalten. Diese Bediensteten möchte ich jetzt noch einmal ins Zentrum rücken. Ich möchte mich bei allen Bediensteten der baden-württembergischen Justiz ganz herzlich für ihre wirklich tolle Leistung bedanken.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen)

Wir sind – da darf ich „wir“ sagen, weil das auch in Ihren Reden erfreulicherweise so zum Ausdruck gekommen ist – in der Lage und auch aufgefordert, das in dieser Weise zu sehen, zu respektieren und auch zu honorieren.

Das gilt übrigens auch für das Thema, das der Kollege Wetzel am Ende angesprochen hat, nämlich die Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir haben uns im Rahmen der Justiz jahrelang dafür eingesetzt, dass wir Kinderbetreuungseinrichtungen arbeitsplatznah in den Landesbehörden und dabei auch in den Ministerien schaffen können. Das erste Mal sind jetzt Mittel bewilligt. Wir wollen in diesen Kindertagesstätten natürlich nicht nur die Kinder der Bediensteten der Justiz unterbringen, sondern auch anderer Behörden. Aber ich glaube, dass wir da ein Thema noch vor uns haben. Wir müssen im Bereich der arbeitsplatznahen Unterbringung mehr tun. Ich bin ganz sicher – das wissen wir aus Beispielen privater Betriebe –, dass wir da ein paar Kinder mehr haben können, und die können wir schließlich gut gebrauchen. Vielen Dank also auch dafür, dass Sie da Neuland betreten haben.

Ich danke dem Landtag – jedenfalls den Mitgliedern, die nachher zustimmen –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Für die Zustimmung!)

dafür, dass Sie uns die Mittel zur Verfügung stellen.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Ich bedanke mich beim Finanzausschuss, und zwar diesmal uneingeschränkt, weil wir eine sehr sachliche und auch seriös geführte Diskussion im Finanzausschuss hatten. Ich bedanke mich natürlich beim Finanzministerium und den Beamten, beim Finanzminister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitar-

beitern und auch beim Staatsministerium für die Unterstützung und nicht zuletzt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses. Herzlichen Dank. Wir werden mit diesem Haushalt eine gute Grundlage für eine gute Arbeit im kommenden Jahr haben.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 05 – Justizministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3605.

Ich rufe auf

Kapitel 0501

Ministerium

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0502

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich Kapitel 0503 bis 0507 zusammenfassen? –

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Kapitel 0503 nicht, ab Kapitel 0504!)

Dann rufe ich auf

Kapitel 0503

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0504 bis Kapitel 0507

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0508

Justizvollzugsanstalten

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 0509

Arbeitsgerichtsbarkeit

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0510

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur  
Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0511

Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechts-  
gebiets

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0512

Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 05 abgeschlossen.

Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Freitag, 13. Februar, um 9:30 Uhr statt.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ebenfalls, Frau  
Präsidentin!)

Ich danke Ihnen und schließe Sitzung.

**Schluss: 18:05 Uhr**

## **Vorschlag**

der Fraktion der CDU

### **Umbesetzung im Finanzausschuss**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Finanzausschuss	stellvertretendes Mitglied	Schneider	Raab

12. 02. 2009

Stefan Mappus und Fraktion